



**Internationale wissenschaftliche
Korrespondenz zur Geschichte
der deutschen Arbeiterbewegung**

29. JAHRGANG, SEPTEMBER 1993, HEFT 3

HELGA GREBING:

**Das Konzept des demokratischen
Sozialismus als antitotalitäre Alternative.
Historische Fundamente und aktuelle
Akzentuierung**

HENRYK SKRZYPCZAK:

**„Vertrauliche 09 Verschlusssache“.
Zur angeblichen Tagung des Zentral-
komitees der KPD am 7. Februar 1933.
Ein quellenkritischer Exkurs**

**JOHN H. KAUTSKY UND
TILL SCHELZ-
BRANDENBURG:**

Eine Kontroverse um Karl Kautsky

**ERIC J. FISCHER UND
HUUB SANDERS:**

**Deutsche Archivalien in Nachlässen und
Sammlungen deutscher und internationaler
Provenienz im Internationalen Institut für
Sozialgeschichte in Amsterdam**

**FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONS-
VORHABEN • NEUE LITERATUR**

neu bei dietz

MEGA

Herausgegeben von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung, Amsterdam

Karl Marx/Friedrich Engels

Gesamtausgabe Band II/4.2

Text und Apparat

1471 Seiten · 17 Abb. · Kunstleder · 348,00 DM
ISBN 3-320-00062-4

Der zweite Teil von Band 4 der Zweiten Abteilung enthält Marx' Entwurf zum dritten Buch des „Kapitals“, überschrieben mit „Die Gestaltungen des Gesamtprocesses“. Er entstand zwischen Sommer 1864 und Dezember 1865 und beschloß das Manuskript 1863–1865. In der vorliegenden Form ist er bisher unveröffentlicht. Engels bezeichnete den Entwurf als „Hauptmanuskript“ zum dritten Buch (Karl Marx: Das Kapital. Bd. 3, Th. 1. Hrsg. von Friedrich Engels. Hamburg 1894. S. VI.). Ergänzt durch einen Komplex kleinerer Manuskripte „Zu Buch 3 gehöriges“ (Siehe MEGA II/4.3), einige Ansätze für die Umarbeitung des 1. Kapitels „Kostpreis und Profit“, ein Manuskript mit mathematischen Berechnungen des Verhältnisses von Mehrwert und Profit sowie andere Materialien (siehe MEGA II/15) bildete es die Grundlage der von Engels hergestellten und 1894 veröffentlichten Fassung des dritten Bandes des „Kapitals“ (siehe MEGA II/16).

MEGA-Studien

Publikationsorgan für Probleme und Ergebnisse der Marx-Engels-Forschung

Etwa 130 Seiten · Broschur · etwa 29,80 DM
ISBN 3-320-01826-4
Oktober 1993

Mit Berichten unmittelbar aus der Arbeit an der MEGA und mit der Rubrik „Nachträge zu MEGA-Bänden“ werden die „MEGA-Studien“ ab 1993 in zwangloser Folge erscheinen und für jeden Benutzer der MEGA unentbehrlich sein.

Die Beiträge werden in deutscher, englischer und französischer Sprache sein. Für die ersten Hefte sind u. a. Beiträge zu der Neufassung der Editionsrichtlinien, der Entstehung der zweiten Marx-Engels-Gesamtausgabe, zum Schicksal einiger Marx-Briefe, zu Marx' Interpretation der Französischen Revolution und weitere Mitteilungen und Rezensionen vorgesehen.

Editionsrichtlinien der Marx-Engels-Gesamtausgabe

240 Seiten · Kunstleder · 42,00 DM
ISBN 3-320-01815-9

Am 22. Mai 1990 wurde in Amsterdam das Protokoll über die Gründung der Internationalen Marx-Engels-Stiftung unterzeichnet, die künftig als Herausgeberin der MEGA auftreten sollte. Die IMES stellte sich die Aufgabe, die MEGA, von der bis dahin bereits 43 Bände (bzw. Teilbände) erschienen waren, in internationaler Kooperation fortzuführen. Die Redaktionskommission der IMES übernahm die Koordination der gesamten MEGA-Arbeit sowie die Kontrolle der Einheitlichkeit und der wissenschaftlichen Qualität der MEGA-Bände. Dazu gehörte nicht nur die Kontrolle der Einhaltung der Editionsrichtlinien, sondern auch ihre Überprüfung und eventuelle Revision. Dazu fand eine internationale Konferenz vom 23. bis 28. März 1992 in Aix-en-Provence statt. Diese Konferenz erarbeitete detaillierte Empfehlungen für die Neufassung der Editionsrichtlinien. Die Empfehlungen der Konferenz wurden im November 1992 in Trier angenommen und treten 1993 in Kraft. Davon ausgehend, daß sie nicht nur eine interne Angelegenheit der IMES und der MEGA-Arbeitsgruppen sind, sondern als Bestandteil der Edition selbst auch deren Benutzern zugänglich sein sollen, werden sie hier veröffentlicht. Außerdem enthält der Band im Anhang die früheren Editions- und Redaktionsrichtlinien (samt Nachträgen), nach denen die bisher erschienenen 47 Bände der MEGA bearbeitet wurden.

Dietz Verlag Berlin

Weydingerstraße 14–16
D - 10178 Berlin
Telefon: 030/28409290
Telefax: 030/28409590

dietz berlin

Neuerscheinungen

Enzo Traverso

Die Marxisten und die jüdische Frage

Geschichte einer Debatte (1843-1943)

Mit einem Vorwort von Pierre Vidal-Naquet

ISBN 3-929455-08-0, ca. 400 S., DM 48.-

Wladislaw Hedeler/Ruth Stoljarowa

Nikolai Bucharin

Leben und Werk

Mit einer Bibliographie der Veröffentlichungen über
Leben und Werk Nikolai Bucharins

ISBN 3-929455-04-8, 160 S., DM 24.-

Theodor Bergmann/Mario Keßler (Hg.)

Ketzer im Kommunismus -

Alternativen zum Stalinismus

ISBN 3-929455-10-2, ca. 400 S., DM 48.-

Alexander Watlin

Die Komintern 1919 - 1929

Mit einem Vorwort von Friedrich I. Firsov

ISBN 3-929455-07-2, 192 S., DM 34.-

Harald Jentsch

Die politische Theorie

August Thalheimers

1919-1923

ISBN 3-929455-05-6, 120 S., DM 22.-

Jens Becker/Theodor Bergmann/

Alexander Watlin (Hg.)

Das erste Tribunal

Das Moskauer Parteiverfahren gegen
Bandler, Thalheimer und Radek

ISBN 3-929455-09-9, 192 S., DM 29.80

Theodor Bergmann/Wolfgang Haible

Die Geschwister Thalheimer

Skizzen ihrer Leben und Politik

ISBN 3-929455-12-9, 96 S., DM 9.80

Wladislaw Hedeler

Nikolai Bucharin

Bibliographie

ISBN 3-929455-11-0, 206 S., DM 69.-

Subskriptionspreis bis 31.12.1993: DM 55.-

Wolfgang Haible

Schwierigkeiten mit der Massenkultur

Zur kulturtheoretischen Diskussion der
massenmedialen Unterhaltung in der DDR

ISBN 3-929455-06-4, 192 S., DM 34.-

Weiteres lieferbares Programm:

Mario Keßler

Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus

Arbeiterbewegung und jüdische Frage
im 20. Jahrhundert

ISBN 3-929455-00-5, 156 S., DM 24.-

Theodor Bergmann/Gert Schäfer (Hg.)

Leo Trotzki - Kritiker und Verteidiger der Sowjetgesellschaft

ISBN 3-929455-03-X, 356 S., DM 39.80

August Thalheimer

Programmatische Fragen

Kritik des Programmentwurfs der Komintern
(VI. Weltkongreß)

ISBN 3-929455-02-1, 112 S., DM 18.80

Alexander Kan

Nikolai Bucharin und die skandinavische Arbeiterbewegung

ISBN 3-929455-01-3, 220 S., DM 29.80

Fordern Sie unser Gesamtverzeichnis an!

Decaton Verlag Postfach 2161 55011 Mainz

Tel.: (06131) 237946 Fax: (06131) 675989

Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung

Herausgegeben von HERMANN WEBER und
DIETRICH STARITZ unter Mitarbeit von
GÜNTER BRAUN und JAN FOITZIK
Jahrgang 1993

1993. 522 Seiten – 2 Abb.
DM 88,- / öS 686,- / sFr 86,-
ISBN 3-05-002461-5

Aus dem Inhalt:

A. Watlin (Moskau), Die russische Delegation in der Komintern. Machtzentrum des internationalen Kommunismus zwischen Sinowjew und Stalin; L. G. Babitschenko (Moskau), Geheime Wende in der Kominternpolitik Ende 1935 bis 1939; B. Bonwetsch (Bochum), Stalinismus in der UdSSR. Das sowjetische Herrschaftssystem im Zweiten Weltkrieg; E. Lewin (Berlin), Neue Dokumente zur Kursänderung 1934/35 in der KPD; P. Huber (Genf), Die Mechanismen bei der Liquidierung von Fritz Platten; W. Ruge (Potsdam), Gedanken zu Lenin – Über die Mittel-Zweck-Relation in der Politik.

Forschungsberichte über die Geschichte der SBZ, den „Prager Frühling“, das Ministerium für Staatssicherheit der DDR, den Wandel in Osteuropa, die Internierungslager in der SBZ/DDR u. a. m.

Kommunisten verfolgen Kommunisten Stalinistischer Terror und ‚Säuberungen‘ in den Kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren

Herausgegeben von HERMANN WEBER und
DIETRICH STARITZ in Verbindung mit SIEGFRIED BAHNE
und RICHARD LORENZ

Kommunisten verfolgen Kommunisten

„Stalinistischer Terror und ‚Säuberungen‘
in den kommunistischen Parteien Europas
seit den dreißiger Jahren“

Akademie Verlag

1993. 576 Seiten
1 Abb. – 2 Tab.
DM 88,- / öS 686,- /
sFr 86,-
ISBN 3-05-002259-0

Seit Beginn des Jahres 1992 ist das Komintern-Archiv allen Wissenschaftlern zugänglich. Eine erste Auswertung und Diskussion der Materialien dieses und anderer Moskauer Archive, vor allem auch des KGB, wie zugleich auch der gegenwärtigen Situation dieser Archive fand vom 22. bis 25. Februar 1992 in Mannheim statt. 70 Historiker aus 12 Ländern versuchten

NEU
mit neuen Ergebnissen
aus neuen Quellen und Materialien

eine Bestandsaufnahme des Stalinschen Terrors, seiner Wurzeln im Leninismus und seiner Auswirkungen auf die europäischen kommunistischen Parteien wie die Reaktion der nichtkommunistischen Öffentlichkeit seit den 30er Jahren.

Besonders eindringlich wird die Diskussion über die Bewertung der Zeit bis 1938 geführt: Gibt es eine geradlinige Entwicklung von Lenin zu Stalin, oder handelt es sich um qualitativ verschiedene Systeme, gab es eine Eigendynamik des Terrors, oder war es ein „rational“ eingesetztes Herrschaftsinstrument? Es wird neues Material sowohl über den Umfang der ‚Säuberungen‘ wie über die Verhaltensweisen von Verfolgern und Verfolgten vorgelegt, sowie über die Auswirkungen der ‚Säuberungen‘ auf die Entstehung und Entwicklung der Satellitenstaaten, insbesondere der DDR.

Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19 Dokumente der Vollversammlungen und des Vollzugsrates – Vom Ausbruch der Revolution bis zum 1. Reichsrätekongreß

Herausgegeben von GERHARD ENGEL, BÄRBEL HOLTZ
und INGO MATERNA

1993. LXXXVI, 958 Seiten
DM 248,- / öS 1.934,- / sFr 230,-
ISBN 3-05-002247-7

In dem Band wird der geschlossene Bestand über die Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins für den Zeitraum vom November bis 21. Dezember 1918 (1. Reichsrätekongreß) ediert. Mit den bereits vorhandenen Quellenpublikationen über den Rat der Volksbeauftragten, das Kabinett Scheidemann sowie den Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik liegt durch diese Edition nunmehr eine lückenlose Dokumentation der zentralen deutschen Revolutionsorgane vor.

Bestellungen richten Sie bitte an Ihre
Buchhandlung oder an den



Akademie Verlag

Ein Unternehmen der VCH-Verlagsgruppe
Postfach 270 · D-10107 Berlin



Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Henryk Skrzypczak
Wissenschaftlicher Beirat: Andreas Graf, Helga Grebing, Peter Lösche, Hans Mommsen,
Hans-Josef Steinberg und Hermann Weber

Inhalt	
HELGA GREBING: Das Konzept des demokratischen Sozialismus als antitotalitäre Alternative. Historische Fundamente und aktuelle Akzentuierung.....	S. 283
HENRYK SKRZYP CZAK „Vertrauliche 09 Verschlusssache“. Zur angeblichen Tagung des Zentralkomitees der KPD am 7. Februar 1933. Ein quellenkritischer Exkurs.....	S. 294
JOHN H. KAUTSKY UND TILL SCHELZ-BRANDENBURG: Eine Kontroverse um Karl Kautsky.....	S. 322
ERIC J. FISCHER UND HUUB SANDERS: Deutsche Archivalien in Nachlässen und Sammlungen deutscher und internationaler Provenienz im Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam.....	S. 348
FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONSVORHABEN zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete (96). Bearbeitet von Franz Jean Frohn.....	S. 362
NEUE LITERATUR	
Götz Aly und Susanne Heim, Das Zentrale Staatsarchiv in Moskau („Sonderarchiv“). Rekonstruktion und Bestandsverzeichnis verschollen geglaubten Schriftguts aus der NS-Zeit, Düsseldorf 1992 (Klaus Scheel).....	S. 378
Der Kampf um die Ätherwellen. Feindpropaganda im Zweiten Weltkrieg. Hrsg. von Hans Sarkowski und Michael Crone, Frankfurt a.M. 1990 (Peter Mönnikes).....	S. 380
James P. Cannon and the Early Years of American Communism. Selected Writings and Speeches. 1920–1928, New York 1992 (Günter Wernicke).....	S. 382
Antonio Gramsci, Gefängnishefte. Bd. 1. Hrsg. von Klaus Bochmann; Bd. 2. Hrsg. von Wolfgang Fritz Haug; Bd. 3. Hrsg. von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug, Hamburg und Berlin 1991 und 1992 (Sabine Kebir).....	S. 384
3/93 Sept.	
Helmuth Rüdiger, Der Sozialismus wird frei sein. Hrsg. von Hans-Jürgen Degen, Berlin 1991 (Wolfgang Haug).....	S. 386

George L. Mosse, Die völkische Revolution. Über die geistigen Wurzeln des Nationalsozialismus, Sonderausgabe, Frankfurt a.M. 1991 (<i>Ulrich Eumann</i>)	S. 387
Christoph Butterwegge, Austromarxismus und Staat. Politiktheorie und Praxis der österreichischen Sozialdemokratie zwischen den beiden Weltkriegen, Marburg 1991 (<i>Ernst Wangermann</i>)	S. 388
Berija. Henker in Stalins Diensten. Ende einer Karriere. Hrsg. von Vladimir F. Nekrassow, Berlin 1992 (<i>Jürgen Danyel</i>)	S. 389
Hermann G. Abmayr, Wir brauchen kein Denkmal. Willi Bleicher: Der Arbeiterführer und seine Erben, Stuttgart 1992 (<i>Christian F. Ostermann</i>)	S. 390
Anita Shapira, Berl Katznelson. Ein sozialistischer Zionist, Frankfurt a.M. 1988 (<i>Hermann Meier-Cronmeyer</i>)	S. 391
Frauengeschichte — Geschlechtergeschichte. Hrsg. von Karin Hausen und Heide Wunder, Frankfurt a.M. und New York 1992 (<i>Heinz Niggemann</i>)	S. 393
Franz Rothenbacher, Soziale Ungleichheit im Modernisierungsprozeß des 19. und 20. Jahrhunderts, Frankfurt a.M. 1989 (<i>Günther Schulz</i>)	S. 394
Dieter Groh und Peter Brandt, „Vaterlandslose Gesellen“. Sozialdemokratie und Nation 1860 bis 1990, München 1992 (<i>Andreas Wolf</i>)	S. 395
Illustrierte Geschichte der Deutschen Turnerjugend. Hrsg. von Lorenz Peiffer, Essen 1992 (<i>Siegfried Gehrman</i>)	S. 397
Aufbruch und Entsagung. Vormärz 1815–1848 in Baden und Württemberg. Hrsg. von Otto Borst, Stuttgart 1992 (<i>Rüdiger Hachtmann</i>)	S. 398
Jürgen W. Falter, Hitlers Wähler, München 1991 (<i>Ulrich Mähler</i>)	S. 399
Eckhard Hansen, Wohlfahrtspolitik im NS-Staat. Motivationen, Konflikte und Machtstrukturen im „Sozialismus der Tat“ des Dritten Reiches, Augsburg 1991 (<i>Christiane Eifert</i>)	S. 400
Christoph Sachße und Florian Tennstedt, Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland. Bd. 3: Der Wohlfahrtsstaat im Nationalsozialismus, Stuttgart, Berlin und Köln 1992 (<i>Günther Schulz</i>)	S. 401
Jens Becker, Der Widerstand der KPD-O im Faschismus, Mainz 1992 (<i>Willy Buschak</i>)	S. 402
Wolfgang Schroeder, Katholizismus und Einheitsgewerkschaft. Der Streit um den DGB und der Niedergang des Sozialkatholizismus in der Bundesrepublik bis 1960, Bonn 1992 (<i>Albert Eßer</i>)	S. 403

Ernst-E. Klotz, So nah der Heimat. Gefangen in Buchenwald 1945–1948, Bonn 1992 (<i>Gunter Ehnert</i>).....	S. 404
Klaus Bender, Deutschland, einig Vaterland? Die Volkskongreßbewegung für deutsche Einheit und einen gerechten Frieden in der Deutschlandpolitik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Frankfurt a.M. u.a. 1992 (<i>Otmar Jung</i>).....	S. 405
Torsten Diedrich, Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk, Berlin 1991 (<i>Agnes Tändler</i>).....	S. 407
Forschungen zur Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Finnland. Mit Beiträgen von Pertti Haapala u.a., Bochum 1992 (<i>Ralf Kessler</i>).....	S. 408
Alfred Georg Frei, Die Arbeiterbewegung und die „Graswurzeln“ am Beispiel der Wiener Wohnungspolitik 1919–1934, Wien 1991 (<i>Detlef Lehnert</i>).....	S. 409
Robert Fleck, Gleichheit auf den Barrikaden. Die Revolutionen von 1848 in Europa. Versuch über die Demokratie, Wien 1991 (<i>Rüdiger Hachtmann</i>).....	S. 411
Patrik von zur Mühlen, Fluchtweg Spanien-Portugal. Die deutsche Emigration und der Exodus aus Europa 1933–1945, Bonn 1992 (<i>Walther L. Bernecker</i>).....	S. 412
WISSENSCHAFTLICHE MITTEILUNGEN, ERGÄNZUNGEN UND BRIEFE AN DIE REDAKTION.....	S. 413
PROJEKTFRAGEBOGEN	S. 417

Karl Korsch

Gesamtausgabe

INTERNATIONAAL INSTITUUT



VOOR SOCIALE GESCHIEDENIS

Im Verlag *Stichting beheer IISG*, Amsterdam, sind erschienen:

Band 3: *Marxismus und Philosophie*. Schriften zur Theorie der Arbeiterbewegung 1920–1923. Hrsg. und eingeleitet von Michael Buckmiller. 500 Seiten, Leinen: DM 122,80. ISBN-90 68610-791

Band 5: *Krise des Marxismus*. 1928–1935. Hrsg. und eingeleitet von Michael Buckmiller. 900 Seiten, Leinen: DM 159,80. ISBN- 90 68610-848

Bestellungen über den Buchhandel oder direkt über:

Offizin Druck- und Verlagsgesellschaft, Kornstr.31, D-30167 HANNOVER .
Sonderprospekt anfordern: fax: 0511/ 70 94 82

Autorinnen und Autoren dieses Heftes:

Eric Jacob Fischer, Dr. phil., war einige Jahre Offizier in der Handelsschiffahrt, Studium der Wirtschaftsgeschichte, lehrte an den Universitäten von Utrecht und Nimwegen und war von 1984 bis 1993 Direktor des IISG und des NEHA. Seit Juli 1993 ist er Direktor des Niederländischen Verbandes der Versicherer. Korrespondenzadresse: Parklaan 28, 1405 GR Bussum, Nederland.

Helga Grebing, Dr. phil., Professorin und Geschäftsführende Leiterin des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung an der Ruhr-Universität Bochum, Universitätsstr. 150, D-44801 Bochum.

John H. Kautsky, Dr. phil., Professor am Dept. of Political Science der Washington University in St. Louis, Campus Box 1063, St. Louis, Missouri 63130-4899, USA.

Huub Sanders, Studium der Wirtschaftsgeschichte an der Rijksuniversiteit Leiden, Leiter der Abteilung Kollektionsverwaltung des IISG. Korrespondenzadresse: IISG, Cruquiusweg 31, 1019 AT Amsterdam, Nederland.

Till Schelz-Brandenburg, Dr. phil., Universität Bremen, Fachbereich 8, Studiengang Geschichte, Postfach 330440, D-28334 Bremen.

Henryk Skrzypczak, Dr. phil., Carstenstr. 36, D-12205 Berlin.



**Internationale wissenschaftliche
Korrespondenz zur Geschichte
der deutschen Arbeiterbewegung**

Im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Henryk Skrzypczak

ÄLTERE IWK-HEFTE BILLIGER

Aus finanziellen Gründen und wegen mangelnder Lagerkapazität haben Herausgeber und Redaktion sich entschließen müssen, ältere IWK Hefte billiger anzubieten. Bis einschließlich H. 4/1987 beträgt der Preis pro Heft jetzt DM 5,- bzw. DM 20,- pro Jahrgang zuzüglich Versandkosten.

Folgende Hefte sind noch lieferbar:

H. 5 (Dez. 1967); H. 7 (Dez. 1968); H. 8 (Juni 1969); H. 14 (Dez. 1971);
H. 15 (Apr. 1972); H. 16 (Aug. 1972); H. 17 (Dez. 1972); H. 18 (Apr. 1973);
H. 19/20 (Dez. 1973);
Jg. 10 (1974) — Jg. 13 (1977) komplett H. 1.—4;
Jg. 14 (1978), H. 1 und H. 4;
Jg. 15 (1979), H. 2, 3 und 4 — Jg. 23 (1987) komplett H.1—4.

Bitte richten Sie Ihre Bestellungen an:

Historische Kommission zu Berlin

IWK-Redaktion

Kirchweg 33

D-14129 Berlin

Telefon: 030/816 001 41

Telefax: 030/816 001 34

ISSN 0046-8428

INTERNATIONALE WISSENSCHAFTLICHE KORRESPONDENZ ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG (Zitierweise: IWK)

Verleger im Sinne des Pressegesetzes: Historische Kommission zu Berlin e.V., Kirchweg 33, D-14129 Berlin.

Redaktion: Gerhard Beier, Franz Jean Frohn, Gunter Krüschet (verantw.), Dirk H. Müller.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: Gunter Krüschet.

Anschrift der Redaktion: Historische Kommission zu Berlin, IWK-Redaktion, Kirchweg 33, D-14129 Berlin, Tel.: 0 30 / 816 001 41 (Direktwahl) 816 001-0 (Zentrale) Telefax: 0 30 / 81 60 01 34

Vertrieb: FSP GmbH, Schönhauser Allee 64, D-10437 Berlin.

Die IWK wird regelmäßig im „Sozialwissenschaftlichen Literaturinformationssystem SOLIS“ des Informationszentrums Sozialwissenschaften, Lennéstr. 30, D-53113 Bonn, erfaßt.

Die mit dem Verfassernamen gekennzeichneten Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers wieder. Die Verfasser sind verantwortlich für die Richtigkeit der in ihren Beiträgen mitgeteilten Tatbestände. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare übernimmt die Redaktion keinerlei Haftung. Für alle Beiträge behält sich die Historische Kommission alle Rechte vor, auch die Rechte des Nachdrucks, der Übersetzung in fremde Sprachen, der fotomechanischen Wiedergabe, sowie der Speicherung auf Datenträger.

Gerichtsstand: Berlin

Die IWK erscheint viermal jährlich (März, Juni, September, Dezember).

Preise ab 1.1.1988: Einzelheft DM 20,—, Studenten, andere Auszubildende und Arbeitslose DM 15,—, jeweils zuzüglich Versandkosten. Jahresabonnement DM 67,—, Studenten, andere Auszubildende und Arbeitslose DM 40,—, jeweils zuzüglich DM 5,— für Versandkosten. Zahlung nach Erhalt unserer Rechnung auf das Postbankgirokonto Historische Kommission — Sonderkonto L, Nr. 21 55 15-105, bei der Postbank Berlin, D-10916 Berlin, BLZ 100 100 10. Das Abonnement kann mit einer Frist von 6 Wochen zum Ende des Geschäftsjahres (IWK-Jahrgang) gekündigt werden. Andernfalls verlängert sich das Abonnement automatisch um ein weiteres Geschäftsjahr (IWK-Jahrgang).

Von den älteren Heften sind noch lieferbar die Nummern 5, 7, 8, 14-19/20, und Jg. 10 (1974) — Jg. 13 (1977), Jg. 14 (1978), H. 1 und 4 und Jg. 15 (1979), H. 2, 3 und 4, Jg. 16 (1980)ff.

Der Preis der noch lieferbaren älteren Hefte bis einschließlich H. 4/1987 beträgt DM 5,— pro Heft bzw. DM 20,— pro Jahrgang zuzügl. Versandkosten.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 5 vom 1.5.1990.

Gedruckt mit Unterstützung der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung, Berlin.

Gesamtherstellung: Offsetplus, Reuchlinstr. 10-11, Gewerbehof, D-10553 Berlin.

DAS KONZEPT DES DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS ALS ANTITOTALITÄRE ALTERNATIVE. HISTORISCHE FUNDAMENTE UND AKTUELLE AKZENTUIERUNG*

Von Helga Grebing

I.

Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Europa, in Deutschland zumal, hat nicht erst nach den Erfahrungen mit dem bürokratisch-terroristischen Regimen des kommunistischen Kollektivismus eine eindeutige Haltung zu Freiheit und Demokratie eingenommen, sondern sie war im Ursprung eine freiheitlich-demokratische soziale Bewegung. Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung, zumal in Deutschland, hatte bereits vor 1914 ein aus diesen Ursprüngen herleitbares, konsensuales Konzept des demokratischen Sozialismus zwar nicht systematisch erschlossen, aber in den Grundzügen relativ klar umrissen vorzuweisen. Die Grundannahmen dieses Konzeptes lauteten: Es gibt keinen Sozialismus ohne Demokratie, es gibt keine Demokratie ohne Freiheit, folglich auch keinen Sozialismus ohne Freiheit; aber in Demokratie und Freiheit erschöpft sich der Sozialismus nicht. Die Etablierung des Kommunismus als gesellschaftliches System und die Auseinandersetzung mit ihm hat den Prozeß der Transformation der Sozialdemokratien Europas in politisch-soziale Reformbewegungen nicht ausgelöst, wohl aber beschleunigt und ihr den Charakter einer antitotalitären Alternative aufgeprägt.

Bestünde darüber Konsens, wäre über das Thema nichts weiter mehr zu sagen. Doch nicht erst, wohl aber vermehrt seit 1989, 200 Jahre nach der Französischen Revolution, mehr als 70 Jahre nach der deutschen demokratischen Revolution, müssen offensichtlich einige Grundannahmen demokratisch-sozialistischer Positionen erneut buchstabiert werden, zumal nicht wenige die Lage als geklärt betrachten. Friedrich Bohl, heute Bundeskanzleramtsminister, wußte es schon 1989 genau: Der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus bedeutet auch „den Bankrott der sozialistischen Idee insgesamt“.¹ Der Schluß lag nahe: Durch die geistige Verwandtschaft zwischen demokratischen Sozialisten bzw. Sozialdemokraten und Kommunisten bedingt, konnten die ersteren gleich mit in den Sog der Niederlage hineingezogen werden. Vertreter gemäßigerer Positionen machen es etwas subtiler, wenn sie — wie der Kölner Historiker Wolfgang Schieder — erklären, Sozialismus ließe sich nur als „kaum mehr als ein Wort“ ausweisen,² oder wie der österreichische Sozialphilosoph Norbert Leser deklarieren, der Marxismus sei „zwar keine hinreichende, sicherlich aber eine notwendige Bedingung für die Entstehung des Leninismus“.³ Verstehen kann man solche Feststellungen allenfalls als Replik auf den penetranten Trivialismus unbedingt orthodox bleiben wollender Marxisten wie der polnische Philosoph Adam Schaff oder der belgische Trotzki Ernest Mandel, die so tun möchten als sei nichts gewesen, noch nicht einmal Spesen; es werde kein

* Geringfügig überarbeiteter Vortrag, gehalten anläßlich der Emeritierung von Hermann Weber am 8.7.1993 in der Universität Mannheim.

1 Friedrich Bohl, Sozialismus: Synonym für Bevormundung und Mißwirtschaft, in: Das Parlament, Nr.50 vom 8.12.1989, S.6.

2 Wolfgang Schieder, Sozialismus — kaum mehr als ein Wort, in: Merkur, Jg.45 (1991), H.2, S.446–451, hier S.446.

3 Norbert Leser, Der Zusammenbruch des Kommunismus aus den Fehlerquellen des marxistischen Systems, in: Das verspielte „Kapital“? Die marxistische Ideologie nach dem Scheitern des realen Sozialismus. Hrsg. von Hans Spatenegger, Salzburg 1991, S.111–126, hier S.116.

Begräbnis stattfinden, es gäbe „keinen Zweifel an der Zukunft des Sozialismus“: „Das, was geschehen ist, und die Ideologie, die als Fundament dessen diente, war eine Deformation des Marxismus.“⁴

Eine solche Position ist nicht mehr spannend, wenngleich auch sie der Widerlegung bedürfte. Spannend ist vielmehr die Attitüde der einst strengen Kinder der reinen Lehre aus den 68er Jahren, wie z.B. Cora Stephan zuletzt im „Kursbuch“: Honecker exekutierte den Weltgeist in der Tradition, sagt sie, von (man beachte die Reihenfolge) Karl Marx, Ferdinand Lassalle, August Bebel, Karl Kautsky, W.I. Lenin und Rosa Luxemburg. Eine Abrechnung mit Honecker sei auch eine Abrechnung mit jenen: „Der Kommunismus als Idee, die Arbeiterbewegung als Tradition sind aus dem Untergang ihrer real existierenden Version nicht zu retten, was niemanden daran hindern wird, die alten Klamotten wieder auszugraben — in 10, 20 Jahren. Vielleicht auch schon früher.“⁵

Während Cora Stephan über die Kleiderordnung wacht, dreht sich Joschka Fischer gleich zweimal um sich selbst und stellt nun in seinem neuen Buch „Die Linke nach dem Sozialismus“ fest, daß das kapitalistische Modell dem sozialistischen überlegen sei. Da kommen sich ‚Rechte‘ wie Alexander Gauland, bis 1991 Leiter der Hessischen Staatskanzlei, nun Generalbevollmächtigter der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ) in Potsdam und u.a. Autor auch in der SPD-nahen „Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte“, gefoppt vor: Diese Einsichten hatten sie schon lange.⁶ Cora Stephan und Joschka Fischer sind nur zwei Beispiele; es wird unter Linken Mode, ihr Denken energisch darauf einzustellen, sich selbst als einst linke Vordenker zu dementieren. Vom ‚Verrat der Intellektuellen‘ war schon öfter in diesem unseren Jahrhundert die Rede.

Es gibt merkwürdige Übereinstimmungen, die dann beim genauen Hinsehen so merkwürdig nicht mehr erscheinen. Claus Koch, einst in den 68er Jahren Herausgeber der renommierten Zeitschrift „atomzeitalter“, läßt 1993 in der „Neuen Gesellschaft“ die Genossen und Genossinnen wissen, daß „die Zeit der Sozialdemokratie“ erfüllt sei.⁷ Die freie feste Mitarbeiterin der FAZ, Brigitte Seebacher-Brandt, eine erklärte emphatische Anti-Achtundsechzigerin, die das Berliner Programm der SPD von 1989 für ein Programm hält, in das „unter der Verantwortung von Lafontaine Planwirtschaft und Sozialismus wieder Einkehr [. . .] gehalten“ hätten, weiß nun 1993: Nachdem im Osten der Sozialismus mit einem Schlag zusammengebrochen sei, sei nun auch im Westen der endgültige Abschied vom Sozialismus, wie er in den europäischen Sozialdemokratien vertreten worden sei, gekommen.⁸ Sagt es der eine noch mit Trauer in der Stimme, etwas selbstmitleidhaft wegen der eigenen zusammengebrochenen Illusionen, kann die andere den Triumph in der Stimme nicht unterdrücken, wenngleich auch „Wehmut“ eine Vokabel ist, die sie gebraucht. Ratlos sind beide Referenzpersonen.

Ratlos sind anscheinend auch einige für die sogen. Glaubensfragen zuständigen Sozialdemokraten selbst: Thomas Meyer spitzt, verfolgt man seine Äußerungen seit 1990, seine Antworten auf die Frage „Was bleibt vom Sozialismus“ auf die Feststellung zu, das Wort Sozialismus

4 Redebeitrag von Adam Schaff in: Das verspielte „Kapital“?, a.a.O., S.24.

5 Cora Stephan, Die DDR, das „bessere Deutschland“. Ein historisches Gutachten, in: Kursbuch III, Februar 1993, S.99–110, hier S.99.

6 Vgl. Alexander Gauland, Rezension des Buches von Joschka Fischer, Die Linke nach dem Sozialismus, Hamburg 1992, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, vom 16.1.1992, S.24.

7 Claus Koch, Wo die Sozialdemokratie neu anfangen muß — wenn sie kann, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Jg.40 (1993), H.5, S.443–450.

8 Redebeitrag von Brigitte Seebacher-Brandt in: Das verspielte „Kapital“?, a.a.O., S.44.

sei verbraucht, läge auf der Intensivstation und sei zu einem Hindernis geworden für die Heranführung des politischen Publikums an die sozialdemokratischen Inhalte.⁹ Auch Richard Schröder vertritt die Auffassung, daß das Wort Sozialismus keine hilfreiche Grundorientierung mehr zu liefern vermöge, „zumal die Fronten in den heutigen Konflikten nicht mehr vor allem zwischen Kapital und Arbeit“ verliefen.¹⁰ Beide übernehmen als Basis ihrer Argumentation, bewußt oder unbewußt, ein Verständnis von Sozialismus, wie es die zusammengebrochenen kommunistischen Regime für sich in Anspruch genommen haben, das aber mit den Ideen und Traditionen des demokratischen Sozialismus nichts zu tun hat. Beide übersehen, daß sich die Bedeutung des demokratischen Sozialismus nicht auf die Positionen der Traditionswächter beschränken läßt, die man in der aufgeklärten Streitkultur der Sozialdemokratie durchaus noch ein bißchen gewähren lassen kann. Es geht vielmehr bei diesem Streit um die Grundsubstanz emanzipatorisch-solidarischen Denkens in einer Partei, die ihre identitäre Vernunft immer auch aus ihrer Geschichte bezogen hat.

II.

Die Ursprünge der Sozialdemokratie in der Volksbewegung der 1848er Revolution sind vielfach belegt. Nicht nur Ferdinand Lassalle hat im „Offenen Antwortschreiben“ von 1863 an die demokratischen und liberalen Forderungen des deutschen Bürgertums aus der Zeit um 1848 angeknüpft und sie mit der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit im Rahmen und mit den Mitteln der Demokratie verklammert. Im fast vergessenen Programm der Sächsischen Volkspartei von 1866 haben August Bebel und Wilhelm Liebknecht noch präziser und eindeutiger das „unbeschränkte Selbstbestimmungsrecht des Volkes“, „allgemeines, direktes und gleiches Wahlrecht auf allen Gebieten des Staates“ und die „Aufhebung der Vorrechte des Standes, der Geburt und Konfession“ sowie die „Förderung des allgemeinen Wohlstandes und Befreiung der Arbeit von jeglichem Druck und jeglicher Fessel“ gefordert.¹¹

Verfolgt man den Theorie-Diskurs in der Sozialdemokratie nach dem Sozialistengesetz, so sollte nicht übersehen werden, daß im einzelnen so unterschiedliche, ja entgegengesetzte Positionen wie die von Karl Kautsky, Rosa Luxemburg und Eduard Bernstein sich in einem entscheidenden Punkt auf einen gemeinsamen Nenner bringen lassen. Es war eben nicht nur Bernstein, der die Demokratie als Mittel der Verwirklichung des Sozialismus und zugleich als seinen Zweck ansah, wobei Demokratie für ihn mehr war als eine Staatsform oder ein sozio-technisches Instrument zur Lösung von Sachfragen, sondern ein Ensemble von die Gesellschaft durchwirkenden und die Staatsfunktionen bestimmenden Formen der Selbstbestimmung des Menschen.¹²

Karl Kautsky hat nicht erst in der Phase seiner intensiven Auseinandersetzung mit den Bolschewiki seit 1917 seine Auffassungen zum Verhältnis von Demokratie und Sozialismus verdeutlicht, sondern bereits 1905/06 beginnend und veranlaßt durch seine Auseinandersetzungen

9 Thomas Meyer, Was bleibt vom Sozialismus?, Reinbek bei Hamburg 1991.

10 Richard Schröder, Unveröffentlichtes Manuskript (Vorlage für die Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD).

11 Vgl. die Programmtexte in: Dieter Dowe und Kurt Klotzbach, Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, 3. Aufl., Bonn 1990, S.161–164.

12 Zu Bernstein vgl. nach wie vor grundlegend: Thomas Meyer, Bernsteins konstruktiver Sozialismus. Eduard Bernsteins Beitrag zur Theorie des Sozialismus, Berlin und Bonn-Bad Godesberg 1977; neuerdings auch Francis Ludwig Carsten, Eduard Bernstein 1850–1932. Eine politische Biographie, München 1993.

mit Rosa Luxemburg und Anton Pannekoek.¹³ Ausgehend von der Einsicht in die wachsende Ausdifferenzierung der Klassengesellschaft und in die Zunahme der Interessenartikulation in dieser Gesellschaft hat er sich mehr und mehr von der Vorstellung des Sozialismus als einem geschlossenen System gelöst und Sozialismus als regulative Idee verstanden, die konstitutiv zur Entfaltung des demokratischen Wesens des Menschen beiträgt. Während Demokratie aus einem System politischer Spielregeln bei ihm zum inhaltlichen Prinzip der Gesellschaft wird, bringt der Sozialismus das Element der sozialen Gerechtigkeit als gesellschaftliches Bewegungsprinzip in das demokratisch strukturierte Gefüge der Gesellschaft ein.

Hier an diesem Punkt lassen sich Parallelen zu Rosa Luxemburg ziehen, die mit ihrer Absicht, ursprunghaft bürgerliche Demokratie und proletarisch-emanzipatorische Diktatur zusammenzudenken, aus dem Begründungszusammenhang für den demokratischen Sozialismus nicht wegzudenken ist. Schon in ihrer ersten Schrift gegen Lenins Parteikonzeption im Jahre 1904 hat sie klargestellt, daß eine freie und sozial gerechte Gesellschaft nicht das Ergebnis einer Minderheitsdiktatur nach jakobinischem Muster sein kann; eine solche Diktatur stehe vielmehr im Gegensatz zum Marxschen Entwurf einer Diktatur des Proletariats, die ja Herrschaft der großen Mehrheit im Namen der großen Mehrheit sein sollte. Insofern setzt sie 1917/18 nur ihren kritischen Ansatz fort. Auch für Rosa Luxemburg war Demokratie als allseitiges und ungehemmtes politisches Leben der Volksmassen das Mittel zur Erreichung des Sozialismus wie zugleich sein Zweck als Lebensform der Menschen in der Gesellschaft, und Demokratie soll die Beziehungen zwischen den Menschen bestimmen wie auch sich in allen gesellschaftlichen Subsystemen entfalten.¹⁴

Übereinstimmungen festzustellen heißt zugleich, auf gravierende Unterschiede im Demokratieverständnis der drei hinweisen zu müssen: Für Bernstein war kennzeichnend ein Mixtum aus direkten und repräsentativen Elementen bis hinunter zu den kleinsten Einheiten der Gesellschaft; Kautsky gelangte zu den repräsentativen Formen der pluralistischen Parteiendemokratie; Rosa Luxemburg verengte schließlich die dominant-identitäre Struktur ihres partizipatorischen Demokratieverständnisses zum reinen Rätemodell. Politisch durchgesetzt hat sich in der deutschen Sozialdemokratie das Repräsentationsprinzip mit wenigen direkt-partizipatorischen Elementen der autonomen Teilhabe der Bürger an der politischen Willensbildung.

Die Relevanz dieser politischen Dezision hat sich auch darin niedergeschlagen, daß das Konzept des demokratischen Sozialismus jeweils die Summe eines praxisbezogenen Diskurses auf der Grundlage einiger eher knapper und manchmal sogar verknappter theoretischer Fundamente gewesen ist. Aus einer solchen Sicht muß man sich als Nachbetrachter nicht selber die methodische Falle stellen, definieren zu wollen, was demokratischer Sozialismus war und ist. Dies muß jeweils historisch kontingent erschlossen werden. Entgegen weit verbreiteter Auffassung hatte die deutsche Sozialdemokratie bereits vor 1914 durchaus praxisrelevante Vorstellungen über die Formen der Verwirklichung des demokratischen Sozialismus, die in variantenreichen Diskursformen öffentlich gemacht wurden — in den Parteitagsdebatten, in der breit

13 Zu Kautsky vgl. Walter Euchner, Karl Kautskys Beitrag zum Demokratieverständnis der SPD, in: *Marxismus und Demokratie. Karl Kautskys Bedeutung in der sozialistischen Arbeiterbewegung*. Hrsg. von Jürgen Rojahn, Till Schelz und Hans-Josef Steinberg, Frankfurt a.M. und New York 1992, S.220–232.

14 Zu Rosa Luxemburg vgl. u.a. Helga Grebing, Rosa Luxemburg (1871–1919), in: *Klassiker des Sozialismus*. Hrsg. von Walter Euchner, 2 Bde, München 1991, Bd.2: Von Jaurès bis Marcuse, S.58–71.

gestreuten Publizistik, auf der Tribüne des Reichstags, bei der Formulierung von Gesetzesinitiativen, in den Ausschüssen des Reichstags, bei der Mitarbeit in den Selbstverwaltungsorganen der Kommunen und des Sozialversicherungssystems, in den Genossenschaften, bei der Durchsetzung eines kollektiven Arbeitsrechtes. Der Verallgemeinerung des variantenreichen Ensembles von Elementen des demokratischen Sozialismus stand oft genug die der Auseinandersetzung mit den politischen Gegnern geschuldete formelhafte Verknappung der Vorstellungshorizonte auf „Sozialismus = Sozialisierung“ im Wege.

Walter Euchner ist jedoch zuzustimmen, wenn er feststellt: „Die Mehrheitssozialdemokratie, die nach der Umwälzung von 1918/19 zur führenden Kraft im Deutschen Reich wurde, war nicht, wie in der Literatur häufig gesagt wird, konzeptionslos.“¹⁵ Das kollektive Arbeitsrecht, die Anfänge der betrieblichen Mitbestimmung, die „kommunalsozialistische“ Perspektivik, die genossenschaftlichen Organisationssegmente sowie dann nach 1918 der faktische Ausbau des Sozialstaates und das Konzept der Wirtschaftsdemokratie gehörten genauso dazu wie die Vorstellungen von der pluralistischen parlamentarischen Parteiendemokratie als staatliches Steuerungsorgan der gesellschaftlichen Kräfte. Bis zum Berliner Programm von 1989 lassen sich in allen Programmen der Sozialdemokratie gleichsam als Erkennungsmelodie wesentliche Elemente dieses Konzeptes demokratischer Sozialismus wiedererkennen.

III.

Was hatte dieses Konzept demokratischer Sozialismus mit Lenin, dem Leninismus, dem Marxismus-Leninismus und der Sowjetunion als institutionalisiertem System des bürokratisch-terroristischen kommunistischen Kollektivismus zu tun? Nichts! Oder vielleicht doch etwas: nämlich mit Karl Marx und Friedrich Engels bzw. mit Marxismus?

Lenin war bereits 1904/05, wie die Auseinandersetzung Rosa Luxemburgs mit ihm zeigt, ein Dogmatiker, der Marxsches Denken instrumentalisierte und funktionalisierte und damit den Bruch mit der sozial-demokratischen Tradition riskierte. Rosa Luxemburg hat schon in dieser frühen Phase der Rezeption Leninscher Positionen alle historisch bekannt gewordenen negativen Kennzeichnungen des Sowjetsystems parat gehabt: Vergewaltigung des Menschen, Erdrücken des politischen Lebens, Bürokratisierung, Cliquenwirtschaft, Diktatur einer Minderheit (als bloß umgekehrter russischer Absolutismus). Bei aller Bewunderung für die erfolgreiche Revolution der Bolschewiki im Oktober 1917 hat Rosa Luxemburg ihre Kritik am diktatorischen Absolutismus Lenins noch zugespitzt, der mit der Beseitigung der bürgerlichen Demokratie die „lebendigen Quellen allen geistigen Reichtums und Fortschritts“ absperre. Das Problem des Sozialismus, so befand sie 1918, könne in Rußland nur gestellt, nicht jedoch gelöst werden.¹⁶

Gegen die nicht nur von Norbert Leser vorgetragene Auffassung, der Marxismus sei eine notwendige Bedingung für die Entstehung des Leninismus gewesen, ließe sich mit Iring Fetscher darauf hinweisen, daß bei Lenin die demokratisch-emanzipatorisch gemeinte Diktatur des

15 Walter Euchner, Die Herausbildung des Konzepts „Demokratischer Sozialismus“, in: Die Chancen der Freiheit. Grundprobleme der Demokratie. Hrsg. von Herfried Münkler, München 1992, S.47–80, hier S.67; vgl. auch ders., Sozialdemokratie und Demokratie. Zum Demokratieverständnis der SPD in der Weimarer Republik, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd.26 (1986), S.125–178.

16 Vgl. Rosa Luxemburg, Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie (1904); Die Russische Revolution (1917/18), in: Rosa Luxemburg, Politische Schriften. Hrsg. und eingel. von Ossip K. Flechtheim, 3 Bde, Frankfurt a.M., 1968, Bd.3, S.106–141; der letztere Text auch in: Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden. Extraausgabe des unvollendeten Manuskriptes „Zur Russischen Revolution“ und anderer Quellen zur Polemik mit Lenin. Zusammengestellt und eingel. von Annelies Laschitzka, Berlin 1990, S.III–163.

Proletariats von Marx zur Diktatur der Avantgarde im Namen des Proletariats wurde und Lenin damit die Auffassungen von Marx ‚umentwickelt‘ habe,¹⁷ um dem Problem der russischen Tradition der Rückständigkeit Herr zu werden. Hermann Weber hat bei der Darstellung des ‚Prinzip Links‘ darauf aufmerksam gemacht, daß Engels 1853 gegenüber dieser Rückständigkeit „die Explosivkraft der demokratischen Ideen und den der Menschheit angeborenen Drang nach Freiheit“ geltend gemacht hat.¹⁸ Unschwer ließe sich diese Unterscheidungsarbeit variationsreich fortsetzen, bliebe aber letztlich unproduktiv, weil man sich auf diese Weise die Frage nach dem authentischen Marx und Marxismus wie eine Schlinge um den Hals legt.

Einen authentischen Marx oder Marxismus gibt es nicht, wohl aber erscheint es möglich, einen Pluralismus manchmal sogar miteinander konkurrierender Theoriekomplexe aus Marx' Denken diesem Denken adäquat herauszuinterpretieren, wenn jeweils bestimmte Voraussetzungen und Entwicklungsbedingungen mit bedacht werden. Das gleiche gilt für das, was jeweils historisch als Marxismus angesehen werden wollte. Marxismus ist eben da, wo er sich als analytisch fruchtbar erwiesen hat, immer permanenter Revisionismus gewesen. Wie Alfred Schmidt kürzlich treffend bemerkte, war/ist der Revisionismus keine vorübergehende Mode gewesen, kein Zufall, sondern die Ratifikation eines bereits von Engels begonnenen Prozesses.¹⁹ Aus einer solchen Position heraus lohnt es sich dann auch umgekehrt, dem Ausmaß der legitimatorischen Verweltanschaulichung Marxschen Denkens zum jeweiligen historischen Marxismus nachzuspüren, lohnt es sich, Marxssches Denken aus der Umklammerung durch apologetische Ansprüche wie zuletzt des gefrorenen Marxismus-Leninismus wieder zu befreien. Der Streit um die Marx-authentische Interpretation von Marx sollte jedoch eine unendliche Geschichte bleiben, damit die Spirale der Verweltanschaulichung nicht wieder in Bewegung gesetzt wird. In diesem Sinne können, mögen sich demokratische Sozialisten auf Marx berufen; aber dies ist nicht notwendig und wäre schon gar nicht hinreichend. Daraus auf eine Gleichursprünglichkeit von demokratischem Sozialismus und Marxismus-Leninismus zu schließen, wäre nur eine schlechte Demonstration von rechtem oder linkem Dogmatismus.

IV.

Nach 1917 hat die deutsche Sozialdemokratie (wie übrigens auch die Laboursozialisten) nicht in hilflos-dürftiger Bolschewismus-Furcht verharret, wie es manche Historiker immer noch ganz gerne sehen mögen, sondern sie hat anspruchsvolle Begründungen für die prinzipielle Inkompatibilität von demokratischem Sozialismus und antidemokratischem Kommunismus geben können. Zuerst haben alle sozialdemokratischen Parteien und Gruppen in Deutschland die Oktoberrevolution begrüßt, und die Bolschewiki galten als russische Friedenspartei. Im Maße der Ausschaltung demokratischer Bestrebungen und der Errichtung einer Diktatur

17 Vgl. Iring Fetscher, Ende der Utopien? Manuskript bzw. Redebeitrag auf der Tagung des Goethe-Instituts in Luxemburg und der Thomas Mann-Bibliothek in Luxemburg über: Sozialismus — Das Ende einer Utopie?, 17.–20.9.1992.

18 Hermann Weber, Das Prinzip Links. Beiträge zur Diskussion des demokratischen Sozialismus in Deutschland, 1848–1990. Eine Dokumentation, Berlin 1991, S.10, unter Bezug auf Friedrich Engels, Worum es in der Türkei wirklich geht, in: MEW Bd.9, S.17.

19 Vgl. dazu u.a. Helmut Fleischer, Theoretisches zum Fall Marx, in: Berliner Debatte/Initial, Jg.2 (1991), H.2, S.215–223, sowie ders., Karl Marx und der Ausgang der proletarischen Revolution, in: Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Klaus Schönhoven und Dietrich Staritz, Köln 1993, S.13–38.

entstand eine breite Auseinandersetzung mit den Bolschewiki und den Vorgängen in der Sowjetunion. Diese galt schließlich als schrecklicher Rückfall in utopische Vorstellungen, die die unreifen sozialen Verhältnisse zu vergewaltigen suchten und mangels der nötigen Reife für den Transformationsprozeß zum Sozialismus zum Scheitern verurteilt waren.²⁰

Für Karl Kautsky, der seit 1917 immer wieder die gesamte europäische Arbeiterbewegung in ihren Bann ziehende Diskussion über das Verhältnis von Demokratie, Diktatur und Sozialismus entfachte, stand außer Zweifel: „Wo sich der Sozialismus auf demokratischer Grundlage nicht möglich erweist, (ist) seine Zeit überhaupt noch nicht gekommen.“ Als Ergebnis der Auseinandersetzung stand unzweifelhaft fest, daß es keine Gemeinsamkeiten zwischen dem demokratischen Sozialismus und einem terroristischen staatskapitalistischen System wie in der Sowjetunion geben konnte; um wiederum mit Kautsky zu sprechen: „Keine Form des Kapitalismus macht die Arbeiterschaft so absolut abhängig wie ein zentralisierter Staatskapitalismus in einem Staat ohne freiheitliche Demokratie.“²¹

Über diese Position hinaus wurde und mußte in den folgenden Jahrzehnten von der deutschen Sozialdemokratie nichts grundsätzlich Neues gesagt, allenfalls bestätigt werden, wie in einer Denkschrift des Exil-Parteivorstandes im November 1935 „Zur Frage der Einheitsfront“: „Die deutsche Sozialdemokratie aber war und ist die Partei des demokratischen Sozialismus. Für sie ist die Demokratie nicht ein taktisches Mittel, sondern ein Prinzip und ein Ziel ihres Kampfes.“²² Auffallend ist jedoch die übrigens ebenfalls durch Kautsky veranlaßte frühe Gleichsetzung von Bolschewismus und Faschismus. Kautsky sah im Bolschewismus schließlich das Mittel zur ideologischen und ökonomischen Depravierung des Proletariats und den Lehrmeister des Nationalsozialismus für dessen Unterdrückung. Hier und da wurde von anderen Autoren allerdings die Identifikation auf Teilaspekte wie Herrschafts- und Propagandamethoden beschränkt.²³

Diese Frühformen der ubiquitären Totalitarismus-Theorie lassen sich aus dem historischen Kontext leicht erklären, geben aber auch Veranlassung zu überprüfen, ob die ja nicht unproblematische Gleichsetzung von Rechts- und Linksradikalismus etwas zu tun haben könnte mit dem Verlust der deutschen Sozialdemokratie an proletarisch-emanzipativer Kraft und einer Beschränkung auf quasi bürgerliches Normalmaß. Gemeint ist, ob die Kraft fehlte, autoritär-totalitäre, d.h. faschistische, und emanzipatorisch-totalitäre, d.h. kommunistische Orientierungs- und Handlungsmuster voneinander analytisch zu trennen, so daß selbst noch im Stalinismus noch unaufgehobene Momente emanzipatorischer Ursprünge hätten erkennbar sein können, freilich analog zur Dialektik der Aufklärung in ihr Gegenteil verkehrt.

20 Vgl. dazu grundlegend Jürgen Zarusky, *Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische Konzeptionen 1917–1933*, München 1992; vgl. auch Uli Schöler, „Despotischer Sozialismus“ oder Staatssklaverei? Die theoretische Verarbeitung der sowjetrussischen Entwicklung in der Sozialdemokratie Deutschlands und Österreichs (1917–1929), 2 Bde, Münster 1991.

21 Vgl. vor allem Karl Kautsky, *Demokratie und Diktatur*, Berlin 1918; ders., *Die Diktatur des Proletariats*, Wien 1918; ders., *Terrorismus und Kommunismus* Berlin, 1919; ders., *Von der Demokratie zur Staatssklaverei. Eine Auseinandersetzung mit Trotzki*, Berlin 1921. Zitate aus: ders., *Terrorismus und Kommunismus a.a.O.*, S.134, und: Karl Kautsky über Sozialdemokratie und Kommunismus. Hrsg. von David Shub und Joseph Shaplen, München 1948, S.40.

22 Denkschrift des Parteivorstandes „Zur Frage der Einheitsfront“, November 1935, in: *Mit dem Gesicht nach Deutschland. Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration*, Düsseldorf 1968, S.253.

23 Till Schelz-Brandenburg, *Karl Kautskys Faschismus-Analyse*, in: *Marxismus und Demokratie*, a.a.O., S.233–247, sowie Udo Vorholt, *Die Sowjetunion im Urteil des sozialdemokratischen Exils 1933 bis 1945. Eine Studie des Exilparteivorstandes der SPD, des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes, der Sozialistischen Arbeiterpartei und der Gruppe Neu Beginnen*, Frankfurt a.M. 1991.

Otto Bauer, dem legendären Führer der österreichischen Sozialdemokratie, waren diese Gedanken nicht fremd, wie sein Abarbeiten am schlichten Anti-Bolschewismus seit 1920 zeigt.²⁴ Das Problem war vieldimensional: Es ging um die Rolle der Sowjetunion erstens als „Vaterland aller Werktätigen“, zweitens als Bollwerk gegen den Faschismus und drittens als internationaler Machtfaktor. Für Otto Bauer hatte die Sowjetunion den Kredit einer revolutionären Tatsache inmitten der kapitalistischen Welt, und bereits 1920 war es für ihn evident, daß in der Sowjetunion eine sozialistische Gesellschaft im Entstehen war, „ein Sozialismus besonderer Art, ein despotischer Sozialismus“ zwar, aber ein Sozialismus eben. 1931 sah er in der Sowjetunion „Elemente einer sozialistischen Gesellschaftsordnung“ wachsen. Gemessen an seinem eigenen emanzipatorischen Verständnis von Sozialismus war dies noch nicht *der* Sozialismus, aber „eine sozialistische Gesellschaft im Werden“.

Zweifelloos bedeutete dies eine enorme Aufwertung der Sowjetunion im Lager des demokratischen Sozialismus, und auch die SPD-Linke hat unter dem Eindruck des sowjetischen Fünf-Jahres-Plans einerseits und des Bankrotts der kapitalistischen Produktionsweise in der Weltwirtschaftskrise andererseits und von Otto Bauers Interpretationen inspiriert, zu der Auffassung gefunden, „daß sich die Sowjetunion auf ihrem spezifischen Weg zum Sozialismus befinde, wobei es sie zu unterstützen gelte“.²⁵

Es fragt sich, ob diese solidarische Haltung Otto Bauers gegenüber der Sowjetunion nur blanker, wenn auch selbst noch im Nachhinein begreifbarer Voluntarismus gewesen ist, der sich zuletzt noch vertiefte angesichts der Bedeutung, die die Sowjetunion Mitte der 30er Jahre als letztes Bollwerk gegen den Faschismus für die europäische Arbeiterbewegung hatte. Aber auch Otto Bauer konnte sich der Einsicht nicht verschließen, daß der Terror in der Sowjetunion wie auch die Moskauer Schauprozesse 1936/37 „schlimmste Rückfälle auf dem Weg zum Sozialismus“ waren. Er war nicht der einzige demokratische Sozialist, der in dieser fast tragisch zu nennenden, nicht eigentlich mehr miteinander vermittelbaren Spannung zwischen Kritik und Apologie der Sowjetunion stand. Aber schließlich gab es nur noch wenige linke Intellektuelle, die in der Sowjetunion noch ihr „kommunistisches Jerusalem“ sahen und — wie Ernst Bloch — später nach dem Zweiten Weltkrieg noch einmal die DDR auf dem Wege dorthin.

Es stellt sich die Frage nach den Ursachen der trotz aller Erfahrungen und Erkenntnisse so lange anhaltenden „Sowjetbegeisterung“ nicht nur unter den linken Intellektuellen, sondern in der Arbeiterbewegung selbst, und es bleibt zu klären, warum sich vielfach die Ablösungsprozesse vom „Vaterland aller Werktätigen“ so langwierig, so schwierig, oft rückfällig und manchmal mißlungen darstellen und dies bis in die jüngste Zeit. Vielleicht läßt sich diese Frage einer Antwort näher bringen, wenn man sich gewissermaßen *pars pro toto* mit den linkssozialistischen Positionen in den 30er Jahren am Beispiel der SAP, der linkssozialistischen Abspaltung von der SPD, auseinandersetzt. In ihrem Programm von 1932 hatte die SAP die Leninsche Theorie von der Rolle der Partei ziemlich rigide übernommen: Die Partei als bewußte Minderheit müsse führen, „ohne die Mehrheit zu fragen, ob sie will“. Dies ließe

24 Vgl. hierzu vor allem Richard Saage, Die Oktoberrevolution und das sowjetische Herrschaftssystem im politischen Denken Otto Bauers, in: ders., Arbeiterbewegung, Faschismus, Neokonservatismus, Frankfurt a.M. 1987, S.81–117.

25 Jürgen Zarusky, Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell, a.a.O., S.290.

sich vielleicht noch verstehen als Versuch der Legitimation ihres Anspruches, Kristallisationskern für die Einheit der Arbeiterbewegung angesichts der Bedrohung durch den Faschismus in Deutschland zu sein.

Doch auch die Stellung zur Sowjetunion war eindeutig: Man zweifelte nicht daran, ob sich im Sowjetstaate der Aufbau des Sozialismus vollziehe und sah das agrarische Rußland auf dem Wege zum Sozialismus allen entwickelten Industrieländern weit voraus. Da blieb es recht unerheblich, daß man den Dissens zu Stalins antileninistischem „Sozialismus in einem Lande“ betonte. Wahrscheinlich war dies einem durch die Gefahr des Faschismus bewirkten Voluntarismus geschuldet. Denn bis 1937 haben die SAP-Sozialisten, die auch emphatische Anhänger der Volksfront-Bemühungen im deutschen Exil waren (vor allem für Willy Brandt ist diese Feststellung zu treffen), die Sowjetunion bedingungslos moralisch unterstützt, dann aber — konfrontiert mit den „Säuberungen“ und den Moskauer Prozessen — den „Schutz der Sowjetunion“ aufgegeben, wenngleich nicht wenige bis 1945/46 an der Vorstellung von der Einheit der deutschen Arbeiterbewegung in all ihren Teilen festhielten.²⁶

Mit ihrer einstigen leninistischen Option sind sie allerdings ziemlich konsequent und jedenfalls unbestechlich umgegangen. Paul Frölich, einer der Kampfgefährten Rosa Luxemburgs aus der Zeit vor 1914, wandte sich wieder zu ihr zurück und veröffentlichte 1939 im Pariser Exil seine berühmt gewordene Biographie über sie. Nach 1945, nach den Jahren des Exils in den USA, dann wieder als Mitglied der SPD, trieb ihn die Frage um, wie aus der Welt der ersten sozialistischen Transformation ein bürokratisches Terrorregime hatte werden können und aus den einst so lebendigen kommunistischen Parteien „nur noch Versammlungsstellen für die Befehlsausgabe“. Frölich stellte sich immer wieder die ihn zermürbende, ja fast zerstörende Frage: Ist der Sozialismus „nicht eine bloße Utopie“? und setzte seine Hoffnung auf die Botschaft von Rosa Luxemburg: Sozialismus ist vollendete Demokratie, ist die freie Entfaltung der Einzelpersönlichkeit in gemeinsamem Wirken mit allen für das Wohl aller.²⁷

Für Fritz Sternberg, den Imperialismustheoretiker in der Nachfolge von Rosa Luxemburg, der noch Lenin angenäherte Positionen vertrat, als er 1931 zur SAP kam, stand es spätestens am Vorabend des Zweiten Weltkrieges fest: Die Sowjetunion war zwar im Verhältnis zu den kapitalistischen Staaten noch immer eine fortschrittliche, gegenüber den Aufgaben der internationalen Arbeiterklasse jedoch „eine reaktionäre Macht“ geworden. Diese Einsicht in den reaktionären Charakter des Stalinismus bildete die Voraussetzung für Sternbergs deutliche Distanzierung von der Sowjetunion und von Lenin und für seine Hinwendung zu demokratisch-sozialistischen Transformationsvorstellungen. Dabei hat er jedoch immer darauf bestanden, daß Marx' Methode immer wieder fruchtbar gemacht werden müsse, weil nur sie in die Lage versetze, Marx' „eigene Irrtümer zu berichtigen und damit den Werdegang der kapitalistischen Produktionsweise bis in unsere Epoche zu verfolgen“. Marx' Methode, so war seine Auffassung, sei produktiver „als jede andere, den neu entstehenden Gesellschaftskörpern ihre

26 Vgl. Udo Vorholt, *Die Sowjetunion im Urteil des sozialdemokratischen Exils*, a.a.O.; Jan Foitzik, *Zwischen den Fronten: Zur Politik, Organisation und Funktion linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand 1933 bis 1939/40 unter besonderer Berücksichtigung des Exils*, Bonn 1986; *Auf verlorenem Posten? Zur Geschichte der Sozialistischen Arbeiterpartei*. Zwei Beiträge zum Linkssozialismus in Deutschland von Helmut Arndt und Heinz Niemann. Hrsg. von Heinz Niemann, Berlin 1991; *Entscheidung für die SPD, Briefe und Aufzeichnungen linker Sozialisten 1944–1948*. Hrsg. von Helga Grebing, München 1984.

27 Paul Frölich, *Rosa Luxemburg. Gedanke und Tat* (1939), Frankfurt a.M. 1967; ders., *Zur Krise des Marxismus*, Hamburg 1949; ders., *Beiträge zur Analyse des Stalinismus*. Zwei unveröffentlichte Manuskripte aus dem Nachlaß, in: *Jahrbuch Arbeiterbewegung*, Bd. 4: *Faschismus und Kapitalismus*, Frankfurt a.M. 1976, S. 141–155.

Gesetzlichkeit und den Rhythmus ihrer Entwicklung abzulesen“,²⁸ schrieb er 1955 in seinem Buch „Marx und die Gegenwart“ und legte damit eine Spur für die Aktualisierung von Marx heute.

Willy Brandt, in den 30er Jahren in der ‚Lehre‘ bei dem ideologiefernen demokratischen Volkssozialismus der Skandinavier, zog 1946 in der Auseinandersetzung mit seinem politischen Ziehvater Jacob Walcher, der aus dem US-amerikanischen Exil ins neue deutsche ‚Vaterland der Werktätigen‘ zurückgekehrt war, den Schluß, daß es gelte, von den neuen Verhältnissen aus und befreit von Dogmen und Vorurteilen eine planwirtschaftlich-freiheitliche, demokratisch-sozialistische Konzeption für die deutsche, die europäische und die internationale Arbeiterbewegung zu entwickeln.²⁹

Die demokratisch-sozialistischen Optionen der Linkssozialisten, zu denen sie sich in Konfrontation mit dem terroristischen Stalin-Regime seit den 30er Jahren durchgerungen hatten, beweisen einmal mehr, daß die Marx' Methode verpflichtete Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse die Träume der Intellektuellen vom „kommunistischen Jerusalem“ desavouierte. Die Wendung zu den humanitären, aufklärerischen Traditionen des demokratischen Sozialismus war so gesehen eine Konsequenz, die zwar den Utopie-Verlust zur Folge hatte, wohl aber die Vision einer gerechteren Welt nicht ausschloß, im Gegenteil, sie erneut produktiv begründete.

V.

Als 1951 die Sozialistische Internationale in Frankfurt am Main gegründet wurde, gab sie sich ein Programm, das auf einem breiten Konsens aller demokratisch-sozialistischen Strömungen und Gruppierungen beruhte: Unter scharfer und eindeutiger Abgrenzung vom Kommunismus, der sich zu unrecht auf sozialistische Traditionen berufe und diese Traditionen bis zur Unkenntlichkeit verzerrt habe, wollten demokratische Sozialisten im Gegensatz zu den totalitären Systemen ein Gemeinwesen erstreben, „in dem freie Menschen als gleiche zusammenwirken“; ihr Sozialismus sollte „damit zur höchsten Form der Demokratie“ werden.³⁰

Was soll daran nun nicht mehr stimmen? Wenn die Sowjetunion und ihre Satelliten sich über mehrere Generationen hinweg als sozialistische Gesellschaften definiert haben, dann könnte man kurz und knapp replizieren: „Na und? Eine Lüge mehr!“ Statt dessen beobachtet man Fluchtbewegungen unter denen, die sich demokratische Sozialisten möglichst nicht mehr nennen lassen mögen, die befürchten, auch Honecker könnte noch unter den vielen heimlichen/unheimlichen Siegern zu finden sein. Kommt dieser Defätismus aus dem schlechten Gewissen, weil man vielleicht manchmal etwas zu weit gegangen ist, zum Beispiel bei den (Harry-)Tisch-Gesprächen und bei der Demonstration der Brüder- und Schwesterlichkeit, vielleicht weil man sich eingelassen hat auf problematische Konvergenzannahmen, vielleicht wegen der klammheimlichen Liebe zur DDR als dem womöglich doch eigentlichen sozialistischen Vaterland, vielleicht weil man der Nation wegen nicht früher und nicht deutlicher die

28 Vgl. Fritz Sternberg, Die deutsche Kriegsstärke. Wie lange kann Hitler Krieg führen, Strasbourg und Paris 1939; ders., Marx und die Gegenwart. Entwicklungstendenzen in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts, Köln 1955, S.7; zuletzt ders., Anmerkungen zu Marx — heute, Frankfurt a.M. 1965 (posthum).

29 Vgl. zuletzt Einhart Lorenz, „Hier oben in Skandinavien ist die Lage ja einigermaßen verschieden. . .“. Zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) im skandinavischen Exil, in: Sozialismus und Kommunismus im Wandel, a.a.O., S.216–235; der Brief Brandts an Walcher vom 10.6.1946, in dem Brandt seinen politischen Schlußstrich unter eine jahrelange Zusammenarbeit zieht, in: Entscheidung für die SPD, a.a.O., S.65–71.

30 Vgl. den Text der Prinzipienklärung in: Dieter Dowe und Kurt Klotzbach, Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, a.a.O., S.287–297.

Schluchten, die Abgründe, ja die Eisernen Vorhänge bezeichnet hat, die zwischen dem demokratischen und dem sogenannten real existierenden Sozialismus bestanden?

Wie dem auch sei: Sieger und Besiegte scheint es genug zu geben. Der Kapitalismus habe gesiegt, sagt man. Sogar Jürgen Habermas, auf den man sich sonst immer verlassen kann, wenn es darum geht, Maßstäbe zu setzen, meint, der Sozialismus habe alle seine Melodien erfolglos durchgespielt. Aber vielleicht hat der Kapitalismus gar nicht gesiegt, sondern ist nur übrig geblieben, und die Geschichte des demokratischen Sozialismus als alternatives, Gegenmacht bildendes Prinzip zum Kapitalismus und zugleich regulative Idee des emanzipatorischen Fortschritts könnte gerade erst wieder beginnen; denn vielleicht ist die Rationalität des Kapitalismus nur scheinbar unübertroffen, und der Kapitalismus hat ohne das permanente Korrektiv der Idee und der Realität des demokratischen Sozialismus keine gesicherte Zukunftsperspektive mehr.

Es gibt Konservative, die das begriffen haben. Ernst Nolte klärte kürzlich in der FAZ die Lage, in dem er darauf verwies, daß die linke Utopie auf Erden nie wirklich werden würde, aber dann doch darauf bestand, daß man sie als nützliche Einrichtung zur Schärfung der Instrumente des Konservatismus brauche.³¹ In der Tat hatten Konservative historisch betrachtet nie die Kraft, aus sich heraus Modelle zur Gestaltung einer gerechten Welt zu formulieren. Und wenn sie jeweils klug waren, haben sie im Interesse der Stabilisierung ihrer Position das, was Linke geschaffen haben, nur gemäßigt, aber nicht rückgängig gemacht. Der Konservatismus lebte schon immer aus der Dialektik von Fortschritt und Beharrung.

Es muß also an der Vision vom demokratischen Sozialismus etwas mehr dran sein als bloß ein allenfalls zu duldendes, manchmal sogar begrüßtes utopisches Denken, wenn selbst Konservative ohne sie nicht auskommen können. Für den Fortschritt der Welt in einer aufklärerisch-humanen Perspektive wäre es ein Trauerspiel, wenn Sozialdemokraten ihre Vision vom demokratischen Sozialismus selbst zu Grabe tragen würden. Freilich müßte es ihnen gelingen, Verstellungen, Mißverständnisse, Fehlentwicklungen kritisch zu überprüfen und an manchen Stellen Eindeutigkeit zurück- oder überhaupt erst zu gewinnen.³² Doch dazu sollte man sich nicht auf falsche Freunde verlassen, sondern die Definitionsmacht über die Bedeutung von Begriffen selbst in Anspruch nehmen.

Es reicht deshalb nicht, wie Alfred Schmidt oder Arnold Künzli vorzuschlagen, das Projekt eines neuen ethischen Sozialismus zu kreieren.³³ Damit würden sämtliche Gefahren der unverbindlichen Beliebigkeit oder eines ins Totalitäre mutierenden Voluntarismus beschworen. Demokratischer Sozialismus kann nicht zu einer Glaubensfrage gemacht werden, sondern ist eine Sache der konkreten Praxis, die allerdings durch einige Grundprinzipien konstituiert wird. Richard Saage hat jüngst darauf hingewiesen,³⁴ daß der demokratische Sozialismus

31 Ernst Nolte, Die Linke und ihr Dilemma, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.10.1992, S.27.

32 Zu diesen Bemühungen vgl. Horst Heimann, Die Voraussetzungen des demokratischen Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Bonn 1991; Helga Grebing, Zusammenfassende Thesen zum sogenannten „Ende der Arbeiterbewegung in Europa“, in: Linksparteien und Gewerkschaften in Europa. Hrsg. von Helga Grebing und Thomas Meyer, Köln 1992, S.247–259; dies., Die Traditionen des demokratischen Sozialismus als Antithese zum Marxismus-Leninismus — Der Weg zum Godesberger Programm, in: Sozialdemokratische Traditionen und demokratischer Sozialismus 2000. Hrsg. von Horst Heimann, Köln 1993, S.26–43; Verlust der politischen Utopie in Europa? Hrsg. von Peter Kühne und Klaus W. West, Berlin 1992.

33 So Arnold Künzli auf der Tagung (siehe Anm.17) und Alfred Schmidt auf der Tagung „Zwischenbilanz der Sozialismusk Diskussionen nach dem Ende des Kommunismus in Osteuropa — Zukunftsperspektiven des Demokratischen Sozialismus“ vom 23.–25. April 1993 in der Gustav-Heinemann-Akademie Freudenberg.

34 Richard Saage, Utopie und Programmatik. Zum politischen Selbstverständnis der deutschen Sozialdemokratie, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg.44 (1993), H.6, S.352–365.

im Gegensatz zum besitzindividualistischen Liberalismus immer am Prinzip der Solidarität festgehalten hat. Im Gegensatz zum Kommunismus und zu bestimmten Varianten des Konservatismus hat er auf der individuellen Selbstentfaltung auf der Grundlage der Demokratie und der vorstaatlichen Menschenrechte als unverzichtbare Errungenschaft der Zivilgesellschaft bestanden. Im Gegensatz zum fundamentalistischen Ökologismus hat er den ökologischen Umbau der Gesellschaft postuliert, ohne die zivilisatorischen Fortschritte der Industriegesellschaft aufzugeben.

Diese grundsätzlichen Hinweise auf die Essentials des demokratischen Sozialismus verweisen noch einmal auf seine große Bandbreite und machen zugleich deutlich, wie wesentlich für seine politische Gestaltungskraft konkrete Programme im Kontext jeweils historisch faßbarer sozialer Prozesse waren und sind. Unabhängig von historisch-konkreten Akzentuierungen bleibt deshalb der demokratische Sozialismus nach dem Vorschlag von Hermann Weber zu verstehen „als Gesellschaftsmodell, als eine neue Ordnung, die auf der Basis des parlamentarisch-demokratischen Rechtsstaates schrittweise die Mißstände des Kapitalismus und die Klassenprivilegien abschafft, soziale Sicherheit garantiert, Demokratie in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft verwirklicht, Rechtsstaatlichkeit sowie persönliche und geistige Freiheit sichert und damit die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität erkämpft und bewahrt.“³⁵

35 Hermann Weber, *Das Prinzip Links*, a.a.O., S.28.

„VERTRAULICHE 09 VERSCHLUßSACHE“. ZUR ANGEBLICHEN TAGUNG DES ZENTRAALKOMITEES DER KPD AM 7. FEBRUAR 1933. EIN QUELLENKRITISCHER EXKURS*

Von Henryk Skrzypczak

Hermann Weber zum 23. August 1993,
der Fachwelt als Denkanstoß zum Thema
Glanz und Elend der Oral history

I. Aus dem Vorfeld der Gedenktagung des Jahres 1953

„Am großen Zug, in der Nähe des Zeuthener Sees, liegt das ‚Sporthaus Ziegenhals‘. Es handelt sich um ein Garten- und Ausflugslokal (alter Baumbestand) unmittelbar am Wasser und mit einer Dampferanlegestelle. Als wir kamen, war gerade ein Berliner Betrieb mit Dampfern da, und es waren im Garten die Kaffeetafeln für die Kinder gedeckt. So ein richtiger Berliner Ringelpietz mit Onkel Pelle usw. Das Lokal macht einen sehr verwahrlosten Eindruck. Einige Gebäude sind verfallen, der Garten ist ungepflegt. Vieles ist nicht in Ordnung.“

* Ausgangspunkt des folgenden Beitrags waren einige Probleme quellenkritischer Art, die sich im breiteren Rahmen einer Untersuchung über Einheitsfront-Interventionen Friedrich Stampfers ergaben. Um das Manuskript termingerecht fertigstellen zu können, hat der Verfasser die Hilfsbereitschaft einiger Mitarbeiter der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR“ außergewöhnlich stark in Anspruch genommen. Insbesondere Elisabeth Ittershagen, Elke Warning, Annemarie Müller, Waltraut Hohnwald und Volker Lange für die Unterstützung im Archivbereich sowie Elrun Dolatowski, Marita Bieß und Karin Hiemer für ihre Hilfe in der Stiftungsbibliothek sage ich deshalb auch an dieser Stelle meinen herzlichen Dank. Ihn schulde ich in gleicher Weise Friedrich P. Kahlenberg für sein verständnisvolles Entgegenkommen. — Zur Zitierweise: Die hier in der Kurzform ZPA zitierten Unterlagen aus dem Zentralen Parteiarchiv der SED sind jetzt Bestandteil der oben genannten Stiftung im Bundesarchiv; offizielle Abkürzung bei Bestandshinweisen: SAPMO-BArch. Schreibfehler der Vorlagen werden stillschweigend berichtigt, Unterstreichungen in der Regel durch Kursive wiedergegeben.

Diese an einem Sommertag des Jahres 1952 zu Papier gebrachten Zeilen, die einiges vom literarischen Ehrgeiz ihres Autors verraten, sind keineswegs der stille Abglanz einer Wanderung durch die Mark Brandenburg. Ihr Schreiber ergeht sich mitnichten in den Spuren des großen Fontane, er war in höherem Auftrag der Partei unterwegs. Parteiauftrag ist vielleicht etwas zuviel gesagt, denn Hermann Matern, seit zwei Jahren Mitglied des Politbüros der SED, hat gegenüber dem Genossen Moericke ja eigentlich nur einem Wunsch Ausdruck verliehen. Für Bruno Peterson jedoch, den Moericke zu Rate gezogen hat, ist ein Wunsch des Vorsitzenden der Parteikontrollkommission gerade so gut wie ein Befehl, und das ganz besonders, wenn es um eine derart wichtige Sache geht.¹ Im kommenden Februar jährt sich zum zwanzigsten Mal jener bedeutsame Tag, an dem Genosse Ernst Thälmann in Ziegenhals vor Spitzenfunktionären der KPD seine letzte richtungsweisende Rede hielt. In würdiger Form derer zu gedenken, die sich damals, schon im geheimen, versammelt hatten, um der braunen Gefahr die Stirn zu bieten, ist für die Partei eine Ehrenpflicht. Leider hat die Geschichte einige Widerhaken, die es Hermann Matern nicht ratsam erscheinen lassen, die erforderlichen Recherchen an die große Glocke zu hängen. Bei Franz Moericke aber und Bruno Peterson, die noch zur alterproben KP-Garde gehören, weiß er die Angelegenheit in vertrauenswürdiger Hand.² Als die beiden am 21. August in Richtung Zeuthen aufbrechen, ist ihre Zielvorgabe klar: Materns „Wunsch und Auftrag“ besagen, „Nachforschungen in Verbindung mit der im Februar 1933 stattgefundenen Sitzung des Zentralkomitees in einem Gartenlokal in Ziegenhals, die unser Genosse Ernst Thälmann leitete, anzustellen“.³ Auf dieser Linie fündig zu werden, fällt dem erfahrenen Parteijournalisten Moericke und seinem Begleiter, einem ehemaligen Agitprop-Mann, nicht sonderlich schwer. Den Wirt von früher finden die beiden zwar nicht mehr vor — Wilhelm Mörschel ist 1947 verstorben, seine Witwe Paula jedoch, sein Bruder Karl sowie dessen Frau, die ebenfalls zu den Augen- und Ohrenzeugen des historischen Ereignisses gehören, sind nur zu gerne bereit, den Besuchern aus dem nahen Berlin Rede und Antwort zu stehen. Daß ihr Lokal dringend einer gründlichen Renovierung bedarf, wissen sie selbst, und wenn die Partei nun plötzlich an dem leerstehenden Zimmer, in dem 1933 der bewußte „Kegelclub“ tagte, ein so großes Interesse zeigt, könnte man davon ja vielleicht einiges profitieren. Doch es ist nicht etwa nur der materielle Gesichtspunkt, der die Mörschels in diesem Kontext berührt. Wilhelm Mörschel, der Vater des jetzigen Besitzers, hatte zu den KPD-Mitgliedern der ersten Stunde gehört. Seine beiden Söhne — der verstorbene Wilhelm, der den Besitz von ihm übernommen hatte, und Karl — wurden von ihm „im Geiste der Arbeiterbewegung erzogen“. Wie sein Vater Mitglied der KPD, dann der SED, hat der jüngere Wilhelm sich 1946 bereits hilfesuchend an Wilhelm Pieck gewandt und ihn unter Hinweis auf die Tagung vom Februar 1933 um seine Intervention zugunsten des Wiederaufbaus der vermutlich durch Kriegseinwirkung zerstörten Gaststätte gebeten. Pieck hatte sich damals bei den zuständigen Dienststellen für ihn eingesetzt, auch das Zentralsekretariat der Partei war

1 Vgl. das von Franz Moericke mitunterzeichnete Schreiben Bruno Petersons vom 25.8.1952 an Hermann Matern, in: ZPA, NL 36/628, Bl.2–5; Bl.5: „Es wäre eine große Aufgabe, diese Tagung in diesem Arbeiterausfluglokal in Ziegenhals auch einmal, und das müßte sehr gut gemacht werden, literarisch zu gestalten. Wenn noch mehr Material über diese Dinge vorliegt, werde ich Dich um die Erlaubnis dazu bitten.“

2 Zu Moericke siehe Hermann Weber, *Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik*, 2 Bde, Frankfurt a.M. 1969, Bd.2, S.224f.; ergänzend: *Handbuch des Landtages des Landes Brandenburg*, Potsdam 1947, S.85; zu Bruno Peterson: *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933. Leitung und Bearbeitung: Werner Röder, München, und Herbert A. Strauss, New York*, 3 Bde, München u.a. 1980–1983 (künftig zitiert: *Emigration*), Bd.1, S.555.

3 Vgl. das oben zitierte Schreiben Petersons, Bl.2.

in der Sache tätig geworden, herausgekommen aber war bei alledem nicht sonderlich viel.⁴ Die Hoffnung, daß es sich diesmal besser anlassen würde, war für die Mörschels zweifellos eine beflügelnde Stimulanz. Beinahe im Handumdrehen fördern Peterson und Moericke die ersten Mosaiksteine zutage.

Ob Karls Bruder wohl bekannt gewesen sei, worum es sich bei der Zusammenkunft eigentlich gehandelt habe? Aber natürlich war ihm das bekannt. Es handelte sich „tatsächlich um das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei“.⁵ Und in welchem Raum spielte das ganze sich eigentlich ab, war das nicht in der Veranda? Aber nein doch, die „Sitzung fand nicht in einer Veranda, sondern in einer neben dem Saal gelegenen größeren Gaststube statt“, „deren Fenster hinten auf die Kegelbahn hinausgehen“. Hat es vielleicht irgendwelche besonderen Vorkommnisse gegeben? Aber ja doch, bestätigt der Wirt und erzählt, „wie diese Sitzung durch einige Mitglieder der SA, die sich in der Nähe herumtrieben, verraten wurde und wie es jedoch gelang, rechtzeitig alle Teilnehmer der Sitzung mit Autos bzw. mit Booten über den See nach Rauchfangswerder in Sicherheit zu bringen, so daß keinerlei Verhaftungen erfolgten“. Gibt es hierfür womöglich weitere Zeugen? Nun, da gibt es noch den Erwin Meier, Hausdiener dazumal, „der während der Sitzung beobachtet hat, wie einige ihm als SA-Leute bekannte Männer in die nächste Ortschaft liefen (Niederlehme), und er alarmierte sofort die Genossen und veranlaßte den Abbruch der Sitzung. Er war auch daran beteiligt, die Genossen mit Booten über den See nach Rauchfangswerder zu schaffen.“ Und was nun diese Teilnehmer anbetrifft — ist da wohl noch jemandem der eine oder andere in Erinnerung geblieben? Also, zählt Karl Mörschel auf, „die Genossen Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Otto Franke usw.“, und dann „glaubt“ er sich auch noch an Hermann Matern „erinnern zu können“.

Am 25. August, als ein Bote das mit dem Vermerk „Streng vertraulich!“ versehene Schreiben Petersons in der Wilhelm-Pieck-Straße 1, dem damaligen Sitz des Zentralkomitees, abliefern, wird unabhängig davon auch ein „Überblick über die historische Sitzung“ an Matern auf den Weg gebracht.⁶ Sein Verfasser, der sich darin wohl ausschließlich auf Angaben Paula Mörschels bezieht, ist ein ebenfalls altbewährter Genosse: Sepp Miller, neuerdings tätig im Museum für Deutsche Geschichte.⁷ Obwohl die Kostenfrage noch zu klären bleibt, ist die Gedenkstätte für ihn bereits eine beschlossene Sache: „Das historische Zimmer wird nun entsprechend seiner Bedeutung für die Arbeiterbewegung ausgestattet werden.“⁸ Peterson wiederum schlägt u.a. vor, „daß man zum Geburtstag von Ernst Thälmann im April des

4 Zur Familiengeschichte der Mörschels und zu ihrer Verwurzelung in der Arbeiterbewegung siehe neben dem Schreiben Petersons auch den Auszug aus einem Brief Otto Frankes vom 29.12.1946 an Wilhelm Pieck (ZPA, EA III/2, Bl.127f.) sowie den Bericht Sepp Millers über seinen „Besuch im Sporthaus Ziegenhals bei Zeuthen am 23.8.52“ (siehe Anm.6); über das Schreiben Wilhelm Mörschels an Wilhelm Pieck und die Reaktion darauf siehe den Brief Petersons, Bl.4.

5 Vgl. hierzu und zu den folgenden Angaben der Mörschels das Schreiben Petersons, Bl.3f.; „Zentralkomitee der Kommunistischen Partei“ von Hand unterstrichen. — Die Fragen und Überleitungsflaskeln im Text des vorliegenden Exkurses sind in Anpassung an die wörtlich zitierten Auskünfte sinngemäß rekonstruiert.

6 Begleitschreiben Sepp Millers vom 25.8.1952 an Hermann Matern mit der in Anm.4 erwähnten Anlage; Miller war von Matern über die Parallelrecherchen nicht unterrichtet worden. „Du hast wohl schon einige Genossen hingeschickt“, heißt es im Begleitbrief. „Wer ist das? Ich will mit ihnen zusammen arbeiten.“ ZPA, NL 36/628, Bl.6 sowie Bl.7f.

7 Siehe G[ernot]. Bandur, Miller, Josef (Sepp), in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon, [Ost-] Berlin 1970 (künftig zitiert: Lexikon), S.329–331; vgl. Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus (siehe Anm.2), Bd.2, S.223f.

8 Sepp Miller, a.a.O. (siehe Anm.6), Bl.8; im Beischreiben heißt es: „Meine Vorschläge für die Ausgestaltung des Zimmers im Sporthaus Ziegenhals füge ich gleichfalls bei. Das vorläufig. Wer nimmt diese Arbeit praktisch in Angriff? Die Staatliche Kunstkommission oder wer? Auf wessen Kosten?“

nächsten Jahres sowohl außen an dem Haus als auch in dem Zimmer, in dem unser unvergeßlicher Genosse Ernst zum letztenmal zu den Genossen sprach, je eine Gedenktafel anbringt“.⁹ Ein knappes halbes Jahr braucht es jetzt noch, ehe die Pläne Hermann Materns bis zur Entscheidungsreife gediehen sind. „Der Durchführung der 11. Tagung des Zentralkomitees der SED am 7. Februar 1953 im Sporthaus Ziegenhals bei Zeuthen anläßlich des 20. Jahrestages der letzten Plenartagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands, auf der Genosse Ernst Thälmann referierte, wird“ am 13. Januar in einer Sitzung des ZK-Sekretariats „zugestimmt“.¹⁰ Zwei Tage darauf bestätigt dasselbe Gremium den „Plan der Ausgestaltung des Lokals ‚Sporthaus Ziegenhals‘ anläßlich der Tagung“ erst einmal „im Prinzip“, bevor es am 29. Januar die über dem Bild Ernst Thälmanns anzubringende Losung festlegt. Sie ist der Rede entnommen, die der KPD-Vorsitzende in Ziegenhals gehalten hat und lautet: „Wir müssen zeigen, daß wir die Partei sind, die durch die Befreiung der Arbeiterklasse die Einheit der Nation verwirklicht“. Außerdem soll in dem historischen Zimmer eine Tafel mit der folgenden Inschrift angebracht werden: „In diesem Raum fand am 7. Februar 1933 eine illegale Sitzung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands, auf der Genosse Ernst Thälmann zum letzten Male referierte, statt“.¹¹ Der Geburt einer Legende zweiter Akt konnte beginnen.

II. Zur Rezeptionsgeschichte einer Legende

Während Hermann Matern die Befragungsergebnisse wie seinen Augapfel hütet — die Eingänge sind als „Vertrauliche 09 Verschlusssache“¹² deklariert —, halten sie es in der Wilhelm-Pieck-Straße für hoch an der Zeit, aus dem informatorischen Rohmaterial endlich Nägel mit werbewirksamen Köpfen zu machen. Der erste Schritt dazu, die Ausgestaltung des historischen Zimmers, ist getan, ein Vertrag über die Pflege und Instandhaltung des Gedenkzimmers mit dem Wirt und dem Museum für Deutsche Geschichte in Aussicht genommen. Darin wird festzulegen sein, „inwieweit das Zimmer für würdige Veranstaltungen der Parteiorganisation des Ortes oder für sonstige würdige Veranstaltungen zur Verfügung steht“.¹³ Daß die Presse bei der Einweihung voll auf das Thema einsteigt, daß DEFA, „Augenzeuge“, Illus-Bilderdienst und der Rundfunk für brauchbares Bild- und Tonmaterial sorgen,¹⁴ versteht sich nachgerade von selbst. Sich damit zu begnügen, daß der Festakt vom 7. Februar ein Medienereignis wird und die Gedenkstätte dann mehr oder weniger dem Selbstlauf zu überlassen, hieße jedoch, ein agitatorisches Kleinod sträflich zu verschenken. Man stelle sich das nur vor: Da gibt es Geheimkuriere und konspirative Treffs. Es gibt einen V-Mann, der in der perfekten Tarnung einer Sternwarte operiert. Die Anfahrt zur Konferenz erfolgt auf vielfach verschlungenen Wegen. Sicherungskräfte halten sich für die Abwehr von Überfällen bereit. Ein Ernst Thälmann sodann, der seinen Genossen glasklar und weitblickend die Generallinie konkretisiert. Die Alarmmeldung plötzlich, daß Gefahr im Verzuge sei, und der geordnete Rückzug

9 Schreiben Bruno Petersons (siehe Anm.1), Bl.5.

10 ZPA, J IV 2/2/257, Reinschriftenprotokoll Nr.3 vom 13.1.1953, Bl.3.

11 ZPA, J IV 2/3/355, Reinschriftenprotokoll Nr.4, Bl.5: Zum Protokoll Nr.4/53. — ZPA, J IV 2/3/358, Reinschriftenprotokoll Nr.7, Bl.5.

12 Dieser Stempel ist auf jeder Seite des Briefes von Peterson angebracht worden, ebenso auf den beiden Seiten des Berichtes von Sepp Miller über den Besuch am 23.8.52 sowie auf seinem Begleitschreiben vom 25.8.52.

13 Vgl. Anlage Nr.1 zum Protokoll Nr.3/53 vom 13. Januar 1953, ZPA, J IV 2/2/257, Bl.9.

14 A.a.O., Bl.11.

dann in die verschwiegene Winternacht. . . Und das alles im Dienste der großen, der menschenheitsbefreienden Sache — ein Stoff also ganz von jener Art, aus der die Maßanzüge politischer Selbstdarstellung geschneidert sind.

In der Tat wäre es sträflich, wenn die Partei mit einem solchen Pfund nicht zu wuchern verstünde. Wessen sie hierzu an Steuerungsinstrumenten bedarf, hat sie fest in der Hand: mit der Organisation Junger Pioniere ganz unten beginnend, bis hoch hinauf zu den Zinnen der ‚Festung Wissenschaft‘. Noch freilich werden Jahre vergehen, bis die Kunde von der legendären Sitzung des Zentralkomitees im historischen Bewußtsein Aufnahme gefunden hat. Die Fundamente der Rezeption jedoch sind gelegt. Am Morgen des 8. Februar wird das „Neue Deutschland“, das Organ des ZK, auf drei seiner großformatigen Seiten über die Gedenkveranstaltung berichten.¹⁵ Auch im Märzheft der „Einheit“, dem theoretischen Organ der Partei, werden die Funktionäre Walter Ulbrichts große Rede über das Vermächtnis Ernst Thälmanns nachlesen können.¹⁶ Hermann Matern wiederum kommt mit seinen Ausführungen in der ersten März Ausgabe des ZK-Organs für alle Parteiarbeiter zu Wort,¹⁷ und daß „die Gedenkstätte in der Presse popularisiert und Besuche durch das Museum für Deutsche Geschichte organisiert“ werden, dafür hat die Planung auch schon Sorge getragen.¹⁸ Und so wird es ebenso zielbewußt wie systematisch weiterbetrieben,¹⁹ bis die illegale Tagung des Zentralkomitees als einer von vielen Ruhmestiteln der Partei ihren Ehrenplatz gefunden haben wird im Buch der Geschichte.

Die Rechnung geht auf, die SED-Version reüssiert. Wen es verwundert, daß sie Eingang auch in die ‚westliche‘ Fachliteratur findet und ihre Stellung dort über Jahrzehnte hinweg zu behaupten vermag, sei an die Forschungsbedingungen der Geschichtswissenschaft im geteilten Deutschland erinnert. Als der junge Conze-Schüler Siegfried Bahne Ende 1954 den Versuch unternimmt, an die Schätze nicht einmal des Archivs, sondern nur der Bibliothek des seinerzeitigen Marx-Engels-Lenin-Stalin-Instituts beim ZK der SED zu gelangen, wird ihm eine abschlägige Auskunft zuteil. Sie besagt, daß die Benutzung der Bibliothek und des Lesesaals „grundsätzlich nur Mitgliedern der Soz. Einheitspartei Deutschlands bzw. der Kommunistischen Partei Deutschlands möglich“ sei. „Lediglich in seltensten Ausnahmefällen werden über den Leihverkehr der Deutschen Bibliotheken Bücher und Photokopien zur Verfügung

15 Neues Deutschland, Berliner Ausgabe „Vorwärts“, 8.(64.)Jg., Nr. 33 vom 8. Februar 1953; Schlagzeile: „Wir erfüllen Ernst Thälmanns Vermächtnis. Gedenktagung des Zentralkomitees der SED an historischer Stätte“.

16 Walter Ulbricht, Wir erfüllen Ernst Thälmanns Vermächtnis. Rede des Generalsekretärs des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Walter Ulbricht, anlässlich der feierlichen Sitzung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu Ehren Ernst Thälmanns, des großen Führers der deutschen Arbeiterklasse, am 7. Februar 1953, in: Einheit, Jg.8 (1953), S.228–246.

17 Hermann Matern, Wie die sozialdemokratische Führung dem Faschismus zur Macht verhalf (Aus der Rede auf der II. Tagung des Zentralkomitees), in: Neuer Weg, Jg.1953, H.5, S.8–9.

18 Vgl. Anlage Nr.1 zum Protokoll Nr.3/53 der Sitzung vom 13. Januar 1953 (siehe Anm.13), Bl.10.

19 In „Bemerkungen zu dem Projekt Ziegenhals“ bezeichnet es Walter Bartel bald nach der Gedenkveranstaltung u.a. als „richtig, den Besuch durch das Vorhandensein einer HO-Gaststätte zu erleichtern. Ebenso ist richtig, zu dem Zimmer noch eine zusätzliche Ausstellung mit Bildern und Diagrammen und ähnlichen Materialien anzubringen.“ Ferner regt Bartel neben der Aufstellung eines ständigen Bücherstandes an, „vom Gedächtniszimmer ein oder zwei anständige Photos anzufertigen, die man als Karten verkaufen kann. Ebenso eine anständige Thälmannkarte, aber auch Thälmannbilder in mehreren Größen, wobei natürlich in erster Linie kleinere Formate zu bevorzugen sind, die Besucher leicht mitnehmen können. Die Postkarten müßten mit einem Stempel versehen werden, aus dem ersichtlich ist, daß die Karte in Ziegenhals, dem Ort der letzten ZK-Sitzung, gekauft wurde.“ Ein kurzer „Führer“ durch die Ausstellung könne „gleichzeitig als Anleitung für kurze Vorträge dienen, die man vor den Besuchern, besonders vor Kollektivbesuchen, Schulklassen u.s.w., halten müßte.“ Siehe dort weiter (ZPA, NL 36/628, Bl.20f.).

gestellt.“ 1957, als Bahne es noch einmal versucht, heißt es sogar: „Die Bibliothek des Instituts für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED ist nur für Mitarbeiter des Zentralkomitees zugänglich.“²⁰ Jahre später ändert sich diese restriktive Zulassungspraxis zwar in einer ganzen Reihe von Ausnahmefällen, doch in Archivmaterialien Einblick zu nehmen, die an politische Tabuthemen rühren, bleibt auch den verhältnismäßig wenigen privilegierten Benutzern selbstverständlich verwehrt.

Die Wahrscheinlichkeit, unter solchen Voraussetzungen historischen Fehlinformationen auf die Spur zu kommen, ist ohne greifbare Parallelüberlieferungen denkbar gering. „Da die in DDR-Archiven lagernden Materialien nicht überprüfbar sind und oft keine oder nicht identifizierbare Quellenangaben erfolgen“, beschreibt Hermann Weber 1983 die damals noch immer gegebene allgemeine Problemlage, „wird die Einseitigkeit oder gar die Verfälschung solcher Faktenauswahl allenfalls erst durch ‚überarbeitete‘ Neuauflagen bemerkbar.“²¹ Soweit die Konferenz von Ziegenhals im Blickpunkt steht, fehlt diese Voraussetzung noch Ende der fünfziger Jahre, so daß Bahne damals keinen Hinderungsgrund erblickt, der „geheimen ZK-Sitzung“ das für sie reputationsfördernde Entree in die ‚westliche‘ Fachliteratur zu gewähren.²²

1961 eröffnet sich dann erstmals die Möglichkeit eines Textvergleichs. In dem genannten Jahr bringt der Ost-Berliner Dietz-Verlag eine Broschüre zum Thema heraus, die neben Wilhelm Piecks „Eröffnungsrede zur Einweihung der Thälmann-Gedenkstätte in Ziegenhals am 7. Februar 1953“ u.a. auch einen Auszug aus Walter Ulbrichts damaliger Rede über „Ernst Thälmanns Vermächtnis“ enthält.²³ Editionstechnischen Ansprüchen genügt diese Broschüre zwar nicht, doch sind die Beanstandungen, die sich erheben ließen, in der Hauptsache rein formaler Natur, liefern also keinen hinreichenden Grund, den inhaltlichen Kern der Zeugenberichte in Frage zu stellen.²⁴ Einer weiteren Karriere des Konstrukts steht nichts mehr im Wege. 1964, im Kontext der Diskussion über den SED-offiziellen „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, kann sie anstandslos die kritischen Filter der Analyse durch Siegfried Bahne und Hermann Weber passieren.²⁵ Anfang der siebziger Jahre schrillt auch bei Horst Duhnke keine Alarmklingel, obwohl ihm bereits die Aufzeichnungen Herbert

20 Schreiben der Humboldt-Universität zu Berlin, Universitäts-Bibliothek, Gesellschaftswissenschaftliche Beratungsstelle, vom 6.1.1955 in Beantwortung der Anfrage Bahnes vom 31.12.1954. — Schreiben der Deutschen Staatsbibliothek, Gesellschaftswissenschaftliche Beratungsstelle, vom 9.12.1957. Ablichtungen beider Mitteilungen wurden dem Verfasser vom Adressaten freundlicherweise zur Verfügung gestellt.

21 Hermann Weber, *Kommunismus in Deutschland 1918–1945*, Darmstadt 1983, S.14.

22 Siegfried Bahne, *Die Kommunistische Partei Deutschlands*, in: *Das Ende der Parteien 1933*. Hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960, S.655–739; vgl. S.687. — Später ders., *Die KPD und das Ende von Weimar. Das Scheitern einer Politik 1932–1935*, Frankfurt a.M. 1976, S.38.

23 Die illegale Tagung des Zentralkomitees der KPD am 7. Februar 1933 in Ziegenhals bei Berlin. Berichte über das Referat Ernst Thälmanns und den Verlauf der Tagung. Biographien von Teilnehmern an der Tagung, [Ost-Berlin 1961; die Ausführungen Piecks S.27–32, der Text Ulbrichts S.39–51.

24 Vgl. die in der Broschüre abgedruckten Texte Piecks und Ulbrichts mit der Erstveröffentlichung im Neuen Deutschland (siehe Anm.15). Das Manuskript Piecks ist in seinem Nachlaß überliefert (ZPA, NL 36/461, Bl.103–109).

25 Siegfried Bahne, *Von der Gründung der KPD bis zum Ende der nationalsozialistischen Herrschaft*, in: „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“. Kritik einer Legende. Mit Beiträgen von Ernst Schraepler, Henryk Skrzypczak, Siegfried Bahne und Georg Kotowski; Sonderdruck aus dem Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, Bd.13 (1964), S.47–68; nach diesem Vorabdruck dann im Bd.13/14 (1965) des genannten Jahrbuchs, S.310–347. — Hermann Weber, *Ulbricht fälscht Geschichte. Ein Kommentar mit Dokumenten zum „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“*, Köln 1964.

Wehners über seine Funktionärjahre in der KPD zugänglich sind.²⁶ Von einer Tagung des Zentralkomitees im fraglichen Zeitraum weiß der Verfasser darin nichts zu berichten, wohl aber erinnert er sich an eine „Konferenz von Parteisekretären aus allen Bezirken, in der Thälmann ein richtungsgebendes Referat halten wollte. Aus jedem Bezirk mußten 2 oder 3 Sekretäre erscheinen, die alle durch verschiedene Anlaufstellen nach der Treptower Sternwarte geleitet wurden, um von dort aus nach einem Landort in der Nähe der Stadt transportiert zu werden.“²⁷ Doch während Duhnke eine nachweisbar irrtümliche Aussage Wehners unbesehen übernimmt,²⁸ scheint ihm eine quellenkritische Reflexion über diesen Hinweis entbehrlich zu sein. So bedarf es erst des Erscheinens einer beträchtlich überarbeiteten und erweiterten Auflage der Ziegenhals-Broschüre,²⁹ um die Glaubwürdigkeit der bislang rezipierten Überlieferung zumindest in einem wesentlichen Teilbereich gründlich erschüttert zu sehen. Indem Hermann Weber sein Augenmerk 1983 konzentriert auf die biographischen Angaben in den Auflagen 1 bis 3 dieser Publikation richtet, vermag er die Berechtigung seiner „Zweifel an der Objektivität der DDR-Historiographie“ wieder einmal exemplarisch deutlich zu machen. Im Unterschied zur Erstauflage, die in ihrem Anhang 24 verstorbene oder von den Faschisten ermordete Teilnehmer aufführt, und zur 2. Auflage mit nur noch 20 Porträts und Biographien aus diesem Personenkreis, findet er in der 3. Auflage bei den Biographien nunmehr 36 Personen als Teilnehmer vorgestellt. „Allerdings“, konstatiert Weber, „fehlt jetzt der Parteiführer Philipp Dengel, der in der 1. und 2. Auflage noch als Teilnehmer abgebildet war, hingegen ist der in der 2. Auflage eliminierte Wilhelm Florin nun wieder aufgenommen. Auch diesmal gibt es keinerlei Hinweis auf diese Ungereimtheiten. Neu aufgeführt sind nicht nur ehemalige Ulbricht-Gegner wie Franz Dahlem und Fritz Selbmann, sondern auch Hans Kippenberger, der 1936 Opfer der Stalinschen Säuberungen in der UdSSR wurde.“³⁰ Und so fährt Weber fort, noch manches Haar in der Suppe zu finden. Warum er nicht gleich einen Schritt weitergeht und damit beginnt, sich die Liste der 36 durch die Brille Herbert Wehners anzusehen,³¹ hat womöglich den selben Grund, der später auch Heinrich August Winkler davon abhält, dessen dezidierte Aussage den Vorzug zu geben:³² Dem einen Herbert Wehner steht eine stattliche Zeugenschar gegenüber, die sich für die gängige Version verbürgt. Wie unangefochten diese Lesart sich behauptet hat, zeigt vier Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer und der ihm schrittweise folgenden Öffnung der Bestände des Zentralen Parteiarchivs

26 Vgl. Horst Duhnke, *Die KPD von 1933 bis 1945*, Köln 1972, S.102f. — Duhnke hat auf ein hektographiertes Exemplar zurückgreifen können (a.a.O., S.592). Noch vor der Veröffentlichung seiner Studie war auch ein Raubdruck des Wehner-Textes erschienen. Siehe: Albrecht Götz von Olenhusen und Christa Gnirß, *Handbuch der Raubdrucke 2. Theorie und Klassenkampf. Sozialisierte Drucke und proletarische Reprints. Eine Bibliographie*, Pullach 1973, S.451, Nr.807; eine Abbildung des Titelblatts der Raubdruck-Ausgabe dort S.452.

27 Herbert Wehner, *Zeugnis*, Köln 1982, S.66f.

28 Wehner behauptet irrtümlich (a.a.O., S.65), das „Zentralorgan der Partei ‚Die Rote Fahne‘ war kurz vor dem 30.1. auf 4 Wochen verboten worden; die Partei in Berlin stand also ohne Zeitung da“. Vgl. Horst Duhnke, a.a.O., S.103.

29 Die illegale Tagung des Zentralkomitees der KPD am 7. Februar 1933 in Ziegenhals bei Berlin, 3., überarbeitete und erweiterte Auflage, [Ost-] Berlin 1980. — Die 2., überarbeitete und erweiterte Auflage war mit demselben Titel und Untertitel wie die Erstausgabe ebendort 1970 erschienen.

30 Vgl. Hermann Weber, *Kommunismus in Deutschland* (siehe Anm.21), S.14–17; Zitate S.17 und S.16.

31 Verfährt man nach dieser Idee, auf die der Autor des vorliegenden Exkurses allerdings erst post festum gekommen ist, dann reduziert sich die Liste nach Abzug von 16 Polsekreten und anderen Vertretern der Bezirke auf 20 Teilnehmer. Von diesen wiederum gehören mindestens 7 als Abteilungsleiter oder in anderer Funktion dem Kreis der ZK-Mitarbeiter an. Einer der verbleibenden 13 ist weder Mitglied noch Kandidat des ZK, sondern nimmt anscheinend in seiner Funktion als Chefredakteur teil. Auch beim letzten Drittel dürften andere Gründe als die Zugehörigkeit zum ZK für die Teilnahme ausschlaggebend gewesen sein.

32 Heinrich August Winkler, *Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933*, Berlin 1987, S.877.

eine soeben ausgelieferte Quellenedition. Auch ihre Bearbeiter verweisen noch auf „die letzte in Deutschland durchgeführte Tagung des ZK, die im Sporthaus Ziegenhals bei Niederlehme stattfand“.³³ Es scheint daher angezeigt, zumindest die wichtigsten Zeugen der SED unter die Lupe zu nehmen.

III. Kronzeugen der SED

Methodologisch zu unterscheiden sind im vorliegenden Zusammenhang insbesondere zwei Zeugenkategorien: zum einen die Gruppe jener Gewährspersonen, denen durch die Partei- rason mehr oder weniger ‚die Hände gebunden‘ sind, und andererseits die Gruppe der relativ ‚ungebundenen‘ Zeugen.

Paula und Karl Mörschel sind zur zweiten Kategorie zu zählen. Selbst durch den Filter der Berichte von Peterson und Miller betrachtet, erwecken sie noch den Eindruck draufloszu- reden, ‚wie ihnen der Schnabel gewachsen ist‘. Daß sich die beiden, und das gleiche gilt für Paulas Schwägerin, noch „sehr gut der Zusammenkunft eines ‚Kegelclubs‘ im Februar 1933 erinnern“, mutet keineswegs merkwürdig an, denn die Tagung hatte für sie schon mehr als nur Unannehmlichkeiten zur Folge. „Dem damaligen Wirt Wilhelm Mörschel“, erfährt Peterson bei der Befragung, „wurden große Schwierigkeiten durch die Gestapo gemacht. Es konnte ihm aber nicht nachgewiesen werden, daß er den wahren Charakter der Sitzung gekannt hat.“³⁴ Von Paula Mörschel erfährt Sepp Miller es noch genauer: „Natürlich“ wurde ihr Willi „geholt“ und nach der berühmten Prinz Albrechtstraße gebracht. Aber er spielte so geschickt den Unbefangenen, daß ihm die Gestapo nichts anhaben konnte. Er konnte nach- weisen, daß jedes Jahr um diese Zeit sich Kegel- und andere Klubs in seinem Lokal einfanden, so daß ihm überhaupt gar nicht der Gedanke gekommen sei, es könnte sich um eine politische Sache handeln. Dreimal wurde er geholt, immer dasselbe Resultat. Nun wurden ihm Photos vorgelegt, er sollte sagen, wer von den auf den Photos Befindlichen teilgenommen hat. Aber Willi kannte keinen. Ob sie denn glauben, er präge sich die Gesichter von tausenden Men- schen ein, die bei ihm verkehren.“ Das nun glaubten sie sicherlich nicht, wie sie ihm anderer- seits aber wohl kaum abnahmen, daß ausgerechnet er einen Ernst Thälmann nicht erkannt haben wollte. Beinahe hätte es mit Willi denn auch ein böses Ende genommen, gibt Paula weiter zu Protokoll: Die „Sache ging natürlich bis an die höchsten Stellen, und Himmler hat erwogen, ob man ‚diesen Kerl‘ nicht doch erschießen sollte.“³⁵ An der behaupteten Resultat- losigkeit des Mehrfachverhörs sind Zweifel erlaubt, denn das Beweismittelverzeichnis der An- klageschrift in der Strafsache Ernst Thälmann nennt auch den „Gastwirt Wilhelm Mörschel in Niederlehme, Kreis Beeskow-Storkow, Seestr. 12“ unter den Zeugen.³⁶ Auch darf man, ohne seiner Witwe bitteres Unrecht anzutun, die angebliche Äußerung Himmlers wohl getrost unter dem Rubrum der Stammtischlegenden verbuchen. Daß der „Rote Willi“ während der „tausend Jahre“ aber „diffamiert und geschädigt“ wurde, „wo es nur ging“, die Familie also Grund genug hatte, sich der Vorgänge vom Februar 1933 verhältnismäßig gut zu erinnern, verdient ohne weiteres Akzeptanz.

33 Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/1946. Bd.1. Protokolle des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD Juli 1945 bis April 1946. Bearb. von Günter Benser und Hans-Joachim Krusch unter Mitarbeit von Hans Meusel, München 1993, S.507, Anm.15.

34 Schreiben Bruno Petersons, a.a.O. (siehe Anm.1), Bl.3.

35 Bericht Sepp Millers, a.a.O. (siehe Anm.4), Bl.8.

36 Anklageabdruck Nr.2 in der Strafsache gegen Thälmann, 14a/8J. 151/28, in: ZPA, NL 3/40a, Bl.141 der Archivpaginierung.

Im Unterschied zu seinem Verhalten bei der Gestapo soll sich Wilhelm Mörschel innerhalb der Familie über den Charakter der Tagung offen geäußert haben.³⁷ Von einer Tagung des Zentralkomitees allerdings hatte ihm Otto Franke bei der Reservierung des Konferenzraumes nichts erzählt. Franke, so dessen Bericht, sprach mit ihm darüber, ob er am 7. Februar „seinen Klubraum für eine Gesellschaft zur Verfügung stellt, machte ihn aber gleichzeitig darauf aufmerksam, daß nur zu dieser Tagung KPD-Genossinnen und -Genossen in Frage kämen, es wären Rote Sportler. Ich gab ihm bekannt, daß er über diese Tagung in dieser ersten Zeit nicht sprechen sollte.“³⁸ Sobald der Wirt Ernst Thälmann und sicherlich auch einige weitere dieser Sportsfreunde erkannt hatte, dürfte er sich eben seine eigenen Gedanken gemacht und bei passender Gelegenheit seine Familie ins Vertrauen gezogen haben. Als Möglichkeit nicht außer acht zu lassen ist überdies, daß die Befrager den Mörschels das Stichwort Zentralkomitee in den Mund gelegt haben.

Hermann Matern ist innerhalb der Kategorie ‚gebundener‘ Zeugen rezeptionsgeschichtlich als die weitaus wichtigste Gewährsperson zu betrachten. Er ist es, der die Rechercheure ansetzt und sie mit der Vorgabe versieht, Informationen über eine Sitzung des Zentralkomitees zu beschaffen. Als es um die heikle Frage geht, welche „Fotos von ehemaligen Teilnehmern dieser Sitzung“ im Gedenkzimmer angebracht werden sollen, ist es Hermann Matern, mit dem die Vorschlagsliste „durchgesprochen“ wird,³⁹ und auch als dann der Ablauf des Festaktes zu regeln ist, wird es ein weiteres Mal der Genosse Matern sein, der eine Fingerspitzengefühl erfordernde Aufgabe übernimmt: Er hat die sogenannten Diskussionsredner in die genehme Sprachregelung einzustimmen.⁴⁰ Der Lohn für seine Mühen wird ihm in reichem Maße zuteil: Nachträglich in den Rang eines der engsten Mitarbeiter Ernst Thälmanns erhoben, darf er, von Franz Dahlem und Max Opitz eingerahmt, auf der Festveranstaltung als einer der drei „Diskussionsredner“ vor das Publikum treten.⁴¹

Durch andere Teilnehmer ausdrücklich bezeugt ist seine Anwesenheit auf der historischen Tagung nicht, und daß sich dem Gedächtnis Karl Mörschels 1933 das Aussehen gerade dieses Gastes aus dem fernen Ostpreußen eingeprägt haben könnte,⁴² hat als denkbar unwahrscheinlich zu gelten. Ähnlich der Tatsache, daß Matern dem Zentralkomitee damals nicht angehörte, ist dies jedoch kein Grund, seinen Namen aus einer hypothetischen Teilnehmerliste zu streichen. Schon Wilhelm Pieck in seiner Eröffnungsansprache vom Februar 1953 hat ja klar gestellt, daß es üblich gewesen sei, an Tagungen des ZK nicht nur die Mitglieder und Kandidaten dieses Gremiums teilnehmen zu lassen, und Walter Ulbricht in seiner Festrede ist sogar noch präziser geworden, als er Thälmann 1933 „vor den Mitgliedern des Zentralkomitees und vor den Bezirkssekretären“ sprechen läßt.⁴³

Für eine Rekonstruktion sind die Aussagen Materns in dreifacher Hinsicht von Belang. Sie stützen die Behauptung, daß es sich um eine ZK-Tagung gehandelt hat, sie bestätigen die

37 Siehe S.296 des vorliegenden Beitrags.

38 Aus einem Brief Otto Frankes vom 9.2.1953 an Walter Ulbricht, in: ZPA, EA III/2, Bl.123 (Abschrift).

39 Anlage Nr.1 . . . (siehe Anm.13), Bl.9.

40 Reinschriftenprotokoll Nr.3 vom 13.1.1953 (siehe Anm.10), Bl.3: „Genosse Matern wird beauftragt, die Diskussionsredner vorzubereiten.“

41 Als Punkt c) der Tagesordnung werden vorgesehen „Ansprachen von Genossen, die Mitglieder des Thälmann'schen Zentralkomitees bzw. engste Mitarbeiter des Genossen Thälmann waren.“ Ebda. — Dahlem und Opitz hatten dem ZK angehört.

42 Vor seiner Tätigkeit als Politiker in Ostpreußen hatte Matern die gleiche Funktion in Magdeburg ausgeübt. Auch als Abgeordneter des Preußischen Landtags — seit 1932 — dürfte er für Mörschel kein Begriff gewesen sein. Vgl. Hermann Weber, *Die Wandlung des deutschen Kommunismus*, a.a.O. (siehe Anm.2), Bd.2, S.216.

43 Fundstellen siehe Anm.24.

Lesart über ihr vorzeitiges Ende, und sie bereichern den Kenntnisstand um ein interessantes Detail: „Als Genosse Thälmann kam, stellte er mir die Frage, ob an der polnischen Grenze irgendwelche Bewegungen in Erscheinung getreten seien, ob die Pilsudski-Regierung Truppen zusammenziehe und um Ostpreußen herum massiere. Das war nicht der Fall. An den Grenzen rührte sich nichts, und es waren keine Bewegungen zu verzeichnen. Genosse Thälmann antwortete nur kurz: „Dann weiß ich Bescheid.““ Weshalb diese „Tagung des Zentralkomitees mit den Bezirkssekretären“ ihm in so lebendiger Erinnerung geblieben ist, begründet Matern überzeugend: „weil sie mit einem späteren unangenehmen Erlebnis verbunden war. Eines Tages — im Frühjahr 1934 — kamen drei Gestapo-Figuren aus Berlin in das Stettiner Gefängnis. Sie wollten genaue Angaben über den Verlauf der Sitzung des ZK am 7. Februar 1933 und über den Inhalt der Rede des Genossen Thälmann haben. Ihnen war eine große Anzahl der Teilnehmer an dieser Sitzung bekannt, und sie wollten unter allen Umständen Aussagen haben vor allem in der Richtung, daß Genosse Thälmann über die unmittelbaren Vorbereitungen des bewaffneten Aufstandes gesprochen hätte.“⁴⁴ Daß Matern in zentralen Kontroversfragen als getreue Stimme seines Herrn fungiert, rechtfertigt es nicht, ihm in anderen Zusammenhängen grundsätzlich keinen Glauben zu schenken.

Walter Ulbricht hat wie Matern und auch die Mörschels ebenfalls einen besonderen Grund, sich dieser Tagung nach zwei Jahrzehnten noch genau zu erinnern, zeigt sie ihn doch im Jahre 1933 bereits in einer eindrucksvoll herausgehobenen Position: „Es war aufgefallen“, berichtet er, „daß in diesem abgelegenen Lokal eine Tagung stattfand, und ich war wegen der Gefahr des Auffliegens gezwungen, die Sitzung kurz vor Beendigung des Referates des Genossen Thälmann abubrechen.“⁴⁵ Um etwaige Zweifel daran schon im Keim zu ersticken, stehen Ulbricht zwei Eideshelfer zur Seite. Der eine von ihnen heißt Hermann Matern und weiß — auf Kosten Ernst Thälmanns freilich — mit seinem Zeugnis auch den Anteil Wilhelm Piecks, des jetzigen Parteivorsitzenden, gebührend zur Geltung zu bringen: „Die Genossen Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht haben bereits davon gesprochen, daß der Genosse Thälmann außerordentlich laut sprach. Genosse Pieck redete ihm dauernd zu, doch leiser zu sprechen, aber nach einigen Sätzen war er wieder in seiner alten Lautstärke. Dann kamen Signale, daß Gefahren für die Sitzung bestehen, und nach ernststen und dringenden Warnungen hat Genosse Ulbricht gegen den leisen Widerspruch von Teddy die Sitzung geschlossen und die Genossen aufgefordert, an ihre Kampfpositionen zurückzukehren.“⁴⁶

Wilhelm Pieck hat das Spiel bereitwillig mitgespielt, wenn auch zuletzt mit einer kleinen Pointe: „Wie Ihr wißt, sprach Genosse Thälmann stets mit sehr lauter Stimme, so daß auch in dem Vorraum des Lokals und auch außerhalb des Hauses seine Stimme zu hören war, was immerhin eine gewisse Gefahr für die Tagung bedeutete. Wir mußten Ernst Thälmann immer wieder ersuchen, etwas leiser zu sprechen; aber das war ein vergebliches Bemühen, da er sehr stark von der Situation gepackt war, in der sich die Partei mit der Aufrichtung der Hitlerdiktatur befand.“ Als dann gegen Schluß des Referats die Alarmmeldung kam, habe man das Thälmann mitgeteilt, „aber er wollte unbedingt das Referat zu Ende bringen, so daß schließlich der Genosse Ulbricht kurzerhand die Tagung schloß.“ Soweit, so konkordant, nur daß Pieck dann, als es hinüber zum Gedenkzimmer geht, auf „die Bilder von den zwei Genossen“

44 Vgl. den Auszug aus der Rede Materns a.a.O. (siehe Anm.17), S.8.

45 Vgl. die Dokumentation der Rede Ulbrichts im Neuen Deutschland (siehe Anm.15).

46 Hermann Matern, a.a.O. (siehe Anm.17), S.8.

hinweist — gemeint sind er selbst und Walter Ulbricht —, „die damals die Tagung leiteten“,⁴⁷ Da jedoch zuvor bereits aktenkundig geworden ist, daß in eben diesem Zimmer „die letzte Sitzung des Zentralkomitees“ stattgefunden hat, „die Ernst Thälmann persönlich leitete“,⁴⁸ hätten wir nun glücklich gleich drei Tagungsleiter beisammen.

Dieser Widerspruch ließe sich nun zwar als nur scheinbarer Widerspruch auflösen, doch daran scheint 1980, als die „3., überarbeitete und erweiterte Auflage“ der Ziegenhals-Broschüre erscheint, so recht keinem gelegen. Die Redaktion zieht es vor, auf die bislang abgedruckte Fassung der Rede Ulbrichts ganz zu verzichten und Wilhelm Pieck sagen zu lassen, was er nach ihrer Ansicht 1953 eigentlich hätte gesagt haben müssen.⁴⁹ Auch in dieser durch redaktionelle Amtshilfe entstandenen Fassung ist Wilhelm Pieck jedoch ein höchst problematischer Zeuge.

Wilhelm Pieck hatte 1946 in seinem Antwortschreiben an Wilhelm Mörschel versichert: „Die von Dir geschilderte Angelegenheit vom Februar 1933 ist mir sehr wohl bekannt“,⁵⁰ Inzwischen war die „Angelegenheit“ zu einer herausragenden Tagung des Zentralkomitees avanciert, das Erinnerungsvermögen von Pieck jedoch — er hatte gerade die Schwelle zum 78. Lebensjahr überschritten — war nicht eben besser geworden. Noch gegen Ende der zweiten Januarwoche, also knapp einen Monat vor dem geplanten Festakt, war er sich jedenfalls noch im unklaren darüber, ob er an der Konferenz überhaupt teilgenommen hatte oder nicht. Was bot sich ihm da wohl eher an, als seinen alten Kampfgefährten Ulbricht zu fragen. Am 13. Januar hatte Pieck von Walter denn auch eine beruhigende Mitteilung auf dem Tisch. Der Unterschriftenvergleich zeigt allerdings, daß sie nicht von Walter Ulbricht, sondern von Walter Bartel, dem persönlichen Referenten des SED-Vorsitzenden⁵¹ stammt. Sie lautet: „Lieber Wilhelm! Genosse Otto Franke läßt Dir mitteilen, daß er gestern morgen einen Brief abgeschickt hat, der alle Einzelheiten über Deine Anwesenheit auf dieser ZK-Sitzung beschreibt. Der Brief mußte morgen hier eintreffen. Es gibt also keinen Zweifel, daß Du anwesend warst.“⁵² Anscheinend hatte der alte Herr sich also gescheut, seine fatale Gedächtnislücke dem Generalsekretär oder gar Hermann Matern zu offenbaren. Statt dessen hatte er sich lieber an einen anderen politischen Weggefährten gewandt, von dem ihm wohl zu Ohren gekommen war, kein anderer als er habe „die Sitzung des ZK der KPD organisiert“. ⁵³ Mit diesem seinem Gewährsmann aus Niederlehme allerdings war Wilhelm Pieck an genau den Richtigen gekommen.

Otto Franke blickt im Dienst an der Arbeiterbewegung auf ein langes und erfülltes Leben zurück,⁵⁴ erweist sich aber schon bald nach seiner Rückkehr aus dem Exil als weitgehend

47 Zitiert nach dem Manuskript (siehe Anm.24), Bl.104, 105 und 108.

48 So in der Anlage Nr.1 zum Protokoll vom 13. Januar 1953 (siehe Anm.13), Bl.9. — Siehe auch die Anlage zur Vorlage an das Politbüro betr. das II. Plenum: „daß hier die letzte Sitzung des Zentralkomitees der KPD unter Leitung Ernst Thälmanns stattgefunden hat“; ZPA, J IV 2/1/112, Bl.59. Vgl. ferner S.295 den Auftrag Hermann Materns.

49 Vgl. a.a.O. (siehe Anm.29), S.18: „Wir teilten das Ernst Thälmann mit, aber er wollte unbedingt das Referat zu Ende bringen.“ Der im Manuskript folgende Hinweis auf Ulbricht ist gestrichen. Interpoliert wird zum Ausgleich: „Aber schließlich wurde die Situation immer brenzlicher, so daß er doch sein Referat abbrechen mußte.“ Siehe auch die nachträgliche Änderung im Manuskript (siehe Anm.24), Bl.105.

50 Vgl. S.295 des vorliegenden Exkurses und das Schreiben Petersons (siehe Anm.1) mit dem Zitat aus der Antwort Piecks (dort Bl.4).

51 Siehe ZPA, EA 0032, Bl.36f.

52 ZPA, NL 36/628, Bl.14.

53 So Otto Franke in seinem Schreiben vom 26. November 1952 an Sepp Miller; ZPA, NL 36/628, Bl.10–12 (Abschrift), Zitat Bl.10.

54 Zu Otto Franke siehe B[irgid]. Leske, in: Lexikon (siehe Anm.7), S.136f.; vgl. Emigration (siehe Anm.2), Bd.1, S.189.

verbraucht. 1947 bereits heißt es bei der für ihn zuständigen Kreisleitung der SED über Franke, daß er „an die Altersstufe gekommen sei, wo Dichtung und Wahrheit ineinanderfließen“.⁵⁵ Sofern für seinen partiellen Kontrollverlust ein kompensatorisches Bedürfnis mitverantwortlich gewesen war — er sah sich damals nicht in einer seiner Bedeutung entsprechenden Weise anerkannt —,⁵⁶ hatten sich die psychischen Voraussetzungen unter diesem Aspekt seither nicht gerade gebessert. In untergeordneter Position an der Parteihochschule „Karl Marx“ tätig, war Franke gegen deren Leiterin Hanna Wolf Anfang 1952 auf Konfliktkurs gegangen⁵⁷ und hatte dabei schnell den kürzeren gezogen. Mitte des Jahres in den Ruhestand versetzt,⁵⁸ stand er noch unter dem Eindruck seines Debakels, als ihn ein halbes Jahr danach die erste Anfrage aus dem Museum für Deutsche Geschichte erreichte. In einem Lebenslauf vom Juni 1951 hatte Franke festgehalten: „Am 19. Februar 1933 organisierte ich illegal die letzte Reichskonferenz der KPD, welche in Niederlehme-Ziegenhals, im Sporthaus Mörschel stattfand. Diese Konferenz verlief gut in dieser besonders schwierigen Zeit.“⁵⁹ Jetzt von Sepp Miller näher „zur Sache“ befragt, vermag er sein Hintergrundwissen endlich intensiver, wenngleich aus gesundheitlichen Gründen nur schriftlich zur Geltung zu bringen. Die Erwartungen Millers erfüllt er dabei freilich nur zum Teil. So bestätigt er bereitwillig: „Ja, ich hatte die Sitzung des ZK der KPD organisiert. Dieselbe fand statt im Sporthaus Mörschel, Niederlehme-Ziegenhals.“ Schon in der Datierungsfrage aber zeigt er sich unsicher: „Du schreibst, es wäre der 7. Februar 1933 gewesen, und ich nehme stark an, daß Du von einer bestimmten Stelle dieses Datum bekommen hast. Mir persönlich ist das Datum leider nicht mehr in Erinnerung.“ Da Franke nach einer ernsthafteren Erkrankung noch immer „sehr schwach auf den Füßen“ ist, schickt er seine Frau ins Gemeindebüro, wo sie „aus alten Protokollen das Tagungsdatum des ZK“ feststellen soll. Dieser Versuch schlägt leider fehl: Der Genosse Bürgermeister „behauptet, daß nach dem Zusammenbruch des Hitlerfaschismus verbrecherische Elemente, welche seinerzeit als getarnte Elemente das Heft in Niederlehme an sich gerissen hatten, alle Bücher und Akten verbrannt hätten“. Ein Besuch seiner Frau bei Paula Mörschel verhilft Sepp Miller ebenfalls nicht zu dem erwünschten Resultat. „Frau Mörschel glaubt“ nämlich, „es wäre der 5. oder 6. Februar 1933 gewesen“.⁶⁰ Anders als die Unschärfen in der Datierungsfrage mußten einige der weißen Flecken in Frankes Bericht merkwürdig erscheinen. Als Miller nachhakte, rückte der Gewährsmann Wilhelm Piecks schließlich mit dem Eingeständnis heraus: „Vor allen Dingen muß ich bemerken, daß ich mich in der Nähe des Tagungslokals Mörschel absolut nicht sehen lassen durfte, denn ich war und bin in der Gegend sehr bekannt, und auf keinen Fall durfte der Verdacht aufkommen, daß ich mit dieser ZK-Sitzung in Verbindung stand. Trotzdem“, beteuerte er, hätte er aber „durch eine besonders sichere Person eine gute Verbindung“ gehabt, „und für die Sicherung

55 Vgl. in Frankes Kaderakte die Abschrift eines Briefes, gez. Fischer, vom 28. März 1947 an Heinrich Rau; ZPA, IV, 2/11/v 102.

56 Siehe z.B. in seiner Kaderakte das Schreiben des SED-Landesverbandes Mark Brandenburg vom 21. April 1947 an den Zentralvorstand, Abt. Personalpolitik. Vgl. in der Kaderakte auch Frankes Antwort 32 im Fragebogen von 1946: „Meine Person steht zur Verfügung für die Zentralleitung der SED“.

57 Siehe hierzu insbesondere das ebenfalls in seiner Kaderakte befindliche Schreiben vom 4. März 1952 an Wilhelm Pieck.

58 Am 19. Mai 1952 beschließt das ZK-Sekretariat Frankes Pensionierung und Abberufung von der Parteihochschule (Vermerk vom 23.5.1952). Vgl. hierzu das Schreiben Otto Schöns vom 28.5.1952 an Hanna Wolf: In einer Unterredung mit Franke am Vortag wurde „festgelegt, daß der Genosse Otto Franke ab 1. Juli pensioniert wird“. Auch diese beiden Unterlagen in der Kaderakte.

59 „Kurzgehaltener Lebenslauf“ vom 23. Juni 1951, Bl.5; Kaderakte.

60 Schreiben Frankes vom 26. November 1952 an Sepp Miller, a.a.O. (siehe Anm.53), Bl.10.

war ebenfalls Sorge getragen“.⁶¹ Die Hoffnung, wenigstens für diesen Bereich wesentliche Aufschlüsse zu erhalten, wird von Franke in gleicher Weise enttäuscht. Auf Spezialfragen des konspirativen Vorgehens angesprochen, wartet er wiederum nur mit negativen Antworten auf,⁶² vermag zum Ausgleich dafür aber einen umwerfenden Eindruck von seinem Talent als Ernstfallplaner zu bieten: „Zum Schutz der Tagung hatte ich anberaunt, in den umliegenden Ortschaften mit Ausnahme von Niederlehme Mitgliederversammlungen der KPD abzuhalten, und allen Orten hatte ich zugesagt, daß ich an diesem Abend bei ihnen erscheinen würde. Von der Tagung des ZK wußten sie natürlich nichts. Mein Plan war, daß, wenn es sein mußte, in wenigen Minuten die Ortsgruppe Niederlehme und unsere Roten Sportler mobilisiert waren, um so schnell wie möglich Kuriere zu den Mitgliederversammlungen der KPD zu senden in den einzelnen Ortschaften.“⁶³ Den Knalleffekt einer solchen Strategie wird sich selbst der Laie ausrechnen können. Im Ernstfall hätte jeder beliebige Rabaukensturm der SA bis zum Eintreffen der Frankeschen Einsatzarmee das Etablissement Mörschel mitsamt seiner Kegelbahn bis zum letzten Stuhlbein auseinandergenommen.

Hermann Dünow hat wie Hermann Matern und Otto Franke dem Zentralkomitee nicht angehört, ist als eigentlicher Organisator der Tagung aber für den Bereich Sicherungsmaßnahmen als Hauptzeuge mit einschlägig professionellem Hintergrund anzusehen. Seine Karriere im M-Apparat, dem Abwehr-, Aufklärungs- und Zersetzungsapparat der KPD, beginnt 1926, und zwar im Abwehr-Ressort des Berliner Partei-Unterbezirks Neukölln, von wo aus er bald zum gleichen Ressort der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg überwechselt. 1928 gelingt ihm der Aufsehen erregende Coup, den KPD-Funktionär Otto Braun aus dem Untersuchungsgefängnis in Berlin-Moabit zu befreien. Mitte 1929 bereits zum Abwehrleiter im Reichsmaßstab aufgestiegen, absolviert er 1930 einen Lehrgang an einer militärpolitischen Hochschule in Moskau. Anfang 1932 übernimmt er sodann die Leitung des Ressorts Quartierbeschaffung, in dessen Zuständigkeit ein Jahr darauf auch die Organisierung und Sicherung der Zeuthener Tagung gehört.⁶⁴

Nur zwei der Angaben Dünows sind an dieser Stelle einer Betrachtung zu unterziehen. Erstens bestätigt er die gängige Lesart über den Charakter der Konferenz. „In dieser Situation“, versichert er nach einem Streiflicht auf damalige Tendenzen in der Partei, „beschloß das Politbüro eine Sitzung des Zentralkomitees“,⁶⁵ und zweitens verbürgt auch er sich dafür, daß die Tagung mitnichten ordnungsgemäß zu Ende geführt, sondern von Ulbricht „kurzerhand“ geschlossen worden sei, „obgleich Genosse Thälmann noch weiter sprechen wollte“.⁶⁶

61 Schreiben (Abschrift) Frankes vom 1. Januar 1953 an Miller; ZPA, NL 36/628, Bl.13.

62 Ebda.: „Wo der Sammelpunkt stattgefunden hatte, Du schreibst ‚Treptower Sternwarte‘, und ob die Genossen mit Omnibussen transportiert wurden, ist mir leider nicht bekannt. Aber bemerken möchte ich dazu, daß in der damaligen besonders schweren Zeit dieses sehr zweifelhaft ist. Der Genosse Lange ist mir leider nicht bekannt.“

63 Schreiben Frankes vom 26.11.1952 (siehe Anm.53), Bl.11.

64 Vgl. in der Anklageschrift Thälmann (siehe Anm.36) die Bezugnahmen auf Dünows eigene Angaben (Bl.120 und 118); vgl. ferner Helmut Grindel, *Der Antifaschist und Kommunist Hermann Dünow — ein aufrechter Kämpfer für die Sache der Arbeiterklasse*, Diplomarbeit [masch.] im Ausbildungsfach Geschichte der Arbeiterbewegung und Militärgeschichte (Lehrgang D-7 von 1976–1979) der Militärpolitischen Hochschule „Wilhelm Pieck“ der Nationalen Volksarmee, [Ost-] Berlin 1979; hier insbes. Bl.22–28.

65 So in den archivierten Erinnerungen Dünows; ZPA, EA 0171/1, Bl.29. Es handelt sich hier um die schriftliche Wiedergabe der Tonbandaufnahme eines Referats, das Dünow Anfang 1962 im Rahmen einer Kandidatenschulung des Ministeriums des Innern gehalten hat.

66 A.a.O., Bl.32. In der Ziegenhals-Broschüre von 1961 (siehe Anm.23, S.54) heißt es dagegen nur: „Walter Ulbricht schloß darauf die Sitzung.“

Mit der ersten Bekundung hat Dünow objektiv die Unwahrheit gesagt.⁶⁷ Daß er es wissentlich getan hätte, ist nicht nachzuweisen. Selbst dann aber, wenn er in beiden Fällen bewußt von der Wahrheit abgewichen wäre, ließen sich ihm — an seinem Wertekanon gemessen — unlautere Motive kaum unterstellen, denn Dünow ist durch und durch Leninist Stalinscher Observanz. Für ihn besitzt nicht etwas so Relatives wie die historische Wahrheit Priorität. Nicht für irgendwelche mehr oder minder doch abstrakten Wahrheiten hat er 1933 Kopf und Kragen riskiert und dann die Perspektive einer lebenslänglichen Haft im Zuchthaus auf sich genommen, sondern einzig und allein im Interesse der Partei als Avantgarde der Arbeiterklasse, einer Partei, die in der Person des amtierenden Generalsekretärs ihre jetzt entscheidende Verkörperung findet. Wenn dieser Repräsentant es für zweckmäßig erachtet, seine eigene historische Rolle herausgestrichen, die Dramatik einer Situation akzentuiert und damit letztlich die heldenhafte Rolle der Partei ein weiteres Mal exemplifiziert zu sehen, dann stellt sich ihm ein Hermann Dünow nicht in den Weg.

Das Fazit der Kronzeugenmusterung nimmt sich, wie man sieht, nicht gerade berückend aus. Und dabei handelt es sich wiederum nur um der Ernüchterung ersten Teil.

IV. Zeugen im Widerspruch

Als der Ehrengast Otto Franke am 7. Februar 1953 die Gedenkstätte verläßt, hätte er Grund genug, mit sich und der Welt in Einklang zu sein. Endlich hat er wieder einmal zwar nicht gerade im Zentrum, aber doch mit im Vordergrund des Interesses gestanden, und den Gedanken, daß jeder, der sich künftig das historische Zimmer besieht, dort auch auf das Bild Otto Frankes stoßen wird,⁶⁸ muß der verdiente Veteran nach den Erfahrungen der letzten Zeit als wahre Labsal empfinden. Ganz ohne Wermutstropfen jedoch ist es auch diesmal nicht abgegangen, und als besonders schmerzlich empfindet es Franke, daß kein anderer als ausge-rechnet sein alter Freund Wilhelm Pieck dafür verantwortlich ist. So wie Wilhelm die Dinge heute darzustellen beliebte, sind all die Hinweise, die man seit November beige-steuert hat, nicht viel mehr gewesen als etwas für die Katz. Kein einziges Wort über die grandiose Idee, bei der Gemeinde Niederlehme damals kurzerhand eine Kassenrevision anzusetzen, um die üblichen Lageberichte der Landjäger mit anhören zu können. Keine Silbe auch über die weiteren so sorgfältig durchdachten Maßnahmen Otto Frankes zum Schutze der Konferenz. Statt dessen hat Wilhelm den Leuten erzählt, die Tagung habe erst am Nachmittag, so gegen 5 Uhr begonnen. Daß die Teilnehmer in Reiseomnibussen herankutschiert worden seien, hat er ihnen auch weisgemacht — als habe es die Partei seinerzeit so dicke gehabt. Dann die Geschichte mit der lauten Stimme des lieben Teddy — dargestellt in einer Art und Weise, daß man sie fast schon nicht mehr wiedererkannte, und aus dem Motorboot, mit dem ein Teil der Genossen abtransportiert worden war, hatte der gute Wilhelm doch wahrhaftig Kähne gemacht.⁶⁹

67 Siehe S.318 und S.319 des vorliegenden Beitrags.

68 In seiner Eröffnungsansprache hat Wilhelm Pieck auch Franke als Gast genannt; siehe Bericht des Neuen Deutschlands (vgl. Anm.15). Siehe ferner die Anlage 1 zum Protokoll Nr.3/53 (vgl. Anm.13), Bl.9: „An der dritten Wand, abseits von den übrigen Bildern und höher angebracht, werden die Bilder des Genossen Mörschel und seiner Frau sowie das Bild des Genossen Franke als Organisator angebracht werden.“

69 Vgl. hierzu die beiden Schreiben Frankes an Miller (siehe Anm.53 und 61) und die Eröffnungsansprache Piecks im Neuen Deutschland, a.a.O. (siehe Anm.15). — Im Brief vom 26.II.1952 läßt Franke seinen Verbindungsmann die Tagung „von frühmorgens“ an beobachten (a.a.O., Bl.II). Genauer heißt es in einer undatierten Aufzeichnung Frankes, daß die Konferenz „an einem Tag von morgens 10 Uhr bis 23 Uhr zu Ende geführt werden konnte“. ZPA, EA 1112, Rückseite von Bl.156 (Mitteilung von Richard Schulz an das IML, 22.10.1966). Weder von einem Motorboot noch von Kähnen, sondern von Booten ist bei den Mörschels die Rede (vgl. S.296), und Fritz Selbmann spricht von einem Ruderboot (vgl. Anm.85).

Mochte man ihm in mancher Hinsicht auch sein hohes Alter zugutehalten müssen — daß er seinem Freund Otto Franke in der Streitfrage mit Paula Mörschel geradezu in den Rücken gefallen war, das nun ließ sich schon schwerer verstehen und verzeihen.

Und dabei hatte man doch gerade diesen Punkt deutlich genug klargestellt: „Mein Verbindungsmann vom Tagungslokal Mörschel zur Gemeinde, welcher die Tagung von frühmorgens bis zum Abend beobachtete, hatte mir abends gegen 22 Uhr zu melden, daß in dieser Winterstille unser lieber Genosse Ernst Thälmann so laut referierte, daß es über den Crossin-See schallte, worauf ich dem Genossen Thälmann Mitteilung zugehen ließ, er solle seine Stimme dämpfen. Angelockt durch die laute Stimme unseres Genossen Ernst Thälmann, wurde der Nazi Bootsbauer Jänau⁷⁰ auf die Konferenz aufmerksam, und er und sein Bruder legten sich aufs Dach ganz in der Nähe des Tagungslokals. Die ZK-Sitzung wurde beendet, und die Genossen traten verteilt ihren Heimweg an.“⁷¹ Genau so war es gewesen, doch Paula Mörschel hatte es natürlich besser gewußt. „Am Abend“, hatte sie dem Genossen vom Museum erzählt, und der hatte sich diesen Bären aufbinden lassen, „kamen einige Einwohner aus Ziegenhals, darunter auch 3 SA-Männer, in die Gaststube. Sie wurden neugierig und haben wohl auch einige Brocken von den ‚Kegelbrüdern‘ aufgeschnappt. Aber Willi war wachsam. Er beobachtete, wie 2 der SA-Männer, nachdem sie gemeinsam getuschelt hatten, verschwanden. Inzwischen war es gegen 21.45 Uhr geworden. Willi berichtete von dem Verschwinden der beiden und warnte. Mit größter Ruhe wurde die Sitzung aufgelöst.“⁷² So also hatte Paula diesem Miller die Sache geschildert, und der hatte einem den Widerspruch dann unter die Nase gerieben. Bei Otto Franke war er damit natürlich an den Falschen gekommen. „In guter Freundschaft“ hatte er dem Genossen Miller deutlich genug zu verstehen gegeben, was von diesem Gerede zu halten war.⁷³ Gefruchtet aber hatte das nichts, und um dem allen die Krone aufzusetzen, hatte Wilhelm dann auch noch Hermann Dünow als Leiter des Sicherungskommandos ausdrücklich erwähnt, den Namen des Genossen Franke in diesem Zusammenhang aber ebenso glatt unterschlagen. Sich mit einer Richtigstellung an Pieck zu wenden, wäre wahrscheinlich verlorene Liebesmüh, denn Wilhelm hatte einen in der letzten Zeit nun schon das zweite Mal bitter enttäuscht. Und so entschließt Franke sich denn, umgehend Walter Ulbricht reinen Wein einzuschenken.

„Am 27. oder 28. Januar 1933“, erfährt der Adressat aus dem Schreiben, „hatte ich mit unserem lieben Ernst Thälmann eine Besprechung, in der er mir mitteilte, daß unbedingt eine illegale Tagung des ZK schnellstens stattfinden müßte und ob ich ein geeignetes Lokal beschaffen könnte. Dieses bejahte ich und nannte ihm 2 Lokale, eines ‚Sporthaus Ziegenhals‘, Lokalinhaber Genosse Willy Mörschel, und eines ‚Lokal zur Linde‘, Lokalinhaber Paul Hoffman, Schmöckwitz-Rauchfangswerder. Der Genosse Teddy entschied sich für das Lokal ‚Sporthaus Niederlehme-Ziegenhals‘ und beauftragte mich, die Vorbereitungen zu treffen für den 7. Februar 1933.“⁷⁴

70 Name aus Gründen des Datenschutzes geändert.

71 Schreiben Frankes vom 26.II.1952 (siehe Anm.53), Bl.II.

72 Vgl. Sepp Millers Bericht über seinen Besuch am 23. August 1952 (siehe Anm.4), Bl.7.

73 Siehe Frankes Schreiben an Miller vom 1. Januar 1953 (siehe Anm.61).

74 So in der Abschrift aus einem Brief Frankes vom 9. Februar 1953 an Walter Ulbricht. A.a.O. (siehe Anm.38); dort anschließend über den „Treff“ mit Willi Mörschel; vgl. S.302 des vorliegenden Beitrags. — Neu in diesem Schreiben u.a. auch: „Auf dem Terrain des Tagungslokals hatte ich zur Beobachtung von morgens bis abends 2 besonders zuverlässige Genossen bestimmt. Der eine Genosse machte den Angler, und der andere Genosse beschäftigte sich mit anderen Angelegenheiten“ (Bl.124).

Nun scheint es freilich ratsam, den späten Bekundungen Frankes mit einiger Skepsis gegenüberzustehen. Der Phantasiegehalt seiner Erzählungen nämlich, von dem intern bereits 1947 die Rede ist, nimmt zuweilen groteske Ausmaße an.⁷⁵ Und dennoch — den Otto Franke dieser seiner letzten Jahre pauschal als Phantasten abzutun, dürfte sich schwerlich rechtfertigen lassen. Da ist zum einen die Tatsache, daß er 1951, anläßlich der Parteikontrolle, als Ziegenhals noch kein Thema war, ohne jeden erkennbaren Anstoß von außen auf seine Rolle als Organisator der Konferenz hingewiesen hat und daß Paula Mörschel seinen organisatorischen Anteil in der Befragung durch Sepp Miller offensichtlich spontan bezeugt. Wenn sich Franke 1951, in beinahe 20jährigem Abstand von den Ereignissen, in der Datierung irrt und ihm das Datum Ende 1952 überhaupt „nicht mehr in Erinnerung“ ist,⁷⁶ während er nun plötzlich mit der Angabe 27. oder 28. Januar als Zeitpunkt seiner angeblichen Besprechung mit Thälmann aufzuwarten vermag, hat das nach aller Lebenserfahrung hier nicht viel zu besagen. In der Datierungsfrage geirrt hat sich auch die wesentlich jüngere Paula Mörschel, und was die von Franke zuvor nie erwähnte Unterredung selbst anbetrifft: Warum sollte bei ihm der Festakt nicht emotionale Prozesse in Gang gebracht haben, die scheinbar endgültig versunkene Erinnerungsschätze in seinem Bewußtsein wieder auftauchen ließen? Selbst wenn Dünows Behauptung zuträfe, daß die „Sitzung des Zentralkomitees“ vom Politbüro erst angesichts der Lage nach dem Kanzlerwechsel beschlossen worden sei,⁷⁷ wären Frankes inhaltliche Angaben dadurch keineswegs widerlegt.

Ein Rekonstruktionsversuch hätte dann nämlich die Möglichkeit des folgenden Szenarios zu prüfen: Ende Januar, kurz vor seiner Abreise nach Hamburg,⁷⁸ zieht Thälmann in Erwartung einer weiteren Zuspitzung der Situation eine baldige Tagung des Zentralkomitees in Erwägung. Um zur gegebenen Zeit eine geeignete Lokalität zur Verfügung zu haben, beauftragt er Franke, beim Wirt von Ziegenhals die ersten Schritte in die Wege zu leiten. Am 3. Februar, zwei Tage nach Thälmanns Rückkehr aus Hamburg, faßt das Politbüro dann den von Dünow erwähnten Beschluß.⁷⁹ Als Herbert Wehner von der Entscheidung erfährt, „so viele leitende Genossen auf einen Platz zu konzentrieren“, erhebt er gegen „diesen Unsinn“ Protest: zunächst bei Hans Kippenberger, als „LK/2“ der faktische Leiter des M-Apparats, dann bei Ernst Thälmann, dem „LK/1“. Ihm erklärt Wehner, „daß er, wenn das Ganze nicht mehr abgeblasen werden könne, anordnen solle, daß mehrere Zusammenkünfte stattfinden sollten, auf die die Teilnehmer verteilt werden könnten“. Damit aber ist Thälmann „nicht einverstanden. Er meinte, er fürchte nichts, und die Sache sei politisch notwendig“.⁸⁰ Hierauf bringen drei Genossen die Vorbereitungen nach dem Prinzip der Arbeitsteilung weiter in Gang: Bis zur Abfahrt von der Sternwarte Treptow hatte Wehner die aus den Bezirken herbeizitierten Funktionäre „unter Kontrolle“. „Kippenbergers Apparat“, konkret also Hermann Dünow

75 Exemplarisch der Bericht über eine internationale Geheimkonferenz großen Stils, die Franke im Frühsommer 1932 in Berlin organisiert haben will. Kein geringerer als Molotow habe ihm für seine Leistung gedankt und ihn beauftragt, „schon jetzt Vorsorge zu treffen für die kommende Zeit, Tagungsorte ausfindig zu machen, wo streng illegal Parteiveranstaltungen stattfinden könnten“. ZPA, EA III2, Bl.127f.

76 Zum Lebenslauf von 1951 siehe S.305. Paula Mörschel zu Sepp Miller: „Wir hatten zusammen mit Otto Franke alles gut vorbereitet.“ Vgl. Sepp Millers Bericht a.a.O. (siehe Anm.4), Bl.7. Zur Datierung vgl. ferner S.305.

77 Vgl. Dünows archivierte Darstellung (siehe Anm.65).

78 Siehe Ernst Thälmann, Eine Biographie, 6. Aufl., [Ost-] Berlin 1986, S.647.

79 Zur Datierung des Beschlusses siehe S.318.

80 Vgl. Herbert Wehner, a.a.O. (siehe Anm.27), S.67; siehe jetzt auch bei Reinhard Müller, Die Akte Wehner. Moskau 1937 bis 1941, Berlin 1993, S.271. — Zur militärpolitischen Arbeit (LK) der KPD siehe „Kurzbericht und Disposition“ in: ZPA, I 2/705/4, Bl.3ff.

mit seinen Leuten, „sicherte die Tagung selbst“, und in wie auch um Ziegenhals dilettierte außerdem noch Otto Franke herum, der von einem Treffpunkt Sternwarte und Kippenbergers dortigem V-Mann Arthur Lange erst im Dezember 1952 etwas erfährt.⁸¹

Darf man ihm also wirklich abnehmen, was er Walter Ulbricht da auf einmal über sein Gespräch mit Thälmann erzählt? Verträgt sich die Thälmann hier hypothetisch unterstellte Vorgehensweise eigentlich mit seiner Funktion als Chef des Sicherheitsapparats und mit seinem bekannten Persönlichkeitsprofil? Die zuletzt gestellte Frage ist uneingeschränkt zu bejahen. Warnungen vor Unvorsichtigkeiten schlägt er, was sich an ihm bald rächen wird, gern in den Wind. Das, was er eine „Bangbüx“ nennt,⁸² war er nie, und er gedenkt es auch unter den Nazis nicht zu werden, wie allein schon die zitierte Äußerung gegenüber Herbert Wehner bezeugt. Warum also sollte er einen so alterproben Genossen in dieser vertraulichen Angelegenheit eigentlich nicht zu Rate ziehen? Aber lag es da nicht weitaus näher, sich von vornherein an den ressortmäßig zuständigen Mann, an den erfahrenen Quartiermacher Dünow zu wenden? Im Prinzip schon, doch das Leben geht zuweilen seltsame Wege. Das Hauptelement einer Gedankenbrücke, die Thälmann in diesem Sonderfall auf den Namen Otto Franke gebracht haben mag, heißt, so seltsam es sich anhört: Kegelbahn.

Zur Überlieferung aus der damaligen Umgebung Thälmanns gehört auch eine Schilderung zum Themenkreis seines Freizeitgebarens. An einem Sonntag der zweiten Hälfte des Jahres 1932 lud er demnach einige Genossen „zu einem Frühschoppen außerhalb Berlins in einem kleinen Gartenlokal“ ein. Um welches Gasthaus es sich gehandelt hat, wird nicht gesagt, doch ergibt sich aus der Erzählung, daß es — wie das Ausflugslokal in Ziegenhals — mit einer Kegelbahn ausgestattet war. Voraussetzen darf man dabei, daß Thälmann mit seinen Begleitern — darunter Ernst Torgler, der Vorsitzende der kommunistischen Reichstagsfraktion — kein beliebiges „Sportlokal“ aufgesucht hat, sondern die Gastwirtschaft eines Genossen. Warum also sollte es damals oder bei einer ähnlichen Gelegenheit nicht das Ausflugslokal Wilhelm Mörschels gewesen sein, in dem er munter zechte, Skat „klopfte“ und die Kegelbahn frequentierte⁸³ und von dem er, als er Ende Januar oder vielleicht auch erst Anfang Februar mit Otto Franke, dem Mitglied der Gemeindevertretung von Niederlehme sprach, noch eine recht genaue Vorstellung besaß? Sich an die Höhenluft einer solchen Hypothese zu gewöhnen, fällt zugegebenermaßen schwer, doch gilt es, schon um einem Zeitzeugen kein Unrecht anzutun, auch weniger naheliegende Hypothesen auf ihre Tragfähigkeit hin zu prüfen. Vorzuziehen, weil auch nicht entfernt so weit hergeholt, ist aber wohl doch eine andere Lösung: Nicht von Thälmann selbst hat Franke den Auftrag zur Lokalbeschaffung erhalten, sondern „von der Zentrale der KPD“, der einerseits bekannt war, daß im Lokal des Genossen Mörschel schon mehrfach Tagungen der Partei stattgefunden hatten und für die andererseits auch Franke mit seinem Wohnsitz in Niederlehme ein Begriff gewesen ist.⁸⁴

81 Herbert Wehner, Zeugnis (siehe Anm.27), S.67. Zu Franke vgl. hier Anm.62.

82 Vgl. Fritz Selbmanns archivierte Erinnerungen an Ernst Thälmann, in: ZPA, EA 1098/1, Bl.14.

83 Bericht von Emil Kunder, in: ZPA, NL 3/69, Bl.17.

84 Vom Auftrag der Zentrale spricht Franke in der bereits erwähnten undatierten Aufzeichnung (siehe Anm.69). An besonders günstigen Voraussetzungen in Ziegenhals nennt Dünow in seinem Referat zum einen, daß bei Mörschel, einem Mitglied der KPD, schon öfter Tagungen der Partei durchgeführt worden seien und sich dabei die Zuverlässigkeit des Wirtes erwiesen hätte. Außerdem habe im Gebiet von Zeuthen Otto Franke gewohnt, der als Vorsitzender der Revisionskommission der Gemeindeverwaltungen fungierte. Vgl. a.a.O. (siehe Anm.65), Bl.29f.

Aber Franke ist bei weitem nicht der einzige Zeuge, der einer quellenkritisch untermauerten Rekonstruktion erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Dabei sind es nicht etwa nur weniger belangvolle Detailprobleme, die eine unterschiedliche Beantwortung finden. Selbst in einer so zentralen Frage wie der, ob die Konferenz nun ordnungsgemäß zu Ende geführt worden sei oder ob sie abgebrochen werden mußte, stehen sich die Aussagen teilweise schroff gegenüber. Von einem „Abbruch der Sitzung“ sprechen außer Karl Mörschel in der einen und anderen Form auch Pieck, Ulbricht, Matern, Dünow und später Fritz Selbmann.⁸⁵ Daß die Tagung „ordnungsgemäß zu Ende geführt“ worden ist, wird demgegenüber nicht nur von Otto Franke bezeugt. Jakob Boulanger, der auch zum Vorfeld der Konferenz sehr präzise Angaben beisteuert und einen durchaus glaubwürdigen Eindruck erweckt, schildert die Szene sogar mit großer Anschaulichkeit: „Man reichte dem Genossen Thälmann einen Zettel auf das Rednerpult, der las ihn, schob ihn weg und redete weiter. Das geschah mehrere Male. Teddy ließ sich in seiner Kampfreden durch nichts beirren und redete bis zum Ende. Die Tagung wurde dann ordnungsgemäß geschlossen“.⁸⁶ Mit dieser Darstellung durchaus zu vereinbaren sind die Erinnerungen von Willi Bohn in ihrer archivierten, wenn auch nicht in der 1981 vom Verlag Marxistische Blätter veröffentlichten Fassung. Im Original heißt es im Anschluß an eine knappe Bezugnahme auf das Thälmannsche Referat: „Es konnte keine ausführliche Diskussion geben. Die Genossen der Sicherheitsgruppe mahnten. Wir reichten uns nacheinander die Hände.“ Im veröffentlichten Text hingegen lautet die Stelle in Anpassung an die erwünschte Lesart: „Übrigens konnte Ernst Thälmann die Rede damals nicht vollständig vortragen. Die Tagung wurde abgebrochen, da durch einige Männer, die im Schankraum des Lokals offenbar auf uns aufmerksam geworden waren, die Gefahr des Verrats bestand. Die Genossen der Sicherheitsgruppe mahnten. Wir reichten uns nacheinander die Hände“.⁸⁷ Verantwortlich für diese ‚Berichtigung‘ dürfte primär die Linientreue eines Lektorats gewesen sein, das sich an anderer Stelle für eine die komplexe Situation versimpelnde Retusche entschied. Der Satz „Wir wurden eine kleine fröhliche Reisegesellschaft“ — bezogen auf den Treffpunkt Sternwarte und die folgende Anfahrt — wurde als unpassend gestrichen.⁸⁸ Auf die naheliegende Frage, welche Umstände eigentlich für die Entdeckung dieser doch mit so großem Aufwand vorbereiteten Geheimkonferenz verantwortlich waren, fallen die Antworten wiederum sehr unterschiedlich aus. Eine Schlüsselrolle spielt dabei Thälmanns lautes Organ, doch kommt es auch in diesem Zusammenhang nicht nur zu Nuancen, sondern auch zu Extremvarianten. Otto Franke, der seinem Verbindungsmann vom Tagungslokal aufs Wort glaubt, daß Thälmanns Stimme bis über den Crossin-See schallt, überliefert das eine Extrem, Willi Bohn das andere, und zwar erneut nur in der archivierten Fassung. „Wir waren beeindruckt“, heißt es dort, „von der Leidenschaftlichkeit, die in der Rede schwang, obwohl er hier auf seine sonstige Lautstärke verzichten mußte“.⁸⁹

85 Vgl. Fritz Selbmann, *Alternative, Bilanz, Credo, Versuch einer Selbstdarstellung*, Halle/Saale 1969, S.211; in der ungedruckten Fassung fehlt diese Aussage; dort findet sich die Verwechslung mit der Rückfahrt: „zum Teil im Ruderboot über den Zeuthener See kamen wir ins Tagungslokal“; a.a.O. (siehe Anm.82), Bl.6. — Zum Abbruch der Konferenz siehe auch die Aussagen in der Voruntersuchung gegen Ernst Thälmann (S.318 dieses Exkurses). Herbert Wehner spricht ebenfalls davon, daß die Tagung abgebrochen worden sei; Herbert Wehner, a.a.O. (siehe Anm.27), S.67.

86 Jakob Boulanger, *Erinnerungen*, in: ZPA, EA 0093, Bl.184.

87 Vgl. ZPA, EA 1775/2, Bl.219f.; dagegen Willi Bohn, *Einer von Vielen. Ein Leben für Frieden und Freiheit*, Frankfurt a.M. 1981, S.III.

88 ZPA, EA 1775/2, Bl.218; Willi Bohn, *Einer von Vielen*, S.109.

89 A.a.O., Bl.219.

Von den weiteren Differenzpunkten seien vorerst nur noch einige Zeitangaben erwähnt, die einerseits Rückschlüsse auf die Problematik der Zeugenaussagen erlauben und andererseits für spätere Erwägungen zur Tagesordnung von Wichtigkeit sind. Laut Wilhelm Pieck hat die Konferenz „gegen 5 Uhr nachmittags“ begonnen, und es „war gegen 8 Uhr abends“, als Ulbricht die Tagung schloß. Von „fast vierstündigen Ausführungen“ allein Ernst Thälmanns ist hingegen bei Ulbricht die Rede, und Matern veranschlagt die Gesamtdauer der Tagung auf „ungefähr 4–5 Stunden“, was sich beides zwar nicht mit der Behauptung von Pieck, wohl aber mit der Aussage Paula Mörschels verträgt.⁹⁰

Was zu veranschaulichen war, hat sich also erst einmal hinreichend gezeigt. Nicht gerade wenige Gewährsleute haben sich in nicht gerade wenige Widersprüche verwickelt. In einer Frage jedoch stehen sie wie eine Eins: Tagung des Zentralkomitees, ja oder nein? Die Antwort kommt unisono: Tagung des Zentralkomitees! Der Zeuge Herbert Wehner scheint einer uneidlichen Falschaussage überführt. Da aber nimmt dieser Prozeß der Wahrheitsfindung eine dramatische Wende.

V. Eine Unperson im Zeugenstand

Den Freunden des handlungsstarken Lichtspiels ist diese Szene von Leinwand und Bildschirm her nur zu bekannt: wie der Angeklagte schon so gut wie verloren scheint — vom Urteil ‚Tod durch den Strang‘ trennen ihn wenig mehr als Sekunden, der Henker wienert bereits leidenschaftslos den Strick — und sich dann die Tür öffnet und jemand atemlos zum Saale hereinstürmt, einige wenige Worte nur äußert und das mißmutige Gericht dadurch zwingt, auf Kosten des ohnehin schon geschundenen Steuerzahlers erneut in die Beweisaufnahme einzutreten. Nicht viel anders geht es in dem hier minutiös, wenn auch literarisch geringfügig überhöht geschilderten Erkenntnisprozeß zu. Völlig unerwartet drängt da ein Mann auf die Bildfläche, der von sich behauptet, an der Konferenz in Ziegenhals teilgenommen zu haben. Besonders glaubwürdig klingt das nicht, denn dieser Mensch versucht einem gleichzeitig weiszumachen, daß er um die Jahreswende 1932/33 Mitglied des Reichstages war, ist im Handbuch von Max Schwarz jedoch nicht zu finden. Der erste Gutachter am Platze, zur Identität des Überraschungszeugen befragt, zweifelt denn auch sichtlich daran, daß der Mann überhaupt existiert. Sollte er aber doch keine bewußte Vorspiegelung falscher Tatsachen sein, könne es sich eigentlich nur um einen Druckfehler handeln. Der Herr im Zeugenstand sei dann als der ehemalige KPD-Funktionär Paul Elias zu identifizieren.⁹¹

Der Herr im Zeugenstand indessen zeigt sich renitent und besteht darauf, nicht Paul Elias, sondern Karl Elgaß zu heißen. Zum Beweise dessen und zugleich der Tatsache, daß er wirklich Reichstagsmitglied gewesen ist, legt er dem Gericht eine Auskunft der Bibliothek des Deutschen Bundestages vor.⁹² Unter dem Datum vom 8. Januar 1957 bestätigt sie ihm nicht

90 Vgl. das Manuskript Wilhelm Piecks a.a.O. (siehe Anm.24), Bl.104 und 105. Ulbricht a.a.O. (siehe Anm.15); Matern a.a.O. (siehe Anm.17); zu Paula Mörschel vgl. S.308 des vorliegenden Beitrags.

91 Vgl. Max Schwarz, MdR. Biographisches Handbuch der Reichstage, Hannover 1965. Als Reichstagsabgeordneter erscheint Karl Elgaß in der Fachliteratur erstmals in: M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Eine biographische Dokumentation. Hrsg. und eingel. von Martin Schumacher, Düsseldorf 1991, S.194f. Zuvor ist Elgaß auch als kommunistischer Funktionär so unbekannt gewesen, daß die Erwähnung eines KPD-Oberberaters Elgas durch Margot Pikarski selbst Hermann Weber an einen Druckfehler denken ließ: Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929–1933. Eingel. und bearb. von Hermann Weber, Düsseldorf 1981, S.XCVI, Anm.490.

92 Archiv der Historischen Kommission zu Berlin, NL Karl Elgaß/V; darin eine photographische Reproduktion des von Wernicke unterzeichneten Schreibens.

nur die Richtigkeit seiner Behauptung, sondern sie macht auch verständlich, warum er dem Schleppnetz des „MdR“-Schwarz entgangen ist. Die Mitteilung besagt:

„In Beantwortung Ihres Schreibens vom 19.12. v.J. teilen wir Ihnen mit, daß Sie nach den hier vorliegenden amtlichen Unterlagen des Deutschen Reichstages am 21.12.1932 für den Abgeordneten Albrecht, Berlin, der sein Mandat niederlegte, in die Fraktion der Kommunistischen Partei Deutschlands eingetreten sind und dem Deutschen Reichstag bis zum 1.2.1933, dem Ende der 7. Wahlperiode, angehört haben. Wir entnahmen diese Angaben der Nummer 353 der Drucksachen des Deutschen Reichstages für die 7. Wahlperiode (Ergänzung zu Nummer 1).“

Des weiteren legt der Zeuge Elgaß eine Erklärung des Bundestagsabgeordneten Herbert Wehner vom 25. Februar 1957 vor,⁹³ der ihm darin bescheinigt: „Aus meiner Tätigkeit als technischer Sekretär des Zentralkomitees der KPD im Jahre 1932/33 ist mir bekannt, daß Herr Karl Elgaß, jetzt in Berlin-Steglitz, Münsterdamm 17, vom November 1932 bis zu seiner Verhaftung im Juni des Jahres 1933 als ‚Reichsinstrukteur‘, respektive ‚Oberberater‘ für das Zentralkomitee der KPD tätig war, daß Herr Karl Elgaß im November 1932 zum Mitglied des Reichstages gewählt wurde, daß Herr Elgaß vom Zentralkomitee der KPD für seine Tätigkeit als ‚Reichsinstrukteur‘, respektive ‚Oberberater‘, ein Gehalt von monatlich 600 RM netto erhalten hat“, eine in der damaligen Zeit und zumal während der Wirtschaftskrise für Proletarier überaus erkleckliche Summe.

Hier nun beginnen die Anwälte der Gegenseite unruhig zu werden. Sie verweisen darauf, daß es sich bei dem Zeugen um einen Abtrünnigen handelt, der vor Jahren schon in das Parteilager seines ebenfalls höchst suspekten Gewährsmannes übergewechselt sei.⁹⁴ In der vorgelegten Erklärung habe man also weiter nichts als eine Gefälligkeitsbescheinigung zu erblicken. Dem nun begegnet Elgaß mit der Versicherung, daß er Herbert Wehner zwar schon seit 1930/31 kenne, mit ihm aber damals bereits „kaum etwas zu tun“ hatte, „denn ich war ein pol[iti]scher]. Mitarbeiter von W. Ulbricht, Franz Dahlem und John Schehr. Trotzdem weiß ich manches von H. W., denn ein guter Freund von ihm war auch ein guter Freund von mir. Ich selbst habe mit H. W. nach 1945“ aber nur „zwei oder 3 mal gesprochen“. Wie lose ihr Kontakt sei, könne man schon daraus ersehen, daß es 1957 Wochen um Wochen gedauert habe, bis Wehner sich endlich zur Abgabe dieser Erklärung bequeme.⁹⁵ Das Gericht weist darauf den Einwand der Gegenanwälte zurück und beschließt, auch noch diesen Zeugen zu Wort kommen zu lassen.

Um dem Gericht ein konkretes Bild der Situation zu vermitteln, wie er sie Ende Januar, Anfang Februar 1933 erlebt hat, schildert Elgaß zunächst einige seiner Eindrücke am Tag der nationalsozialistischen ‚Machtübernahme‘: „Am 30.1.33 war ich in Hindenburg u[nd]. hatte eine Anzahl von Funktionären, zwecks Beratung, zu einer Einweisung in die illegale Arbeit — und mit der Hinweisung, sich nicht von der NSDAP u[nd]. SA provozieren zu lassen.

93 Das Originalschreiben Wehners im NL Elgaß/IV; statt Münsterdamm muß es Munsterdamm heißen.

94 Nachdem Elgaß im September 1948 aus dem Berliner Ostsektor geflohen war, wurde er im November aus der SED ausgeschlossen. Vgl. sein Schreiben vom Oktober oder November 1953 an den Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei, Berlin-Schöneberg, in: NL Elgaß/VII und (dort Bl.282) II. Er trat in die SPD ein, war 1954–1958 Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Steglitz und seit 1959 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin. Vgl. Handbuch des Abgeordnetenhauses von Berlin, IV. Wahlperiode, 2 Teile, Berlin 1966 T.II: Die Abgeordneten, Bl.El.

95 NL Elgaß/III; vgl. im Schreiben (Kopie) vom 21. Januar 1983 an Gerhard Beier Bl.3 und 4. — Seine Bitte um die für das Entschädigungsamt benötigte eidesstattliche Erklärung richtet Elgaß am 5. Januar 1957 an Wehner. Dieser reagiert erst am 25. Februar — mit „Entsetzen und Bedauern“ über sein Versäumnis; vgl. NL Elgaß/IV.

Etwa um 18 Uhr erfuhren wir, daß Hitler Reichskanzler war, und schon um 19 Uhr zogen die SA-Kolonnen mit Stöcken, Knüppeln, Peitschen, Pistolen, Fahnen durch die Straßen, brüllten Heil Hitler, nieder mit Roten, schlägt sie zusammen.“ Als Elgaß am folgenden Tag bei seiner Anlaufstelle in Breslau, der Wirkungsstätte des Fememörders Heines, eintrifft, berichtet ihm der dortige Orgleiter über die Situation: „Der SA-Terror beherrscht die Stadt, die Arbeiterwohnviertel, die Häuser, die Lokale; überall sind die SA-Horden unterwegs u[nd]. verprügeln die Menschen. Wehe denen, die die Hand zum Hitlergruß nicht erhoben. Am Bahnhof suchte“ Elgaß „Schutz, betrat die große Bahnhofshalle. Viele Menschen standen dort, u[nd]. eine Frau sagte plötzlich: Man weiß ja gar nicht mehr, wo man sich bewegen darf, die Schläge fallen ja einem auf den Kopf wie Regentropfen. Hier in Breslau“, fährt Elgaß fort, habe „sich das gleiche abgespielt wie in Hindenburg, und so war es auch allerorts.“⁹⁶ Von seiner späteren Perfektion allerdings ist das Regime des braunen Schreckens noch weit entfernt. Nach einer Besprechung über die politische Lage kann Elgaß am 1. Februar ungehindert nach Berlin fahren und schon am nächsten Tag mit dem abgetauchten Politbüro in Kontakt treten. Am gleichen Abend noch reist er nach Breslau zurück, um Anweisungen zu übermitteln und sich ein illegales Quartier zu beschaffen, und am 7. Februar hat er in Begleitung der Polleiter aus Breslau und Hindenburg erneut in Berlin zu sein.⁹⁷ Von der Sternwarte Treptow aus bringt ihn und andere Genossen ein Kleinbus nach Ziegenhals. Über die Tagesordnung dort hält er fest:

„Lagebericht: Thälmann
Ulbricht
Wahl R[eichs]-Tag
u[nd] Preußischer Landtag“

Aus dem Kreis der Teilnehmer erwähnt er namentlich nur Herbert Wehner — neben Elgaß später eine der „Unpersonen“ — und Gustel Sandtner, wohingegen er auf die anderen Oberberater ohne Namensnennung verweist. Während der Sitzung hat er eine Aussprache mit Walter Ulbricht, der Elgaß „einen MdR zur Unterstützung“ beizugeben verspricht und ihn dann, als die Kandidatenlisten für den Reichstag und den Preußischen Landtag „aufgestellt bzw. bestätigt“ werden, für die Preußenliste in Vorschlag bringt.⁹⁸

Der Fall scheint jetzt weitgehend geklärt: Als der Zeuge am 2. Februar Kontakt mit dem Politbüro erhält, ist von einer kurz bevorstehenden Tagung offenbar noch mit keiner Silbe die Rede. Die Anweisung, erneut in die Reichshauptstadt zu kommen, verknüpft sich mit der Direktive, die beiden Polleiter seines Instrukteurgebiets mitzubringen. In Berlin oder in

96 So in einem Lebenslauf, den Elgaß am 24. Januar 1983 für Gerhard Beier niederzuschreiben beginnt; NL Elgaß/III, Bl.17–20. Vgl. damit die Darstellung vom 9. und 10. November 1977, in: NL Elgaß/I, Bl.40f.

97 Vgl. in der zuletzt genannten Darstellung Bl.41. Zum Stichwort Hindenburg merkt Elgaß an, Wojtkowski, der dort etwa am 20. Januar spurlos verschwunden war, sei auf einmal wieder da gewesen, aber nicht in Hindenburg, sondern in Berlin (ebd.).

98 Handschriftliche Hinweise auf Sternwarte, Kleinbus, Tagesordnung, Oberberater sowie Gustel Sandtner auf der Fotokopie eines Zeitungsartikels über Ziegenhals im NL Elgaß/I; oberhalb des Namens Thälmann ist vermerkt: „über Hitlermaßnahmen“; dort in einer Aufzeichnung vom 12. November 1977 (Bl.61) ebenfalls ein Hinweis auf die Tagesordnung der „ZK-Sitzung“ (politische Lage und Wahlvorbereitung). Neben einem Inhaltsverzeichnis der Ziegenhals-Broschüre hat Elgaß je ein Foto von sich selbst und Herbert Wehner angebracht und dazu vermerkt: „Unpersonen“; siehe NL Elgaß/IV. Die Teilnahme der acht Oberberater erwähnt er in einem kleinen tabellarischen Lebenslauf, den er am 13. Februar 1983 Gerhard Beier zusendet; dort auch die Erwähnung des Vorschlags für die Landesliste; NL Elgaß/III, Bl.7. Der Lebenslauf, den Elgaß am 24. Januar 1983 an Beier schickt, geht ebenfalls auf die Nominierung ein und erwähnt das Gespräch mit Walter Ulbricht; NL Elgaß/III, Bl.21. Der Hinweis auf Wojtkowski (siehe Anm.97) ist höchstwahrscheinlich dahingehend zu verstehen, daß auch dieser an der Tagung in Ziegenhals teilgenommen hat.

Ziegenhals stellt er fest, daß auch die übrigen, insgesamt also acht Oberberater herbeordert waren. Sektoral — am Beispiel Ober- und Niederschlesiens —, aber auch generell unterstreicht das doch wohl eher Herbert Wehners Version. Der Hinweis auf den Kleinbus wiederum eliminiert ein weiteres Problem: Durch die Erwähnung zweier Reiseomnibusse wurde bislang bewußt oder unbewußt suggeriert, daß sich die Veranstalter auf eine weitaus größere Zahl von Teilnehmern eingestellt hätten. Die Angaben zur Tagesordnung erleichtern es sodann, Licht auch in den Problemkreis der Konferenzleitung zu bringen. Da Wilhelm Pieck innerhalb des Politsekretariats u.a. für die Parlamentsfraktionen zuständig war, während zu den Aufgaben Walter Ulbrichts die Kontrolle der „Verbindung zu den Parteiorganisationen (also den Bezirken)“ gehörte,⁹⁹ dürfte die Vermutung nicht abwegig sein, daß der eine beim Thema Neuwahlen die Leitung übernahm, um sie nach Erledigung dieses Punktes weiterzugeben.

Die bereits beim Stichwort Kleinbus angedeutete Schwachstelle der Überlieferung wird von Elgaß aber auch in anderer Weise berührt: Sein Bericht erschwerte es beträchtlich, für die auffallend geringe Teilnehmerzahl dieser angeblichen Plenartagung des Zentralkomitees in der Hauptsache externe Faktoren verantwortlich zu machen. Hierzu aber sah sich die Regie im Jahre 1953 mehr oder weniger gezwungen. Durch die Ausmaße des Tagungsraums — „6 x 7 m“, wie es in dem Bericht¹⁰⁰ heißt, den Sepp Miller an Matern sandte — waren einer willkürlichen Festlegung enge Grenzen gesetzt. Die Diskrepanz, die sich hieraus ergab, einfach mit Stillschweigen zu übergehen, haben die Veranstalter des Festaktes nicht für sinnvoll gehalten. Vielmehr trat Wilhelm Pieck die Flucht nach vorn an, als er in seiner Ansprache betonte: „Nach der damaligen Praxis nahmen an den ZK-Sitzungen auch die Bezirkssekretäre und die Chefredakteure der wichtigsten Bezirkszeitungen teil. Das auf dem 12. Parteitag in Berlin (Wedding) vom 8. bis 15. Juni 1929 in geheimer Sitzung gewählte Zentralkomitee bestand aus 39 Mitgliedern und 24 Kandidaten, zusammen also 63 Genossen. Bezirkssekretäre gab es 24 und Chefredakteure 25. Es wären zusammen 112 Teilnehmer gewesen. Aber schätzungsweise waren nur 35 bis 40 Personen anwesend, immerhin“, befand Pieck, „schon eine große Zahl für eine illegale Tagung in dieser Situation und in dieser Gegend.“ Die Erläuterung dazu hatte Pieck in seiner Ansprache schon zur Hälfte vorweggenommen: „Die Tagung war mit der Gefahr verbunden, daß sie von den Gestapo-Agenten aufgespürt und die Teilnehmer verhaftet wurden, was natürlich ein außerordentlich schwerer Schlag für die Partei gewesen wäre. Aber trotz dieser Gefahr mußte die Tagung zur Orientierung der Partei stattfinden. Nur mußten entsprechende Sicherungen für die Tagung getroffen werden.“¹⁰¹

Hat zu diesen Sicherungen etwa gehört, daß an eine beträchtliche Zahl von Mitgliedern und Kandidaten des ZK „Einladungen“ erst gar nicht ergingen? Kraft welchen Rechts wäre dann wohl von einer Plenartagung dieses Gremiums zu reden? Oder wären für die Lücken im Teilnehmerkreis vor allem zwei Begleitumstände verantwortlich zu machen: speziell die Tatsache, daß Anlaufstellen verspätet erreicht wurden und die Ankömmlinge deshalb „abgehängt“ werden mußten; oder generell die im Anstieg befindliche Terrorwelle, die viele daran hinderte, ihr Mandat auf der Tagung wahrzunehmen? Was sich damals in Schlesien „allerorts“ an Schrecklichem tat und sich auch anderenorts abspielte, hat die lokale Mobilität der kommunistischen Funktionäre zweifellos bereits drastisch eingeschränkt. Sich aus der Provinz nach Berlin zu begeben, um dort in der weltstädtischen Anonymität unterzutauchen, ist, wie

⁹⁹ So Hermann Weber in: Die Generallinie (siehe Anm.91), S.XCIV.

¹⁰⁰ Vgl. bei Sepp Miller, a.a.O. (siehe Anm.4), Bl.7.

¹⁰¹ Zitiert nach dem Manuskript der Ansprache, a.a.O. (siehe Anm.24), Bl.103f.

das Beispiel Elgaß zeigt, gleichwohl möglich, ja sogar ungefährlicher als der Aufenthalt an Orten gewesen, in denen leitende Funktionäre dem Gegner bekannt waren. Die Annahme jedoch, gut die Hälfte der Mitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees habe den richtigen Zeitpunkt verpaßt, wäre als Hypothese denn doch zu abstrus, als daß man ihr ernsthaft nachgehen müßte.¹⁰²

Da Elgaß auch bestätigt, daß die Sitzung ein vorzeitiges Ende fand,¹⁰³ wäre es gerechtfertigt, ihn aus dem Zeugenstand zu entlassen, gälte es nicht — nur der Form halber, wie sich versteht —, noch eine letzte Frage zu stellen: Mit welchen Worten wohl würde der Zeuge die Tagung in Ziegenhals etikettieren? Die Antwort kommt wie aus der Pistole geschossen: illegale Sitzung des Zentralkomitees.¹⁰⁴

Im Saal raunt es auf, die Gegenseite feixt, die Reporter stürzen zum Telefon, und dem geschockten Anwalt sträuben sich sämtliche Haare. Auf daß der Fall für ihn nicht im letzten Moment noch zum Reinform wird, wendet er sich nach kinematographisch bewährtem Muster an einen renommierten Privatdetektiv. Der allerdings scheint altersbedingt auch nicht mehr ganz das zu sein, was einstens er war, denn außer Spesen verschwendet er eine Unmenge Zeit, bis es ihm endlich gelingt, fündig zu werden.

VI. Frühe Zeugnisse

Nachdem der Prozeß um den Reichstagsbrand für die Nationalsozialisten blamabel geendet hat, versuchen sie sich umso mehr an ihrem Untersuchungshäftling Ernst Thälmann schadlos zu halten. Das geplante Tribunal gegen ihn soll nicht zuletzt den Nachweis erbringen, daß Thälmann für die angeblichen Aufstandsvorbereitungen der KPD nach dem 30. Januar der Hauptverantwortliche ist. Der Konferenz in Ziegenhals kommt in diesem Zusammenhang eine herausragende Bedeutung zu. Neben anderen Unterlagen der kommunistischen Parteiführung ist der Gestapo inzwischen nämlich auch ein Text in die Hände gefallen, bei dem es sich um eben jene Rede handeln soll, die Thälmann dem Vernehmen nach Anfang Februar auf einer geheimen Tagung des Zentralkomitees gehalten hat und aus der die Justiz nun hieb- und stichfestes Belastungsmaterial für die Anklageerhebung abzuleiten gedenkt. Daß sich Thälmann hinter der Behauptung verschanzte, seit dem Oktober 1932 habe überhaupt keine Sitzung des Zentralkomitees mehr stattgefunden,¹⁰⁵ verfährt bei der Untersuchungsbehörde nicht. Aus ihrer Sicht versucht er eben, wie es in der Anklageschrift heißen wird, sich den strafrechtlichen Folgen seiner „umstürzlerischen Tätigkeit dadurch zu entziehen, daß er die einzelnen, in dem Strafverfahren gegen ihn verwerteten Vorfälle entweder bestreitet oder entstellt“.¹⁰⁶ So wie er seine Mitwirkung an entscheidenden Beschlüssen des Zentralkomitees

102 Dünow, der in seinem Referat von „ungefähr 30“ Teilnehmern spricht, vermittelt dort den Eindruck, für diese im Vergleich zu einem ordentlichen ZK-Plenum sehr geringe Zahl seien hauptsächlich drei Umstände verantwortlich gewesen: erste Verhaftungen, Unerreichbarkeit aus anderen Gründen und die mit 10 Minuten sehr kurz bemessene Frist bei den Anlaufstellen. In seinem Beitrag für die Ziegenhals-Broschüre gibt er im Unterschied hierzu 15 Minuten an. Vgl. a.a.O. (siehe Anm.65), Bl.32 und 30, und Die illegale Konferenz . . . (siehe Anm.23), S.53. — Siehe auch Anm.130 die Ausführungen von Max Opitz. Auf diesen Vorgang, der das Ergebnis der vorliegenden Untersuchung in keiner Weise ändert, ist der Verfasser erst nach Abschluß des Manuskriptes gestoßen.

103 NL Elgaß/I, Bl.41, mit der Datierung vom 10.II.1977; wie die Handschrift zeigt, handelt es sich bei dem Hinweis auf den Abbruch der Konferenz um einen Nachtrag.

104 Vgl. z.B. NL Elgaß/I, Bl.3, Aufzeichnung vom 30.II.1977: „*Letzte illegale Sitzung des ZK in Ziegenhals bei Berlin.*“ (Auch hier ein Hinweis auf seine Aufstellung als Kandidat für den Preußischen Landtag.)

105 Gefängnisaufzeichnungen Ernst Thälmanns, in: ZPA, NL 3/9, H.II, Bl.105, Rückseite. Vgl. Bl.116, Rückseite: „keine Z.K.-Sitzung“.

106 Anklageabdruck, a.a.O. (siehe Anm.36), Bl.107 der Archivpaginierung.

und des Politbüros leugnet, will er auch die „Zeuthener Rede“ nicht gehalten haben. „Auf die Frage, ob er im Februar 1933 auf einer Reichsfunktionärkonferenz der KPD in Berlin ein Referat gehalten und wann diese Funktionärkonferenz stattgefunden habe“, beruft er sich in der Vernehmung vom 28. April 1934 zunächst auf eine Gedächtnislücke. Als ihm darauf das Manuskript dieser Rede vorgelegt wird, erklärt er dem Untersuchungsrichter, „er habe nur einmal zu den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 geredet, und zwar sofort, nachdem bekannt geworden sei, daß Neuwahlen stattfinden sollten“. Am 23. Mai „hat Thälmann dann abschließend den Antrag gestellt, Schneller und sämtliche damaligen Polsekretäre, Reichstags- und Landtagsabgeordnete, die mit den Polsekretären meist personengleich seien und deren Anschriften durch die Geschäftsstellen der beiden Parlamente leicht ermittelt werden könnten, über den Verlauf der Versammlung und den Inhalt seiner Ausführungen und ferner darüber als Zeugen zu hören, daß er weder über die Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes gesprochen noch Anweisungen oder Anleitungen zu seiner Durchführung gegeben habe“.¹⁰⁷ Sofern Thälmann darauf setzt, daß den Befragten schon etwas zu seiner Entlastung einfallen werde, hat er sich in den meisten Fällen getäuscht. Völlig auf ihre Rechnung kommen jedoch auch die „Gestapo-Figuren“ nicht, über die Hermann Matern erzählt. Von ihm jedenfalls werden sie unverrichteter Dinge wieder abziehen müssen, denn: „Ich habe die Teilnahme an der Sitzung geleugnet.“ Wenn er nun aber glauben sollte, von sich auf andere schließen zu dürfen, und wenn er später sogar die Auffassung vertritt, der Verzicht auf den Prozeß gegen Thälmann sei ein klarer Beweis dafür, „daß auch die anderen Genossen den Wünschen und dem Willen der Gestapo nicht entsprochen haben“, ¹⁰⁸ greift Matern erheblich zu kurz. Fritz Selbmann allerdings hält es ähnlich wie er. Als er am 13. Juni die erste Vernehmung „in Sachen Ernst Thälmann“ hinter sich hat, vermerkt er in seinem Hafttagebuch: „Man will von mir etwas wissen über eine Polleitersitzung vom 9. Februar 1933 und über eine Rede, die Thälmann dort gehalten haben soll. Ich habe an einer solchen Sitzung nicht teilgenommen und kann daher nichts sagen.“ Daß „die Vernehmung der Polleiter auf einen Antrag von Thälmann hin durchgeführt“ wird, nimmt er dem aus Berlin angereisten Kriminalbeamten einfach nicht ab. Er hält dessen Versicherung für einen bloßen „Trick“, und als er im November erneut befragt wird, beanstandet Selbmann geradezu, daß der Berliner Beamte versucht habe, „unter falschen Vorhaltungen von mir Aussagen zu erhalten, um mich als Zeugen gegen den Genossen Thälmann zu verwenden.“¹⁰⁹

Ebenfalls in der Annahme, gegen Thälmann mißbraucht werden zu sollen, schlagen einige seiner Genossen, darunter Ernst Schneller, eine andere Taktik ein. „Schneller, als Zeuge gehört und auf die Tatsache seiner Zeugenbenennung durch Thälmann besonders aufmerksam gemacht, hat erklärt, er halte es für ausgeschlossen, daß er ein nach dem 30. Januar 1933 gehaltenes Referat des Angeschuldigten mitangehört habe. Dagegen wisse er, daß Mitte Februar 1933, vermutlich um zu der neuen Regierung Hitler Stellung zu nehmen, in Berlin unter Innehaltung aller Regeln eines geheimzuhaltenden Zusammentreffens eine Konferenz stattgefunden habe, zu der auch die Hinzuziehung von Sekretären aus dem Reiche geplant gewesen sei; er selbst habe gleichfalls an dieser Zusammenkunft teilnehmen sollen, infolge einer kleinen Verspätung aber den Verbindungsmann in der Nähe des Bahnhofs ‚Warschauer

¹⁰⁷ A.a.O., Bl.112–114.

¹⁰⁸ Vgl. Hermann Matern, a.a.O. (siehe Anm.17), S.8.

¹⁰⁹ Fritz Selbmann, Reden und Tagebuchblätter 1933–1947, Meißen o.J., S.23f. und S.49. Die Bekundungen Selbmans und Materns werden durch den Anklageabdruck bestätigt; siehe dort Bl.128f.

Brücke' verpaßt.“ Walter Duddins, Polsekretär von Groß-Thüringen, und Paul Wojtkowski, Polleiter für Oberschlesien, tischen den Vernehmern ähnliche Geschichten auf. Duddins will den Verbindungsmann ebenfalls verpaßt haben, Wojtkowski erhielt die Einladung angeblich verspätet, und Jakob Boulanger schließlich, Polleiter von Nordbayern, versichert wiederum, „von dieser Konferenz nur gehört zu haben, ohne jedoch nähere Einzelheiten angeben zu können“. ¹¹⁰

Anders als diese Befragten, die sich mit Halb- und Viertelwahrheiten aus der Affäre zu ziehen versuchen, warten indessen einige der Teilnehmer mit verwertbareren Angaben auf. Werner Kraus, Augustin Sandtner, Albert Buchmann und Albert Kuntz, in der fraglichen Zeit jeweils Polleiter der Bezirke Pommern, Schlesien, Württemberg und Frankfurt am Main, bekunden „übereinstimmend, daß diese Konferenz Anfang Februar 1933 tatsächlich stattgefunden habe und von ihnen selbst besucht worden sei, daß der Angeschuldigte Thälmann das Hauptreferat erstattet habe, und daß die Konferenz vorzeitig abgebrochen werden mußte, weil man sich plötzlich unsicher gefühlt und geglaubt habe, entdeckt worden zu sein“. ¹¹¹ Einen Grund, sich wegen dieser Aussagen als Verräter zu empfinden, hatte lediglich Werner Kraus, der im KPD-Apparat als Spitzel der Hitlerpartei tätig gewesen war. ¹¹² Sandtner hingegen, Buchmann und Albert Kuntz, die sich nach wie vor „leidenschaftlich zum Kommunismus“ bekannten, haben nach Meinung auch der Anklagebehörde mit ihren Angaben zielstrebig „den von Thälmann und mittelbar auch von ihnen selbst zu vertretenden Sachverhalt abzuschwächen“ versucht ¹¹³ und sich damit keiner wesentlich anderen Taktik als Thälmann selber bedient.

Gegen den in der Anklageschrift erhobenen Vorwurf, er habe bestritten, „die Zeuthener Rede gehalten zu haben“, verwahrt er sich jedenfalls in seinen Gefängnisaufzeichnungen energisch. Er nennt ihn „eine Lüge“, weil von ihm „sofort zugegeben“ worden sei, „diese Rede gehalten zu haben“, über deren Dauer er „4 Stunden mindestens“ vermerkt. Um die „völlige bewußte Verdrehung zu den in der V[or-]. U[ntersuchung]. gemachten Angaben“ kenntlich zu machen, hält er zur „Frage der Zeuthener Konferenz“ weiterhin fest: „a) Ich habe ein Referat vor aus dem Reiche geladenen Pol-Sekr[etären]. (und wer sonst hinzugezogen worden ist, weiß ich nicht genau) über die Reichstagswahlen in einem Ort außerhalb Berlins gehalten. b) In einem Protokoll vom 3.2. ist ebenfalls die Rede von einer Konferenz.“ ¹¹⁴ Dieses Protokoll der Politbüro-Sitzung des genannten Tages registriert zum Tagesordnungspunkt „1.) Politische Lage und Aufgaben“ den Beschluß: „Durchführung der Konferenz der Polsekretäre, ZK-Instrukteure und Abt[eilungs].Leiter“. ¹¹⁵ „Eine solche Konferenz“, beteuert Thälmann, der die Echtheit des Protokolls bestreitet, „gibt es nicht. c) Ich habe nur *einmal* kurz nach der Bildung der H[itler-].Reg[ierung]. auf einer Konferenz gesprochen und auf keiner anderen Konferenz ein Ref[erat]. gehalten. d) Da die Feststellungen d[er]. Polizei Zeuthen (mit Wirt u[nd]. Adr[esse]. lauteten, ist es dieses Lokal, wo ich meine Rede zum R[eichstags-].Wahlkampf gehalten habe.“ Seine Schutzbehauptungen versucht er durch die zusätzliche Notiz glaubhafter zu machen: „e) Daß diese Konferenz sich mit den Reichstagswahlen beschäftigte, wird noch dadurch unterstrichen, daß ich dort als Spitzenkandidat für alle Wahlbezirke in

¹¹⁰ Anklageabdruck (siehe Anm.36), Bl.129f.

¹¹¹ A.a.O., Bl.130.

¹¹² Vgl. Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus (siehe Anm.2), Bd.2, S.194.

¹¹³ Siehe Anklageabdruck (a.a.O., Anm.36), Bl.131.

¹¹⁴ Gefängnisaufzeichnungen, a.a.O. (siehe Anm.105), H.II, Bl.107, Rückseite; H.12, Bl.139; H.II, Bl.107.

¹¹⁵ Vgl. das „Polbüro-Protokoll vom 3. Februar 1933 Nr.3“ im Anklageabdruck, a.a.O. (siehe Anm.36), Bl.59.

D[Deutschland]. gegen meinen eigenen Willen, vom Gen[ossen]. Pieck im Auftrage von vielen Gen[ossen]. vorgeschlagen und einstimmig gewählt wurde.“¹¹⁶

VII. Resultate

Charakter der Konferenz: Der Befund ist eindeutig. Ernst Thälmanns Bekundung, eine Tagung des Zentralkomitees habe in der fraglichen Zeit nicht stattgefunden, wird durch die Primärquellen — die Protokolle des Politbüros und des Politsekretariats gestützt. Von einer ZK-Sitzung berichten sie nichts,¹¹⁷ wohl aber von einem Beschluß des Politbüros am 3. Februar, vier Tage also vor dem Treffen in Ziegenhals, eine Konferenz der Polsekretäre, ZK-Instrukteure und Abteilungsleiter des ZK durchzuführen. Dieser Sachverhalt schließt nicht aus, daß bereits vor dem genannten Tag der Wunsch nach einer Sitzung des Zentralkomitees laut geworden und eine solche Zusammenkunft informell ins Auge gefaßt worden ist, wie das Philipp Daub überliefert.¹¹⁸ Auszuschließen ist ebensowenig, daß die Anwesenheit einer doch immerhin beträchtlichen Zahl von Spitzenfunktionären zu dem Mißverständnis geführt hat, es handele sich hier um eine Sitzung des Zentralkomitees. Ein solcher Irrtum konnte nicht nur in Randbereichen der Konferenz unterlaufen, etwa bei der Mannschaft des Sicherungskommandos, sondern selbst bei manchen der Teilnehmer, an die ja keine Einladungen in vereinsrechtlich korrekter Form ergangen waren. Wenn sich Thälmann genötigt sah, eine ZK-Tagung eigens in Abrede zu stellen, deutet dies jedenfalls darauf hin, daß den Ermittlungsbehörden ein solcher Eindruck vermittelt worden war. Durch die Entdeckung des Beschlußprotokolls vom 3. Februar sowie einer illegalen Druckschrift vom Juli 1933¹¹⁹ wurde ihm dann im weiteren Verlauf der Voruntersuchung die Grundlage entzogen. Die an Thälmann gerichtete Frage lautete nun, ob er das ihn belastende Referat auf einer „Reichsfunktionärkonferenz der KPD“ gehalten habe, und der Fritz Selbmann vernehmende Kripobeamte fragte noch konkreter nach einer „Polleitzersitzung“.

Die Nachkriegsüberlieferung deutet zunächst in die gleiche Richtung. Herbert Wehner ordnet die Tagung als eine „Konferenz von Parteisekretären aus allen Bezirken“ ein, und Otto Franke spricht Mitte 1951 noch von einer „Reichskonferenz der KPD“, die er im Februar 1933 organisiert haben will.¹²⁰ Die Umorientierung erfolgt bei ihm Ende 1952, als Hermann Matern mit seiner Befragungsvorgabe Einfluß auf die Rückbesinnung der ersten SED-Zeugen nimmt. Ob Matern dabei bona fide verfährt, läßt sich auf der Basis des bislang verfügbaren Materials nicht entscheiden. Bei Walter Ulbricht zumindest darf die Kenntnis des wahren Sachverhalts vorausgesetzt werden, zitiert er im Februar 1953 doch ausgiebig Passagen aus Thälmanns Zeuthener Rede, die mit dem Protokoll vom 3. Februar in der Anklageschrift überliefert sind.¹²¹

116 Gefängnisaufzeichnungen, a.a.O. (siehe Anm.105), H.II, Bl.107, Rückseite. Das Wort „einmal“ ist dreimal unterstrichen.

117 Siehe ZPA, I 2/3/13 und I 2/5/4.

118 Philipp Daub, Erinnerungen an Ernst Thälmann, in: ZPA, EA 1089, Bl.13: Bei einer kurzen Beratung im Karl-Liebknecht-Haus am Nachmittag des 30. Januar seien die anwesenden Mitglieder und Kandidaten des ZK sowie die wichtigsten Abteilungsleiter darüber informiert worden, „daß mit einer ZK-Sitzung zu rechnen“ wäre.

119 Vgl. den Anklageabdruck, a.a.O. (siehe Anm.36), Bl.77f.; Bl.78: „In dieser Druckschrift heißt es wörtlich: ‚Die Zitate vom Genossen Thälmann sind seinem großen Referat auf der zentralen Sekretärkonferenz Mitte Februar 1933 entnommen.‘“

120 Siehe S.300 und S.305 des vorliegenden Exkurses.

121 Vgl. seine Ausführungen im Neuen Deutschland vom 8. Februar 1953 (siehe Anm.15) mit dem Anklageabdruck, a.a.O. (siehe Anm.36), Bl.61–77; eine andere Fassung stand Walter Ulbricht mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht zu Verfügung.

Vor die Alternative gestellt, die im Protokoll festgehaltene Formulierung aufzugreifen bzw. sie sachgerecht abzuwandeln oder eine unkorrekte, aber effektvollere Kennzeichnung zu wählen, entscheidet er sich als ein Politiker, der peinliche Korrekturen in seinem Machtbereich nicht zu befürchten braucht, selbstverständlich und — wie sich gezeigt hat — mit durchschlagendem Erfolg, für die opportune, weil effektvollere Lösung. Das wohl eindrucksvollste Beispiel für ihre suggestive Kraft liefert Karl Elgaß, wenn er an der gängigen Version zwar das Verschweigen der „Unpersonen“ bemängelt, im übrigen jedoch unkritisch auf die SED-Darstellung verweist.¹²²

In der Summe ergibt sich, daß die Bezeichnung der Konferenz als Tagung des Zentralkomitees nicht aufrechtzuerhalten ist. Anfechtbar ist aber auch die Verwendung des Adjektivs illegal. Noch war die KPD ja nicht verboten. Verboten waren ihr in Preußen seit dem 2. Februar alle Demonstrationen, und durch die „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes“ wurde ihr öffentliches Auftreten praktisch noch stärker eingeschränkt, interne Gremiensitzungen wie in Ziegenhals aber waren ihr de jure nicht untersagt.¹²³ Dieser Sachverhalt schützte die Zeuthener Konferenz freilich nicht vor einem polizeiwidrigen Überfall durch die SA und auch nicht vor einer rechtlich anfechtbaren Polizeiaktion unter einstweiliger Sistierung der Teilnehmer. Sinnvoll erscheint es daher, insgesamt eine andere Formulierung zu wählen: Die geheime Reichsfunktionärkonferenz der KPD am 7. Februar 1933 in Ziegenhals (Zeuthener Konferenz).

Diskussionsmodell einer Rekonstruktion (Kurzfassung): Das Zusammentreffen hauptsächlich dreier Momente — der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, des Ausbleibens größerer Streikaktionen in der Reaktion darauf und der Auflösung des Reichstages mit der Perspektive baldiger Neuwahlen — ließen Anfang Februar 1933 in der KPD-Führung das Bedürfnis nach einer Konferenz leitender Funktionäre entstehen. Die Einberufung des Zentralkomitees, das als Diskussionsforum und formelles Beschlußorgan seit längerem an Bedeutung verloren hatte,¹²⁴ schien in der gegebenen Situation unangemessen. Worauf es Ernst Thälmann, auch angesichts des drohenden Parteiverbots, jetzt vor allem ankam, war die schnelle Einweisung und die Stärkung der Kampfmoral seiner operativen Spitzenkader, zu denen neben den Ressortleitern des ZK insbesondere die Polsekretäre der Parteibezirke und die wichtigsten Instruktoren gehörten. Mit dem Beschluß des Politbüros vom 3. Februar wurde dem Bedürfnis Rechnung getragen.

Schon die Einberufung der Konferenz erfolgte unter Anwendung konspirativer Methoden. Auswärtige wurden im Regelfall auf dem Kurierweg verständigt, die Berliner, soweit sie nicht zum Kreis der bereits im voraus Unterrichteten gehörten, durch einen Beauftragten des ZK. Die den Adressaten zuteil werdende Information war jeweils auf die Anweisung beschränkt, sich am Morgen des 7. Februar zu einer bestimmten Zeit bei einer Berliner Anlaufstelle zu melden und sich durch eine Lösungsformel zu legitimieren. Hermann Dünow, die Hauptquelle für den Bereich der Sicherungsmaßnahmen, spricht in diesem Zusammenhang nur von Anlaufstellen in einigen Lokalen, doch werden im Einzelfall auch konspirative Wohnungen als Durchlaufpunkte erwähnt. Wer innerhalb des eng bemessenen Zeitrahmens eintraf, sah

122 In dem Lebenslauf, den Karl Elgaß am 24. Januar 1983 für Gerhard Beier niederschreiben beginnt, verweist er den Adressaten zum Thema „der ZK-Tagung bei Berlin“ eigens auf den „*SED-Bericht*“; vgl. NL Elgaß/III, Bl.1 und Bl.21 dieses Schreibens an Beier.

123 So spricht denn auch Walter Kaßner in seinen Erinnerungen an Ernst Thälmann nicht ohne Grund von „dem schon fast illegal tagenden ZK-Plenum Anfang Februar 1933“; in: ZPA, EA 0452, Bl.28.

124 Vgl. Die Generallinie (siehe Anm.91), S.XCII.

sich im Gruppenabstand von einer Stunde zur Sternwarte Treptow weiterverwiesen. Das Geschehen dort und die Fahrt nach Ziegenhals verliefen wie von Dünow geschildert. Für den Fall von Kontrollen war vorgesorgt: Eine der Begleitpersonen würde sich als Vorsitzender eines Sportvereins ausweisen können.¹²⁵

Um 16 Uhr etwa sieht Paula Mörschel einen Omnibus eintreffen, in dem nach ihrer Schätzung „ungefähr 50 Genossen“ sitzen.¹²⁶ Bei der Mehrzahl von ihnen wird es sich um das Sicherungskommando handeln, dessen Hauptkontingent Dünow an den Zufahrtstraßen in Stellung gehen läßt. Eine weitere Gruppe übernimmt den unmittelbaren Schutz des Lokals.¹²⁷ Es dürften Leute aus dieser Gruppe sein, die „während der Besprechung“ auch die Kegelbahn benutzen. Bis zum Erscheinen Thälmanns, der von dem späteren Verräter Kattner gefahren wird, und weiterer Mitglieder des Politbüros, die sich ebenfalls eigener Wagen bedienen, tauschen die bereits eingetroffenen Teilnehmer ihre in den letzten Tagen gesammelten Erfahrungen aus. Gegen 5 Uhr trifft dann endlich auch der Kleinbus ein.¹²⁸ Als alle versammelt sind, herrscht im Raum eine fast drangvolle Enge.¹²⁹

Zum Tagungsverlauf selbst scheint die Annahme berechtigt, daß Ernst Thälmann nach kurzer Eröffnung die Konferenzleitung Wilhelm Pieck überträgt, der sie im Anschluß an die gleichfalls relativ knappe Behandlung des Punktes Neuwahlen an Walter Ulbricht weitergibt. Für das folgende Referat Thälmanns verbleibt so bis zum Abbruch der Konferenz gegen 21 Uhr 30 ein Zeitraum von etwa vier Stunden. Das abrupte, wenn auch keineswegs panikartige Ende, dessen Vorgeschichte Dünow durchaus glaubwürdig schildert, muß im übrigen nicht mit einem Abbruch der Rede Thälmanns identisch sein.

125 Vgl. hierzu und zum Folgenden das Referat Hermann Dünows, a.a.O. (siehe Anm.65), Bl.30–33, und seine Darstellung in der Broschüre (siehe Anm.23), S.53f. — Lisa Ullrich spricht von einer persönlichen „Mitteilung eines Genossen des ZK, der uns mitteilte, daß wir uns bei der Adresse sowieso einfinden müssen, daß wir uns mit einer Losung dort vorstellen und die Antwort bekommen. So geschah es auch, und bei dieser Vorstellung in Berlin wurde uns mitgeteilt, daß wir uns am frühen Nachmittag in Treptow bei der Sternwarte einfinden sollen, um uns dort den Himmel und die Gestirne anzugucken.“ ZPA, EA 0959/2, Bl.52. — Jakob Boulanger, a.a.O. (siehe Anm.86), Bl.183f., muß vor der Weiterleitung nach Treptow zwei konspirative Wohnungen anlaufen. — Die Ausweispapiere erwähnt Dünow in der archivierten Fassung, Bl.31.

126 Vgl. den Bericht Sepp Millers, a.a.O. (siehe Anm.4), Bl.7.

127 Vgl. die beiden in Anm.125 genannten Fassungen Dünows. Zur restlichen Gruppe ist neben dem Posten auf dem Dachboden wohl auch jener „Genosse der Sicherung“ zu zählen, der die beiden betrunkenen Gäste in ein anderes Lokal begleitete.

128 In der Anklageschrift (siehe Anm.36) heißt es (Bl.113) über die Aussage Thälmanns: „Kattner habe ihn abgeholt und ihn mit einem Kraftwagen zu dem Versammlungsort gefahren, der Versammlungsraum sei ein kleines Clubzimmer gewesen, in dem etwa 30–40 Personen anwesend gewesen seien, unter ihnen einige Pol. Leiter von auswärts und Schneller, der die Propaganda für die Reichstagswahlen geleitet habe.“ Der Hinweis auf die Anfahrt weiterer Mitglieder des Politbüros „in ihren Autos“ bei Wilhelm Pieck (siehe Anm.24, Bl.104).

129 Paula Mörschel berichtet, das Zimmer sei „ziemlich überfüllt“ gewesen; vgl. den Bericht Sepp Millers, a.a.O. (siehe Anm.4), Bl.7. Ähnlich Dünow in seinem Referat: „An der Stirnwand hatten die Genossen Ernst Thälmann, Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht Platz genommen, die übrigen Genossen saßen sehr beengt in dem kleinen Raum.“ Vgl. a.a.O. (siehe Anm.65), Bl.32. — Frappierend der anders lautende Hinweis von Max Opitz (siehe Anm.130). Hätte die letzte Ausgabe der Ziegenhals-Broschüre (5., überarbeitete und erweiterte Auflage, 1988; gleicher Titel und Erscheinungsort wie bei Aufl.3; siehe Anm.29) als zuverlässig zu gelten, wären in dem Raum über 40 Teilnehmer versammelt gewesen: Mit Karl Barthel, einem weiteren Polsekretär (siehe a.a.O., S.48f.), werden in der Broschüre jetzt insgesamt 37 Personen aufgeführt. Bei Hinzuzählung von Herbert Wehner, Karl Elgaß und Werner Kraus wäre die Zahl 40 erreicht und mit Walter Duddins bereits überschritten. Duddins war zunächst in der Gruppe ermordeter Bezirkssekretäre aufgeführt, dann aber mit dem Hinweis „ausgeschlossen“ gestrichen worden. Siehe das Manuskript der Ansprache Wilhelm Piecks, a.a.O. (siehe Anm.24), Bl.107.

Unter den Problemen, die noch klärungsbedürftig sind, steht der Teilnehmerkreis an vorderster Stelle.¹³⁰ Zum einen gilt es zu prüfen, wer alles auch noch in den späteren Lesarten der SED zu den Ungenannten gehört, und zum zweiten ist der Frage nachzugehen, wer von den bislang Genannten zu unrecht Erwähnung gefunden hat. Den hierfür notwendigen Forschungsaufwand rechtfertigt der Stellenwert einer Tagung, die als Reichsfunktionärkonferenz der KPD nichts von ihrer historischen Bedeutung verliert.

130 1969 hat das Institut für Marxismus-Leninismus einen solchen Klärungsversuch unternommen. Max Opitz, einer der damals Befragten, schrieb in seiner Antwort vom 13. Juli 1969 u.a.: „Die Teilnehmer an dieser ZK-Sitzung nach 36 Jahren namentlich festzustellen, wird äußerst schwer sein. Auch ich kann, über die bekannte Spitze hinaus, nicht mit Bestimmtheit diesen oder jenen Teilnehmer namentlich nennen. Fest steht, daß [...] nicht einmal 40 Genossen anwesend waren. Mehr hatten in diesem kleinen Raum keinen Platz. Und ich weiß, er war nicht überfüllt.“ Zur Erklärung führt Opitz aus: „Besonders aus dem Süden haben Genossen Berlin nicht erreicht. Andere haben die Treffs in Berlin nicht gefunden oder zu spät angelaufen. Nur soviel weiß ich: daß die bedeutenden Bezirke, Berlin, Ruhr, Hamburg und Sachsen vertreten waren. Außerdem haben einige, aus Gründen, die man nicht feststellen kann, die Einladung nicht erhalten. Zum Beispiel Karl Winter, Dresden, damals Sachsen. Er war Kandidat des ZK, aber Einladung zu dieser Sitzung hat er nicht erhalten. Aus diesem Grunde können auch andere Genossen gefehlt haben.“ — Bedürfte es einer Indizienkette, wäre dieser Hinweis eines ihrer wichtigen Glieder: Eine Konferenz des Zentralkomitees, zu der einige Angehörige dieses Gremiums gar nicht erst eingeladen wurden, kann zumindest kein ZK-Plenum gewesen sein. Die Berufung auf verfehlte oder verspätet erreichte Anlaufstellen beweist in diesem Zusammenhang nichts. Vgl. zur Befragung von Opitz EA 0001/6, Bl.1599–1603.

EINE KONTROVERSE UM KARL KAUTSKY

Von John H. Kautsky und Till Schelz-Brandenburg

Zur Einführung

Die IWK will mit der folgenden Publikation nicht eine neue Rubrik etwa unter dem Titel „Bücher und Briefe“ eröffnen. Was uns dazu bewogen hat, den Briefwechsel zwischen John H. Kautsky und Till Schelz-Brandenburg nach dem Erscheinen seines Buchs über Eduard Bernstein und Karl Kautsky¹ mit einigen gebotenen Kürzungen zu veröffentlichen, ist in einer sehr interessanten Konstellation begründet. Till Schelz-Brandenburg unternimmt in seiner Arbeit den Versuch, auf der Basis des Kautsky-Bernstein-Briefwechsels, aber auch immer wieder über diesen hinausgreifend, zu zeigen, wie das entstanden ist, was man den Marxismus der Zweiten Internationale genannt hat, wie dieses theoretische Gebilde schon früh in Frage gestellt wurde und schließlich neben sehr vielem anderen auch einmündete in jene Systeme, deren Zusammenbruch wir jüngst erlebt haben. Er konzentriert sich dabei besonders auf Karl Kautsky und konstruiert in einer Weise, die mir jedenfalls sehr zu denken gegeben hat, einen Zusammenhang zwischen dem Privaten und dem Politisch-Ideologischen.

John H. Kautsky, ausgewiesener Politologe und Sozialwissenschaftler, an der Washington University in St. Louis, Missouri, lehrend und Enkel des „Cheftheoretikers“ des deutschen und internationalen Sozialismus in der Epoche der Zweiten Internationale, hat auf die Untersuchung von Schelz-Brandenburg als Wissenschaftler und Enkel in einer Weise reagiert, in der wissenschaftliche Kritik und persönliche Betroffenheit in bezug auf die Großeltern und den Onkel Benedikt zusammenfallen. Sein umfangreicher Kommentar, die Entgegnung des

1 SCHELZ-BRANDENBURG, Till: Eduard Bernstein und Karl Kautsky. Entstehung und Wandlung des sozialdemokratischen Parteimarxismus im Spiegel ihrer Korrespondenz 1879 bis 1932. — Köln, Weimar und Wien: Böhlau Verlag 1992. 447 S. Alle im Text genannten Seitenzahlen beziehen sich auf dieses Buch.

Autors und John H. Kautskys Replik verweisen auf methodische Probleme grundsätzlicher Art und zeigen sowohl die Grenzen des Historikers auf, der aus den Quellen über Menschen, die er nie gesehen hat, Aussagen formuliert, wie auch die Grenzen, die einem Wissenschaftler gesetzt sind, der natürlich bestehende Familienbande nicht leugnen kann und will. In einer Zeit, in der sich wissenschaftliche Kritik vorwiegend in eingefahrenen Gleisen bewegt, liest sich das, was hier formuliert worden ist, mit all der Polemik und den Sottisen ganz gut, hier und da ist es sogar richtig amüsant.

Hans-Josef Steinberg

Vorbemerkung

Als ich den folgenden langen Brief an Herrn Schelz-Brandenburg schrieb, dachte ich nicht daran, daß er veröffentlicht werden könnte. Das erklärt hoffentlich seinen Stil und seinen Ton und entschuldigt vielleicht auch mein etwas primitives Deutsch. Ich habe sonst meine wenigen auf Deutsch erschienenen Schriften aus dem Englischen übersetzen lassen. Immerhin macht vielleicht gerade der etwas informelle Charakter unserer Korrespondenz diese etwas interessanter, und so habe ich nichts an meinem Brief geändert und nur ein paar unwichtige Absätze ausgelassen, um ihn wenigstens etwas zu kürzen.

Ich möchte noch bemerken, daß es sich hier nicht um eine Kontroverse über die Auslegung von unveröffentlichten Quellen handelt. Zum Unterschied von Herrn Schelz und anderen Kautsky-Spezialisten hatte ich nie die Gelegenheit, am IISG in Amsterdam zu arbeiten, da ich mich in den letzten vierzig Jahren hauptsächlich mit anderen Gegenständen als meinem Großvater beschäftigt habe. So beschränkt sich mein Wissen über Karl Kautsky, abgesehen von Kindheitserinnerungen und Familienüberlieferungen, auf meine Kenntnis seiner zahlreichen veröffentlichten Schriften und wenigstens einen großen Teil der jetzt schon recht beträchtlichen und guten Sekundärliteratur über ihn. Da ich also die unveröffentlichten Quellen, auf denen der Schelz-Band hauptsächlich aufgebaut ist, nicht kenne, kann ich mich hier, soweit es sich überhaupt um Auslegung von Quellen handelt, nur mit der Interpretation der Zitate, die im Buch selber enthalten sind, auseinandersetzen.

John H. Kautsky

1. John H. Kautsky an Till Schelz-Brandenburg, 12.1.1993

Lieber Herr Schelz,

ich danke Ihnen vielmals für Ihr Buch und Ihren besonders netten Brief. [. . .] Gerade weil Ihr Buch ein wichtiges ist, das viel zur Literatur beizutragen hat, und weil Sie Ihr Thema so ausgezeichnet beherrschen, tut es mir leid, daß Sie, statt Ihre Hauptthesen über die Entwicklung eines Parteimarxismus voll zu entwickeln, auf allzu viele persönliche Nebensächlichkeiten eingehen. Wie Sie gleich sehen werden, hat mich manches in Ihrem Buch irritiert, und das hat sicher meinen Ton im folgenden beeinflußt, obwohl ich hoffe, nicht in die gräßliche marxistische polemische Manier zu verfallen, der Kautsky sich ja auch oft schuldig machte. Ehrliche Kritik bin ich Ihnen, glaube ich, schuldig und ich denke und hoffe, daß Sie sie erwartet haben und sie nicht ärgert, sondern Ihnen Spaß macht und vielleicht auch hilft. Mein Brief ist also, wie Sie schön auf S.15 sagen, „Medium des Diskurses, nicht des Disputs.“

Ich gehe einerseits mit großem Interesse und sogar Vergnügen auf Ihr Buch ein, werde aber dabei oft in eine Rolle versetzt, die ich nur ungern spiele: die des Verteidigers meines Großvaters. Wie Sie wohl wissen, stehe ich ihm durchaus nicht unkritisch gegenüber. Selbstverständlich erkenne ich Ihr Buch, wie Sie in Ihrem Brief erhoffen, als eine „nicht-ideologische, wissenschaftliche“ Arbeit an, aber es ist doch ganz offensichtlich sehr gegen Kautsky eingenommen. Warum, ist mir nicht klar, aber ich nehme an, daß Ihnen in der Korrespondenz Bernstein als die sympathischere Person erschien, was sicher verständlich ist.

Ich wende mich gegen Ihre Charakterisierung Kautskys nicht als sein Enkel, der ihn verteidigen will, sondern als Sozialwissenschaftler. Sie schreiben Kautsky Motive zu, die aus Briefen nicht zu beweisen sind, und bezichtigen ihn danach der bewußten Unehrllichkeit und Hinterlist. Dabei wird nie ganz klar, warum dieser Mann eigentlich so ein Bösewicht war. Wenn Sie mit seiner Politik und seinem Marxismus nicht einverstanden sind — und wer könnte das heute noch unkritisch sein? —, wäre es viel effektiver und viel interessanter, wenn Sie sich mit ihnen auseinandersetzen als mit Kautskys Motiven und Moral.

Erstens ist es durchaus nicht klar, daß Kautsky aus den Motiven handelte, die Sie ihm zuschreiben. Sie passen gar nicht zu der Rolle, die er tatsächlich spielte. Warum war er, wie Sie immer wieder selber betonen, in der Partei so isoliert, wenn er so ein Opportunist war, der seine Überzeugungen der Partei opferte? Und zweitens sind seine Motive historisch gar nicht so wichtig. Angenommen, Marx — oder Bismarck — spielte seine historische Rolle, obwohl oder weil er persönlich ein recht unsympathischer, unehrlicher Kerl war. Was ändert das an unserer Bewertung seiner Rolle? Es ist doch interessant, daß die verschiedenen Autoren, die sich ernst mit Kautsky beschäftigt haben und ihm von verschiedenen Perspektiven her gar nicht unkritisch gegenüber stehen — Steenson, Steinberg, Gilcher-Holtey, Waldenberg, Salvadori —, ihn nie der Unehrllichkeit anklagen. Und ich glaube, das gilt sogar von den Leuten, mit denen er korrespondierte und die ihn persönlich gut kannten — Engels, Bebel, Adler und, so weit ich es Ihrem Buch entnehmen kann, selbst Bernstein. Wenn die ihn alle für einen persönlich anständigen Menschen hielten, so sehr sie ihn auch oft kritisierten, warum können Sie es nicht?

Es ist schade, daß das viele Wichtige und Interessante, das man aus Ihrem Buch lernen kann, quasi verdeckt wird durch den Haupteindruck, den große Teile davon wohl nicht nur auf mich machten, daß Kautsky eigentlich ein unanständiger Mensch war. Dabei will ich gar nicht leugnen, daß man aus seinen Schriften den Eindruck gewinnen kann, daß er rechthaberisch und seiner Sache allzu sicher und gegen seine Gegner intolerant war. Wenigstens teilweise ist das aber wohl eher eine Sache des polemischen Stils als seines Charakters. Und so weit es seinen Charakter reflektiert, hat es nichts mit Unehrllichkeit zu tun. Daß einem manche von Kautskys Charakterzügen nicht sympathisch sein können und einem Bernstein in mancher Beziehung besser gefallen kann, ist selbstverständlich, aber wohl eher Geschmackssache als wissenschaftliches Urteil.

Sicher stimmt es auch, daß Kautsky nach einem halben Jahrhundert in seinen Erinnerungen seine Haltung oft konsequenter erschien, als sie wirklich war, daß er sie beschönigte, daß ihm komplizierte Dinge einfacher erschienen. Sie sind vielleicht zu jung, um viel Verständnis dafür zu haben, daß das mehr einem Fehler des Gedächtnisses als des Charakters zugeschrieben werden kann. Ich glaube, wir haben alle die Neigung, unsere Vergangenheit schöner und einfacher zu sehen, als sie wirklich war, und Sie erwähnen ja selber „die mildtätige Wirkung nachträglicher Betrachtung“. (S.41) Aber Sie wollen ihr keine Konzessionen machen, denn

Ihr Zweck ist nicht, Kautsky zu entschuldigen, sondern ihn anzuklagen. Ich wollte, Ihr Zweck wäre keiner von beiden, sondern der, seine politische Haltung zu analysieren und zu verstehen.

Ich kann, was ich in dieser Beziehung denke, vielleicht am besten ausdrücken, indem ich Sie mit Jürgen Rojahn vergleiche. Der findet in seinem ausgezeichneten Artikel über Kautsky im Ersten Weltkrieg² auch, daß dessen Erinnerungen nicht immer richtig sind. Er bemerkt dazu nur: „Die Wirklichkeit sah etwas anders aus“³ und „entgegen seiner späteren Behauptung [. . .]“⁴. Das kann er beweisen und hat also offensichtlich recht damit. Warum Kautsky die Dinge später anders sah, weiß er nicht und kann er nicht wissen und so schreibt er ihm keine Motive zu. Sie aber schreiben von „einem Schleier nachträglicher Modifikationen, die Karl Kautsky in späteren Publikationen vornahm“ (S.39) und nennen seine Erinnerungen „recht eigenwillig“ (S.41). Damit stellen Sie seine Ehrlichkeit in Frage, können aber nicht wissen und beweisen, was seine Motive waren, und das erscheint mir nicht wissenschaftlich oder jedenfalls nicht „scientific“ (denn Wissenschaft und science sind ja nicht ganz dasselbe). Übrigens, wie Sie im folgenden sehen werden, stört mich in Ihrem Buch oft, daß Sie, wenn Sie Kautsky interpretieren, über das hinausgehen, was aus den Zitaten, die Sie anführen, zu beweisen ist. Ich wünschte, daß Sie mehr „Zuschauer“ — und vor allem Erklärer — und weniger „Akteur“ (S.15) wären.

Nach diesen allzu allgemeinen Bemerkungen kommen nun einfach meine Notizen, wie ich sie niederschrieb, als ich Ihr Buch las. Ich hoffe, Sie entschuldigen, daß ich zu faul bin, einen anständigen Aufsatz daraus zu machen, und daß ich mich daher sicher mancher Wiederholung und jedenfalls viel zu großer Länge schuldig mache. Sie werden hoffentlich auch verstehen, daß ich nicht immer wieder andeute, was mir an ihrem Buch gefällt, und daß meine Kommentare daher hauptsächlich negativ sind. Das ist, glaube ich, für Sie interessanter und nützlicher, stellt aber durchaus nicht meine allgemeine Beurteilung Ihres Buches dar.

[. . .] Es ist mir nicht klar, warum es „sinnvoll“ (S.71) ist, Kautskys Marxismus-Verständnis von 1884 durch die Diskussion mit Seidel von 1881 zu untersuchen. Sie betonen nicht, wie Marx es in seinem Brief tat, den Sie auf S.32 zitieren, daß Kautsky damals „erst 26 Jahre alt“ war. Ich glaube, wir würden alle nicht gerne nach dem beurteilt werden, was wir in diesem Alter schrieben, und Kautsky hat ja genug und genug Wichtigeres später geschrieben. Er war 1881 noch kein „ausgebildeter Marxist“, auch wenn er in seinen „Erinnerungen“⁵ und in „Aus der Frühzeit“ schreibt, er hätte schon viel von Marx und Engels gelernt.⁶ Manchmal kommen Ihnen übrigens diese beiden späten Quellen, die Sie doch oft für ganz unverläßlich halten, sehr verläßlich vor.

Daß Sie ganze 12 Seiten gerade Kautskys Jugendschriften in der Debatte mit Seidel widmen, die nichts mit der Korrespondenz mit Bernstein zu tun hat und, wie Sie selber sagen, „keinerlei Resonanz“ fand (S.82) und „weitgehend ignoriert“ wurde (S.83), dient wohl dazu, Kautsky in ein möglichst schlechtes Licht zu stellen, denn vieles, was er da schrieb, ist uns — mir

2 Siehe: Jürgen Rojahn, Karl Kautsky im Ersten Weltkrieg, in: *Marxismus und Demokratie*. Karl Kautskys Bedeutung in der sozialistischen Arbeiterbewegung. Hrsg. von Jürgen Rojahn, Till Schelz[-Brandenburg], Hans-Josef Steinberg, Frankfurt a.M. und New York 1992 (im folgenden zitiert als: *Marxismus und Demokratie*), S.199–219.

3 A.a.O., S.205.

4 A.a.O., S.215.

5 Karl Kautsky, *Erinnerungen und Erörterungen*. Hrsg. von Benedikt Kautsky, 's Gravenhage 1960.

6 *Aus der Frühzeit des Marxismus*. Engels Briefwechsel mit Kautsky. Hrsg. und erläutert von Karl Kautsky, Prag 1935, S.71f.

ebenso wie Ihnen — heute sehr unsympathisch und erscheint teils auch recht konfus. Aber so manches davon über Demokratie hätte er schon wenige Jahre später nicht mehr wiederholt — was Sie, glaube ich, nicht betonen —, und manche Worte Seidels, die Sie zitieren, klingen wie der spätere Kautsky. Allerdings ließen sein Demokratie-Verständnis und seine Einschätzung individueller Freiheiten immer etwas zu wünschen übrig, was ich übrigens in meiner Einleitung zu seiner „Materialistischen Geschichtsauffassung“⁷ selber betone.

Es ist selbstverständlich lächerlich, vom reifen Kautsky zu sagen, daß seine historischen Betrachtungen „unhistorisch erscheinen, denn die Geschichte [. . .] muß auf ständige Wiederkehr des Gleichen hinauslaufen“ (S.81). So einen Unsinn mag der 26-Jährige angedeutet haben (obwohl ich auch das kaum glauben kann), aber, wie Sie natürlich wissen, betonen seine vielen historischen Arbeiten und vor allem die „Materialistische Geschichtsauffassung“ gerade das Gegenteil. Kautsky ist sehr damit beschäftigt, das Neue in der Geschichte zu erklären.

Ich denke, Kautskys Artikel gegen Seidel sind nicht sehr ernst zu nehmen und wurden deshalb von den Zeitgenossen und der Literatur fast völlig ignoriert. (Stenson widmet ihnen eine Seite,⁸ die sie recht anders und, wie ich glaube, verständnisvoller interpretiert als Sie.) Sie sind wahrscheinlich Ihren Vergleich mit dem „Anti-Dühring“ (S.80–82) und Ihre interessanten Kommentare über deutsche Industrie und Schachmeister (S.85–87) nicht wert.

Ihre kleinen unfreundlichen und etwas höhnischen Bemerkungen über Kautsky, die nicht durch Zitate bekräftigt werden, fallen mir immer wieder auf. Zum Beispiel, daß Kautsky in einem Brief Most nicht verurteilen oder verteidigen wollte (S.20), besagt nicht, daß ihn dessen Charakter wenig interessierte. Daß Kautsky (S.90) erwog, sein Projekt gegen Rodbertus fallen zu lassen, wenn Engels gegen diesen schreiben würde, sagt nichts darüber aus, ob er „furchtlos und seines Marxismus sicher“ war oder nicht. Daß Kautsky (S.90, Fußn.97) in seiner Antwort an Engels sich auf den Wert bezieht, beweist nicht, daß ihm der grundsätzliche Charakter von dessen Bemerkung „nicht aufgegangen ist“. Das stellt nicht seinen Charakter, sondern seine Intelligenz in Frage, was doch wohl ebenso unberechtigt wie unnötig ist.

Daß man Negatives über Kautskys politische Rolle und Meinungen schreiben kann, ist selbstverständlich. Was ich nicht ganz begreifen kann, ist, warum es Ihnen offensichtlich solches Vergnügen macht, Negatives über seine Person zu schreiben. Viele negative Bemerkungen Engels' über Kautsky werden zitiert (die ja ganz interessant sind, aber doch nur, weil Kautsky schließlich ein bedeutender Marxist wurde, was Sie nicht erklären). Kautskys Unwissenheit in der Polemik mit Schramm wird stark betont, als ob das die Hauptsache in dieser Polemik war — Substanz interessiert Sie weniger als die Form, und Kautskys Form gefällt Ihnen nicht. Und es wird immer wieder angedeutet, daß Kautsky nicht ganz ehrlich war.

Ich frage mich immer wieder, warum? Mit der „Entstehung und Wandlung des sozialdemokratischen Parteimarxismus“ hat alles das recht wenig zu tun, denn der ist doch sicher nicht hauptsächlich ein Produkt von Kautskys persönlichem Charakter. Übrigens sind viele Ihrer Bemerkungen über Kautsky auch nicht „im Spiegel“ der Bernstein-Kautsky-Korrespondenz geschrieben. Beim Durchblättern finde ich von S.54 bis S.96 keine Fußnote zu einem Brief daraus.

7 Siehe: John H. Kautsky, Einleitung zu: Karl Kautsky, Die materialistische Geschichtsauffassung, Berlin und Bonn 1988, S.58–61, S.70–72.

8 Garry P. Stenson, Karl Kautsky, 1854–1938: Marxism in the Classical Years, Pittsburgh 1978, S.79.

Nach 30 Seiten, aus denen man hauptsächlich lernt, daß Kautsky gegen Seidel Unsinn schrieb und von Engels abwich und nicht kompetent war, über Rodbertus zu schreiben, wenn er nicht von Engels abschrieb, kommt es als Überraschung auf S.98, daß Kautsky es nun „erreicht“ hatte, „von Engels als Schüler anerkannt zu werden“, und auf S.101, daß Bebel ihn zum „Parteibotschafter“ bei Engels ernannte. Haben Engels und Bebel, die ja durchaus nicht unkritisch waren, doch etwas in Kautsky gesehen, das Ihnen entgangen ist?

Nach alledem ist es gut, auf S.103 endlich einen Absatz zu finden, in dem Sie sich mit Kautskys Marxismus und nicht mit seinem Charakter auseinandersetzen. Mehr darüber wäre nützlich und interessant und vor allem für das Hauptthema Ihres Buches, wie es in dessen Titel bezeichnet wird, relevant. Aber schon auf der nächsten Seite machen Sie sich wieder über Kautsky lustig, weil er sich für einen „Junior-Mentor“ hält, was aus Ihrem Zitat wieder durchaus nicht eindeutig hervorgeht. Auf S.107 sagt Kautsky sogar ausdrücklich, daß er nicht „mentorartig“ klingen will. S.108 beginnt wieder sehr interessant und einsichtsvoll, um dann gleich wieder höhnisch zu werden: Kautsky war „ausgestattet mit erheblich größerer Bedenkenlosigkeit den eigenen Mängeln gegenüber als der selbstkritische Bernstein“. Das mag ganz richtig sein, aber der Ton stört.

Auf S.112 sagen Sie fast direkt, daß Sie Kautsky für unehrlich halten; er war „keineswegs aufrichtig“. Aber die Beziehungen, die Sie auf den nächsten 2 Seiten schildern, sind so kompliziert oder erscheinen mir wenigstens so, daß man da doch wahrscheinlich nicht so sicher sein kann.

Überhaupt muß ich, um ehrlich zu sein, sagen, daß Sie nach meinem Geschmack allzu oft schreiben, daß etwas einfach so war, wie Sie es sehen, nicht nur, daß es Ihnen so scheint, daß es nach Ihren Quellen so interpretiert werden kann. Komischerweise ist es gerade dieselbe Manier, die Sie von Kautsky abstößt, während Bernsteins Unsicherheit und Bescheidenheit Sie anzieht — ganz wie mich auch. Vielleicht ist die allzu große Sicherheit in Kautskys Fall wie in Ihrem der Jugend zuzuschreiben und daher zu vergeben. Übrigens ist, was Sie von Kautsky auf S.105f. und S.19 zitieren, recht ehrlich, bescheiden und unsicher, wofür Sie ihn aber nicht loben.

Was Sie auf S.128 über das Verhältnis von Partei zu theoretischer Einsicht schreiben, ist sehr interessant und anregend. Dabei ist aber zu bemerken, daß Kautsky ebenso wie Marx es für die Aufgabe des Theoretikers hielt, den Arbeitern Licht über ihren Weg, den sie auf jeden Fall gehen werden, zu bringen, nicht aber die Richtung des Wegs zu weisen. In einem Artikel über Lenin und Kautsky über die Rolle der Intellektuellen, der in meinem neuen Kautsky-Buch erscheint, betone ich sehr den Kontrast zwischen den beiden in dieser Beziehung.

Daß theoretische Einsicht Folge der Parteimitgliedschaft wurde, stimmt nur teilweise im Fall Kautskys. Er wurde sicher Marxist, weil er Parteimitglied war, aber das genügte nicht dazu. Andere wurden Mitglieder, ohne an Marxismus Interesse zu haben. Kautsky wurde auch Marxist, weil der Marxismus, besonders wie er ihn dem „Anti-Dühring“ entnahm, gut zu Ideen paßte, die er schon als noch jüngerer Mann in Wien entwickelt hatte.

Daß Sie glauben, betonen zu müssen, „daß Kautsky nicht von unlauteren Absichten geleitet wurde“ (S.129), deutet gut an, was Sie im allgemeinen von ihm halten. In der langen Fußnote auf S.155 definieren Sie das Wort „kautskyanisch“ geradezu als unehrlich, und zwar als besonders abstoßend unehrlich mit seiner „moralischen Pose“. Immer und immer wieder glauben Sie zu beweisen, daß Kautsky ein unehrlicher Mensch war. Wo und wie weit Sie

damit recht haben, ist schwer zu beurteilen, aber nicht nur für mich, sondern auch für Sie, da Briefe ja nur einen Teil von dem, was geschah, berichten.

Aber abgesehen davon, daß derartige Bemerkungen allzu oft nicht bewiesen und nicht beweisbar sind und daß man beleidigende Bemerkungen nicht ohne sehr gute Beweise machen soll, fragt es sich, für wen sie von genügendem Interesse sind, um die wiederholte Betonung durch Sie zu rechtfertigen. Ich glaube, nicht für Leute, die am sozialdemokratischen Parteimarxismus interessiert sind, höchstens für ein paar noch übriggebliebene Kommunisten, die in Ihrem Buch endlich die Erklärung für Kautskys Renegatentum finden können, die sie so lange vergeblich gesucht haben.

Und nun kommen wir zu dem seltsamen Kapitel über „Die Frauen und die Sozialisten“ — seltsam, weil es noch weniger als manches andere in Ihrem Buch zu Ihrem Thema „Partei-marxismus“ paßt und weil es, bis auf einen amüsanten Absatz über Engels und Bebel (S.156–158) und zwei Seiten über Bernstein und Eleanor Marx (S.168f.), gar nicht „die“ Sozialisten behandelt, sondern ausschließlich Kautsky. Das ganze Kapitel dient offenbar wieder nur dem Zweck, Kautsky in ein schlechtes Licht zu stellen, und das wird wieder bewerkstelligt, in dem das Unwichtige weit über das Wichtige in Kautskys Leben betont wird.

Von Isabella Kamberger, in die Kautsky ganze 2 Monate verliebt war, hatte ich bisher nie gehört. Ich kann nicht behaupten, daß ich ihn jetzt, da ich von ihr erfahren habe, besser verstehe, besonders in seiner Rolle als Parteitheoretiker, selbst da Sie betonen, daß ihm seine Theorien in dieser Affäre gar nicht halfen, was Ihnen offenbar komisch vorkommt (S.138).

Weit wichtiger ist natürlich Kautskys Beziehung zu seinen zwei Ehefrauen, zur ersten allerdings hauptsächlich, weil sie seine Beziehung zu Engels trübte, was aber schon aus dem Engels-Kautsky-Briefwechsel klar hervorgeht. Kautsky war mit der ersten Louise 6 Jahre lang verheiratet, mit meiner Großmutter Luise 48 Jahre lang. Sie widmen der Beziehung zur ersten Louise 17 Seiten (S.139–156), der zur zweiten Luise 6 Zeilen (S.158f.) Warum dieser Disproportz? Offensichtlich nicht, weil die Louise eine so viel größere Rolle als die Luise in Kautskys Leben oder in der SPD spielte, sondern weil Sie die Beziehung zu Louise so schildern können, daß, gelinde gesagt, ein sehr ungünstiges Bild von Kautskys Charakter herauskommt. Wie weit dieses Bild wahrheitsgetreu ist, kann ich nicht mit Sicherheit beurteilen — Sie aber auch nicht, was Sie aber nicht daran hindert, es mit Sicherheit darzustellen.

Über die Rolle Luises in Kautskys Leben und sogar in der Entwicklung des Parteimarxismus ließe sich einiges sagen, wie Sie natürlich wissen, denn Sie zitieren Susanne Miller.⁹ Luise war die Mutter von Kautskys drei Söhnen, sie war sehr an seiner Arbeit beteiligt, sie trug selber zur sozialistischen Literatur bei und sie führte, was von vielen Sozialisten betont wurde, in Berlin ein so gastfreies Haus, daß es quasi zu einem Zentrum des internationalen Sozialismus wurde.

Von alledem schreiben Sie kein Wort; das einzige, was Ihnen an Luises Beziehung zu Kautsky erwähnenswert erscheint, ist „bezeichnenderweise“ (S.159) die Ehekrise — die, so viel ich weiß, ein paar Wochen in der 48 Jahre langen Ehe andauerte und die zwar chronologisch gar nicht in Ihre Geschichte paßt und nicht im Spiegel der Bernstein-Kautsky-Korrespondenz erscheint, aber den großen Vorteil hat, Kautsky wieder in einem schlechten Licht erscheinen lassen zu können.

9 Susanne Miller, Nicht zu vergessen: Luise Kautsky, in: *Marxismus und Demokratie*, a.a.O., S.391–399.

Wenn Sie, ohne auch nur anzudeuten, daß Sie sich der Dürftigkeit Ihrer Quellen, Ihres Wissens und, ich glaube, auch Ihrer Qualifikationen, so ein Urteil zu fällen, bewußt sind, auf S.159 zu dem Schluß kommen, daß Kautskys Verhältnis zu seinen Frauen ein „stark utilitaristisches“ war und er in seinem Umgang mit ihnen „massive Minderwertigkeitskomplexe“ demonstrierte, machen Sie, um es ehrlich zu sagen, sich und Ihr Buch einfach lächerlich, und das bedauere ich sehr, da Sie in diesem Buch so viel Gutes leisten und noch viel mehr leisten könnten, wenn Sie nicht auf diese seltsamen Abwege gerieten.

So weit ich meine Großmutter persönlich kannte und so weit ich von ihr durch meine Familie und durch die Literatur erfuhr, machte sie durchaus nicht den Eindruck einer von ihrem Mann ausgebeuteten oder ausgenutzten Frau. Aber ich mag natürlich irren. Es ist immerhin möglich, daß Ihre Schlüsse über Kautskys Beziehungen zu Frauen, auch zu seiner Mutter, richtig sind. Es ist auch möglich, daß sie völlig falsch sind. Wahrscheinlicher ist es, daß sie eine mögliche und vielleicht sogar teilweise richtige Interpretation darstellen. Aber der springende Punkt ist, daß Sie es nicht wissen und nicht wissen können. Intime persönliche Verhältnisse wie Ehen sind natürlich unendlich kompliziert. Sie können keine Ahnung haben, was ein halbes Jahrhundert lang zwischen Kautsky und Luise vorgegangen ist, um es mit ein paar Worten abzuurteilen. Sie schreiben von Kautskys Beziehung zu der armen Milica, aber Sie können nicht wissen, wer da was gesagt hat, in welchem Ton, mit welchem Gesichtsausdruck. [. . .]

Was die traurige Geschichte mit Milica anlangt, die weder im Spiegel der Bernstein-Kautsky-Korrespondenz beschrieben wurde noch viel mit Parteimarxismus zu tun hat, gibt sie Ihnen nur Gelegenheit, sich trotz ihrer Tragik über Kautsky in etwas geschmackloser, wenn auch amüsanter Weise lustig zu machen: „Der selbstlose Kautsky vollzog in hartem Einsatz den Beischlaf“ (S.163), um vor allem wieder einmal — Sie sind darin unermüdlich — zu demonstrieren, was für ein elender Kerl dieser Mann war. Ich glaube schon, daß er sich in dieser Angelegenheit nicht gut benommen hat; ob sein Verhalten so „monströs“ und „ungeheuerlich“ war, wie Sie es interpretieren, ist ohne weitere Quellen nicht festzustellen. Wie gesagt, wer weiß, was zwischen diesen jungen Menschen vor über einem Jahrhundert vorgegangen ist.

Ich verstehe natürlich, daß Sie an sich nicht an den Frauen in Kautskys Leben und auch nicht einmal an den Beziehungen zu ihnen interessiert sind, sondern an dem Licht, das diese auf seinen Charakter werfen. Aber zwei Fragen bleiben bisher immer unbeantwortet: erstens, warum nur schlechtes Licht? Daß die erste Louise kein Engel war, sehen sie selber, also hatte Kautskys Verhältnis mit ihr vielleicht auch seine guten Seiten. Daß er treu und innig mit der zweiten Luise 48 Jahre lang verbunden war, könnte ja auch seine Bedeutung haben. Allerdings nur, wenn man wollte, könnte man doch sicher irgendetwas Anständiges in Kautskys Verhalten entdecken.

Und zweitens, immer wieder, warum haben Sie überhaupt ein so großes Interesse an Kautskys Charakter? Selbst wenn sich irgendwie beweisen ließe, daß Ihre Interpretation die einzig richtige ist, daß Kautsky wirklich unehrlich, gewissenlos und rechthaberisch war, was hat das mit der Entwicklung des SPD-Parteimarxismus zu tun? Diese Verbindung müßten Sie doch demonstrieren.

Auf S.165f. nähern Sie sich endlich einer Antwort und erkennen — einigermmaßen verspätet! — an, daß Sie sich „nicht in erster Linie mit moralischen Bewertungen zu beschäftigen“ haben. Aber die Antwort, die Kautskys Beziehungen zu Louise und Milica mit seinem

mangelnden Verständnis für die Hegelsche Dialektik in Verbindung bringt, ist gar nicht überzeugend. Daß Kautsky für die Dialektik, die „Widersprüche als die Erscheinungsform der Realität“ sieht, übrigens wie Bernstein, keinen Sinn hatte, stimmt natürlich und geht aus seinen Schriften hervor. In der „Materialistischen Geschichtsauffassung“ stellt er das sehr klar und teils im ausdrücklichen Gegensatz zu Engels fest. Das ist auch sicher für seine Geschichtsauffassung und daher bis zu einem gewissen Grad für den sogenannten Partei-marxismus von Bedeutung. Also wenn Sie Kautskys Haltung zur Dialektik darstellen wollten, ließe sich das auf viel direktere und viel überzeugendere Art machen als durch Ihre wiederholte Beschäftigung mit seinem Charakter. Dasselbe gilt übrigens von der „Unverzichtbarkeit“ für Kautsky von Autoritäten (S.256) auf politischem Gebiet, die ja Kautsky selber zugab und betonte und die nicht durch eine weit hergeholte Verbindung mit der Milica-Affäre erklärt werden muß oder kann. Die Wiederauferstehung der armen Milica an dieser Stelle Ihres Buches ist ebenso überraschend wie unnötig.

Ich will hier nicht auf die Dialektik weiter eingehen, bin auch nicht qualifiziert dazu, und auch Sie streifen das Thema ja nur kurz ein paarmal, ohne weiter zu erklären, was Sie unter Widersprüchen verstehen. Ich habe den Eindruck, daß Sie, wie viele andere auch, diese Begriffe mit dem von Konflikten verwechseln oder vermischen. Ich denke, daß es Widersprüche in der Logik, in der Realität aber nur Konflikte gibt. Hegel glaubte wohl an Widersprüche, daß die These ihre eigene Antithese enthält, aber schon Marx, der noch teilweise die Hegelsche Terminologie verwendet, denkt an Konflikt (zwischen These und Antithese), und bei Kautsky ist es jedenfalls klar, daß Konflikte, nicht Widersprüche, eine große Rolle in der Geschichte spielen. Daß er übrigens versuchte, „das handelnde Subjekt aus der Geschichte zu eskamotieren“ (S.166), ist ein unsinniger Schluß, den Sie vielleicht aus seiner Schrift über Milica herausinterpretieren konnten, den aber niemand, der seine politischen und vor allem seine historischen Schriften vernünftig liest, teilen kann.

Daß Sie einfach annehmen, daß Ihre Interpretation die „Realität“ darstellt und Kautskys eine „objektivistische Fiktion“ ist (S.165), erscheint mir etwas naiv, aber es muß angenehm sein, sich seiner Sache so sicher zu sein, wie Sie es sind und wie Kautsky es war, so wie Sie und ich oft auch ihn sehen. Kautsky, wie Sie ihn zitieren, gibt wenigstens manchmal zu, daß er etwas nicht weiß oder versteht.

Auf S.166 sprechen Sie von Kautskys „fiktiver Wahrnehmung“ und bringen Ihre psychologisch-philosophischen Untersuchungen zu dem Schluß, daß für Kautsky „die Realität der Gegner wurde“. Ich glaube, es ist keine Übertreibung zu sagen, daß das eigentlich bedeutet, daß er wahnsinnig wurde. Das hat keiner seiner Zeitgenossen und sonst kein Historiker bemerkt.

Mit Ihrem letzten Absatz auf S.171f. haben Sie ganz recht. Ich frage mich auch, warum Leute, die glaubten, in nächster Zeit die Welt zu verändern, sich so mit Kautskys Ehe- und Liebesproblemen beschäftigen. Aber ich frage mich dann eben auch, warum Sie es tun. In einer Biographie Kautskys müßten solche Dinge wohl erwähnt werden, aber Ihr Buch will ja keine Biographie sein, es will vielmehr zum Verständnis des SPD-Partei marxismus beitragen. In der Biographie eines Romanschriftstellers und vielleicht auch eines Malers oder Komponisten sind Beschreibungen seiner persönlichen Erfahrungen insofern angebracht, als sie seine Arbeit beeinflussen haben können. Aber Sie glauben doch nicht ernstlich, daß Kautskys Auffassung des Marxismus oder seine Rolle in der Politik durch seine jugendlichen Lieben oder durch seinen Charakter zu erklären sind? Alle möglichen guten Studien über solche Themen,

z.B. im Kautsky-Konferenz-Band Waldenbergs schöne über Kautskys Marx-Rezeption,¹⁰ Rojahn schon erwähnte über Kautsky im Weltkrieg¹¹ und natürlich auch Ihre ausgezeichnete über Kautskys Faschismus-Analyse¹² kommen sehr gut ohne irgendwelche Bemerkungen dieser Art aus.

Nun noch ein paar Worte über die Weise, in der Sie in Ihrem Kapitel über die Frauen meinen Onkel Benedikt behandeln. Ich kannte ihn sowohl persönlich wie durch intensive Korrespondenz mit ihm natürlich viel besser als meinen Großvater, der starb, als ich 16 Jahre alt war. Ich lernte ihn kennen als einen besonders klaren und originellen Denker — durchaus nicht nur der Sohn seines Vaters, obwohl er diese Rolle gerne spielte —, dem die Sozialwissenschaft und wahrscheinlich auch die österreichische Sozialdemokratie einiges schuldet, und als einen besonders feinen, hochmoralischen Menschen, der z.B. nach sieben Jahren in deutschen Konzentrationslagern versuchte, auch seine Peiniger zu verstehen und ihnen gerecht zu werden.

Sie, der Sie von Benedikt Kautsky begreiflicherweise wahrscheinlich wenig wissen, stellen ihn an jeder der sechs Stellen, an denen Sie sich auf ihn beziehen, eigentlich als einen Schwindler hin. Von Passagen in der Engels-Kautsky-Korrespondenz,¹³ die Benedikt Kautsky in seiner Ausgabe gestrichen hat, die er ja ganz klar in seinem Vorwort und dann durch Punkte bezeichnet, sagen Sie, er habe sie „unterdrückt“ (S.242 und S.144), und auf S.155 fragen Sie, „was eigentlich Louises Brief in einer noch so kompletten Ausgabe der Korrespondenz mit Engels zu suchen hat, mit deren Vollständigkeit es Kautsky und in seiner Nachfolge sein Sohn Benedikt sonst nicht so genau nahmen.“ Auf S.148 ficht „in uns inzwischen bekannter Manier [. . .] Sohn Benedikt die Fehden seines Vaters weiter aus.“ Und auf S.146 gehen Sie so weit, Benedikt Kautsky der „Quellenfälschung“ anzuklagen! Und schließlich, auf S.149, im Glashaus sitzend und fest Steine werfend, schreiben Sie, Benedikt Kautsky habe „den Anschein erweckt, als habe er [. . .] objektiv wissenschaftlich“ gehandelt, wenn er doch „in Wirklichkeit eine höchst einseitige“ Geschichte liefert.

Was ist nun eigentlich Benedikt Kautskys Verbrechen? Daß er nicht Ihre Meinung teilt, daß Kautskys Beziehung zu Louise von großem historischen Interesse ist, und annimmt, daß Leser der Engels-Kautsky-Korrespondenz an der Beziehung von Engels zu Kautsky interessiert sind, natürlich auch, so weit sie mit Louise zu tun hat, nicht aber an „historisch völlig belanglosen und rein privaten Angelegenheiten“ mit Bezug auf die Scheidung, wie Benedikt Kautsky in seinem Vorwort sagt.¹⁴

Als ich Student in Harvard war, hat mich Benedikt dort besucht; es muß 1949 oder 1950 gewesen sein. Ich erinnere mich, daß er mir damals mitteilte, daß er aus dem Engels-Briefwechsel gewisse Stellen über die Scheidung auslasse, weil sie historisch von keinem Interesse seien und auch, um die Familie Freyberger zu schützen. Da Louise erst 1950 starb, ist es sogar möglich, daß damals nicht nur ihre Kinder, sondern auch sie selber noch am Leben war. Jedenfalls ist es ausgeschlossen, daß Benedikt Kautsky in einem Privatgespräch mit mir diesen Grund zu den Streichungen angegeben hätte, wenn er nur eine Ausrede war, wie Sie auf S.142 andeuten.

10 Marek Waldenberg, Kautskys Marx-Rezeption, in: a.a.O., S.31–46.

11 Siehe Anm.2.

12 Till Schelz-Brandenburg, Karl Kautskys Faschismus-Analyse, in: Marxismus und Demokratie, a.a.O., S.233–247.

13 Friedrich Engels' Briefwechsel mit Karl Kautsky. Zweite, durch die Briefe Karl Kautskys vervollständigte Ausgabe von „Aus der Frühzeit des Marxismus“. Hrsg. und bearb. von Benedikt Kautsky, Wien 1955.

14 A.a.O., S.XIII.

Ihr nächstes Kapitel scheint mir ausgezeichnet und beginnt schon so einsichtsvoll und interessant, daß ich nur hoffe, daß das Kapitel über die Frauen ernste Leser nicht davon abschreckt, zu ihm vorzudringen. Ich habe nur kleine und kleinliche kritische Bemerkungen zu dem V. Kapitel.

Hier liest man endlich etwas mehr über Bernstein als über Kautsky. Sie stehen Bernstein ja generöser als Kautsky gegenüber — Sie würden Kautsky nie zugestehen, daß er „schwer mit Objektivität und Wahrheit ringend“ (S.185) war —, um aber dann sehr gut, wenn auch etwas streng, zu sehen, daß beide „nur nach Tendenz und Parteilichkeit im engsten Sinn“ urteilten (S.191). Aber Kautskys Auffassung der Marxschen Theorie als „eher hermetisch“ (S.192) zu charakterisieren, führt, glaube ich, doch zu weit. Das ist auch unvereinbar mit dem, was Sie von ihm auf S.299–300 zitieren.

Der Anfang des VI. Kapitels über das preußische Wahlrecht und den Generalstreik ist wieder sehr interessant. Da stellt sich Kautsky als recht flexibel heraus — Ihnen ist er immer zu doktrinär oder zu flexibel. Wichtig ist auch Ihre Anspielung auf S.260, daß in der Perspektive von 1893 Bernstein und Kautsky wohl beide „Zentristen“ waren — oder vielleicht sogar revolutionäre Linke? Bernsteins Wahlrechtskampf eventuell mit politischem Streik klingt wirklich wie Kautskys „Weg zur Macht“. Andererseits war Kautsky auch nicht für „die alte Taktik der deklamatorischen Fundamentalopposition“, daher seine Opposition zu der „einen reaktionären Masse“. Fundamentalopposition, wenn auch nicht nur deklamatorische, wurde der SPD allerdings aufgezwungen, da das Regime ja selbst im Weltkrieg, als die MSPD zu kooperieren bereit war, keine Konzessionen machte.

Sehr schön zeigen Sie auf den ersten 50 Seiten von Kapitel VI, wie sehr Bernstein und Kautsky übereinstimmen, sogar in der Agrarfrage in Breslau. Interessant ist auch, daß Sie die Anfänge von Bernsteins „Bruch mit dem Marxismus“ in Bedenken über die Komplexität der modernen Ökonomie und in der Abneigung gegen den Staat sehen (S.288), denn diese Bedenken hegte Kautsky ja auch, obwohl sie bei ihm vielleicht erst später klar werden.

Das Kapitel über die Revisionismusdebatte ist sehr lange ausgesprochen spannend, da man bei der langen Übereinstimmung der beiden Freunde darauf wartet zu erfahren, warum es zum Bruch kam. Aber da verfallen Sie wieder darauf, Kautsky als sich widersprechend und sich rechtfertigend (S.313f.), also eigentlich als unehrlich zu charakterisieren, was nicht viel von der Revisionismusdebatte erklärt und außerdem nicht bewiesen ist. Sie zeigen ja selber, daß Kautsky nur langsam und zögernd die Divergenzen mit Bernstein sah und lange nicht sehen wollte, aber sie schließlich nicht länger leugnen konnte.

Sicher änderte sich Kautskys Haltung vis-à-vis Bernstein, und Bebel spielte dabei eine Rolle, aber daß eine „Mauserung“, ein tatsächlicher Wandel vorliegt, ist nicht so klar. Kautsky hatte viel Sympathie für Bernsteins Kritik an der Partei und am Dogmatismus, aber was ihn entsetzte, wie Sie ihn auf S.316 zitieren, war die Idee, daß man im deutschen Kaiserreich auf englische Art in den Sozialismus hineinwachsen könnte. Die Differenz darüber blieb für das nächste Jahrzehnt bis zum „Weg zur Macht“ der springende Punkt der Revisionismusdebatte, und die Weigerung des Regimes bis 1918 in Preußen und im Reich, der Demokratisierung — denn darum, nicht um Sozialismus ging es ja wirklich — Konzessionen zu machen, hat meiner Meinung nach Kautsky weitgehend recht gegeben. Freilich, in der jetzigen Bundesrepublik hätte Bernstein recht gehabt, aber das hat ja Kautsky schon damals von England und dann von Weimar auch gesagt.

Ich glaube also nicht, daß es ganz richtig ist, daß Kautskys Intervention in Stuttgart „um die tatsächlichen Verhältnisse“ unbekümmert war (S.316). Im Gegenteil, Sie sind es, der kein Wort über die Unterschiede zwischen den deutschen und den englischen Verhältnissen schreibt. Dabei ist der Revisionismusstreit ohne Verständnis der Politik im kaiserlichen Deutschland überhaupt nicht zu begreifen.

Im Prinzip ist sicher für Leute in der Lage von Bernstein und Kautsky ein Konflikt zwischen Parteitreue und wissenschaftlicher Unabhängigkeit möglich, und man könnte wohl verstehen, daß sie die eine oder die andere vorziehen, aber Kautsky war, glaube ich, in seinem Herzen doch mehr Wissenschaftler als Parteimann — er widmete seine freie Zeit und seine letzten 15 Jahre sozialwissenschaftlichen und historischen Studien viel mehr noch als Bernstein — und so bestand auch er darauf, „theoretische Befunde [. . .] nur auf ihre Wirklichkeitsadäquanz hin zu prüfen“, ohne sie durch „Parteiverträglichkeit zu filtern“ (S.324).

Das ist natürlich nicht eine Frage von Schwarz oder Weiß, und vielleicht gab es 1898 in der Situation, die Sie hier behandeln, einen gewissen Unterschied zwischen Bernstein und Kautsky, aber „diametral“ (S.323) und „genau entgegengesetzt“ (S.327) standen sich Ihre Überzeugungen und sicher auch ihr Verhalten gewiß nicht gegenüber. Selbst in dem „unverblühten“ Satz Kautskys auf S.323, der Sie so schockiert und dem Bernsteins angeblich diametral gegenüber steht, ist keine Rede, wie Sie behaupten, vom „Primat des Dienens über die Kritik“; er spricht nur vom „Anpassen“ des „Vorgehns“ und ausdrücklich nicht der „Überzeugungen“.

Kautskys „Parteilichkeit“, wie Sie sie hier charakterisieren, war durchaus nicht die „Prädisposition seines Wirkens insgesamt“ (S.323). Wenn er wirklich seine theoretischen Befunde „zur Parteiverträglichkeit“ gefiltert hätte, warum hatte er dann so viel Sympathie für Bernsteins Kritik an der Partei, warum war er in der Partei so oft isoliert, warum war er mit dem Parteivorstand in Konflikt über seinen „Weg zur Macht“, warum trat er 1917 der USPD bei und verließ 1924 Deutschland, weil er nicht mehr in die SPD paßte? Wenn Kautsky so ein Opportunist war, wie Sie ihn hinstellen, war er ein äußerst erfolgloser. Sie scheinen gar nicht zu bemerken, daß, wenn Sie Kautskys Isolation in der Partei immer wieder betonen, was Sie vielleicht tun, weil es ihn in ein schlechtes Licht zu stellen scheint, damit Ihrer eigenen These widersprechen, daß er der Partei diene und dienen wollte.

Auf S.325 haben Sie ganz recht, daß Kautskys „definitivische Kunststückchen“ verwirrend sind, besonders wenn er die „soziale“ Revolution eine „politische“ Revolution nennt. Später hat er die beiden klar unterschieden, z.B. sehr scharf in einem wenig bekannten Brief an Benedikt, der im Vorwort vom Bebel-Kautsky-Briefwechsel, herausgegeben von Karl Jr., auf S.XXXIX–XL abgedruckt ist.¹⁵ Die politische Revolution war die Eroberung der Demokratie (nach Marx die historische Aufgabe der Bourgeoisie), des „englischen Gegenwartsstaats“. Dann erst käme durch Wahlen und Parlamentarismus, also friedlich und allmählich, die soziale Revolution zum Erreichen des Sozialismus (der nie sehr klar definiert wird). Aber im deutschen Kaiserreich erwartete Kautsky starken Widerstand gegen Demokratisierung, und damit hatte er schließlich recht. Wer weiß, was geschehen wäre, wenn das kaiserliche Regime 1918 nicht zusammengebrochen wäre.

15 Siehe: Karl Kautsky an Benedikt Kautsky, 31.7.1919, in: Karl Kautsky Jr., Vorwort zu: August Bebels Briefwechsel mit Karl Kautsky. Hrsg. von Karl Kautsky Jr., Assen 1971, S.XXXIXf.

Verwirrend ist auch, daß Kautsky an Bernstein schrieb, „wir haben keinen Grund, die Revolution zu wünschen“ (S.326). Natürlich kann das nicht bedeuten, daß er, wie Sie sagen, „die Revolution nicht für wünschenswert“ hielt; das widerspräche unzähligen Behauptungen von ihm. Sein Satz bedeutete wohl einerseits, daß er glaubte, die Revolution — es handelt sich hier um die politische — komme, ob man sie wünscht oder nicht, und vor allem andererseits, daß er einen „baldigen“, verfrühten Zusammenstoß mit dem Regime fürchtete, da die Partei zu schwach war, um nicht viel mehr dabei zu verlieren als zu gewinnen. So aufschlußreich Briefe sein können, wie Sie oft schön beweisen, so sind sie halt doch manchmal ungenau geschrieben, nicht wie Veröffentlichungen, besonders wenn sie wie von Bernstein und Kautsky zu hunderten und tausenden, also sicher oft in Eile geschrieben wurden. Dazu kommt hier noch, daß der Begriff Revolution ja durchaus kein klarer ist.

Die Siegeszuversicht, von der Sie auf S.327 schreiben, und die Illusion, daß mit dem Sieg bald eine viel bessere Gesellschaftsordnung kommen würde, hat sicher zur Stärke der SPD beigetragen. Das hat Kautsky begriffen und als „Parteimann“ wollte er die Partei nicht schwächen und als Theoretiker mußte er diese Illusion, selbst wenn er sie als solche erkannte und nicht selber in ihr befangen war, was, glaube ich, auch der Fall war, als einen Aspekt der „politischen Entwicklung der Gesellschaft“ in Betracht ziehen. Diese Entwicklung und die „eschatologische Erwartung“ sind aber nicht so ganz von einander zu trennen, wie Sie es tun.

Ich dachte, daß Engels Kautskys „Karl Marx' Oekonomische Lehren“ und „Das Erfurter Programm“ gebilligt hatte. Da sollten Sie schon Beweise für den Verdacht bringen, den Sie in ihrer Fußnote 395 (S.328f.) äußern, soll er nicht nur unfreundliche Spekulation sein. Was „einheitliche Weltanschauung“ betrifft, die Kautsky so wichtig war, konnte sich der Engels des „Anti-Dühring“ wohl kaum darüber beklagen. Außerdem war Kautsky gegen die Schablonisierung der materialistischen Geschichtsauffassung, ganz wie Engels' Altersbriefe, nicht nur in seiner „Materialistischen Geschichtsauffassung“, sondern schon in seiner Polemik mit Belfort Bax.

Kautsky zögerte lange, gegen Bernstein aufzutreten, teils wohl aus persönlicher Freundschaft, teils weil er in vielem mit ihm übereinstimmte, teils weil er nicht glauben wollte, wie sehr sich Bernstein geändert hatte. Als es schließlich zum Bruch kam, hat Bebel Kautsky sicher beeinflußt. Selbstverständlich kann man heute mit Bernstein oder Kautsky sympathisieren, aber es erscheint mir sowohl unnötig wie unangebracht, Kautskys Benehmen als unmoralisch hinzustellen, als ob er sich quasi an Bebel verkauft hätte, seine Überzeugung aufgab — gibt es dafür einen Beweis? — und von nun an nur „kommandierte Theorie“ (S.333) lieferte. Das erklärt kaum, warum zehn Jahre später der Parteivorstand, dem der allerdings schon kranke Bebel angehörte, versuchte, Kautsky daran zu hindern, diese kommandierte Theorie mit ihrem „legitimatorischen und damit konservativen Charakter“ (S.334) in seinem „Weg zur Macht“ zu publizieren.

Ich kann mir sogar vorstellen, daß jemand — nicht ich! — argumentieren könnte, die Partei gegen Bernstein, der sie zu schwächen drohte, zu verteidigen, war an und für sich moralisch, weil die SPD im Kaiserreich, wenigstens relativ, die anständigste Partei war. (Siehe auf S.344, was Adler, gewiß ein ehrenhafter Mann, aber eben ein Parteimann, an Bernstein schrieb). Aber so muß man nicht argumentieren, um Kautsky nicht als unmoralisch zu betrachten. Er blieb sich und seinen Überzeugungen treu, ob man die nun teilt oder nicht. Sie schreiben zwar von seinem „beträchtlichen Stellungswechsel“ (S.338), aber ich sehe keinen Beweis dafür.

Es war Bernstein, der sich änderte — was natürlich auch nicht unmoralisch war. Es ist eben ganz unnötig und unangebracht, einen derartigen Konflikt im Licht der Moral abzuurteilen. Man kann — man muß nicht — sowohl Bernstein wie Kautsky bewundern, aber man muß gewiß keinen von beiden herabsetzen. Ich selber finde beide persönlich und politisch sympathisch.

Daß Kautsky immer nach „Einheitlichkeit der Weltanschauung“ strebte — dieses Streben dominiert noch seine spätere „Materialistische Geschichtsauffassung“ —, ist ganz richtig. Aber daß dadurch seine Theorie „zu einem Konvolut von Axiomen“ (S.334) wurde, ist vollkommen falsch. Er betonte sogar gerne, wie kompliziert seine Theorie war, was er, nach meiner Meinung irrtümlich, für eine Tugend hielt. Daß die Theorie „exekutierbar“ wurde, erinnert mehr an Stalin als an Kautsky (allerdings mehr auf Englisch, wo „to execute“ nicht nur „ausführen“, sondern auch „hinrichten“ heißt).

Ihre Unterscheidung zwischen Theorie und Ideologie, die Sie öfter machen, wobei Bernstein die erstere und Kautsky die letztere liefert, und Theorie für Sie offenbar etwas Gutes und Ideologie etwas Schlechtes ist, ist mir nicht klar. Man kann Bernstein und Kautsky zugestehen, daß sie Sozialwissenschaftler waren, d.h. versuchten, die soziale Wirklichkeit zu analysieren und Verallgemeinerungen zu entwickeln, und insofern waren sie beide Theoretiker. Aber ihr Denken war natürlich nicht wertfrei, repräsentierte gewisse Interessen in der Gesellschaft, und insofern waren sie beide Ideologen.

Sehr gefällt mir Ihr Satz auf S.335, der eigentlich sagt, daß Bernstein, gerade weil er auf die englischen Verhältnisse reagierte, ein guter Marxist war. Das Marxsche Schema, wonach die bürgerliche Revolution die Demokratie und die proletarische den Sozialismus bringt, paßt nicht auf Deutschland. Nach diesem Schema muß man dann wie Engels und Kautsky sagen, daß das deutsche Proletariat die „historische Aufgabe der Bourgeoisie“ erfüllen muß. So kann man vielleicht argumentieren, daß Bernstein für England ein guter Marxist war, Kautsky aber für Deutschland der bessere politische Denker, weil er eben erkannte, daß im Kaiserreich eine andere Politik als im demokratischen England nötig war. Wer der bessere Marxist in Deutschland war, darüber ließe sich streiten, es ist aber nicht sehr interessant.

Auf S.342–346 sind Sie eigentlich zum erstenmal in Ihrem Buch kritisch gegen Bernstein (auch mit Bezug auf die Dialektik, die Ihnen näher liegt als Bernstein oder Kautsky), aber Bernsteins „grobe Fehltritte“ werden teils durch Kautskys „Taktieren“ und „Doppelzüngigkeit“ erklärt. Wenn ich Sie recht verstehe, haben Sie ganz recht, daß Bernstein „die antinomische Einheit von Ideologie und Politik“ in der SPD nicht verstand.

Sehr einverstanden bin ich übrigens mit Bernsteins Bemerkung, „die am wenigsten sympathische Seite des Marxismus ist seine Polemik, seine Art der Kontroversen“ (S.349). Daran trägt Kautsky auch viel Mitschuld. Allerdings, wenn er an Adler schreibt, „man entrüstet sich immer nur über die Art der Polemik der Gegenseite“, ¹⁶ hat er auch nicht ganz unrecht, denn Bernstein war in dieser Beziehung sicher auch kein Engel. Was das Karikieren des Gegners anbelangt, sind Sie auch nicht ganz unschuldig, wobei allerdings Kautsky nicht Ihr Gegner ist oder wenigstens [nicht] sein sollte. [. . .]

Ich habe die Briefe Kautskys an Adler, die Sie auf S.353 zitieren, nachgelesen. Teile davon sind wahrlich häßlich und gehässig. Das Zitat über den Kammerdiener ist allerdings aus dem

16 Karl Kautsky an Victor Adler, 23.5.1902, in: Victor Adler, Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky [. . .], gesammelt und erläutert von Friedrich Adler, Wien 1954, S.400.

Zusammenhang gerissen. Auf S.367 des Adler-Briefwechsels behauptet Kautsky, er hätte Bernstein vor zwei Jahren, also 1899, beschworen, „auch einmal seine Grenzen nach rechts zu ziehen“, worauf Bernstein geantwortet haben soll, „er habe keine Grenzen nach rechts, nur solche nach links.“¹⁷ Haben Sie diese zwei Briefe aufgefunden?¹⁸ [. . .]

Ihre zwei Seiten 354–356 sind anregend und eine wichtige Interpretation, ob man mit ihr übereinstimmt oder nicht. Ich wollte, Ihr Buch enthielte mehr von dieser Art. Sie schreiben von Perioden, in denen Kautsky „erfolgreich“, und anderen, in denen er „entbehrlich“ war. Was hat diese Perioden charakterisiert und von einander unterschieden? Immer wieder vermisste ich den Versuch Ihrerseits, was Sie durch die Briefe erfahren, mit der damaligen politischen Lage zu verbinden und zu erklären. Daß Sie denken, Kautsky habe nur geurteilt, nicht aber Entwicklungen analysiert, finde ich erstaunlich.

Sie schreiben sehr richtig, daß die Revisionismusdebatte „Reflex auf die sich ändernde gesellschaftliche Realität“ (S.354) war, aber nirgends in Ihrem Buch wird diese Realität oder auch nur die politische Realität erwähnt, geschweige denn systematisch analysiert. So bleibt Ihre Behauptung, daß Kautskys Marxismus eine „von dieser Realität unabhängige Existenz führte“ (S.355), eben nur eine Behauptung, doch gerade das gälte es zu beweisen. War Bernstein oder Kautsky der realistischere Theoretiker oder Politiker im deutschen Kaiserreich um die Jahrhundertwende? Man bekommt den Eindruck von Ihrem Buch, daß Sie denken, Bernstein war es, aber Sie befassen sich nicht mit dieser Frage. Ich neige übrigens dazu zu glauben, daß keiner von beiden einen praktischen Weg zur Macht für die SPD vorschlagen konnte — weil es damals keinen gab.

Was mich vielleicht am meisten in Ihrem Buch enttäuscht, in dem so viel gute Arbeit und so viele kluge Gedanken stecken, ist, daß ein Autor, der nicht nur über Marxisten schreibt, sondern auch eine „Rezeption der Marxschen Theorie in nachmarxistischer Zeit“ (S.5) erhofft, auf so ganz unmarxistische Art über die Wandlung einer Ideologie schreiben kann, ohne auch nur die ökonomisch-soziale-politische Lage und ihre Wandlungen, die die „Basis“ für diesen „Überbau“ darstellten, zu erwähnen. Enttäuschend ist es auch, daß ein Buch über

17 Karl Kautsky an Victor Adler, 9.9.1901, in: a.a.O., S.367.

18 Da ich in meiner Antwort diese Frage übersah, möchte ich sie hier behandeln: Kautsky bezieht sich auf seinen Brief an Eduard Bernstein vom 29.7.1899, in dem es heißt: „Deine Problemserie einzustellen, habe ich Dich freilich nicht beschworen, dazu lag kein Grund vor, aber ich erinnere mich ganz deutlich, Dich beschworen zu haben, einmal dabei auch Deine Grenze nach rechts abzustecken, worauf Du erwidertest: Du kenntest nur Grenzen nach links. Das war noch vor Stuttgart.“ IISG, Amsterdam, Kautsky-Nachlaß, C 230. Dieser Bezug wiederum läßt sich finden in Karl Kautsky an Eduard Bernstein, 19.7.1898, a.a.O., C 196. Dort schreibt Kautsky vom für Bernstein ungünstigen englischen Milieu, das ihn „früher oder später uns entfremden und Dich in Konflikt mit der Mehrheit der Parteigenossen bringen muß“, und rät ihm zur Übersiedlung auf den Kontinent, „wo Du wieder in innigere Fühlung mit der Partei kommst.“ Dies werde Bernstein zwar nicht wieder auf den äußersten linken Flügel der Partei bringen. „Aber Du wirst Dich wenigstens nicht zum Sozialliberalismus über den rechten Flügel hinaus entwickeln und Deine Scheidung zu den Sozialliberalen unzweideutig vornehmen, so daß die Hans Müller, Platter und Konsorten Dich nicht mehr für sich reklamieren und Dich auf Schritt und Tritt gegen uns ausspielen werden.“ Darauf ging Bernstein, der im übrigen Kautskys Milieu-Theorie widersprach, 1898 nur mit der Bemerkung ein: „Wie sollte mich übrigens Zürich [eine Übersiedlung dorthin war u.a. von Kautsky vorgeschlagen worden] kurieren, da doch die schweizerische Bewegung in ihren Formen und Äußerungen wesentlich meiner Auffassung entspricht.“ Eduard Bernstein an Karl Kautsky, [nach dem 19.7. vor dem 26.7.1898], a.a.O., DV 470. 1899 antwortete er Kautsky: „Daß Du mich ersuchst, bezw. mir nahe gelegt hast, die Grenzen nach rechts abzustecken, ist richtig, und ebenso, daß ich nicht darauf einging. Aber ich habe mich nicht deshalb geweigert, dies zu thun, weil ich keine Grenzen nach rechts, sondern nur nach links abzustecken habe, sondern nur, weil ich damals keine Veranlassung sah, nach rechts Grenzen abzustecken — die Artikel, von denen Du schriebst (Platter, Hans Müller), waren und sind mir gar nicht zu Gesicht gekommen, und im Übrigen ist doch meine Stellung durch die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie zur Genüge indiziert.“ Eduard Bernstein an Karl Kautsky, 3.8.1899, a.a.O., DV 482.

den Parteimarxismus diesen Begriff eigentlich nie definiert, geschweige denn diskutiert. Wie kann man dann seine Wandlungen feststellen? [. . .]

Es ist mir nicht ganz begreiflich, wie Sie Kautsky in seiner Haltung zur SPD-Mehrheit (S.373–383) mit größter Sympathie, ja als geradezu heldenhaft behandeln können, nachdem Sie ihn immer wieder als doppelzüngigen Opportunisten (nicht im leninistischen Sinn des Wortes) entlarvt haben. Sie erklären nicht, warum er sich nicht, wie man nach Ihrer Schilderung erwarten sollte, auf die Seite der Mehrheit gestellt hatte.

Daß Kautsky in seiner Überzeugung, der Sozialismus sei nur mit demokratischen Mitteln zu erreichen (S.384), von Bernstein beeinflusst war, erscheint mir sehr unwahrscheinlich, da er dasselbe ja schon oft vor 1918 gesagt hatte. Sie geben jedenfalls gar keine Beweise dafür. Übrigens erschien Kautskys „Die Diktatur des Proletariats“ im selben Monat, also ebenso „früh“ wie Bernsteins Brief an ihn, den Sie zitieren.

Es wird Sie nicht überraschen, daß mir Ihr letzter Absatz auf S.394f. sehr gefällt. Schön ist dann auch, was Sie auf Ihren letzten Seiten (S.400–402) über Bernstein sagen. Überhaupt ist Ihr letztes, kurzes Kapitel überaus gedankenreich und anregend. Ich sehe seinen Gegenstand allerdings ganz anders. Für Sie entwickelte sich der Marxismus in den Kommunismus, deutsche Parteiideologie wurde zum Instrument russischer Staatsraison (S.396), „der Kautsky-Markismus [gab] eine Basis für den Leninschen“ ab (S.398), die Arbeiterpartei wurde zur Avantgarde-Partei (S.399). Daß der Kommunismus Marxismus oder wenigstens eine Abart davon ist, wird ja fast allgemein angenommen, schon weil die Kommunisten von Lenin an es selber glaubten und daher proklamierten. Ihnen als Deutscher Ihrer Generation muß das besonders so erscheinen, da Sie, wenn Sie an Kommunismus denken, zuerst an die DDR denken, und die SED dort hat ja ihre Abstammung nicht nur von der KPD, sondern auch von der SPD stark betont.

Ich habe mich viele Jahre nicht so sehr mit Marxismus als mit modernisierenden Revolutionen in Entwicklungsländern beschäftigt, und da fällt es auf, daß die fast immer von Intellektuellen geleitet werden, die sich in den Gedanken und Worten westlicher Ideologien ausdrücken, aber natürlich unter den ganz anderen Umständen, unter denen sie wirken, nicht deren Ziele haben können. So mögen sie sagen und auch glauben, daß sie die Arbeiterklasse vertreten und befreien wollen, was aber gar nicht möglich ist in Ländern wie Rußland im frühen 20. Jahrhundert oder in China, Afghanistan, Äthiopien oder Angola, wo es kaum oder überhaupt keine Arbeiter (im Marxschen Sinne) gibt. Das wirkliche Ziel solcher Revolutionäre, das sie oft Sozialismus nennen — Marx hätte das amüsiert —, ist rapide Industrialisierung, die in Rußland erfolgreicher war als sonstwo.

Daß Parteien in Industrieländern, die sich auf Arbeiter und Gewerkschaften stützen wie die SPD, etwas ganz anderes sind als revolutionäre Bewegungen in Entwicklungsländern, deren Massenunterstützung, wenn sie überhaupt eine haben, von armen Bauern kommt, ist ganz offensichtlich. Niemand würde das bezweifeln, wenn sie nicht beide dieselbe Sprache sprechen würden wie die Parteien Bebels und Mengistus! Die Verwirrung begann natürlich nicht mit Äthiopien, sondern mit Rußland, einem europäischen Land, zu einer Zeit, in der die Kategorie modernisierende Revolution noch gar nicht bekannt war und europäische Intellektuelle und besonders Marxisten einschließlich Kautsky kaum etwas von Entwicklungsländern wußten. (Der große Revolutionär Lenin hatte zum Beispiel gar kein Interesse an der riesigen Revolution, die sich 1910–1920 in Mexiko abspielte.) Da schien es sowohl den Marxisten im Westen wie Kautsky, wie auch den Revolutionären in Rußland, die glaubten, Marxisten zu

sein, daß sie es wirklich waren. Sie sprachen alle wie Marxisten von Proletariat und Bourgeoisie und Klassenkampf, was alles nicht auf die Lage in Rußland paßte, und verglichen die russische Revolution mit der französischen statt mit der chinesischen oder der mexikanischen.

Kurz, ich glaube nicht, daß das, was in Rußland seit 1917 und in anderen sogenannten sozialistischen Entwicklungsländern vorgeht, viel (außer der Terminologie) mit Marxismus zu tun hat noch auch durch marxistische Theorie zu erklären ist, denn die ist ein Produkt der Industrieländer und war einmal — jetzt ist sie es kaum mehr — ganz gut auf sie anwendbar. Aber genug davon; Sie sehen, daß mir das Thema nahe geht, denn ich habe sogar ein Buch, das ich „Marxism and Leninism, not Marxism-Leninism“ nenne, darüber geschrieben, das in diesem Jahr herauskommen soll.

Noch hinzuzufügen wäre, daß die Sache nicht so einfach, wie ich sie hier dargestellt habe, in der DDR oder der westlichen Tschechoslowakei war, die ja 1945 schon Industrie- und nicht Entwicklungsländer waren. Aber es ist ja klar, daß es ohne russische Besetzung dort nicht zu kommunistischen Regimen gekommen wäre, außer daß man sich vorstellen kann, daß in der ČSR die kommunistische Partei eine wirkliche Arbeiterpartei wie die PCI in Italien und insofern eine marxistische Partei wie die SPD geworden wäre.

[. . .] Ich habe natürlich sehr viel aus Ihrem Buch gelernt und sogar viel Neues über meinen eigenen Großvater — und nicht nur über seine Liebesgeschichten. Ich möchte auch noch betonen, wie sehr mir Ihre Auswahl von Bildern und Karikaturen gefallen hat. Isabella und Milica und die amüsante Trotzki-Kautsky-Karikatur hatte ich nie gesehen, und der von meiner Großmutter unterschriebene Ausleihzettel des IISG vom Juli 1938 hat mich gerührt. Ich sah meinen Großvater zum letztenmal im August 1938 in Amsterdam, als meine Familie von Wien nach England emigrierte. Da war er schon so schwach, daß er immer liegen mußte, aber er hat noch immer viel gelesen.

Ich danke Ihnen nochmals für Ihr Buch und für das Vergnügen, das mir seine Lektüre gebracht hat.

*Mit besten Grüßen
Ihr John H. Kautsky*

2. Till Schelz-Brandenburg an John H. Kautsky, 3.2.1993

Lieber Herr Professor,

zunächst möchte ich mich sehr herzlich für Ihren Brief vom 12. Januar bedanken, den ich vor einer Woche erhielt. Eine solch ausführliche und fundierte Rezension meines Buchs, dazu von solch kompetenter Seite, wird wahrscheinlich nur selten einem — wie Sie zurecht betonen — mit den Dürftigkeiten seines Wissens und seiner Qualifikationen behafteten Autor zuteil. Und natürlich bin ich mir darüber im klaren, daß diese ungewöhnliche Aufmerksamkeit primär dem Gegenstand meiner Untersuchung und nicht ihrer Qualität gilt. Daß Sie sich über letztere so kritisch und ungeschminkt äußern, ist mir jenseits aller Einwände, die ich mich gleich zu erläutern bemühen werde, schon deshalb angenehm, weil sich, soweit ich das beurteilen kann, in der wissenschaftlichen Diskussion, zumindest in Deutschland, die Epidemie jener Rückversicherungsstatements ausgebreitet hat, deren Bestreben dahin geht, nach allen Seiten offen oder, um es etwas polemisch auszudrücken, standpunktlos zu sein.

Diese Unsitte zu vermeiden, war allerdings mein Bestreben, natürlich auch auf die Gefahr hin, herbe Kritik einstecken zu müssen. Dabei aber, darin stimme ich mit Ihnen völlig überein, kann dies natürlich kein Freibrief dafür sein, im Gewand einer wissenschaftlichen Arbeit unbewiesene Spekulationen als gesicherte Erkenntnisse auszugeben. Wo mir dies unterlaufen sein sollte, nehmen Sie bitte meine Versicherung an, daß es nicht unlautere Absichten waren, die mich leiteten.

Medias in res: Einer Ihrer Hauptkritikpunkte scheint mir zu sein, ich hätte das Bestreben gehabt, Ihren Großvater als schlechten Charakter, als Opportunisten darzustellen (ich habe mich übrigens in meinem Buch ganz bewußt darum bemüht, diesen Begriff zu vermeiden), und zugunsten dieser Voreingenommenheit einseitige Interpretationen vorgenommen, ganze Kapitel — wie das „seltsame“ über die Frauen — verfaßt, die nichts mit dem eigentlichen Thema zu tun hätten, und sei erst gegen Schluß im VII. Kapitel plötzlich zu einer unerklärten und unerklärlichen „heroischen“ Darstellung Kautskys konvertiert.

Es tut mir außerordentlich leid, daß die Lektüre bei einem so kompetenten Kritiker wie Ihnen einen solchen Eindruck hervorrufen konnte, entspricht er doch in keiner Weise meinen Intentionen, was allerdings, wie ich sofort zugebe, nicht viel heißen will. Gut gemeint ist oft das Gegenteil von gut, hat bereits Ihr Landsmann Karl Kraus bemerkt. Jedoch hat mich Ihre Argumentation zumeist nicht überzeugt, und ich möchte versuchen, dies an einigen Punkten deutlich zu machen:

Sie monieren, ich hätte Themen behandelt, die mit der gestellten Aufgabe der Entwicklung des sozialdemokratischen Parteimarxismus nichts zu tun hätten und sich auch zum größten Teil nicht in der Kautsky-Bernstein-Korrespondenz spiegelten. Dazu führen Sie die Seidel-Debatte und vor allem das Frauen-Kapitel an. Was die „ABC-Kontroverse“ betrifft, so denke ich, daß die Tatsache sowohl ihrer zeitgenössischen als auch ihrer historiographischen Nichtbeachtung noch lange keinen Beweis für ihren minderen Stellenwert abgibt, wobei ich gleich hinzufügen, daß eine über Wochen sich hinziehende Debatte im illegal vertriebenen Organ der deutschen Sozialdemokratie, das nun gewiß nicht unter Stoffmangel zu leiden hatte, sowie die Beschäftigung mit dieser Kontroverse in der Parteiführung nicht unbedingt Anzeichen für die zeitgenössische Nichtbeachtung sind. Viel wichtiger aber scheint mir der Zusammenhang in meiner Darstellung: Ich konfrontiere Kautskys Position in dieser doch höchst aktuellen Frage nach dem Verhältnis von Freiheit und Sozialismus — bitte bedenken Sie, daß meine Arbeit im Zeitraum von 1988 bis 1991 entstand, einer zumindest für Deutschland umwälzenden und aufregenden Zeit — mit seiner Selbsteinschätzung, nach der Lektüre des „Anti-Dühring“ fertiger Marxist zu sein, und nicht nur „viel von Marx und Engels gelernt“ zu haben, wie Sie schreiben — denn das ist seine zentrale Behauptung gegenüber Seidel —, gerade doch eben, um eine *Entwicklung* aufzuzeigen, und zwar zudem eine, die in engster Zusammenarbeit mit dem Redakteur Bernstein sich vollzog, auch wenn es aus dem einfachen Grund, daß beide in der meisten Zeit am gleichen Ort lebten, darüber kaum briefliche Zeugnisse gibt. Ich bin Götz Langkau sehr dankbar dafür, mir Hinweise auf diese Debatte gegeben zu haben. Auch bei kritischster Durchsicht dieses Kapitels kann ich keinen Verstoß gegen die Chronistenpflicht des Historikers erkennen und auch nicht jenen Mangel, ich hätte nicht betont, daß Kautsky zu diesem Zeitpunkt erst 26 Jahre alt gewesen sei. Immerhin war er da schon dafür in Betracht gezogen worden, Redakteur des „Sozialdemokrat“ zu werden. Und schließlich darf ich darauf verweisen, daß der reife Kautsky der „Materialistischen Geschichtsauffassung“ noch frühere Schriften darin unverändert aufgenommen und sogar bedauert hat, daß

ihm dies nicht in noch größerem Umfang möglich gewesen sei. Nebenbei: Ihre leicht ironische Bemerkung, ich würde, passe es mir nur in den Kram, die von mir ansonsten nicht so geschätzten „Erinnerungen“ als verlässlich ansehen, kann ich so nicht akzeptieren: Daß generell autobiographisches Material mit Vorsicht und möglichst unter Verwendung von Parallelüberlieferungen zu verwenden ist, habe ich doch oft genug betont, für die Briefe sogar gesondert methodisch reflektiert und gerade darauf meine Einwendungen gegen Gilcher-Holtey und Steenson, die hierin zuwenig vorsichtig waren, gestützt. Wenn es aber um das Thema der *Selbsteinschätzung* geht, dann können — ja müssen solche Quellen als authentisches Material angesehen werden. Und ich denke, ich bin nicht anders verfahren. [. . .]

Zum Beweis für Ihre These, ich hätte Ihren Großvater gleichsam moralisch vernichten, ihn als schlechten Menschen hinstellen und auf diesem Umweg seine Positionen und Stellungnahmen desavouieren wollen, führen Sie das „seltsame Kapitel“ über „Die Frauen und die Sozialisten“ an. Es gab für mich mehrere Motive, dieses Kapitel zu schreiben:

1. Es hat mich schon lange gestört, daß insbesondere in Auseinandersetzungen um die Marx'sche Theorie und deren politischer Mächtigkeit die handelnden Personen größtenteils als leblose Wesen erscheinen, einerseits Ensemble ökonomischer Faktoren, andererseits beseelt von einem mystischen Genius, je nach politischem Standpunkt Bösewicht oder liches Genie. Diese Methode wurde insbesondere von der DDR-Historiographie in extenso praktiziert. Die geradezu lächerlichen Verrenkungen, die dabei etwa in Beschäftigung mit Rosa Luxemburg zu beobachten waren, sind Ihnen sicher besser bekannt als mir. Deshalb habe ich auch ganz bewußt als Obertitel — mit freundlicher Hilfe des Lektors — Eduard Bernstein und Karl Kautsky gewählt, im Untertitel versucht, mit dem Begriff Parteimarxismus ein Wort zu finden, um das sich ihre Tätigkeit drehte, und die hauptsächliche Quellengrundlage benannt, aus deren Perspektive ich diese Untersuchung führte. Daß Sie übrigens monieren, ich definierte nirgendwo den Begriff Parteimarxismus, muß ich als beklagenswerten Mißerfolg meiner Bemühungen vor allem im Kapitel über das Erfurter Programm ansehen, wo es mir allerdings vor allem um die Metamorphose der Marx'schen Theorie in Marxismus ging, eigentlich ein Grundanliegen meiner Arbeit, das ich im letzten Kapitel noch einmal aufnehme.

2. Natürlich ist meine Generation — gar so jung bin ich mit meinen 43 Jahren wohl nicht mehr — auch geprägt von einer größeren Sensibilität gegenüber dem, was man bei uns die Frauenfrage nennt. Ich gehöre nicht zu jener seltsamen Spezies maskuliner Feministen, meine aber, daß dem Schicksal der Frauen „großer Männer“ und vor allem ihrer eigenständigen Rolle wie dem Umgang mit ihnen entschieden größeres Gewicht beizumessen ist, als dies bisher praktiziert worden ist.

3. Im Fall ihres Großvaters kommt hinzu, daß zumindest die Trennung von Louise nachweislich größere Folgen für die Theoriegeschichte des Marxismus hatte. Daß dies allgemein bekannt sei, muß ich doch sehr bezweifeln. So werden in der Bebel-Biographie Seebacher-Brandts beide Ehefrauen für eine gehalten.¹⁹ Und wenn ein so profunder Kenner wie Blumenberg in seiner Engels-Bebel-Edition die Affäre mit Isabella als „Gerücht“ bezeichnet,²⁰ die doch wohl recht eindeutig Engels' Zorn über die Scheidung von Louise befördert hat, dann sehe ich für ihre Kritik, längst Bekanntes nur um des Ziels willen, Kautsky schlecht darzustellen, noch einmal breitzutreten, in dieser Hinsicht keine Berechtigung.

19 Brigitte Seebacher-Brandt, August Bebel. Kämpfer und Kämpfer im Kaiserreich, Berlin und Bonn 1988, S.272.

20 August Bebels Briefwechsel mit Friedrich Engels. Hrsg. von Werner Blumenberg, The Hague 1965, S.340, Anm.II.

4. Entgegen Ihrer Grundannahme, ich sei ausgezogen, Ihren Großvater zu verunglimpfen, habe ich gerade dieses Kapitel auch geschrieben, einer solchen Verunglimpfung entgegenzutreten, und zwar gerade auch mit dem Teil, der sich mit Milica beschäftigt. Schon in meiner Studentenzeit, als ich anfang, mich mit Kautsky zu beschäftigen — meine Staatsexamensarbeit hatte den „Weg zur Macht“ zum Thema —, hörte ich immer munkeln von einem Dokument, über das man sich in eingeweihten Kreisen köstlich amüsierte, das aber nur die allerwenigsten wirklich kannten; Sie ahnen, es handelt sich um die Milica-Rechtfertigungsschrift. Sie als Sozialwissenschaftler verstehen von den Wirkungen von Gerüchten sicher mehr als ich, aber ich kann Ihnen nur ganz nachdrücklich versichern, daß selbst, wenn sämtliche schwarzen Motive, die Sie mir unterstellen, zweifelsfrei zuträfen, der Eindruck meines Buches auch nicht annähernd die Wirkung jenes Geflüsters erzielen könnte. Dadurch, daß ich dies offenlegte — Existenz und Thema wurden übrigens, wenn auch dezent, bereits im Briefband Kautsky und Südost-Europa angezeigt²¹ —, ist zumindest die Chance zur Überprüfung gegeben, und das Faktum ist doch immer noch das beste Gegenmittel gegen das Gerücht. Bei der Interpretation gerade dieses Dokuments gebe ich gerne zu, daß mir bei der Wortwahl vielleicht manches unnötig kräftig geraten ist. Doch wie Ihnen trotz aller Bemühungen, den Enkel zugunsten des Sozialwissenschaftlers schweigen zu lassen, dieser sich doch immer wieder zu Wort meldet — und zwar, wie ich finde, mit vollem Recht —, so haben sich bei mir gerade in dieser Passage persönliche Erfahrungen vielleicht zu stark in den Vordergrund gedrängt — und ich denke, in *diesem* Punkt ist Ihr Großvater schlechterdings nicht zu verteidigen, selbst dann nicht, wäre Milica ein äußerst zänkisches Weib gewesen, was ja weder Kautsky noch Bernstein behaupteten, die beide ja eher das Gegenteil schildern. Übrigens war Bernstein darüber offenbar gut informiert, denn als es 1896 so schien, als würde er sich für Jahre aus Europa verabschieden und nach Südafrika gehen, und sich die beiden Freunde in Paris, wo die abschließenden Verhandlungen über Bernsteins Job stattfinden sollten, treffen wollten, um gemeinsam von dort nach England zu fahren, da kommentierte Kautsky das kurzfristige Scheitern dieses Plans erleichtert damit, es wäre ihm eine Qual geworden, nach Paris zu reisen, denn diese Stadt erinnere ihn an das trübste Kapitel seines Lebens. Und vergleichen Sie diese Einsicht bitte mit der heiteren Schilderung des Paris-Aufenthalts in den „Erinnerungen“.

Methodisch gestehen Sie mir ja zu, daß ich nicht aus Niedertracht, sondern aus dem Interesse an der Theorieentwicklung dieses Kapitel geschrieben habe, auch wenn sie den Erkenntniswert dieser Zeilen eher gering veranschlagen, ja sogar befürchten, ernsthafte Leser würden spätestens an dieser Stelle das Buch aus der Hand legen. Das kann ich natürlich nicht verhindern, gebe aber zu bedenken, daß ich von der ja auch im Buch vertretenen Überzeugung ausgehe, die Entwicklung von Theorie sei die Sache einzelner. Ist dies richtig, dann darf es doch erlaubt sein, die psychische und biographische Prädisposition eines Theoretikers, die natürlich ihrerseits nicht unabhängig von Zeit und gesellschaftlichen Umständen ist, in Augenschein zu nehmen, wollen wir nicht einem ganz abstrakten, letztendlich auch inhumanen eindimensionalen Menschenbild das Wort reden. Wie weit das gelungen ist, kann Gegenstand des Streits sein, aber doch nicht der Versuch selber, vorausgesetzt, er beachtet die Regeln wissenschaftlichen Diskurses. Im Zusammenhang unseres Themas, genauer des zentralen

21 Karl Kautsky und die Sozialdemokratie Südosteuropas. Korrespondenz 1883–1938. Hrsg. von Georges Haupt, János Jemnitz und Leo van Rossum, Frankfurt a.M. und New York 1986, S.22.

Kapitels meines Buchs über die Revisionismusdebatte, hieß das für mich: Das Quellenmaterial zeigte, daß viel weitgehender, als das bisher geschildert worden war, Kautsky der Kritik Bernsteins folgte, selber — denkt man z.B. an die zweite Debatte um die Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen 1897 — in dieser Richtung initiativ wurde und auch an Bernsteins Endziel-Sentenz zunächst nichts auszusetzen fand, ja sogar die „Neue Zeit“ als Organ der Selbstkritik definierte. Dann kommt wenige Tage vor Stuttgart Bebels Brief, es sei ihm angenehm, daß auch Kautsky nunmehr Bernstein für verloren halte, sowie Kautskys komplette Absage an Bernsteins Bemühungen auf dem Parteitag selber. Daß die politischen und ökonomischen Verhältnisse des Kaiserreichs auch eine andere Wahl zugelassen hätten, bedarf wohl keiner Erörterung. Es handelt sich in diesem Fall also um eine *persönliche* Entscheidung Kautskys, natürlich nicht im luftleeren Raum, sondern auf der Basis konkreter Umstände getroffen: Dazu gehören sein unsicherer Status als Ausländer, seine zunächst nicht erfüllten Erwartungen, mit dem gerade vor 12 Monaten nach quälenden, seine Abhängigkeit verdeutlichenden Diskussionen mit Dietz endlich erfolgten Umzug der Redaktion nach Berlin die von ihm wiederholt beklagte Randexistenz der „Neuen Zeit“ im Milieu der deutschen Sozialdemokratie beenden zu können, natürlich nicht zuletzt seine Aufgabe, eine fünfköpfige Familie ernähren zu müssen. Da kommt das Angebot Bebels, zwar nicht qua Amt, aber doch de facto die Funktion eines Sprechers der Partei für theoretische Fragen zu übernehmen, dazu in einer Situation, in der die Bernstein-Thesen nicht nur die Aufmerksamkeit der Partei, sondern eines Teils der Öffentlichkeit insgesamt erregt hatten. War also, wie ich meine, Kautskys Entscheidung eine abrupte, dann hatte ich zu prüfen, ob eine solche Handlungsweise in sein Persönlichkeitsbild paßte. Daß ich dies bejahe, hat nun noch nichts mit moralischer oder intellektueller Wertung zu tun, schließlich hat jeder das Recht, einmal vertretene Standpunkte zu ändern, auch schlagartig. Die kommt erst dann ins Spiel, als Kautsky daran geht, seinen tatsächlichen Bruch mit bisherigen Überzeugungen in eine Kontinuität umzudeuten, was ich u.a. am Beispiel seiner Einschätzungen des Endziel-Worts von Bernstein zu zeigen versuche.

Hier sind wir allerdings an einem Punkt angekommen, wo mir ein grundsätzlicher Dissens zu bestehen scheint: Sie monieren wiederholt, ich formulierte apodiktisch, gäbe etwas als Realität aus, was doch nur meine Interpretation sei. Nun denke ich, daß ich sauber getrennt habe zwischen dem Material und meiner Interpretation. Daß ich bei letzterer nicht ständig mit der inhaltsleeren Floskel „Meiner Meinung nach“ operiere, hat doch nichts damit zu tun, daß es nicht meine *Meinung* wäre. Ein Unfehlbarkeitsdogma habe ich nirgends reklamiert, und es steht mein Name und nicht der des Papstes auf dem Buch. Jeder kann seine, also auch andere Schlüsse aus dem Material ziehen und auch dieses selber überprüfen. Wie ich schon eingangs erwähnte, betrachte ich Eindeutigkeit geradezu als Voraussetzung für einen fruchtbaren Diskurs, soll dieser nicht zu diplomatischer Wortklauberei verkommen, wovon Sie ja Gott sei dank ebenso weit entfernt sind wie ich.

Leider aber verführt Sie dieser Eindruck dazu, mir Beurteilungen zu unterstellen, die ich nun wirklich nicht getroffen habe. Beispiel: Ihr Onkel Benedikt. Daß ich nicht viel über ihn weiß, trifft vollständig zu, wobei das wenige, über das ich informiert bin, mir größte Hochachtung eingibt. Die Hölle eines nationalsozialistischen Konzentrationslagers ungebrochen zu überstehen, zeugt von ungeheurer Kraft und Integrität. Aber ich habe mir auch nicht angemaßt, ihn als Persönlichkeit zu beurteilen. Wen ich beurteile, und zwar kritisch, ist der Bearbeiter und Herausgeber der Engels-Kautsky-Korrespondenz. Und da bin ich allerdings nach wie vor der Meinung, daß es den Tatbestand der Quellenfälschung erfüllt, wenn man einen Brief bis

zu dem Satz, nun sei Engels vollständig informiert, abdruckt, den weitaus größeren Teil aber, beginnend mit der Aussage, er (Kautsky) müsse nun gestehen, nicht die volle Wahrheit gesagt zu haben, ausläßt (S.142). Und wie verträgt sich die Absicht, die Familie Louisens bzw. sogar sie selber zu schonen, mit der Tat, einen sehr erregten und echauffierten Brief von ihr abzu- drucken und sogar noch einen von Kautsky selber nicht beigezogenen Brief der Mutter zu zitieren (S.146), um damit ein bestimmtes Bild zu erzeugen, was doch nun bestimmt nicht günstig für Louise ausfällt? Sie wiederholen meine Frage, was dieser Brief in der Engels- Kautsky-Korrespondenz zu suchen habe, beantworten sie aber nicht. Also entweder bemüht man sich um strikte Vollständigkeit, oder aber, durchaus diskutabel, hält sich ebenso kon- sequent an die Vorgabe, Beteiligte bzw. deren Nachkommen zu schonen, und unterläßt die Publikation vollständig. So aber wurde die Edition an dieser Stelle tendenziös, wenn auch, wie ich sofort einräume, aus dem durchaus ehrenwerten Motiv, den Vater zu unterstützen. Vielleicht ist es überhaupt mißlich, daß nahe Verwandte Quellenpublikationen aus ihrer Fami- lie veranstalten, weil sich der Konflikt zwischen der hier geforderten Unparteilichkeit und den verwandtschaftlichen Beziehungen möglicherweise gar nicht lösen läßt.

Darauf führe ich auch einige Ihrer Bemerkungen zurück, die mich doch sehr erstaunt haben: Warum es „unfreundlich und etwas höhnisch“ sei, wenn ich schreibe, Kautsky habe die Charakterisierung Mosts durch Bernstein wenig interessiert, wird mir nicht klar. Damit ist doch nur ausgedrückt, daß in der österreichischen sozialistischen Diaspora, die angewiesen war auf das Schrifttum aus Deutschland und sich nach dem Sozialistengesetz den „farblosen“ Blättern gegenüber sah, ihm das Mostsche Organ noch am wenigsten schlecht erschien, er aber ein besseres begrüßen würde. Daß es einen gewissen Widerspruch zwischen Kautskys öffentlichem Auftreten und seiner Sicherheit in der Theorie gab, hat er selber so gesehen, als er (anläßlich seiner Artikel-Serie über das Kapital II) schrieb, es sei schlimm, lehren zu müssen, wo man noch zu lernen habe. Warum ich deshalb seine Intelligenz in Frage stelle, ist mir unerfindlich. Und ebenso, daß mir Kautsky in der preußischen Wahlrechtsfrage „zu flexibel“ erschienen sei. Ich habe diese Punkte nur erwähnt, um Sie zu fragen, ob Sie sich nicht vielleicht doch manchmal von jener Voreingenommenheit haben leiten lassen, die Sie bei mir zu entdecken glauben, nur mit umgekehrtem Vorzeichen? [. . .]

Sehr geehrter Herr Professor, ich hoffe, Ihre Zeit nicht über Gebühr beansprucht zu haben. Obwohl ich mich in diesem Brief fast ausschließlich verteidigt habe, so heißt dies nicht, daß ich Ihren Einwendungen allesamt widerspreche. Insbesondere Ihre Anmerkungen über Luise fand ich sehr berechtigt. Hier bin ich in der Tat über das Ziel hinausgeschossen. Sollte ich das Glück haben, eine zweite Auflage zu erleben, werde ich diesen Passus auf jeden Fall ändern. Aber ich denke, bei unserem Diskurs kam es zunächst darauf an, die Positionen klar zu umreißen, obwohl es natürlich schon ein Einwand gegen mein Buch wäre, benötigte es eine begleitende Interpretation. Ich danke Ihnen auf jeden Fall aufrichtig für Qualität und Quanti- tät Ihrer Kritik — letztere veranlaßte übrigens das Hauptzollamt Bremen Ost, Ihren Brief zollamtlich abzufertigen! —, die ja doch letztendlich sehr schmeichelhaft für mich ist.

Mit nochmaligem Dank für Ihre große Mühe und herzlichen Grüßen

Ihr

Till Schelz-Brandenburg

3. John H. Kautsky an Till Schelz-Brandenburg, 27.2.1993

Lieber Herr Schelz,

ich bin Ihnen für Ihren Brief vom 3. Februar sehr dankbar und erleichtert zu sehen, daß Sie meine lange Epistel so aufgenommen haben, wie sie gemeint war, als ehrliche Kritik Ihres Buchs und nicht als unfreundlich Ihnen gegenüber. Ich schätze es sehr, daß Sie mir auf dieselbe Weise antworten. Allerdings muß ich Ihnen gleich wieder widersprechen, wenn Sie sagen, ich hätte die Dürftigkeit Ihres Wissens und Ihrer Qualifikationen betont. Das wäre ja völlig unberechtigt gewesen. Ich verwendete diese Worte nur mit Bezug auf einen Absatz, in dem Sie sich auf das Gebiet der Psychoanalyse zu begeben scheinen.

Ebenso wie Sie nicht alle meine Einwände beantworten können oder müssen, kann und muß ich nicht auf alles eingehen, was Sie in Ihrem Brief erwähnen. Ich will hier nur noch einiges aus Ihrem Brief beantworten, hoffentlich ohne zu kleinlich zu werden oder mich allzu sehr zu wiederholen.

Daß Sie Kautsky nicht einen Opportunisten nennen, habe ich, glaube ich, irgendwo in meinem Brief selber bemerkt, denn dieses Wort wurde von Lenin und seinen Nachfolgern in einem bestimmten Sinn verwendet — und besonders auf Kautsky gezielt —, an den Sie nicht denken. Aber daß Sie jetzt sagen, daß Sie sich ganz bewußt darum bemühen mußten, diesen Begriff zu vermeiden, bedeutet doch wohl eigentlich, daß Sie Kautsky eben für einen Opportunisten hielten. Sicher mußten Sie sich nicht besonders bemühen, diesen Begriff nicht auf Bernstein anzuwenden.

Ich glaube Ihnen natürlich gerne, daß Sie in keiner Weise die Absicht hatten, Kautsky als schlechten Charakter darzustellen. Ob es Ihnen gelungen ist, nicht diesen Eindruck hervorzurufen, wird jeder Leser Ihres Buchs für sich entscheiden müssen. Mir fielen jedenfalls die zahllosen ironischen und negativen moralischen Bewertungen über Kautsky auf, von denen ich in meinem allzu langen Brief nur ganz wenige erwähnen konnte. Ich schlage jetzt zum Beispiel Ihr Buch auf und bemerke auf S.164 die Worte „atemberaubend“ und „beinahe überflüssig zu erwähnen“. Bin ich zu empfindlich, wenn ich sie sowohl als etwas höhnisch wie als unnötig bezeichne?

Es ist schwer für mich, die Seidel-Debatte zu diskutieren, da ich von ihr nur kenne, was Sie zitieren. Davon kommt mir, wie ich schon schrieb, vieles von Kautsky recht unsympathisch und auch verwirrt vor. Ich sehe auch ein, daß sie, um seine Entwicklung aufzuzeigen, erwähnenswert ist, wenn auch nicht auf 12 Seiten. Ich würde sogar weiter als Sie gehen und bemerken, daß in Bezug auf die Affen und die „Wilden“, die Kautsky ja immer liebte, und auf deren soziale Instinkte oder Triebe gewisse Ähnlichkeiten mit der „Materialistischen Geschichtsauffassung“, die er fast ein halbes Jahrhundert später schrieb, zu bestehen scheinen.

Aber man kann nicht schließen, daß der „reife Kautsky“ — war der 26jährige also doch noch unreif? — mit seinen Schriften gegen Seidel auch später noch übereinstimmte, weil er in sein magnum opus noch frühere Schriften aufgenommen hat, wie Sie jetzt sagen. Denn in ihnen — nur eine von 1876, „mit allen Irrtümern von damals“ unverändert abgedruckt, wurde vor der Seidel-Debatte verfaßt, die beiden anderen stammen aus der „Neuen Zeit“ von 1883 und 1884 — dreht es sich, soweit ich mich erinnere, gar nicht um Freiheit und Demokratie, obwohl der Entwurf des 22jährigen schon anti-individualistisch ist.

Sie schreiben ja selber in einer Fußnote (S.83), daß Kautsky die Seidel-Debatte in seinen Memoiren nicht erwähnt, da sie nicht zu seinem damaligen „antikommunistischen Impetus“ paßte. Sie paßte aber auch nicht zu dem, was er über Demokratie schon viel früher schrieb, so z.B. 1887 über Thomas Mores Utopie: Sie „ist ein völlig demokratisches Gemeinwesen. [. . .] More stellt da denselben Grundsatz auf wie der moderne Sozialismus [. . .].“²²

Wie sehr Kautsky den Parlamentarismus bejaht, schon in seinem „Erfurter Programm“ (1892), dann in seinem Buch über „Parlamentarismus und Demokratie“ (1893) — von dem Sie übrigens viel weniger schreiben als von der „ABC-Kontroverse“ —, später im „Weg zur Macht“ (1909) und gegen Rosa Luxemburg (1910), muß ich natürlich nicht betonen. Zahlreiche andere Schriften von Kautsky über Demokratie werden von Euchner in seinem Beitrag zu Ihrem Band „Marxismus und Demokratie“ zitiert.²³ Kautsky war Demokrat schon lange vor der russischen Revolution, die das Thema dann zum erstenmal, seit die Anarchisten so ziemlich verschwanden, wieder aktuell machte. Kein Wunder, daß Kautsky, der sich gerne und manchmal seitenlang selber zitierte, um zu zeigen, wie konsequent er war, seine Artikel gegen Seidel, so viel ich weiß, nie zitierte.

Als Anfangspunkt von Kautskys Entwicklung können diese Artikel von gewissem Interesse sein, für seine weitere Entwicklung in seinem ganzen langen Leben, in dem er eine wichtigere Rolle als 1881 spielte, sind sie es nicht. Ihr sehr begreifliches Interesse im Deutschland von 1988–1991 an der Frage vom Verhältnis von Freiheit und Sozialismus kann also nicht Ihre große Aufmerksamkeit für die Seidel-Debatte erklären, denn sie war atypisch für Kautskys Denken über diese Frage, über die er später so viel anderes schrieb.

Sie schließen auch aus der Debatte — wie weit das berechtigt ist, kann ich nicht beurteilen —, daß Kautsky in seiner Geschichtsauffassung „ohne den handelnden Menschen auskommt“ und die Geschichte „auf ständige Wiederholung des Gleichen“ hinausläuft. Dieser flagrante Unsinn, wenn er ihn wirklich aussprach, ist auch völlig atypisch für sein Denken. Seine ganze „Materialistische Geschichtsauffassung“ ist, wie ich schon letztes Mal schrieb, eine Widerlegung der zweiten Bemerkung. Zur ersten will ich nur sein Buch über das Erfurter Programm zitieren: „Wenn man von der Unwiderstehlichkeit und Naturnotwendigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung spricht, so setzt man selbstverständlich dabei voraus, daß die Menschen Menschen sind und nicht tote Puppen: Menschen mit bestimmten Bedürfnissen und Leidenschaften, mit bestimmten körperlichen und geistigen Kräften, die sie zu ihrem Besten zu verwenden suchen. Tatlose Ergebung in das anscheinend Unvermeidliche heißt nicht, der gesellschaftlichen Entwicklung ihren Lauf lassen, sondern sie zum Stillstand bringen.“²⁴ Also ohne den handelnden Menschen keine gesellschaftliche Entwicklung, d.h. keine Geschichte.

Da Sie in Ihrem Brief betonen, daß Kautskys Entwicklung in der Seidel-Debatte sich „in engster Zusammenarbeit mit dem Redakteur Bernstein“ vollzog, der einen der Kautsky-Artikel besonders empfahl (S.74), fällt mir ein zu fragen, warum Sie dann eigentlich diese Debatte so bezeichnend für Kautskys Entwicklung halten, aber überhaupt nicht für Bernsteins. Als die beiden wichtige Denker wurden, waren sie beide gute Demokraten — ihr späterer Streit

22 Karl Kautsky, Thomas More und seine Utopie. Mit einer historischen Einleitung, 5. Aufl., Stuttgart und Berlin 1922, S.302.

23 Siehe: Walter Euchner, Karl Kautskys Beitrag zum Demokratieverständnis der SPD, in: *Marxismus und Demokratie*, a.a.O., S.220–232.

24 Karl Kautsky, Das Erfurter Programm. In seinem grundsätzlichen Teil erläutert, 18. Aufl., Berlin und Bonn-Bad Godesberg 1974, S.102.

ging nicht um Demokratie, sondern um die Möglichkeit ihrer Verwirklichung im Kaiserreich —, und ich halte daher die Debatte nach wie vor für nicht sehr wichtig in der Geschichte des SPD-„Parteimarxismus“.

Mit Ihrer Erklärung Ihrer Verwendung von Kautskys „Erinnerungen“ im Zusammenhang mit der Seidel-Debatte haben Sie recht, und ich nehme meine „leicht ironische Bemerkung“ darüber gerne zurück.

Was nun Ihr Kapitel über die Frauen angeht, hat auch mir daran gefallen — und das hätte ich betonen sollen —, daß niemand, der es liest, Kautsky für einen trockenen, pedantischen Menschen halten kann oder gar, wie Sie sagen, für ein lebloses Wesen, wie er manchmal dargestellt wird. Ich stimme Ihnen auch völlig zu, daß dem Schicksal und der Rolle der Frauen „großer Männer“ und dem Umgang mit ihnen mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte. Damit können Sie natürlich nicht rechtfertigen, daß Sie von der Luise, die von 1890 bis zu seinem Tod 1938 Kautskys Frau war, nichts als die kurze Krise in der Ehe erwähnen und damit seine Beziehung zu ihr und ihre Rolle völlig verzerren. Aber davon schrieb ich schon genug und bin froh, daß Sie das für berechtigt halten.

Der Großteil des Kapitels über die Frauen ist drei Frauen im Leben Kautskys gewidmet, mit denen er zu tun hatte, als er gewiß noch kein „großer Mann“ war — Milica 1880, Isabella zwei Monate 1888 und seiner ersten Ehefrau Louise 1883–1888. Ich wußte nicht, daß Kautskys zwei Ehen an zwei Stellen in der Literatur verwechselt wurden und auch nichts von Gerüchten über Kautskys Milica-„Rechtfertigungsschrift“ und selbstverständlich auch nichts über ihre eigenen persönlichen Erfahrungen. Wie weit alles das Ihre Beschäftigung auf über 30 Seiten mit Kautskys Verhältnis zu diesen drei Frauen, aber vor allem Ihren Ton dabei, rechtfertigt, muß ich hier dahingestellt sein lassen. Daß ich, nach dem, was Sie davon schreiben, auch den Eindruck habe, daß Kautsky sich schlecht gegen Milica benommen hat, habe ich ja schon in meinem ersten Brief bemerkt.

Sicher spielt die „psychische und biographische Prädisposition eines Theoretikers“ in der Entwicklung von Theorie eine Rolle, obwohl natürlich gewisse Theorien nur in gewissen Zeiten und an gewissen Orten entwickelt werden. Es ist kein Zufall, daß ein Karl Marx nicht im 12. Jahrhundert in China schrieb. Aber wenn Sie an Kautskys Psyche und Biographie interessiert sind — übrigens warum kaum an Bernsteins? —, warum betonen Sie nur seine Beziehung zu den drei Frauen in seinen jungen Jahren und kurz auch die zu seiner Mutter? Da wäre ja sicher noch vieles andere von Interesse.

Abgesehen davon, daß Sie Luise ignorieren, erwähnen Sie z.B. nie Kautskys drei Söhne, die zwischen 1891 und 1894 geboren wurden, also in der Zeit aufwuchsen, die Sie behandeln, und die, wie ich persönlich bezeugen kann, ihren Vater sehr liebten und schätzten. Das wirft doch wohl auch ein Licht auf seinen Charakter. Freilich, Ihr Buch ist keine Biographie Kautskys — und schon gar nicht eine Bernsteins —, aber gerade deshalb kommt mir Ihre Betonung der drei Frauen immer noch etwas „seltsam“ vor. Doch genug davon!

Daß Kautsky weitgehend mit Bernstein übereinstimmte, fand ich sehr interessant und auch einleuchtend. Was ihn dann in den Tagen vor Stuttgart zu seiner Haltung dort bewog, kann ich nicht beurteilen, da ich die Quellen, die Ihnen zur Verfügung standen, nicht kenne. Aber wenn Sie mit Ihrer Erklärung dieser Haltung in Ihrem Brief recht haben, dann sehe ich immer noch nicht ein, warum man auf seine jugendlichen Liebesgeschichten zurückgehen muß, um Kautskys Handlungsweise zu verstehen.

Der springende Punkt aber bleibt, daß Kautsky in Stuttgart und in den nächsten zehn Jahren sich gegen den Glauben wandte, daß die Sozialdemokratie im Kaiserreich wie in England einfach durch Wahlsiege und Parlament an die Macht kommen könnte. Ohne die Quellen zu kennen, kann ich nicht glauben, daß Kautsky *darin* mit Bernstein je übereinstimmte und sich also *darin* kurz vor Stuttgart abrupt geändert hat.

Jedenfalls war Kautskys pessimistische Haltung gegenüber dem Regime und seine Forderung wirklicher parlamentarischer Demokratie ein wichtiges Element in seinem Denken bis 1918 — wie Sie ja natürlich wissen, da Sie am „Weg zur Macht“ arbeiteten —, und es wäre meiner Meinung nach interessanter gewesen zu untersuchen, ob und wie weit er damit recht hatte, als ob seine Haltung in Stuttgart in sein Persönlichkeitsbild paßte. Daß ich eine Diskussion der politischen Lage in Deutschland, auf die Kautsky und Bernstein reagierten, am meisten in Ihrem Buch vermisste, habe ich schon in meinem ersten Brief betont.

In Ihrem Brief schreiben Sie übrigens, daß Ihre Behandlung von Kautskys „abrupter“ Entscheidung vor Stuttgart „noch nichts mit moralischer und intellektueller Wertung zu tun“ hat. Auf S.315 Ihres Buchs schreiben Sie darüber: „Daß Kautsky gerade erst anfang, sich mit Bernstein kritisch auseinanderzusetzen, hinderte ihn nicht daran, bei seinem ersten öffentlichen Eingreifen in die Debatte bereits dessen Verurteilung auszusprechen.“, und auf der nächsten Seite heißt es: „Für seine schließliche Apotheose aber bemühte Kautsky keine Tatsachen.“ Klingt das nicht wie moralische und intellektuelle Wertung?

Von „unlauteren Absichten“ und „Niedertracht“ Ihrerseits, die Sie in Ihrem Brief erwähnen, kann natürlich gar nicht die Rede sein. Und da Sie ausdrücklich versichern, daß es nicht Ihre Absicht war, Kautsky herabzusetzen, glaube ich, daß Sie sich gar nicht bewußt sind, wie Sie das mit kleinen Bemerkungen wie den eben zitierten immer wieder tun. Oder mißverstehe ich Sie?

Ihren Satz über Kautskys Bemerkung über Most, wie Sie ihn mir jetzt erklären, habe ich offenbar mißverstanden. Ich dachte, Sie wollten andeuten, daß Kautsky doch mehr Interesse an Mosts Gewissenlosigkeit gehabt haben sollte. Aber irrte ich wirklich, wenn ich den Eindruck hatte, Sie stellten Kautskys Intelligenz in Frage, als Sie schrieben, der Charakter einer Bemerkung von Engels scheint ihm „nicht aufgegangen zu sein“? Für mich klingt das etwas höhnisch, aber es ist möglich, daß ich feine Nuancen im Deutschen vergessen habe oder neue nicht kenne. Meine Bemerkung, daß Kautsky Ihnen manchmal zu flexibel ist, hat sich wohl auf sein „sacrificium intellectus“ und seine „prompte Gefügigkeit“ auf S.255 bezogen.

Selbstverständlich haben Sie ganz recht, daß Sie nicht auf jeder Seite betonen müssen, daß das, was Sie schreiben, nur Ihre Meinung oder Interpretation darstellt, aber öfter, als Sie es tun, wäre es schon angebracht. Es stimmt ja leider nicht ganz, daß, wie Sie jetzt schreiben, jeder Leser auch andere Schlüsse aus dem Material ziehen und es auch selber überprüfen kann. Die meisten Leser werden, so wie ich, nicht nach Amsterdam reisen können und auf Ihre Zitate angewiesen sein, und jede Auswahl von Zitaten, auch die ehrlichste, stellt selber eine Interpretation dar. Wenn Sie auf S.165f. wiederholt der „Realität“ Kautskys „Fiktion“ gegenüberstellen, behaupten Sie da nicht, daß Ihre Interpretation eben nicht nur eine Interpretation, sondern die absolute Wahrheit ist?

Daß Sie die „größte Hochachtung“ für Benedikt Kautsky haben, freut mich natürlich sehr. Leider ist es schwer oder sogar unmöglich, seine Rolle als Mensch, besonders da er ja Schriftsteller war, von der als Herausgeber zu trennen. Wenn Sie von ihm schreiben, er habe Passagen „unterdrückt“ und es mit der Vollständigkeit „nicht so genau“ genommen und ihn der „Quellenfälschung“ anklagen, „unterstelle“ ich Ihnen doch nicht nur negative Beurteilungen, die Sie wirklich nicht getroffen haben. Wenn ich Derartiges über Ihre Arbeit schriebe und veröffentlichte, würden Sie annehmen, daß ich die größte Hochachtung für Sie hegte? [. . .]

Inzwischen nochmals vielen Dank für Ihren schönen Brief und die besten Grüße,

Ihr
John H. Kautsky

DEUTSCHE ARCHIVALIEN IN NACHLÄSSEN UND SAMMLUNGEN DEUTSCHER UND INTERNATIONALER PROVENIENZ IM INTERNATIONALEN INSTITUT FÜR SOZIALGESCHICHTE IN AMSTERDAM*

Von Eric J. Fischer und Huub Sanders

1. Zur Einführung

Durch die Entwicklungen der letzten Jahre und insbesondere durch das Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten hat das Interesse an deutschen Archivalien zugenommen. Der vom Verein deutscher Archivare organisierte Kongreß „Die Archive und die deutsche Einheit“¹ ist ein Ausdruck dieses erneuerten und wachsenden Interesses, das ein verständliches ist: Seit dem Anfang der dreißiger Jahre dieses Jahrhunderts war es um den Zustand und die Zugänglichkeit der deutschen Archive etwas merkwürdig bestellt. Seit dieser Zeit nämlich verschwand ein qualitativ wichtiger Teil der deutschen Archive, ein anderer Teil wurde aus Sicherheitsgründen im Ausland untergebracht. Bei diesem letzteren handelt es sich um Archive und Nachlässe von Organisationen und Personen, die vom Hitler-Regime bedroht wurden; ein Großteil dieser Archive wird heute im Amsterdamer Internationalen Institut für Sozialgeschichte (IISG) aufbewahrt. Auch wurden gegen Ende des Zweiten Weltkriegs, als die Rote Armee Deutschland vom Osten her besetzte, für die zeitgenössische Geschichte Deutschlands wichtige Archive als Kriegsbeute in die Sowjetunion verschleppt, wo sie erst vor kurzem wieder auftauchten. Aber auch die amerikanischen Besatzungsbehörden brachten Kollektionen in die USA. Die Politik in den Jahren 1949–1989, als die beiden deutschen Staaten nebeneinander existierten, bewirkte, daß eine „normale“ Forschung in *den* deutschen Archiven während der letzten 55 Jahre eigentlich unmöglich war.

Angesichts der politischen Entwicklungen in Deutschland und der ehemaligen Sowjetunion ist dies vielleicht ein guter Anlaß, sich mit dem Thema „deutsche Archivalien“ zu beschäftigen,

* Das Internationale Institut für Sozialgeschichte ist für jeden Besucher Montags bis Freitags von 9.30 bis 17.00 Uhr und Samstags von 9.30 bis 13.00 Uhr zugänglich (Samstags mit eingeschränkter Dienstleistung). Informationen über die Zugänglichkeit von Archivkollektionen bei Frau Mieke Ijzermans. Adresse: Cruquiusweg 31, NL-1019 AT Amsterdam, Holland. Telefon: 31-20-6685866, Fax: 31-20-6654181.

1 Dieser Text ist die überarbeitete Fassung eines am 7. Oktober 1992 im Roten Rathaus in Berlin im Rahmen des vom Verein deutscher Archivare organisierten 63. Deutschen Archivtags gehaltenen Vortrags.

wobei wir uns hier auf die deutschen Archivalien im IISG beschränken möchten. Der erste Teil der nachstehenden Schilderung betrifft die Periode bis zum Zweiten Weltkrieg, in der das IISG gegründet wurde; der zweite Abschnitt behandelt die Periode 1940–1984, die vom Krieg und dann vom Wachstum, sowohl in personeller und finanzieller Hinsicht, als auch was die Kollektionen betrifft, geprägt wurde; ein dritter Abschnitt ist dem Zeitraum von 1984 bis zur Gegenwart gewidmet, in dem eine Reorganisation und eine Neuorientierung des Instituts vorgenommen wurden: Die ursprünglichen Zielsetzungen blieben erhalten, die praktische Konkretisierung änderte sich.

Da der Raum, der uns zur Verfügung steht, begrenzt ist, bitten wir im voraus die Kürze und die Unvollständigkeit dieses Artikels zu entschuldigen. Für Interessenten haben wir am Schluß unseres Artikels eine möglichst vollständige Literaturliste zur Geschichte des IISG und dessen Kollektionen angefügt.

2. Die Zeit bis 1940

Im Jahre 1914 gründete der Sozialdemokrat Nicolaas Wilhelmus Posthumus, der erste Professor für Wirtschaftsgeschichte in den Niederlanden, nach deutschem Vorbild „De Vereeniging het Nederlandsch Economisch-Historisch Archief“ (NEHA). Die Zielsetzungen des NEHA waren der Erwerb, die Erschließung und die wissenschaftliche Bearbeitung von wirtschaftshistorischem Quellenmaterial. Das NEHA sicherte nach seiner Gründung eine größere Anzahl von Archiven von Unternehmen und gab das „Economisch-Historisch Jaarboek“ und mehrere Quellenpublikationen heraus. Die Finanzierung des NEHA geschah hauptsächlich aus Beiträgen von Mitgliedern des Vereins: finanzstarke Unternehmer und Wissenschaftler. Auch von Seiten der Gemeinde Amsterdam erhielt das NEHA Unterstützung: Sie stellte Geschäftsräume zur Verfügung.²

Das Herz des Wissenschaftlers Posthumus schlug für die Wirtschaftsgeschichte, das des Sozialdemokraten jedoch für die Sozialgeschichte, insbesondere für die Geschichte der Arbeiterbewegung. Sozialgeschichte als wissenschaftliche Disziplin existierte in den Niederlanden jedoch nicht, Gelder für den Erwerb oder den Ankauf von sozialhistorischem Quellenmaterial fehlten ebenfalls. Es ist nicht verwunderlich, daß Posthumus der Versuchung erlag, einen Teil der Gelder, die ihm von niederländischen Unternehmern für die NEHA zur Verfügung gestellt wurden, für den Ankauf von wichtigen internationalen sozialhistorischen Kollektionen zu verwenden. Solange es sich dabei nicht um substantielle Summen handelte, war das nicht weiter schlimm. Als in den dreißiger Jahren jedoch die Anzahl der durch Diktaturen bedrohten Personen und Organisationen und damit der bedrohten Archive und Kollektionen zunahm, mußte Posthumus sich nach neuen Finanzquellen umsehen, um die in zunehmendem Maße vor allem aus Mittel- und Osteuropa stammenden sozialhistorischen Archive zu erwerben und zu verwalten.

2 Siehe für eine ausführliche Geschichte der NEHA, De Vereeniging het Nederlandsch Economisch-Historisch Archief 1914–1989. Hrsg. von E. J. Fischer et al., Amsterdam 1989; hier (S.17–19) auch eine Kurzbiographie von Nicolaas Posthumus. Weitere biographische Daten über Posthumus in: P. J. van Winter, Herdenking van Nicolaas Wilhelmus Posthumus (26 februari 1880 — 18 april 1960), in: Jaarboek der Koninklijke Akademie van Wetenschappen 1960–1961, Amsterdam 1961, S.345–356; L. Noordegraaf, Nicolaas Wilhelmus Posthumus, 1880–1960. Van gloeiend marxist tot entrepreneur, in: ders., Ideeën en ideologieën. Over economische en sociale geschiedschrijving in Nederland 1894–1991, Amsterdam 1991, Bd.2, S.727–751; Biografisch Woordenboek van het socialisme en de arbeidersbeweging in Nederland, Amsterdam 1988, Bd.2, S.112ff; J. L. J. M. van Gerwen, De Centrale centraal [Arbeitstitel] erscheint in Amsterdam 1993.

Die Bibliothekarin der NEHA, Annie Adama van Scheltema, brachte Posthumus mit dem Direktor der sozialdemokratisch orientierten Versicherungsanstalt „De Centrale“, Nehemia de Lieme,³ zusammen. In den Statuten der „Centrale“ war festgelegt, daß der Gewinn des Unternehmens für die Stärkung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung verwendet werden müsse. De Lieme war der Meinung, daß die Gründung und die finanzielle Unterstützung einer sozialhistorischen Institution im Rahmen dieser Zielsetzung lag. 1935 wurde dann das „Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis“ gegründet. Die „Centrale“ und die NEHA, vertreten durch de Lieme und Posthumus, waren die gründenden Instanzen, Posthumus wurde zum ersten Direktor des IISG ernannt, de Lieme wurde Vorsitzender einer Stiftung, die seitdem als Eigentümerin oder Verwalterin der im IISG aufbewahrten Kollektionen auftritt. Die politische Entwicklung bewirkte, daß Posthumus genug zu tun hatte und daß de Lieme seine Kasse schon bald öffnen mußte. In raschem Tempo wurden Archivalien aus Mittel- und Osteuropa im Amsterdamer Institut gesichert. Die Niederlande, traditionell ein relativ sicherer Zufluchtsort für Personen, die aus religiösen oder politischen Gründen ihr Land verlassen mußten, hatten einen guten Ruf. Viele Deutsche, Österreicher, Spanier, Italiener und Russen zogen das Sichere dem Unsicheren vor: Sie entflohen den faschistischen oder kommunistischen Regimen und brachten ihre Archive oder Bibliotheken nach Amsterdam oder nach Paris, wo das IISG eine Zweigstelle eröffnet hatte. Die Kollektionen, die in der Vorkriegszeit aus Deutschland erworben wurden, umfassen drei Kategorien:

a) Der deutsche Sozialismus des 19. Jahrhunderts

Die wichtigsten Sammlungen aus dieser Periode sind die Nachlässe von Marx und Engels, außerdem die Archive von unter anderen Moses Hess, Johann Philipp Becker, August Bebel, Julius Motteler und Hermann Jung, dessen Nachlaß auch wichtige Dokumente zur Ersten Internationale enthält. Diese Kollektionen stammen aus dem sog. Historischen Archiv der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Dieses „Parteiarchiv“ ist *nicht* das Organisationsarchiv der SPD, sondern ein von der Partei angelegtes historisches Archiv, das verschiedene Personennachlässe und Organisationsarchive enthält. Dieser Gesamtbestand von interessanten und wertvollen Archiven drohte nach 1933 an die Sowjetunion verkauft zu werden, als die Exil-SPD in große finanzielle Schwierigkeiten geraten war. Für die SPD hätte der Verkauf an den politischen Gegner jedoch den moralischen Bankrott bedeutet. Nachdem die Sowjetunion, wahrscheinlich aus innenpolitischen Gründen, auf den Ankauf verzichtet hatte, wurde das SPD-Parteiarchiv 1938 von der „Centrale“ gekauft.⁴ Was dieser Schritt bedeutete ist klar: Durch den Erwerb des Archivs und durch die Unterbringung in England während des Zweiten Weltkriegs hat das IISG diese wichtige Kollektion nicht nur gerettet, sondern auch für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Wäre das Archiv in Moskau gelandet, wäre dies zweifellos nicht der Fall gewesen.

3 Ausführlichere biographische Daten über diese außergewöhnliche Persönlichkeit in: Biografisch woordenboek van het socialisme en de arbeidersbeweging in Nederland, Amsterdam 1989, Bd.3, S.120–122; Maria Hunink, De papieren van de revolutie. Het Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis 1935–1949, Amsterdam 1986, S.1ff; De Joodsche wachter, Jg.43 (1952), Nr.14, S.34–37; J. L. J. M. van Gerwen, De Centrale centraal, a.a.O.

4 Für eine detaillierte Beschreibung des Schicksals des SPD-Parteiarchivs siehe Paul Mayer, Die Geschichte des sozialdemokratischen Parteiarchivs und das Schicksal des Marx-Engels-Nachlasses, in: Archiv für Sozialgeschichte, Jg.6/7 (1966/67), S.5–198.

b) Die Blütezeit der klassischen deutschen Sozialdemokratie

Auch mehrere Kollektionen aus dieser Periode stammen aus dem SPD-Parteiarchiv, darunter die Nachlässe von Eduard Bernstein und Georg von Vollmar und die Protokolle der SPD-Reichstagsfraktion der Jahre 1898–1919. Gesondert erworben wurden der wichtige Nachlaß Karl Kautskys und das sogen. Familienarchiv Kautsky. Kautsky konnte sich nur mit großer Mühe von seinen Papieren trennen. Erst im Frühjahr 1938, ein halbes Jahr vor seinem Tod, entschloß er sich, gezwungen durch seine Emigration von Wien über Prag nach Amsterdam, sein Archiv an das IISG abzugeben. Schon im April 1939 wurde der Archivteil von Kautskys Nachlaß aus Sicherheitsgründen nach England transportiert, ein paar Wochen später kam seine Bibliothek in der Pariser Zweigstelle des IISG an, wo sie im Juni 1940 von den deutschen Besatzungstruppen beschlagnahmt wurde. Seitdem ist diese Bibliothek spurlos verschwunden. Es ist durchaus möglich, daß sie im Rahmen der neueren Entwicklungen in der ehemaligen Sowjetunion wieder auftaucht und an das IISG zurückgegeben werden kann. Der Nachlaß Kautskys, der zu den bedeutendsten Theoretikern der Zweiten Internationale gehörte, ist ein Spiegel der internationalen sozialdemokratischen Bewegung, er enthält Korrespondenz mit allen wichtigen Sozialisten. Und andere Nachlässe im IISG wiederum — die von Aksel'rod, Hamon, Turati, um nur einige zu nennen — enthalten Briefe von Kautsky. Weil die deutsche Bewegung in dieser Zeit so wichtig und prägend war, befindet sich auch viel relevantes Material in Archiven internationaler Organisationen und Gruppierungen, z.B. der Zweiten Internationale, der Zimmerwalder Bewegung, der Sozialistischen Arbeiter-Internationale usw. In diesem Zusammenhang sind auch die wichtigen Nachlässe von Vater Wilhelm und Sohn Theodor Liebknecht zu nennen.

c) Die linke Opposition gegen Hitler, vor allem in der Emigration

Das IISG besitzt eine große Anzahl von Nachlässen und Kollektionen von Emigranten, Exilorganisationen, Gegnern des Naziregimes und oppositionellen Gruppierungen aus der Periode 1933–1945. Einige Namen in diesem Zusammenhang: Friedrich Adler, Otto Bauer, Julius Braunthal, Wilhelm Dittmann, Albert Grzesinski, Paul Hertz, Neu Beginnen und Hans Stein. In diesem Zusammenhang ist auch viel relevantes Material in anderen Kollektionen vorhanden, insbesondere bei internationalen Organisationen wie der „Miners International Federation“ und der „War Resisters International“. Obwohl es nicht vor dem Zweiten Weltkrieg erworben wurde, muß hier das Archiv des deutsch-niederländischen Exilverlags Allert de Lange genannt werden. Dieses Archiv, das während des Kriegs von der deutschen Besatzungsmacht beschlagnahmt und nach dem Krieg unversehrt, in den ursprünglichen Amsterdamer Archivmappen und Ordnern, in der DDR aufbewahrt wurde, wurde nach der „Wende“ an den rechtmäßigen Eigentümer — den noch immer existierenden Verlag — zurückgegeben. Dieser hat das Archiv dann im IISG deponiert. Die Kollektion besteht aus der umfangreichen Verlagskorrespondenz mit emigrierten deutschen und österreichischen Schriftstellern und ist eine sehr schöne Ergänzung der IISG-Bestände.

Obwohl sie nicht in diese Aufreihung passen, müssen auch die anarchistischen Kollektionen des IISG erwähnt werden. Seit der Übernahme des umfangreichen Archivs des österreichischen Historikers und Sammlers Max Nettlau war das Institut der wichtigste Aufbewahrungsort für Dokumente aus der anarchistischen Bewegung. Auch Kollektionen anderer libertärer Personen und Organisationen aus dem deutschsprachigen Raum sind im IISG einzusehen, z.B. die Nachlässe von Paul Eltzbacher, Raphael Friedeberg, Gustav Landauer und Rudolf

Rocker. Wie relativ man das Wort deutsch oder deutschsprachig gerade bei diesem Personenkreis auffassen sollte, wird klar, wenn man sich die Kurzbiographie von Augustin Souchy Bauer ansieht, dessen Nachlaß das IISG ebenfalls besitzt: Geboren wurde er 1892 in Deutschland, 1915 flüchtete er nach Schweden, um 1919 wieder nach Deutschland zurückzukehren. In den zwanziger Jahren reiste er für die International Working Men's Association nach Südamerika und Spanien, 1933 flüchtete er nach Frankreich, von wo er als Propagandist der spanischen Anarchosyndikalisten ganz Europa bereiste. Nach dem Ende des Spanischen Bürgerkriegs war er in Frankreich interniert, von wo er 1942 nach Mexiko entkam. Nach dem Krieg arbeitete er in Madagaskar und Äthiopien. Erst Ende der sechziger Jahre kehrte er definitiv nach Deutschland zurück.

Der kurze Zeitabschnitt zwischen der Gründung des Instituts und der deutschen Besetzung der Niederlande war in jeder Hinsicht eine bemerkenswerte Periode. Nicht nur wurden in Amsterdam und in der Pariser Zweigstelle sehr große und wichtige Sammlungen zusammengetragen, es gelang Posthumus und de Lieme auch, nachdem sie zu dem Schluß gekommen waren, daß Frankreich und auch die Niederlande in einen Krieg einbezogen werden würden, die kostbarsten Archivalien nach England in Sicherheit zu bringen.⁵

3. Die Periode 1940–1984

Kurz nach der Besetzung der Niederlande durch die deutschen Truppen, im Juli 1940, wurde das IISG geschlossen. Das Personal hatte die wichtigste Korrespondenz vernichten können, so daß Sicherheitsdienst-Obersturmführer Dr. Prinzing im August 1940 zu seinem Bedauern entdecken mußte, daß „heute nicht mehr festzustellen ist, ob Posthumus politische Tendenzen vertreten hat“.⁶

Verschiedene Fraktionen innerhalb des deutschen Apparats, vertreten durch Heydrich, Ley und Rosenberg, haben versucht, die Verfügungsgewalt über das IISG und seine Sammlungen zu erhalten.⁷ Gegen Ende des Krieges war es Alfred Rosenberg, Leiter des nach ihm benannten Einsatzstabs, der einen Großteil der noch in Amsterdam vorhandenen Kollektionen in Richtung Osten transportieren ließ. — Nach dem Ende des Krieges wurde klar, daß ein Teil dieses Materials von den sowjetrussischen Truppen, die den östlichen Teil Deutschlands besetzt hatten, beschlagnahmt worden war. Ein anderer Teil konnte in den vierziger und fünfziger Jahren aus Deutschland und Polen nach Amsterdam zurückgebracht werden. 1959 traf in dreizehn Kisten der letzte damals bekannte Rest dieses Materials aus Ratibor im IISG ein.

Erst nach dem August 1991 wurden die Vermutungen bestätigt, daß mehrere Kollektionen, die dem IISG auch nach 1959 noch fehlten, in Moskau erhalten geblieben waren. Man enthüllte in Moskau die Existenz eines Zentralen Staatsarchivs („Sonderarchiv“), woraus für das IISG ersichtlich wurde, was in absehbarer Zeit in Amsterdam erwartet werden kann. Zum Beispiel der sehr umfangreiche Nachlaß von Joseph Bloch, Redakteur der „Sozialistischen Monatshefte“, der mit seinen geschätzten 15.000 Briefen dazu beitragen kann, neue Einsichten in die Geschichte der internationalen und deutschen Sozialdemokratie zu gewinnen.

5 Die Vorkriegsgeschichte des IISG wurde ausführlich beschrieben in: Maria Hunik, *De papieren van de revolutie*. . . , a.a.O. Hunink war nach 1945 Bibliothekarin des IISG. Aus dieser Studie geht ebenfalls hervor, daß man erwogen hat, einen Großteil der Institutskollektionen in Stanford (Kalifornien) unterzubringen.

6 Zitiert nach Maria Hunink, *De papieren van de revolutie*. . . , a.a.O., S.130.

7 Siehe zur Geschichte des IISG während des Zweiten Weltkriegs Karl Heinz Roth, *The International Institute of Social History as a pawn of Nazi Social Research — New documents on the IISH during German occupation rule from 1940 to 1944*, in: *International Review of Social History*, Jg.24 (1989), Supplement.

Zwischen 1945 und 1984 vergrößerte sich das IISG sowohl in personeller Hinsicht als auch in Bezug auf die Sammlungen in erheblichem Maße, wie die folgende Tabelle⁸ zeigt:

TABELLE 1: Leistungs- und Nutzerstatistik des IISG 1938–1984

	1938*	1958	1968	1978	1984
Archive (in km)	—	—	1.6	2.8	3.4 ^g
Drucksachen (in km)	—	—	7.6	14.3	18.0
Bücher	100.000	—	350.000	425.000	500.000 ^g
Periodika	—	—	45.000	55.000	60.000
Zeitschriftenabonnements	1.138	1.393	1.794	2.342	2.710
Fotos	—	—	—	40.000	90.000
Plakate	500	—	—	10.000	21.000
Personal	18	20	54	63	64.6
Besucher	2.440	2.450	3.536	9.245	9.300
Ausgeliehene Bücher	—	—	13.356	19.172	21.936
Fotokopien	—	—	125.097	248.751	—

*1938: Gesamtzahl von Archiveinheiten, Büchern, Zeitschriften, Fotos etc. 350.000

g = geschätzt

In der organisatorischen Struktur des Instituts änderte sich in dieser Periode nichts: Das IISG war nach wie vor nach thematisch oder geographisch bestimmten „Kabinetten“ organisiert; die Personen, die in diesen Abteilungen arbeiteten, waren für fast alle Arten von Aufgaben im IISG zuständig, vom Erwerb bis zur Erschließung, von der Auskunfterteilung bis zur Forschung und Publikation. Diese Struktur, die sehr effektiv war, solange das Institut einen kleinen Personalbestand hatte, führte, als das IISG immer größer wurde, zur Zersplitterung des Einsatzes von Arbeitskräften. Anfang der achtziger Jahre wurde deshalb, wie im nächsten Abschnitt beschrieben wird, eine Reorganisation durchgeführt.

Die Zunahme der Kollektionen und der Mitarbeiter machte mehrere Umzüge notwendig. 1968 wurde ein großes Gebäude an der Amsterdamer Herengracht bezogen, das jedoch 1980 aus Sicherheitsgründen wieder verlassen werden mußte: Es drohte unter der enormen Papierlast einzustürzen.

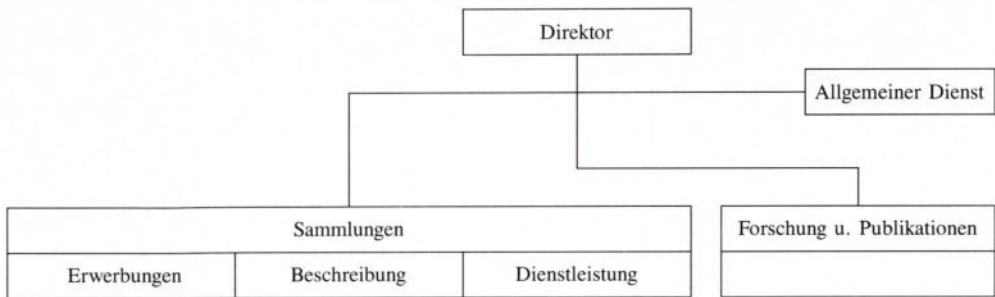
Die wichtigsten Kollektionen, die das Institut in dieser Periode erwarb, kamen aus Mitteleuropa. Sie können im großen und ganzen als Ergänzungen der Schwerpunkte der Vorkriegszeit betrachtet werden. Auch konnten Kollektionen aus den sachthematischen Bereichen Anarchismus und Internationale Organisationen (Zweite und Vierte Internationale, SAI, internationale Gewerkschaftsbewegung usw.) ergänzt werden. Wichtige Erwerbungen aus dem deutschsprachigen Gebiet waren zum Beispiel die Nachlässe von Karl Korsch und Rudolf Rocker, um zwei Pole innerhalb der linken Bewegung zu nennen.

4. Die Periode nach 1984

In den Jahren nach 1984 wurden in der Organisation des IISG und in seiner Arbeitsweise sehr tiefgreifende Änderungen vorgenommen. Die Kabinettsstruktur wurde aufgegeben, statt

8 Quelle: E. J. Fischer, *The International Institute for Social History. Reorganization after fifty years*, in: *International Review of Social History*, Jg.23 (1988), S.246–255.

dessen wurden zwei Hauptabteilungen gegründet: eine Abteilung Kollektionen und eine Abteilung Forschung und Publikationen (vgl. das folgende Schema).



Die Reorganisation führte zu einer Arbeitsteilung und zu einer erheblichen Leistungssteigerung auf allen Gebieten (siehe die nachfolgende Tabelle 2).

TABELLE 2: Forschungs- und Serviceleistungen vor und nach der Reorganisation von 1984

	insgesamt		im Durchschnitt pro Jahr	
	80-84	85-89	80-84	85-89
Archiverwerbungen (in m)	890	2.416	178,0	483,2
Titelbeschreibungen	22.950	49.597	4.590,0	9.919,4
Publikationen (Monographien)	10	46	2,0	9,2
Publikationen (Artikel)	62	268	12,4	53,6
Publikationen bei anderen Verlagen	23	24	4,6	4,8
Publikationen im IISG-Verlag	0	53	0,0	10,6
Vom IISG organisierte Kongresse	0	16	0,0	3,2
Mitarbeit an Ausstellungen	58	74	11,6	14,8
Ausstellungen im IISG	7	26	1,4	5,2
Vorträge	30	151	6,0	30,2
Kongreßteilnahmen	12	103	2,4	20,6
Mitgliedschaften in Vorständen und Redaktionen	56	197	11,2	39,4

Quelle: Annual Reports des IISG, 1980-1989

Auch in der Sâmmelpolitik des Instituts wurden einige wichtige Veränderungen vorgenommen. An erster Stelle ist hier die Bildung eines neuen Schwerpunkts der Abteilung Kollektionen zu nennen: die Türkei. Die Tatsache, daß die Arbeiterbewegung in der Türkei in sehr massiver Weise unterdrückt wurde und wird, führte zu einer Rettungsaktion wichtiger türkischer Kollektionen. Außerdem wurde der allgemeine Schwerpunkt von der mehr oder weniger traditionellen Arbeiterbewegung (politische Parteien und Gewerkschaftsbewegung) zu den neuen sozialen Bewegungen verlegt. Dazu gehören nicht nur die Studentenbewegung, die Hausbesetzerbewegung, Wehrpflichtigenvereine und Umweltinitiativen, sondern auch Gruppierungen zur Unterstützung der Dritten Welt, Wehr- und Zivildienstverweigerer und Feministinnen.

Wichtige deutsche Kollektionen, die in dieser Zeit erworben wurden, sind der Nachlaß von Wolfgang Abendroth (der sehr viel Material zum deutschen intellektuellen Klima der Nachkriegsperiode enthält), das Archiv des schon genannten Augustin Souchy, und die enorme Kollektion des Frankfurter Informations-Dienstes. Das IISG übernahm nicht nur die Kollektion, die zum größten Teil aus Periodika der deutschen Alternativbewegung der 70er und 80er Jahre besteht, sondern auch zwei Mitarbeiter, die bereit waren, ihre Aktivitäten — unter dem Namen ID-Archiv im IISG — fortzusetzen. Das IISG profitiert damit von dem ausgedehnten Netz an Kontakten des ID-Archivs auf dem Gebiet der „Gegenbewegungen“.

5. Schluß

Das Internationale Institut für Sozialgeschichte betrachtet es vorrangig als seine Aufgabe, als Rettungsbrigade für bedrohtes sozialhistorisches Archivmaterial zu fungieren, insbesondere von Archivalien auf dem Gebiet der (organisierten) Arbeiterbewegung. Außerdem sammelt das IISG Materialien (Periodika, Bücher, Broschüren) die es Forschern ermöglichen, diese Archivalien wissenschaftlich auszuwerten. Das IISG versucht nach wie vor in vielen Ländern, in denen die Arbeiterbewegung unterdrückt wird und Vertreter dieser Bewegung bedroht und verfolgt werden, Hilfe zu leisten, nicht mit dem Ziel, ein Monopol auf dem Gebiet des historischen Quellenmaterials zur Geschichte der Arbeiterbewegung zu erwerben. Im Gegenteil: Außer in Fällen, wo die archivbildenden Personen oder Instanzen bestimmte Beschränkungen auferlegt haben, sind alle Kollektionen des IISG im Prinzip für jeden Forscher zugänglich. Seit Anfang der achtziger Jahre geht der Sammelschwerpunkt immer mehr in Richtung moderne soziale (emanzipatorische) Bewegungen.

6. Literaturhinweise

Annie Adama van Scheltema-Kleefstra, Erinnerungen der Bibliothekarin des IISG, in: Mitteilungsblatt des Instituts zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Nr.4 (1979), S.7–42.

Hans van Beek und Jaap Kloosterman, *Moving Marx*. The International Institute of Social History at 31 Cruquiusweg Amsterdam, Amsterdam 1989.

Peter Beilharz, The Amsterdam Archive, in: *Labour History, A Journal of Labour and Social History*, Nr.58 (1990), S.93–96.

Aad Blok [et al.], *Oude stukken in een nieuw jasje*. Het Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, 1935–1990, in: *Het elfde jaarboek voor het democratisch socialisme*, Amsterdam 1990, S.127–168.

Mies Campfens, *De Nederlandse archieven van het Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis te Amsterdam*, Amsterdam 1989.

Eric J. Fischer, The International Institute of Social History. Reorganization after fifty years, in: *International Review of Social History*, Jg.23 (1988), Nr.2, S.246–255.

Eric J. Fischer [et al.], *Vele gezichten — Achter de schermen van het IISG*, Amsterdam 1991.

Hans-Peter Harstick, Zum Schicksal der Marxschen Privatbibliothek, in: *International Review of Social History*, Jg.18 (1973), Nr.2, S.202–222.

Atie van der Horst und Elly Koen, *Guide to the International Archives and Collections at the IISH*, Amsterdam, Amsterdam 1989.

Maria Hunink, *De papieren van de revolutie*. Het Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis 1935–1949, Amsterdam 1986.

Maria Hunink, Das Schicksal einer Bibliothek — Max Nettlau und Amsterdam, in: *International Review of Social History*, Jg.27 (1982), Nr.1, S.4–42.

Rudolf de Jong, Einige ungezwungene Gedanken über das Retten und Sammeln der Geschichte beim Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam, in: *Reader der „anderen“ Archive*, Amsterdam 1990, S.326–333.

Jaap Kloosterman, The International Institute of Social History, in: *Saothar. Journal of the Irish Labour History Society*, Nr.12 (1987), S.90–92.

Ursula Langkau-Alex, Quellen zur deutschsprachigen Emigration nach 1933 im IISG, in: *Newsletter Society for Exile Studies*, Nr.9/10 (1988), S.28–36.

Arthur Lehning, In memoriam Maria Hunink 1924–1988, Amsterdam 1988.

Jan Lucassen, Tracing the past. Collections and research in social and economic history. The International Institute of Social History, the Netherlands Economic History Archive and related institutions, Amsterdam 1989.

Paul Mayer, Die Geschichte des sozialdemokratischen Parteiarchivs und das Schicksal des Marx-Engels-Nachlasses, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Jg.6/7 (1966/67), S.5–198.

Rudolf Quast, Zwischen Amsterdam und Bochum, in: *Jahrbuch der Ruhr-Universität*, Bochum 1974, S.1–39.

Karl Heinz Roth, The International Institute of Social History as a pawn of Nazi social research — New documents on the IISH during German occupation rule from 1940 to 1944 in: *International Review of Social History*, Jg.34 (1989), Supplement.

J. M. Welcker, Veertig jaar Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis (1935–1975), *Tijdschrift voor Sociale Geschiedenis*, Jg.1 (1975), Nr.3, S.372–384.

7. Periodika des IISG:

Bulletin of the International Institute of Social History Leiden, 1937–1940, 1950–1955.

International Review of Social History Leiden, Assen, Cambridge, 1936–1939, 1956 bis jetzt.

Bulletin of Central and East-European Activities, Amsterdam, seit 1992.

8. Bestandsübersicht*

Abendroth, Wolfgang (1906–1985). (1925–1943) 1944–1985. ca. 20 m. Teilliste (d).

Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein (ADAV) — Hatzfeldt, Sophie von (1805–1881). [1840–] 1857–1875 (-1890). 0,70 m. Inventar (d).

Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein (ADAV) — Lassalle, Ferdinand (1825–1864). (1833–) 1845–1876 (-1938). 0,10 m. Liste (d).
Anarcho Archiv. (1921) 1971–1979. 0,10 m (d).
Antrick, Otto (1858–1924). 1892–1915 (-1933). 0,04 m. Liste (d).

Arbeiter-Jugend-Internationale siehe: Sozialistische Jugend-Internationale

Arbeitersängerbund, siehe: Deutscher Sozialdemokratischer Leseklub

Barnikol, Ernst (1892–1968). ca. 1965. 0,75 m (d).

Bebel, Ferdinand August (1840–1913). 1866–1913. 0,25 m. Inventar (d).

Becker, Johann Philipp (1809–1886). (1841–) 1848–1886. 0,80 m. Inventar (d).

Beer, Max (Moshe, 1864–1943). 1913–1943 (-1982). 0,45 m (i).

Bernstein, Eduard (1850–1932). 1877–1932. 2,50 m. Inventar (d).

Beyer, Georg (1884–1943). 1915–1935. 0,04 m (d).

* d = deutsch, i = international, čs = tschechoslowakisch.

- Blum, Robert (1807–1848). 1843, 1848. 0,01 m (d).
- Blumenberg, Werner (1900–1965). (1848–) 1946–1965. 1,50 m (d).
- Boehmer, Konrad (*1941). 1968–1976. 0,50 m. Liste (d).
- Braun, Otto (1872–1955). 1903–1946. 1,10 m. Inventar (d).
- Breitscheid, Rudolf (1874–1944). 1910–1939 (1949). 0,50 m. Liste (d).
- Bureau Socialiste International (BSI). 1914–1920. 0,60 m. Liste (i).
- Cauer, Minna (1841–1922). (1867–) 1892–1922 (–1984). 0,20 m. Liste (d).
- Comité d'Action pour les États Unis d'Europe (Comité Monnet) 1955–1975. 0,70 m. Inventar (i).
- Comité International d'Information et d'Action Sociale (CIAS). 1956–1961. 0,04 m (i).
- Comité Sportif Internationale du Travail (CSIT). 1927–1981. 0,05 m (i).
- Commission de Relations Internationales Anarchistes (CRIA). 1948–1949 (1954). 0,15 m (i).
- Conférence Intergouvernementale pour le Marché Commun et l'Euratom. 1956–1957. 0,70 m (i).
- Council of Europe. 1949–1983. 2 m (i).
- Council of European National Youth Committees (CENYC). 1963–1978. 0,10 m (i).
- Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei (DSAP). 1918–1939. 12 m. (vorwiegend Zeitungsausschnitte) (čs).
- Deutscher Bankbeamtenverein, siehe: Lilienthal, Lebrecht
- Deutscher Sozialdemokratischer Leseklub, Paris — Arbeitersänger-Bund, Paris. 1903–1914. 1,15 m, Kartei zum Arbeitersänger-Bund (d).
- Deutscher, Isaac (1907–1967). 1944–1967. 10 m (i).
- Diederich, Franz (1865–1921). (1861–) 1870–1933 (–1961). 3 m. Teilinventar (d).
- Diefenbach, Hans (1884–1917). 1908–1917 (–1922). 0,03 m. Kartei (d).
- Dietz, J. H. W. (1843–1922). 1903–1922. 0,25 m. Liste (d).
- Dittmann, Wilhelm (1874–1954). 1939–1947 (1961). 0,60 m (d).
- Documentation de Statistique Sociale et Economique. 1935–1940. 0,50 m (i).
- Economisch en Sociaal Comité van de Europese Gemeenschap. 1958–1983. 7,50 m (i).
- Eltzbacher, Paul (1868–1928). 1896–1923. 0,05 m. Liste (d).
- Entraide Ouvrière Internationale (EOI). 1948–1969 (1981–1982). 0,35 m (i).
- Euratom. 1957–1967. 0,12 m (i).
- Europäische Föderation der Agrarischen Gewerkschaften in der Gemeinschaft. 1958–1978. 0,05 m (i).
- Europäischer Bund der Freien Gewerkschaften in der Gemeinschaft. 1969–1973. 1 m (i).
- Europäischer Gewerkschaftsausschuß Nahrung-Genuß-Gaststätten in der Gemeinschaft (EGNGG). 1961–1979. 0,20 m (i).
- Europäischer Gewerkschaftsausschuß Textil, Bekleidung und Leder. 1971–1979. 0,06 m (i).
- Europäischer Metallgewerkschaftsbund in der Gemeinschaft (EMB). 1964–1979. 0,70 m (i).
- Europäisches Gewerkschaftssekretariat. 1957–1969. 1,75 m (i).
- European League for Economic Cooperation (ELEC). 1950–1965. 0,06 m (i).
- European Trade Union Confederation (ETUC). 1973–1982 (–1984). 4 m (i).
- European Trade Union Institute (ETUI). 1978–1984. 0,30 m (i).
- Europees Centrum voor Ontwikkeling van de Beroepsopleiding. 1975–1980. 0,15 m (i).
- Europees Parlement. 1958–1980. 0,55 m (i).
- Europees Sociaal Fonds. 1960–1978. 2,15 m (i).
- Europese Economische Gemeenschap (EEG). 1958–1967. 1,80 m (i).
- Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal (EGKS). 1950–1967. 0,65 m (i).

- Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal (EGKS). Raadgevend Comité. 1953–1957, 1972–1974. 1979. 1,50 m (i).
- Europese Gemeenschappen. 1958–1978 (–1983). 4,40 m (i).
- Europese Stichting tot Verbetering van de Levens- en Arbeidsomstandigheden. 1976–1982. 0,15 m (i).
- Fédération Internationale des Acteurs — Fédération Internationale des Artistes de Variétés (FIA). 1951–1977. 0,75 m (i).
- Fédération Internationale des Employés et des Techniciens (FIET). (1904) 1932–1983. 1 m. Liste (i).
- Fédération Internationale des Musiciens (FIM). 1948–1976. 0,20 m (i).
- Fédération Internationale des Résistants (FIR). 1954–1976. 0,03 m (i).
- Fédération Mondiale des Villes Jumelées (FMVJ). 1961–1973. 0,40 m (i).
- FFF (Confederation of the Fédération Internationale des Acteurs, Fédération Internationale des Musiciens, Fédération Internationale des Artistes de Variétés). 1954–1977. 0,10 m (i).
- Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO). 1948–1970. 0,65 m (i).
- Freundeskreis Carl von Ossietzky. 1933–1936 (1961–1969). 0,80 m. Liste (d).
- Friedeberg, Raphael (1863–1940). 1887, 1898–1915. 0,10 m. Liste (d).
- Fürth, Henriette (1861–1938). 1885–1938. 0,20 m. Liste (d).
- German Democratic Republic, Opposition and „Wende“ 1989–1990; 3 m (d).
- Grimm, Robert (1881–1958) — Zimmerwalder Bewegung. 1914–1917. 1,30 m. Inventar (i).
- Grzesinski, Albert (1879–1947). (1911) 1915–1937. 2,65 m. Inventar (d).
- Guillaume-Schack, Gertrud (1845–1903). 1880–1894. 0,15 m (d).
- Hatzfeldt, Sophie von, siehe: Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein
- Heine, Wolfgang (1861–1944). 1896–1930. 1,50 m. Inventar (d).
- Hertz, Paul (1888–1961). 1903–1961. 5,60 m. Liste (d).
- Herz, Carl (1877–1951). 1905–1951. 1,15 m. Inventar (d).
- Hess, Moses (1812–1875). 1830–1885. 0,75 m. Inventar (d).
- Hilferding, Rudolf (1877–1941). 1903, 1907–[1913]. 0,01 m (d).
- Huhn, Willy (1909–1970). 1909–1970. 9,50 m. Kartei (d).
- Intergovernmental Committee for European Migration (ICEM). 1952–1955. 0,04 m (i).
- International Association of the Plastic Arts (IAPA). 1953–1957. 0,03 m (i).
- International Bookbinders' Union, siehe: Internationale Föderation der Buchbinder und verwandter Berufe
- International Center of Free Trade Unionists in Exile (ICFTUIE). 1949–1974. 0,10 m (i).
- International Confederation for Disarmament and Peace (ICDP). 1963–1978. 0,10 m (i).
- International Confederation of Free Trade Unions (ICFTU). 1949–1984. 29,30 m. Teilliste (i).
- International Cooperative Alliance (ICA). 1897–1974. 0,06 m (i).
- International Council of Social Democratic Women (ICSOW). (1947–) 1955–1983. 14 m. Teilliste (i).
- International Economic Conference, Genova. 1922. 0,10 m (i).
- International Falcon Movement (IFM). — Socialist Educational International (SEI). 1923–1981. 0,60 m (i).
- International Federation of Building- and Woodworkers. 1891–1973. 0,10 m (i).
- International Federation of Chemical, Energy and General Workers' Unions (ICEF). 1912–1979. 1,50 m (i).
- International Federation of Christian Trade Unions, siehe: Wereldverbond van de Arbeid
- International Federation of Free Teachers' Unions (IFFTU). 1950–1976. 0,04 m (i).

- International Federation of Lithographers, Printers and similar Trades. 1910–1949. 0,75 m. Inventar (i).
- International Federation of Petroleum and Chemical Workers (IFPCW). 1952–1973. 0,02 m (i).
- International Federation of Plantation, Agricultural and Allied workers (IFPAAW). 1955–1977. 0,03 m (i).
- International Federation of Popular Travel Organizations. 1951–1975. 0,05 m (i).
- International Federation of the Socialist and Democratic Press (IFSDP). 1956–1981. 0,03 m (i).
- International Federation of Trade Unions (IFTU). 1919–1953. 2,30 m. Inventar (i).
- International Federation of Workers' Educational Associations (IFWEA). 1945–1980. 0,05 m (i).
- International Fellowship of Reconciliation (IFOR). 1925–1981. 0,05 m (i).
- International Fixed Calendar League (IFCL). (1925) 1928–1939 (1949). 0,35 m (i).
- International Graphical Federation (IGF). (1913–) 1949–1972. 10 m. Teilliste (i).
- International Industrial Relations Institute (IIRI), The Hague. 1925–1939. 0,05 m (i).
- International Labour Assistance, siehe: Entraide Ouvrière Internationale
- International Labour Organization (ILO). 1919–1979. 9 m. Kartei (i).
- International Liaison Committee of Organizations for Peace (ILCOP). 1947–1963. 0,06 m (i).
- International Metalworkers' Federation (IMF). (1904–) 1948–1980. 4 m (i).
- International Organization of Industrial Employers, siehe: International Labour Organization
- International Peace Bureau (IPB). 1902–1980. 0,08 m (i).
- International Secretariat of Entertainment Trade Unions (ISETU). 1964–1976. 0,30 m (i).
- International Social Security Association (ISSA). 1949–1979. 0,05 m (i).
- International Socialist Conferences. 1891, 1893, 1916. 0,02 m (i).
- International Sociological Association (ISA). 1949–1982 (–1986). ca. 10 m. Liste (i).
- International Student Conference (ISC). 1950–1969. 113 m. Teilliste (i).
- International Textile, Garment and Leather Workers Federation (ITGLWF). 1895–1979. 0,65 m (i).
- International Trade Secretariats (ITS's). 1949–1966. 0,40 m. Liste (i).
- International Transportworkers' Federation (ITF). 1896–1976. 0,40 m (i).
- International Union of Food and Allied Workers Associations (IUF). 1896–1981. 0,75 m (i).
- International Union of Social Democratic Teachers (IUSDT). 1952–1973. 0,04 m (i).
- International Union of Socialist Youth (IUSY). 1946–1982. 12,20 m. Liste (i).
- International Union of Students (IUS). (1942–), 1946–1970. 2,50 m. Inventar (i).
- International Voluntary Service. 1963–1970. 0,12 m (i).
- International Working Men's Association (IWMA). 1922–1961. 0,15 m. Inventar (i).
- Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien (IASP). 1921–1923. 0,06 m (i).
- Internationale Föderation der Buchbinder und verwandter Berufe (IFB). 1907–1949 (1953, 1965). 0,25 m. Liste (i).
- Internationale Situationniste (IS). 1967–1971. 0,15 m (i).
- Internationale Verbindung der Sozialistischen Jugendorganisationen, siehe: Sozialistische Jugend-Internationale
- Jacoby, Henry (1905–1986). 1903–1986. 0,35 m. Liste (d).
- Jezierska, Fanny (1887–1945). 1915–1938. 0,02 m (d).
- Juchacz, Marie (1879–1956). 1928–1931. 0,03 m (d).

- Kampffmeyer, Paul (1864–1945). (1878–) 1888–1929. 0,05 m (d).
- Kautsky, Benedikt (1894–1960). (1839–1944) 1945–1960 (1961). 2 m. Liste (d).
- Kautsky, Karl (1854–1938) und Kautsky Familienarchiv. 1789–1967. 18 m. Inventare (d).
- Kleine Korrespondenz (aus dem Parteiarchiv der SPD). 1844–1931. 0,60 m. Inventar (d).
- Kommune I. 1965–1968. 1,35 m. Liste (d).
- Kommunistische Internationale (KOMINTERN). 1919–1938 (1943, 1953–1960). 0,10 m. Liste (i).
- Korsch, Karl (1886–1961). 1911–1962. 1,15 m. Inventar (d).
- Kuntze, Karl (*1909). 1943–1946, 1977 (ca. 1980). 0,05 m. Liste (d).
- Kuttner, Erich (1887–1942). 1888–1943. 0,80 m. Liste (d).
- Labour and Socialist International. London Secretariat. 1921–1923. 0,35 m. Inventar (i).
- Landauer, Gustav (1870–1919). 1882–1919 (–1936). 1,50 m. Inventar (d).
- Landsberg, Otto (1869–1957). 1892–1933. 0,50 m. Liste (d).
- Lang, Joseph (1902–1973). 1945–1962 (1973). 0,05 m. Liste (d).
- Lassalle, Ferdinand, siehe: Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein
- League against Imperialism. 1926–1931. 0,15 m. Inventar (i).
- League of Nations (LON). 1920–1945. 4,45 m (i).
- Levy, Leo (1877–1959). (1894) 1901–1905, 1914–1935 (1939–1947). 0,20 m. Inventar (d/i).
- Liaison Committee of Women's International Organizations. 1925–1977. 0,85 m (i).
- Lieb knecht, Karl (1871–1919) (1881–) 1902–1918. 0,05 m. Liste (d).
- Lieb knecht, Theodor (1870–1948). (1832–) 1886–1948. 0,65 m. Liste (d).
- Lieb knecht, Wilhelm (1826–1900). (1842–) 1859–1900 (–1938). 2,05 m. Inventar (d).
- Lilienthal, Lebrecht. 1921–1925. 0,03 m (d).
- Luxemburg, Rosa (1870–1919). 1898–1918. 0,15 m. Kartei (d).
- Märten, Lu (1879–1970). (1889–) 1902–1969. 2,75 m. Liste (d).
- Marx, Karl (1818–1883) und Friedrich Engels (1820–1895). Periode Marx: (1792–) 1835–1883 (–1910); Periode Engels: 1820–1895 (–1924, 1935). 8 m. Inventar (d).
- Mattick, Paul (1904–1981). 1939–1981 (–1982). 0,35 m. Liste (d).
- Mayer, Bernhard A. (1866–1946). 1900–1937. 0,01 m. Liste (d).
- Mayer, Gustav (1871–1948). (1841–) 1919–1932. 1 m (d).
- Metzkow, Max (1854–1945). 1880–1945. 0,10 m (d).
- Michels, Robert (1876–1936). 1901–1917, 1928. 0,02 m (d).
- Miner's International Federation (MIF). (1890) 1933–1979. 1,60 m. Liste (i).
- Montanausschuß, Verbindungsbüro der Freien Berg- und Metallarbeitergewerkschaften in der Europäischen Gemeinschaft. 1949–1976. 0,30 m (i).
- Motteler, Julius (1838–1907). 1865–1906. 3,40 m. Inventar (d).
- Mouvement Européen. 1948–1981. 0,12 m (i).
- Mouvement Gauche Européenne. 1955–1973. 0,02 m (i).
- Mouvement Socialiste pour les États-Unis d'Europe (MSEUE). 1947–1960. 0,20 m (i).
- Naturfreunde Internationale (NFI). 1932–1979. 0,50 m (i).
- Nettlau, Max (1865–1944). 1885–1944. 32 m. Liste in Vorbereitung (i).
- Neu Beginnen. 1931–1946. 1,00 m. Liste und Kartei (d).
- North Atlantic Treaty Organization (NATO). 1952–1975. 0,30 m (i).
- Ossietzky, Carl von, siehe: Freundeskreis Carl von Ossietzky
- Oswald, Eugen (1826–1912). 1861–1905. 0,01 m (d).

- Partos, Paul (1911–1964). 1939–1964 0,03 m. Liste (d).
- Peukert, Josef (1855–1910). 1880–1910 (-1914). 0,20 m. Teilliste (d).
- Posadistes, siehe: Quatrième Internationale Posadiste
- Postal, Telegraph and Telephone International (PTTI). 1913–1987. 41,5 m. Liste in Vorbereitung (i).
- Public Services International (PSI). 1925–1932, 1945–1978. 0,06 m. Liste (i).
- Quatrième Internationale Posadiste. (1952–) 1963–1983. 3,50 m. Liste (i).
- Rassemblement Mondial des Étudiants. 1934–1937. 0,06 m (i).
- Rassemblement Universel pour la Paix (RUP). 1935–1949 (-1987). 1,20 m. Inventar (i).
- Rat der Volksbeauftragten. 1918. 0,05 m (d).
- Reichel, Adolf (1816–1896). 1838–1892. 0,02 m. Liste (d).
- Reimers, Otto (1902–1984). 1932–1983. 2,40 m (d).
- Rocker, Rudolf (1873–1958). (1898–) 1933–1958. 5,20 m. Inventar (d).
- Rüdiger, Helmut (1903–1966). 1936–1966. 2 m. Liste (d).
- Rühle, Otto (1874–1943). 1933–1943. 0,35 m. Kartei (d).
- Saarkollektion. 1934–1939. 0,13 m. Kartei (d).
- Salomon, Fritz (*1890). 1904–1935. 0,15 m (d).
- Salomon(-Delatour), Gottfried (1892–1964). (1891–) 1908–1933. 3,60 m. Liste (d).
- Schack, Gertrud, siehe: Guillaume-Schack, Gertrud
- Schlüter, F. Hermann (1851–1919). 1876–1916. 0,40 m. Inventar (d).
- Schramm, Carl A. (1830–1905). 1846–1905 (1925). 0,04 m. Liste (d).
- Schröder, Karl (1884–1950). ca. 1920–1950 (1962–1963). 0,05 m. Liste (d).
- Second International. 1889–1922. 0,60 m. Inventar (i).
- Socialist Educational International, siehe: International Falcon Movement
- Socialist International (SI). (1946–) 1951–1988. 78 m (i).
- Socialist International Women, siehe: International Council of Social Democratic Women
- Socialist Parties of the European Community and Socialist Group of the European Parliament, Liaison Bureau. 1950–1981. 2,65 m (i).
- Socialist Union of Central Eastern Europe (SUCEE). 1948–1979. 0,20 m (i).
- Sollmann, Wilhelm (1881–1951). 1893–1946 (1953). 0,20 m. Liste (d).
- Sorge, Friedrich A. (1828–1906). (1848) 1867–1895 (1906). 0,05 m. Liste (d).
- Souchy Bauer, Augustin (1892–1984). 1942–1983. 7,80 m. Liste (d).
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands, siehe: Kleine Korrespondenz
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD). Reichstagsfraktion. 1898–1920. 0,10 m (d).
- Sozialistische Arbeiter-Internationale (SAI). 1923–1946. 13,50 m. Inventar in Vorbereitung (i).
- Sozialistische Jugend-Internationale (SJI). (1907–) 1923–1946. 5,50 m. Inventar (i).
- Stein, Alexander (1881–1948). Ps. von A. N. Rubinštejn. (1916, 1933–1938) 1940–1948 (1949, 1958). 0,50 m. Liste (d).
- Stein, Hans (1894–1941). 1911–1939. 4,20 m. Liste (d).
- Trade Union Advisory Committee (TUAC) to the Organization for European Economic Cooperation (OEEC). 1948–1979 (-1982). 3,75 m (i).
- Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD), Reichstagsfraktion. 1919–1922. 0,02 m (d).
- Union Internationale des Organismes Familiaux (UIOF). 1958–1972. 0,07 m (i).

- United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO). 1947–1980. 1,80 m (i).
- United Nations Organization (UNO). 1946–1984. 4,40 m (i).
- Utzelmann, Franz Peter (1895–1972). (1918–) 1944–1972. 0,10 m. Liste (d).
- Vogt, Franz (1899–1940). 1920–1938. 0,10 m. Liste (d).
- Vollmar, Georg von (1850–1922). (1846–) 1857–1922 (–1929). 6 m. Inventar (d).
- War Resisters' International (WRI). 1921–1989. ca. 30 m. Inventar (i).
- Weerth, Georg (1822–1856). 1836–1856. 0,30 m. Liste (d).
- Wels, Margarete. 1921–1932. 0,25 m. Liste (d).
- Wereldverbond van de Arbeid (WVA). Bis 1968 International Federation of Christian Trade Unions (IFCTU). 1925–1979. 0,20 m (i).
- Wereldverbond van Diamantbewerkeren. 1894–1970. 0,04 m (i).
- Weydemeyer, Joseph A. (1818–1866). 1844–1878. 0,25 m. Inventar (d).
- Willich, August (1810–1878). 1848–1850. 0,02 m. Inventar (d).
- Wolff, Wilhelm (1809–1864). 1848–1864. 0,05 m (d).
- Women's International Democratic Federation (WIDF). 1950–1983. 0,05 m (i).
- World Assembly of Youth (WAY). 1952–1972. 0,35 m (i).
- World Congress against the Imperialist War, Amsterdam. 1932. 0,10 m (i).
- World Council of Peace. 1948–1981. 0,10 m (i).
- World Crafts Council-Europe (WCC-Europe). 1969–1985. 3,50 m. Liste (i).
- World Federation of Democratic Youth (WFDY). 1945–1981 (–1984). 0,25 m (i).
- World Federation of Trade Unions (WFTU). 1945–1987. 1,70 m (i).
- World Festivals of Youth and Students. 1947–1985. 0,75 m (i).
- World Union of Free Thinkers. 1883–1959. 0,15 m (i).
- World Youth Congress Movement. 1935–1939. 0,06 m (i).
- World Youth Forum. 1961–1964. 0,13 m (i).
- Zentralrat der deutschen Sozialistischen Republik — Zentralrat der deutschen Arbeiterräte. 1918–1920. 2,30 m. Inventar (d).
- Zielenziger, Kurt (1890–1944). 1908–1938. 0,90 m. Liste (d).

FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONSVORHABEN ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG UND ANGRENZENDER GEBIETE (96)

Bearbeitet von Franz Jean Frohn

Die IWK versucht, systematisch alle Forschungs- und Publikationsvorhaben zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete zu erfassen. In der Rubrik „Forschungs- und Publikationsvorhaben zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete“ werden regelmäßig die Ergebnisse dieser Erhebungen veröffentlicht, sofern diese Arbeiten noch nicht publiziert worden sind. Bei der weiten Verbreitung der IWK in Fachkreisen ist mit der Anzeige eines Forschungsvorhabens gewährleistet, daß es allgemein zur Kenntnis genommen, somit Doppelarbeit vermieden und Kooperation gefördert wird. Die Redaktion bittet daher alle Bearbeiter einschlägiger Projekte — die in Frage kommenden Themenbereiche sind nachstehend erläutert — um Ergänzung und Rücksendung des Fragebogens, der in jedem Heft als Anhang abgedruckt ist. Auf Wunsch werden Ihnen weitere Fragebogen von der Redaktion übersandt. Auch die Mitteilung von Projekten Dritter — unter Angabe von deren Anschrift — ist erwünscht. Juristische Bedenken hiergegen bestehen insofern nicht, als eine Titelanzeige in der IWK nur nach Vorlage des Fragebogens bei dem Bearbeiter erfolgt.

Die Kriterien für die Aufnahme in das Projektverzeichnis sind nicht immer scharf abzugrenzen. Neben Projekten zur Geschichte der deutschen, österreichischen und schweizerischen Arbeiterbewegung, zur Geschichte der Internationale und zur Marx-Forschung finden verwandte Untersuchungen der Politologie und der empirischen Soziologie sowie Arbeiten zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte und zur Geschichte der sozialen Bewegungen Berücksichtigung, soweit sie sich mit den Problemen der Industrialisierung, Firmen- und Wirtschaftsgeschichte befassen. Einschlägige Vorhaben über andere Länder werden dann aufgenommen, wenn ein breiteres Interesse der deutschsprachigen Forschung vorausgesetzt werden darf, oder wenn sie von Gelehrten der Bundesrepublik bearbeitet werden.

Die uns übermittelten Daten werden in der IWK veröffentlicht, um anderen Wissenschaftlern eine erste Information über das Projekt zu vermitteln und eine direkte und schnelle Kontaktaufnahme mit dem Bearbeiter zu ermöglichen. Die Speicherung erfolgt in Form einer Autorenkartei. Die Ergebnisse der Erhebung werden außerdem an das Informationszentrum Sozialwissenschaften, Bonn, zur Speicherung und Auswertung für dessen wissenschaftliche Zwecke und gegebenenfalls zur Aufnahme des Projekts in das jedes Jahr vom Informationszentrum publizierte Verzeichnis der „Forschungsarbeiten in den Sozialwissenschaften“ weitergegeben. Sofern Projekte aus anderen Publikationen übernommen oder der Redaktion von Institutionen mitgeteilt worden sind, wird das am Ende der Projektmeldung vermerkt. Im übrigen beruhen die Meldungen und insbesondere die Nachträge auf den uns vom jeweiligen Bearbeiter übermittelten Daten. Die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben, insbesondere die Genauigkeit von bibliographischen Angaben, kann die Redaktion aus Gründen der Arbeitsökonomie nicht überprüfen.

Die Angaben zu den einzelnen Projekten sind jeweils nach dem folgenden Schema geordnet:

- 0 Laufende Nummer des Projekts (in der IWK)**
- 1 Institution(en), in deren Rahmen die Forschungsarbeit durchgeführt wird
- 2.1 Bearbeiter, Vor- und Zuname, Anschrift (Leiter unterstrichen)
- 2.2 Bei Arbeiten zur Erlangung eines akademischen Grades: Name des Betreuers
- 4 Stand der Forschungsarbeit
- 5 Laufzeit des Projekts
- 6 Art der Arbeit
- 7 Auftraggeber der Forschungsarbeit
- 8 Kostenträger
- 9 (Arbeits-)Titel der Forschungsarbeit (ggf. Untertitel)**
- 10.1 Zeitraum, auf den sich die Forschungsarbeit bezieht
- 10.2 Geographischer Raum, auf den sich die Forschungsarbeit bezieht
- 11 Inhaltliche Ziele der Arbeit
- 12 (Teil-)Veröffentlichungen der Arbeit bzw. deren Planung**
- 13 Nichtveröffentlichte (Zwischen-)Berichte, Manuskripte, Arbeitspapiere usw.**
- 14 Methodische Anlage (Vorgehensweise, Untersuchungsart, theoretischer Ansatz, Interview, schriftliche Befragung, Auswertung von Massendaten)
- 16 Benutzte Unterlagen (Quellenbasis: Archive, Archivalien, statistische Materialien, Zeitungen)
- 19 Hinweis auf Fundstelle oder mitteilende Institution

Eine dringende Bitte an unsere Leser:

Um die Berichterstattung über den Fortgang der gemeldeten Forschungs- und Publikationsvorhaben jeweils auf dem neuesten Stand zu halten, bittet die Redaktion dringend darum, ihr auch Mitteilungen über den Stand von bereits angezeigten Projekten zukommen zu lassen. Insbesondere wenn Arbeiten abgeschlossen, publiziert, Titel oder Gegenstand geändert oder aufgegeben wurden, bitten wir um Nachricht. Nur so können wir vermeiden, daß das Verzeichnis der Forschungs- und Publikationsvorhaben der IWK zu einem sogenannten Projektfriedhof ohne tatsächlichen Wert als Hilfsmittel für die Forschung wird. Bitte verwenden Sie den Projektfragebogen am Schluß dieses Heftes und füllen Sie diesen bitte möglichst vollständig und genau aus.

Redaktionsschluß: 31.8.1993

I. PROJEKTVERZEICHNIS

A. GESCHICHTSWISSENSCHAFT,
HILFSMITTEL

- 0 **93-068**
 2.1 HEDELER, Wladislaw, Dr.; Rolandstr. 50,
 D-13156 Berlin
 4 Im Druck
 6 Bibliographie
 9 **Nikolai-Bucharin-Bibliographie**
 10.1 1911-1938
 11 Erschließung des Gesamtwerkes (einschließlich
 Übersetzungen und Neuauflagen sowie des
 Briefwechsels und der Gefängnisschriften)
 16 Ae; Zeitungen

B. QUELLENVERÖFFENTLICHUNGEN,
NEUDRUCKE, ÜBERSETZUNGEN

- 0 **93-069**
 1 Internationaal Instituut voor Sociale Geschiede-
 nis (IISG), Cruquiusweg 31, NL-1019 AT Am-
 sterdam, Tel. 020/6685866, FAX: 020/6654181;
 Univ. Hannover, Institut für Politische Wissen-
 schaft, Schneiderberg 50, D-30167 Hannover,
 FAX: 0511/7624199
 2.1 BUCKMILLER, Michael, Prof. Dr.; c/o Univ.
 Hannover
 4 Abgeschlossen
 6 Auftragsforschung; Edition
 7 IISG, Amsterdam; Univ. Hannover, Institut für
 Politische Wissenschaft
 8 IISG, Amsterdam; Univ. Hannover
 9 **Karl Korsch, Gesamtausgabe. Bd. 3: Marxis-
 mus und Philosophie. Schriften zur Theorie
 der Arbeiterbewegung 1920-1923**
 10.1 1920-1923
 11 Historisch-kritische Edition der gesamten
 Schriften von Karl Korsch
 12 Veröffentlichung 1993 im Verlag Stichting be-
 heer IISG, Amsterdam. (Auslieferung: Offizin,
 Kornstr. 31, D-30167 Hannover)
 16 Nachlaß Karl Korsch im IISG, Amsterdam;
 Privatnachlässe
- 0 **93-070**
 1 Internationaal Instituut voor Sociale Geschiede-
 nis (IISG), Cruquiusweg 31, NL-1019 AT Am-
 sterdam, Tel. 020/6685866, FAX: 020/6654181;
 Univ. Hannover, Institut für Politische Wissen-
 schaft, Schneiderberg 50, D-30167 Hannover,
 FAX: 0511/7624199
 2.1 BUCKMILLER, Michael, Prof. Dr.; c/o Univ.
 Hannover
 4 Abgeschlossen
 6 Auftragsforschung; Edition
- 7 IISG, Amsterdam; Univ. Hannover, Institut für
 Politische Wissenschaft
 8 IISG, Amsterdam; Univ. Hannover
 9 **Karl Korsch, Gesamtausgabe. Bd. 5: Krise
 des Marxismus. 1928-1935. Hrsg. und einge-
 leitet von M. Buckmiller**
 10.1 1928-1935
 11 Historisch-kritische Gesamtausgabe
 12 Veröffentlichung 1993 im Verlag Stichting be-
 heer IISG, Amsterdam. (Auslieferung: Offizin,
 Kornstr. 31, D-30167 Hannover)
 16 Nachlaß Karl Korsch im IISG, Amsterdam;
 Privatnachlässe in den USA, in Japan und in
 England
- 0 **93-071**
 1 Internationaal Instituut voor Sociale Geschiede-
 nis (IISG), Cruquiusweg 31, NL-1019 AT Am-
 sterdam, Tel. 020/6685866, FAX: 020/6654181;
 Univ. Hannover, Institut für Politische Wissen-
 schaft, Schneiderberg 50, D-30167 Hannover,
 FAX: 0511/7624199
 2.1 BUCKMILLER, Michael, Prof. Dr.; c/o Univ.
 Hannover; PRAT, Michel, Dr.
 4 Abgeschlossen
 6 Auftragsforschung; geförderte Forschung; Edi-
 tion
 7 IISG, Amsterdam; Univ. Hannover, Institut für
 Politische Wissenschaft
 8 IISG, Amsterdam; Univ. Hannover; DFG
 9 **Karl Korsch, Gesamtausgabe. Bd. 8/9:
 Briefe. Hrsg. von M. Buckmiller, M. Prat und
 M. Werner**
 10.1 1909-1956
 10.2 Deutschland, England, USA
 11 Historisch-kritische Edition
 12 Veröffentlichung 1994 im Verlag Stichting be-
 heer IISG, Amsterdam. (Auslieferung: Offizin,
 Kornstr. 31, D-30167 Hannover)
 16 Nachlaß Karl Korsch im IISG, Amsterdam;
 Privatnachlässe; Ae in den USA, in England,
 Dänemark, Schweden und Italien
- 0 **93-072**
 2.1 **BECKER, Jens, Gießener Str. 3, D-63128
 Dietzenbach; WATLIN, Alexander, Dr., 4-ja
 Sokol'niceskaja ul. 3-190, GUS-107014 Moskau,
 Rußland**
 4 Laufend
 5 Beginn: 7/92, Abschluß: 12/93
 6 Eigenprojekt der Bearb.; Edition
 9 **Das erste Tribunal. Das Moskauer Partei-
 verfahren gegen Brandler, Thalheimer und
 Radek**
 10.1 1924-1928
 10.2 Moskau, UdSSR
 11 Die Auseinandersetzungen um den ultralinken
 Kurs in der KPD, der Widerstand in Deutsch-
 land und in Moskau seit Beginn des vierjähri-
 gen Aufenthalts von Brandler und Thalheimer
 in der Sowjetunion
 14 Auswertung erstmalig zugänglicher Dokumente
 aus KPD und Komintern
 16 Ae in Moskau und im Ostteil von Berlin

0 93-073

- 1 Univ. Hannover, Historisches Seminar, Projekt „Union“, Schneiderberg 50, D-30167 Hannover; Tel. 0511/762-3999
- 2.1 OBENAU, Herbert, Prof. Dr.; ROTHER, Bernd, Dr.; SCHMID, Hans-Dieter, Dr.; c/o Univ. Hannover
- 4 Laufend
- 5 Beginn: 7/93, Abschluß: 6/95
- 6 Geförderte Forschung; Edition
- 8 DFG
- 9 **Edition der Protokolle der „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“, 1941-1945**
- 10.1 1941-1945
- 10.2 Deutschland, Großbritannien
- 14 Edition
- 16 AdSD/FES, Bonn; weitere in- und ausländische Ae

0 93-074

- 2.1 BENSER, Günter, Prof. Dr., Baikalstr. 15, D-10319 Berlin, Tel. 030/5126880; KRUSCH, Hans-Joachim, Prof. Dr., Else-Jahn-Str. 2, D-13088 Berlin, Tel. 030/9663334
- 4 Laufend
- 5 Beginn: 1/91, Abschluß: 12/95
- 6 Eigenprojekt der Bearb.; Edition
- 7 Die Bearb. in Verbindung mit dem K. G. Saur Verlag, München, New Providence, London und Paris
- 8 Bearb.; K. G. Saur Verlag
- 9 **Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/1946**
- 10.1 1945-1946
- 10.2 Deutschland, alle vier Besatzungszonen
- 11 Quellenerschließung und Edition (auf fünf Bände angelegt); Vorstellen geschlossener Fonds gegenüber selektiven Auswahlen; wissenschaftlicher Apparat; zurückhaltende Kommentierung durch eine Einführung in die Reihe; Vorbemerkungen zu den Bänden
- 12 **Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/1946. Band I: Protokolle des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD, Juli 1945 bis April 1946.** Bearb. von G. Benser und H.-J. Krusch unter Mitarbeit von Hans Meusel. München, New Providence, London und Paris: K. G. Saur Verlag 1993. 577 S.

0 93-075

- 1 Friedrich-Ebert-Stiftung/Forschungsinstitut, Godesberger Allee 149, D-53175 Bonn
- 2.1 MALYCHA, Andreas, Dr.; Helene-Weigel-Platz 14, D-12681 Berlin
- 4 Laufend
- 5 Beginn: 5/92, Abschluß: 1/94
- 6 Auftragsforschung; Edition
- 7 Friedrich-Ebert-Stiftung
- 8 Friedrich-Ebert-Stiftung

9 Zwischen Widerstand und Anpassung. Die Haltung von Sozialdemokraten zu KPD, SMAD und der Bildung einer Einheitspartei in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen (April 1945 bis April 1946)

- 10.1 April 1945 bis April 1946
- 10.2 Sowjetische Besatzungszone Deutschlands
- 11 Motive für oder gegen die Bildung einer Einheitspartei; Widerstand bzw. Anpassung von Sozialdemokraten gegen oder an die Besatzungsverhältnisse; Rolle der SMAD 1945/46; Probleme der Zusammenarbeit zwischen KPD und SPD 1945/46 [S.a. Proj.-Nr. 92-086 (4/92)]
- 14 Quelledition
- 16 LandesHAe in den neuen Bundesländern

C. SOZIALISTISCHE THEORETIKER, BEITRÄGE ZUR IDEENGESCHICHTE**0 93-076**

- 2.1 HENKE, Hans-Gerd; Alte Marktstr. 47, D-44801 Bochum; Tel. 0234/383908
- 2.2 Prof. Dr. Helga Grebing
- 4 Abgeschlossen
- 6 Aufsatz
- 8 Bearb.
- 9 **Karl Marx — ein Antisemit?**
- 10.1 1850-1900
- 10.2 Deutschland
- 11 Ist die Behauptung zulässig, daß Karl Marx Antisemit gewesen sei? Fest steht, daß er über ein reichhaltiges antisemitisches Vokabular verfügte. Reicht jedoch das Benutzen von Wörtern zur Stigmatisierung aus? In einem diskurstheoretischen Zugriff ist es jedenfalls möglich, den Text vom Autor zu trennen und der Texterkunft wie seiner Verwendung nachzuspüren. Danach läßt sich formulieren: daß Karl Marx 1. im Diskurs seiner Zeit befangen war, 2. am Symbol „Jude“ mitarbeitete, 3. die soziale Lage der Juden in Deutschland nicht kannte und daß der Text 4. keine antisemitische Intention hatte
- 12 Veröffentlichung geplant
- 13 **Henke, H.-G.: Der „Jude“ als Kollektivsymbol in der Sozialdemokratie, 1890-1914.** M.A., Univ. Bochum, Institut zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung, 1993
- 14 Diskursanalytischer Ansatz
- 16 Marx-Schriften; Literatur und theoretische Schriften seiner Zeit; spätere Zeitungsartikel

0 93-077

- 1 St. Olaf College, Department of History, Northfield, Minnesota 55057, USA
- 2.1 WEITZ, Eric D., Prof. Dr.; c/o St. Olaf College; FAX: 507/646-3549
- 4 Abgeschlossen
- 5 Abschluß: 6/93
- 6 Eigenprojekt des Bearb.; Aufsatz

- 7 National Council for Soviet and Eastern European Research, Washington D.C.; Joint Committee on Eastern Europe of American Council of Learned Societies and Social Science Research Council, New York City
- 8 National Council for Soviet and East European Research; Joint Committee on Eastern Europe of American Council of Learned Societies and Social Science Research Council
- 9 **„Rosa Luxemburg Belongs to Us!": German Communism and the Luxemburg Legacy**
10.1 1916–1990
10.2 Deutschland
11 Eine kritische Untersuchung Rosa Luxemburgs politischer Ideologie, insbesondere ihrer Ideen über Demokratie, Terror und Revolution, sowie eine Untersuchung der Enwirkungen ihrer Ideen und Persönlichkeit in der Geschichte des deutschen Kommunismus
12 Veröffentlichung geplant
13 Ms. vorbereitet für das Internationale-Lenin-Symposium, Wuppertal, März 1993 (Leiter: Theodor Bergmann)
14 Ideologiekritik an Rosa Luxemburg; Untersuchung der sogenannten „LLL-Feiern" und SED-Demonstrationen anlässlich der Jahrestage der Ermordung Liebknechts und Luxemburgs
16 Rosa Luxemburgs Gesammelte Werke (hauptsächlich aus den Jahren 1916/1919); Partei- und Kominternpresse, Archivalien aus dem IfGA/ZPA Berlin

- 0 **93–078**
2.1 KESSLER, Mario, Dr., c/o Förderungsgesellschaft Wissenschaftlicher Neuvorhaben, Am Kanal 4/4a, D–14467 Potsdam; BERGMANN, Theodor, Prof. Dr., Im Asemwald 26, 6, 215, D–70599 Stuttgart
4 Laufend
5 Beginn: 10/92, Abschluß: 6/94
6 Eigenprojekt der Bearb.; Edition
9 **Ketzer im Kommunismus — Alternativen zum Stalinismus**
10.1 1917–1993
11 Erforschung der alternativen Strömungen und der undogmatischen marxistischen Theoretiker in der kommunistischen Bewegung
12 **Keßler, M. und Th. Bergmann: Ketzer im Kommunismus — Alternativen zum Stalinismus.** Mainz: Decaton Verlag 1993
14 Essays von Spezialisten über politische Aktivitäten und theoretische Arbeiten
16 Ae; Zeitschriften; Publikationen der Theoretiker und Biographien über sie

- 0 **93–079**
1 Univ. Leipzig, Institut für Politikwissenschaft i.G., Augustusplatz 10–11, D–04109 Leipzig
2.1 JENTSCH, Harald; Hauptmannstr. 3, D–04109 Leipzig
2.2 Dr. Fjodor F. Fink
4 Abgeschlossen
5 Abschluß: 90
6 Dipl.

- 9 **Die politiktheoretische Auffassungen August Thalheimers in den Jahren 1919 bis 1923**
10.1 1919–1923
10.2 Deutschland
12 **Jentsch, H.: Die politische Theorie August Thalheimers. 1919–1923.** Mit einem Vorwort von Theodor Bergmann. Mainz: Decaton Verlag 1993
13 Dipl., Univ. Leipzig 1990

D. BIOGRAPHISCHE BEITRÄGE

- 0 **93–080**
1 Univ. Potsdam, Institut für Geschichte, Am Neuen Palais 10, D–14469 Potsdam
2.1 EVERS, Dirk; Fritz-Lang-Str. 22, D–14480 Potsdam
2.2 Prof. Dr. Julius H. Schoeps
4 Laufend
5 Beginn: 12/92, Abschluß: 12/95
6 Diss.
8 Univ. Potsdam
9 **Eduard Bernstein — eine Biographie**
10.1 1850–1932
10.2 Deutschland, Schweiz, England
16 Nachlaß im IISG Amsterdam; Ae in Deutschland, West- und Osteuropa sowie den USA; Protokolle, Quelleneditionen, Zeitungen

- 0 **93–081**
2.1 STOLJAROWA, Ruth, Dr., Mollstr. 16, D–10178 Berlin; HEDELER, Wladislaw, Dr., Rolandstr. 50, D–13156 Berlin
4 Im Druck
5 Abschluß: 9/93
6 Monographie
8 Bearb.
9 **Nikolai Bucharin. Leben und Werk**
10.1 1888–1938
10.2 Rußland, Skandinavien, Westeuropa, USA
11 Biographie, die alle Etappen des Lebensweges einschließt; Wirkung Bucharins als Theoretiker in Deutschland; Rezeptionsgeschichte
16 Ae

- 0 **93–082**
1 Arbeitskreis „Geschichte des Landes Niedersachsen (nach 1945)", Platz der Göttinger Sieben 5, D–37073 Göttingen
2.1 SCHMIDTKE, Klaus; Karl-Schwarzschildweg 6/207, D–37077 Göttingen; Tel. 0551/372266
2.2 Prof. Dr. Bernd Weisbrod
4 Laufend
5 Beginn: 92, Abschluß: 95
6 Diss.
9 **Hinrich Wilhelm Kopf und die niedersächsische SPD als Landes- und Regierungspartei**
10.1 1945–1961
10.2 Niedersachsen
16 Archivalien, gedruckte Protokolle, Zeitungen

E. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE
DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG

I. Allgemeine Darstellungen

Darstellungen über größere Zeiträume

0 93-083

- 1 Univ. Freiburg/Br., Historisches Seminar, LS
Neuere und Neueste Geschichte, Werthmann-
platz, D-79098 Freiburg/Br.
- 2.1 KIESERITZKY, Wolther von; Pankstr. 55,
D-13357 Berlin; Tel. 030/4621729
- 2.2 Prof. Dr. Heinrich August Winkler
- 4 Laufend
- 5 Beginn: 5/90, Abschluß: 8/93
- 6 Diss.
- 8 Bearb.; Stipendium der Friedrich-Naumann-
Stiftung
- 9 **Sozialpolitische Innovationsbereitschaft und
politische Kultur in Staat und Kommune.
Handlungsspielräume des bürgerlichen Libe-
ralismus**
- 10.1 1880-1896
- 10.2 Deutschland
- 11 Analyse des sozialpolitischen Entscheidungs-
prozesses nach der „inneren Reichsgründung“
1878/79; vergleichende Untersuchung von staat-
licher Sozialpolitik und städtischem Ausbau
der Leistungsverwaltung (Hannover, Frankfurt
a.M., München) in Bezug auf soziale Gestal-
tungsabsichten und Modernisierungsbereitschaft
im bürgerlichen Liberalismus; Herausarbeitung
der Spielarten liberaler politischer Kultur
- 12 **Kieseritzky, W. v.: Liberalismus und soziale
Frage in Staat und Kommune nach der innen-
politische Wende 1878/79**, in: Jahrbuch zur
Liberalismusforschung, Jg. 5 (1993)
- 13 **Kieseritzky, W. v.: „Selbsthilfe“ oder Staats-
sozialismus“. Die Auseinandersetzung um
Sozialreform und Staatsintervention im deut-
schen Liberalismus 1880/1884**. M.A., [o.O.,
o.J.]
- 14 Politische Sozialgeschichte; vergleichende
Untersuchung von Reichsebene und lokaler
Ebene des bürgerlich-liberalen Milieus
- 16 BA Koblenz, Potsdam; StadtAe; Nachlässe,
Parlaments- und Sitzungsprotokolle, Zeitungen,
zeitgenössische Publizistik, Polizei- und Vereins-
akten

II. Darstellungen in zeitlicher Folge

a) Von den Anfängen bis zum Ende des
Sozialistengesetzes

b) 1890-1914

c) Weltkrieg und Revolution

d) Weimarer Republik

0 93-084

- 1 Univ. Leipzig, Institut für Politikwissenschaft
i.G., Augustusplatz 10-II, D-04109 Leipzig
- 2.1 JENTSCH, Harald; Hauptmannstr. 3, D-04109
Leipzig
- 2.2 Dr. Fjodor F. Fink (Univ. Leipzig); Prof. Dr.
Helmut Dahmer (TH Darmstadt)
- 4 Laufend
- 5 Beginn: 9/90, Abschluß: 3/94
- 6 Diss.
- 8 Stipendium der Univ. Leipzig
- 9 **Die Auseinandersetzung innerhalb der KPD
um die theoretische Bewältigung der Okto-
berereignisse von 1923 in Deutschland. Ein
Beitrag zur Aufdeckung des „Eigenen“ und
„Fremden“ im Stalinismus der deutschen
Kommunisten**
- 10.1 1923-1925
- 10.2 Deutschland
- 11 Auffassungen in der KPD zur Situation im Ver-
lauf des Jahres 1923; theoriegeschichtliche
Erfassung der Diskussion um die „Oktoberer-
eignisse“ in den Führungsgremien der KPD; die
Rolle dieser Diskussion (Art und Weise sowie
Ereignisse) für die weitere Entwicklung und das
Selbstverständnis der KPD; Argumente und
Auffassungen zu Strategie und Taktik, Politik-
feldern und Demokratieverständnis, Bündnisver-
halten etc.
- 16 Alle Publikationsorgane der KPD in dieser Zeit;
IfGA/ZPA, Berlin; Sächsisches StA Dresden;
Moskauer Ae

e) 1933-1945

0 93-085

- 1 Univ. Köln, Zentrum für historische Sozialfor-
schung, Zentralarchiv für empirische Sozialfor-
schung, Bachemerstr. 40, D-50931 Köln
- 2.1 JOHNSON, Eric A., Prof. Dr.; WEVER,
Christiane; REUBAND, Karl-Heinz
- 4 Laufend
- 5 Beginn: 9/92, Abschluß: 9/95
- 6 Auftragsforschung, geförderte Forschung;
Monographie
- 7 National Science Foundation; National Endow-
ment for the Humanities
- 8 National Science Foundation; National Endow-
ment for the Humanities

9 The Nazi System of Terror

- 10.1 1933–1945
- 10.2 Köln, Düsseldorf, Weimar
- 11 Wie haben Gestapo, Staatsanwaltschaften und (Sonder-)Gerichte im „Dritten Reich“ im Alltagsleben funktioniert und welche Rolle spielten sie für die Bevölkerung?
- 12 Veröffentlichung 1995 geplant
- 13 **Johnson, E. D.: German Women and Nazi Terror.** Tagungsbeitrag, 1993
- 14 Quantitative und qualitative Auswertung von Archivalien
- 16 Akten der Sondergerichte Köln, Düsseldorf und Weimar sowie des Oberlandesgerichts Hamm; Gestapo-Personalakten Düsseldorf und Weimar

0 93–086

- 1 TU Berlin, FB 1, Kommunikations- und Geschichtswissenschaft, Ernst-Reuter-Platz 7, D-10587 Berlin
- 2.1 SCHÄFER, Silke; Wittstocker Str. 8, D-10553 Berlin; Tel. 030/391538
- 2.2 Prof. Dr. Wolfgang Benz
- 4 Laufend
- 5 Beginn: 7/93
- 6 Diss.
- 8 Stipendium der Friedrich-Ebert-Stiftung
- 9 **Das Selbstverständnis der Frauen im KZ. Das Lager Ravensbrück**
- 10.1 Ca. 1933–1945
- 13 M.A., FU Berlin 1992
- 16 Ae; Prozeßakten

f) Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs

—

g) BRD

—

h) SBZ/DDR**0 93–087**

- 1 St. Anthony's College, Oxford OX2 6JF, Great Britain; Tel. (European Studies Centre) 0044/865–274470
- 2.1 SPILKER, Dirk; c/o St. Anthony's College; z.Zt. Fredericiastr. 2, D-14059 Berlin; Tel. 030/3017799
- 2.2 Prof. Dr. Anthony J. Nicholls
- 4 Laufend
- 5 Beginn: 10/91, Abschluß: 9/94

6 Geförderte Forschung; Eigenprojekt des St. Anthony's College; Diss.

8 Stipendium der Studienstiftung des deutschen Volkes, Mirbachstr. 7, D-53173 Bonn

9 The Socialist Unity Party of Germany (SED) and the German Question, 1945/46–1955

- 10.1 1945/46–1955
- 10.2 SBZ/DDR
- 11 Untersuchung der Deutschlandpolitik der SED im Spannungsverhältnis von subjektiven politischen Interessen der SED-Führung, marxistisch-leninistischer Ideologie und deutschlandpolitischer Strategie der Sowjetunion; die auf die Einigung Deutschlands in einem sozialistischen Staat festgelegte Deutschlandpolitik der SED basierte auf eine Illusion und war zum Scheitern verurteilt
- 13 **Spilker, D.: Research Proposal: The SED and the German Question, 1945–1961.** Oxford 1992
- 14 Auswertung der internen deutschlandpolitischen Planungen und Diskussionen des zentralen SED-Parteiparates auf der Basis von quellenkritischen Archivstudien
- 16 ZPA der SED (Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv)

0 93–088

- 1 Univ. Bochum, Institut zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung, D-44780 Bochum; Tel. 0234/7006332
- 2.1 BRUNNER, Detlev, Dr.; Emser Str. 20, D-12501 Berlin; 030/626629
- 4 Laufend
- 5 Beginn: 7/93, Abschluß: 7/95
- 6 Geförderte Forschung
- 8 Stiftung Volkswagenwerk
- 9 **Sozialdemokraten im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund. Vom Gründungsprozeß bis zum Abschluß der Säuberungen (1945 bis zum Beginn der 1950er Jahre)**
- 10.1 1945 bis 1950er Jahre
- 10.2 SBZ/DDR
- 11 Untersuchung der Rolle und Situation sozialdemokratischer Gewerkschafter beim Gründungsprozeß und bei der weiteren Entwicklung des FDGB und seiner Industriegewerkschaften und Gewerkschaften; unter „Sozialdemokraten“ werden verstanden: SPD-Mitglieder vor 1933 bzw. ab 1945 und ab 1946 Sozialdemokraten in der SED; Motive und Handlungsspielräume von Sozialdemokraten in der SBZ/DDR; sozialdemokratische Vorstellungen vom Neuaufbau der Gewerkschaften und deren Funktion; Wandlungsprozeß des FDGB zu einer stalinistischen Massenorganisation; Ausschaltung sozialdemokratischer Positionen und Einflüsse (Säuberung, Repression, Verfolgung), Reaktionen der Gewerkschafter mit sozialdemokratischer Vergangenheit
- 14 Aktenanalyse (auch mentalitätsgeschichtliche Methoden)
- 16 Ehemalige Zentralarchive von FDGB und SED (jetzt Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv), AdsD/FES; DGB-A sowie weitere Ae

- 0 **93-089**
- 1 FU Berlin, FB Politische Wissenschaft
- 2.1 JUNG, Otmar, Priv. Doz. Dr.; Altonaer Str. 10,
D-10557 Berlin; Tel. 030/3928242
- 4 Abgeschlossen
- 6 Eigenprojekt des Bearb.; Aufsatz
- 8 Bearb.
- 9 **Die Volkskongreßbewegung, das Volksbegehren „Über die Einheit Deutschlands“ (1948) und die Stalinisierung der SBZ**
- 10.1 1947-1948
- 10.2 SBZ
- 12 Veröffentlichung vorgesehen
- 16 Archivalien aus dem IIGA/ZPA Berlin und dem BA, Abt. Potsdam

III. Regionale und lokale Darstellungen

a) Regional

- 0 **93-090**
- 1 Univ. Hannover, Historisches Seminar, Schneiderberg 50, D-30167 Hannover
- 2.1 KNOBLICH, Susanne; Ritterbrunnen 6,
D-38100 Braunschweig; Tel. 0531/15369,
FAX: 0531/14922
- 2.2 Prof. Dr. Adelheid von Saldern
- 4 Laufend
- 5 Beginn: 4/93, Abschluß: 4/95
- 6 Diss.
- 8 Stipendium der Hans-Böckler-Stiftung
- 9 **Frauen und Gewerkschaften in Niedersachsen nach 1945**
- 10.1 1945-1960
- 10.2 Niedersachsen
- 11 Regionalgeschichtliche Untersuchung der Geschichte von Frauen im DGB-Landesbezirk Niedersachsen sowie in ausgewählten Einzelgewerkschaften und von aktiven Gewerkschaftsrinnen in niedersächsischen Betrieben; Warum werden die 50er Jahre als defensive Phase der Frauengewerkschaftsarbeit bezeichnet? War dies auch in Niedersachsen so? Wie haben Gewerkschafterinnen dies selbst erlebt?
- 13 **Knoblich, S.: Frauenprotest in Braunschweig 1908-1918.** M.A., TU Braunschweig 1990
- 14 Auswertung von gedruckten Quellen (Protokollen etc.) sowie von Archivalien des DGB-A; Interviews mit niedersächsischen Gewerkschafterinnen
- 16 Protokolle; Geschäftsberichte; gewerkschaftseigene Veröffentlichungen und Zeitungen
- 0 **93-091**
- 1 Univ. Bonn, Institut für Städtebau, Bodenordnung und Kulturtechnik, Meckenheimer Allee 172, D-53115 Bonn
- 2.1 ROSSBAND, Silvia, Dipl. Ing.; Heerstr. 184,
D-53340 Meckenheim
- 2.2 Prof. Dr.-Ing. E. Weiß, LS für Bodenordnung und Bodenwirtschaft

- 4 Abgeschlossen
- 5 Beginn: 4/93, Abschluß: 7/93
- 6 Dipl.
- 8 Bearb.
- 9 **Arbeiterrentengüter in der Rheinprovinz**
- 10.1 1908-1930
- 10.2 Preußische Rheinprovinz
- 11 Einführung in das Thema der Arbeiterrentengüter; Dokumentation der Arbeiterrentengüter in Mülheim a.d.R. und Lennep
- 12 Veröffentlichung eventuell in einer Vermessungsfachzeitschrift
- 16 NRW-HStA Düsseldorf; StadtA Remscheid; Vermessungs- und Katasterämter der Städte Remscheid und Mülheim a.d.R.

- 0 **93-092**
- 1 Univ. Münster, LS für Neuere und Neueste Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Domplatz 20-22, D-48143 Münster
- 2.1 KLEIN, Ulrike; Kesselstr. 24, D-59494 Soest
- 2.2 Prof. Dr. Hans-Jürgen Teuteberg
- 4 Abgeschlossen
- 5 Beginn: 4/92, Abschluß: 93
- 6 Eigenprojekt der Bearb.; Diss.
- 8 Bearb.
- 9 **„Schmerzenskinder der Industrie“. Umweltverschmutzung, Umweltpolitik und sozialer Protest im Industriezeitalter in Westfalen, 1845-1914**
- 10.1 1845-1914
- 10.2 Provinz Westfalen
- 11 Dimension der Umweltschäden (Wasser, Luft); Entsorgung; Wahrnehmung durch soziale Akteure; Phasen; Regulationsmechanismen; Widerstände; präventive und reaktive staatliche Maßnahmen; öffentliche Diskussion (Verursacher, Experten, Betroffene)
- 12 **Klein, U.: Die Gewässerverschmutzung durch den Steinkohlenbergbau im Emschergebiet, in: Westfalens Wirtschaft am Beginn des Maschinenzeitalters.** Hrsg. von H.-J. Teuteberg (= Untersuchungen zur Wirtschafts-, Sozial- und Technikgeschichte, Bd. 6). Dortmund: [o.V.] 1988, S. 337-358. — Klein, U.: „... auf dem Kamm des Gebirges. ... Umweltprobleme und Lösungsstrategien in der gesellschaftlichen Kontroverse des 19. Jahrhunderts am Beispiel Westfalens, in: Historische Umweltforschung. Wissenschaftliche Neuorientierung — Aktuelle Fragestellungen. Dokumentation einer Studienkonferenz in Zusammenarbeit mit dem Landschaftsverband Rheinland, Referat Heimatpflege (= Bensberger Protokolle, Bd. 71). Bensberg: [o.V.] 1992, S. 105-128. — Klein, U.: **Gewässerverschmutzung und Bürgerprotest: Das Beispiel Münster,** in: Studien zur Entwicklung von Münsters Bevölkerung und Wirtschaft seit dem 19. Jahrhundert. Hrsg. von F.-J. Jacobi (= Quellen und Studien zur Geschichte der Stadt Münster). Münster: [o.V.] 1993 (Im Erscheinen). — Klein, U.: **Water Calamities in Westphalia: The Breakdown of local Water-supply-systems in the Industrial Era and the Development of Regional Systems for Sewage-clearing and Water-Supply (1870-1914),**

erscheint 1993 in einem von Jean-Luc Pinol und Denis Menjot hrsg. Sammelbd. mit Beiträgen gehalten im Rahmen des Kolloquiums des Centre de Recherches Historiques sur la ville der Universität Straßburg zum Thema „L'Eau dans la ville“ am 26./27. März 1993

- 16 StAe Münster und Detmold; GStA Preuß. Kulturbesitz, Abt. Merseburg; preußische Statistik

b) Lokal

0 93-093

- 1 Univ. Köln, Historisches Seminar, Albertus-Magnus-Platz, D-50931 Köln
 2.1 STIER, Joachim; Ägidienberger Str. 3, D-50939 Köln
 2.2 Prof. Dr. Jost Dulferr
 4 Abgeschlossen
 5 Beginn: 9/92, Abschluß: 3/93
 6 M.A.
 9 **Die Arbeiterschaft im Landkreis Bergheim 1890 bis 1920**
 10.1 1890-1920
 10.2 Landkreis Bergheim (heute Erftkreis bei Köln); Rheinisches Braunkohlenrevier
 11 Übergang vom Tagelöhner zum Industriearbeiter; er vollzog sich nicht abrupt, sondern eher durch das Bevölkerungswachstum und weniger durch Zuwanderung; Wanderverhalten am Beispiel des Ortes Tünnich; die zunehmende Aufgabe des eigenen Landes (Tagelöhnerstellen) bedingt die allmähliche Wandlung der Orte zu Industriegemeinden; schwache politische Arbeiterbewegung (Christen und Sozialdemokraten in katholischen Arbeitervereinen)
 12 Veröffentlichung geplant
 13 Dipl., Univ. Köln 1993

0 93-094

- 2.1 BRUNS-WÜSTEFELD, Alex; Nikolaistr. 26, D-37073 Göttingen
 4 Laufend
 5 Beginn: 12/89, Abschluß: 10/93
 6 Eigenprojekt des Bearb.
 8 Bearb.
 9 **„Arisierungen“ in Göttingen**
 10.1 1933-1939
 10.2 Stadt Göttingen
 11 Lokalhistorische Studie über die Verdrängung jüdischer Geschäftsleute aus dem Göttinger Wirtschaftsleben im Nationalsozialismus
 13 Ms.
 14 Empirische Rekonstruktion des „Arisierungs“-prozesses in Göttingen anhand von über 90 Einzeldarstellungen jüdischer Betriebe von ihrer Gründung bis zur Geschäftsaufgabe; historischer Überblick von der Emanzipation der Juden und ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit über die Verbreitung des Antisemitismus im gewerblichen Mittelstand bis hin zur „Arisierungs“-politik der Nationalsozialisten

- 16 StadtA Göttingen; Niedersächsisches HStA Hannover; Grundbuchamt; Landgericht Hannover

0 93-095

- 1 Univ. Hannover, Historisches Seminar, Schneiderberg 50, D-30167 Hannover
 2.1 SCHMID, Hans-Dieter, Dr.; Wiesenweg 9, D-30916 Isernhagen K.B.; Tel. 05139/87198
 4 Abgeschlossen
 5 Beginn: 3/92, Abschluß: 7/92
 6 Geförderte Forschung; Eigenprojekt des Bearb.; Aufsatz
 8 Stiftung Volkswagenwerk
 9 **Der organisierte Widerstand aus der Arbeiterschaft in Hildesheim**
 10.1 1933-1937
 10.2 Hildesheim
 12 **Schmid, H.-D.: Einheitsfront von unten? Der organisierte Widerstand aus der Arbeiterschaft in Hildesheim 1933-1937**, in: Hildesheimer Jahrbuch für Stadt und Stift Hildesheim, Jg. 63 (1992)

0 93-096

- 1 Univ. Hannover, Historisches Seminar, Schneiderberg 50, D-30167 Hannover
 2.1 SCHMID, Hans-Dieter, Dr.; Wiesenweg 9, D-30916 Isernhagen K.B.; Tel. 05139/87198
 4 Laufend
 6 Eigenprojekt des Bearb.; Aufsatz
 9 **Gedenkfeiern für Novemberrevolution und „Märzgefallene“ in Leipzig**
 10.1 1919-1950
 10.2 Leipzig
 12 Veröffentlichung für 1994 im Rahmen eines Sammelbandes „Feste und Feiern in Leipzig“ geplant

0 93-097

- 1 Univ. Hannover, Arbeitsgruppe für Regional- und Lokalgeschichte, Engelbosteler Damm 1, D-30167 Hannover
 2.1 SCHMID, Hans-Dieter, Dr.; Wiesenweg 9, D-30916 Isernhagen K.B.; Tel. 05139/87198
 4 Abgeschlossen
 5 Beginn: 1/92, Abschluß: 6/93
 6 Eigenprojekt des Bearb.; Aufsatz
 9 **Der organisierte Widerstand der Sozialdemokraten in Leipzig**
 10.1 1933-1935
 10.2 Leipzig
 12 **Schmid, H.-D.: Leipziger Sozialdemokratie und Nationalsozialismus**, in: Sächsische Heimatblätter, Jg. 38 (1992), S. 312-323. — **Schmid, H.-D.: Der organisierte Widerstand der Sozialdemokraten in Leipzig 1933-1935**, in: Zwei Städte unter dem Hakenkreuz. Widerstand und Verweigerung in Hannover und Leipzig. Hrsg. von H.-D. Schmid. Leipzig: Universitätsverlag 1993

F. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER ARBEITER- BEWEGUNG ANDERER GEBIETE

Rußland / Sowjetunion

0 93-098

- 1 Univ. Tübingen, Institut für Osteuropäische Geschichte, Wilhelmstr. 36, D-72072 Tübingen
- 2.1 KÖBBERLING, Anna, M.A.; Löhrrstr. 100, D-56068 Koblenz; Tel. 0261/32345
- 2.2 Prof. Dr. Dietrich Geyer
- 4 Laufend
- 5 Beginn: 5/92, Abschluß: 10/94
- 6 Diss.; Aufsatz
- 8 Bearb.; Stipendium der Friedrich-Ebert-Stiftung
- 9 **Frauenstereotype im historischen Vergleich: Die Bedeutung der Rolle der Frau in Umbruchphasen der russischen Gesellschaft**
- 10.1 1927-1935, 1977-1985, 1988-1992
- 10.2 Moskau, Rußland
- 11 Vergleich des Frauenbildes in der Propaganda während der drei Zeiträume 1927-1935, 1977-1985 und 1988-1992; Vergleich mit dem Bild der westlichen Frau; Vergleich der Selbstbilder russischer Frauen in den drei genannten Zeitspannen; Untersuchung des Verhältnisses zwischen Propaganda und eigener Perzeption
- 12 **Köbberling, A.: Zwischen Liquidation und Wiedergeburt. Frauenbewegung in Rußland von 1917 bis heute.** Frankfurt a.M. und New York: Campus Verlag 1993. 163 S. — Aufsatz in Vorbereitung
- 13 M.A., o.O. [Univ. Bonn], o.J. — Exposé und Zwischenbericht für die Friedrich-Ebert-Stiftung
- 14 Historischer Vergleich, sozialgeschichtlicher Ansatz
- 16 Propaganda: Zeitschriften, Zeitungen, Bücher der jeweiligen Zeitspanne; Oral History: 47 Tiefeninterviews mit russischen Frauen; Briefe

G. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER INTERNATIONALE UND ZUR GESCHICHTE DER ARBEITER- BEWEGUNG MEHRERER LÄNDER

0 93-099

- 1 Deutsches Bergbau-Museum, Am Bergbaumuseum 28, D-44791 Bochum
- 2.1 KROKER, Werner, Dr.; c/o Deutsches Bergbau-Museum
- 4 Laufend
- 5 Abschluß: 94
- 6 Eigenprojekt des Deutschen Bergbau-Museums; Eigenprojekt des Bearb.; Monographie; Aufsatz
- 8 Deutsches Bergbau-Museum
- 9 **Auswanderung deutscher Bergleute nach Süd-Rußland**
- 10.1 1860/61
- 10.2 Deutschland, Rußland

- 11 Entstehungskriterien und Verlaufsgeschichte der Aktion; Erfahrungen der Betroffenen; Haltung der Bergwerksunternehmen an der Ruhr und Hilfeleistungen zur Rückkehr der Auswanderer; Reaktionen der politischen und diplomatischen Instanzen; Widerhall der gesamten Aktion in der Presse
- 16 Archivalien; Zeitungen; Zeitschriften

0 93-100

- 1 St. Olaf College, Department of History, Northfield, Minnesota 55057, USA
- 2.1 WEITZ, Eric D., Prof. Dr.; c/o St. Olaf College; FAX: 507/646-3549
- 4 Abgeschlossen
- 5 Abschluß: 6/93
- 6 Eigenprojekt des Bearb.; Aufsatz
- 8 Bearb.
- 9 **The Heroic Man and the Ever-Changing Woman: Gender and Politics in European Communism, 1917-1950**
- 10.1 1917-1950
- 10.2 Hauptsächlich Deutschland, Frankreich, Italien, UdSSR
- 11 Die kommunistischen Parteien entwickelten ein Verständnis von Produktion und Politik als hauptsächlich von Männeraktivitäten geprägt, das schon in der sozialistischen Bewegung vor dem Ersten Weltkrieg weit verbreitet war; im Gegensatz dazu beinhaltete ihr Verständnis der Frauenrolle Vorstellungen wie die „proletarische Hausfrau“ der KPD, „die elegante und liebevolle Mutter“ der KPF in den 30er Jahren sowie die „Partisanin“ der KPI
- 12 Veröffentlichung geplant
- 13 Vortrag am „Tag der Social Science History Association“, Oktober 1991
- 14 Kritische Untersuchung der Vorstellungen der kommunistischen Massenparteien über das Geschlechterverhältnis
- 16 Presse der Parteien, hauptsächlich illustrierte Zeitschriften, sowie die Tagespresse

0 93-101

- 1 Univ. Münster, Institut für Soziologie, Scharnhorststr. 121, D-48151 Münster
- 2.1 SCHMIDT-SOLTAU, Kai; Buckstr. 3a, D-48151 Münster; Tel. 0251/797839
- 2.2 PD. Dr. Hennig Wasmus
- 4 Laufend
- 5 Beginn: 5/93, Abschluß: 1/94
- 6 M.A.
- 8 Bearb.
- 9 **Die antiimperialistische und antikoloniale Strategiedebatte in der Kommunistischen Internationale zwischen 1919 und 1943 unter besonderer Berücksichtigung der Theorien von M. N. Roy**
- 10.1 1919-1943
- 10.2 Weltweit
- 11 Es stellt sich die Frage, ob es der Kommunistischen Internationale gelungen ist, ihren Anspruch, den „proletarischen Internationalismus“ im Gegensatz zur Zweiten Internationale auch

- zu verwirklichen, in die Praxis ihrer Arbeit mit einzubeziehen, oder ob sie auf der Ebene der Proklamation des Internationalismus stehen blieb
- 14 Darstellung des Verlaufs der Diskussion in den Veröffentlichungen der Kommunistischen Internationale und in den Debatten auf den Weltkongressen
- 16 Ae; Zeitungen; InPreKorr, Rundschau, Die Kommunistische Internationale; Unter dem Banner des Marxismus u.a.

II. NACHTRÄGE

- 0 **3638**
- 1 TU Berlin, FB I, Kommunikations- und Geschichtswissenschaft
- 2.1 MORSCH, Günter, Dr.; c/o Rheinisches Industriemuseum
- 2.2 Prof. Dr. Reinhard Rürup
- 4 Abgeschlossen
- 5 Abschluß: 88/89
- 6 Diss.
- 9 **Die deutsche Arbeiterklasse zwischen Anpassung und Resistenz 1933–1936**
- 10.1 1933–1936/37
- 10.2 Deutschland
- 12 Morsch, G.: **Arbeit und Brot. Studien zur Lage, Stimmung, Einstellung und Verhalten der deutschen Arbeiterschaft 1933–1936/37** (= Europäische Hochschulschriften; Reihe 3: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften; Bd. 546). Frankfurt a.M., Bern, New York, Paris und Wien: Verlag Lang 1993. IX, 596 S.
- 13 Morsch, G.: **Die deutsche Arbeiterschaft zwischen Anpassung und Resistenz. Lage, Stimmung, Einstellung und Verhalten deutscher Arbeiter zwischen 1933 und 1936/37.** Diss., TU Berlin 1988 (3/93)
- 0 **84–309**
- 1 Univ. Frankfurt a.M.
- 2.1 ZEIDLER, Manfred, Dr.
- 2.2 Prof. Dr. Alexander Fischer
- 4 Abgeschlossen
- 5 Beginn: 82, Abschluß: 93
- 6 Diss.
- 9 **Reichswehr und Rote Armee 1921–1933**
- 10.1 1920–1933
- 10.2 Deutschland, Sowjetunion
- 12 Zeidler, M.: **Reichswehr und Rote Armee 1920–1933. Wege und Stationen einer ungewöhnlichen Zusammenarbeit** (= Beiträge zur Militärgeschichte, Bd. 36). München: Oldenbourg Verlag 1993. 374 S.
- 13 Diss., Univ. Frankfurt a.M. 1990 (3/93)
- 0 **85–145, 88–040**
- 2.1 LORENZ, Einhart, Dr.; Fossilveien II, N–0198 Oslo; Tel. 22/286832
- 4 Laufend
- 6 Eigenprojekt des Bearb.; Edition; Aufsatz
- 9 **Exil in Norwegen**
- 10.1 1933–1940
- 10.2 Deutschland, Norwegen, Schweden, Dänemark
- 12 Lorenz, E.: **„Hier oben in Skandinavien ist die Lage ja einigermaßen verschieden. . .“.** **Zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) im skandinavischen Exil**, in: Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Klaus Schönhoven und Dietrich Staritz. Köln: Bund-Verlag 1993, S. 216–235 (3/93)
- 0 **87–037**
- 1 Historische Kommission für Niedersachsen und Bremen, Am Archiv 1, D–30169 Hannover
- 2.1 HERLEMANN, Beatrix, Dr.; SOMMER, Karl Ludwig, Dr.
- 4 Abgeschlossen
- 5 Beginn: 1/87, Abschluß: 12/89
- 6 Geförderte Forschung; Edition
- 7 Historische Kommission für Niedersachsen und Bremen
- 8 Stiftung Volkswagenwerk
- 9 **Widerstand, Verweigerung und Verfolgung während der nationalsozialistischen Herrschaft im Gebiete des heutigen Landes Niedersachsen**
- 10.1 1933–1945
- 10.2 Niedersachsen
- 12 Herlemann, B.: **„Der Bauer klebt am Hergebrachten“.** **Bäuerliche Verhaltensweisen unterm Nationalsozialismus auf dem Gebiet des heutigen Landes Niedersachsen** (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen; Reihe: Niedersachsen 1933–1945, Bd. 4). Hannover: Verlag Hahnsche Buchhandlung 1993. 352 S. (3/93)
- 0 **87–082**
- 1 Univ. Göttingen, Seminar für mittlere und neuere Geschichte, LS Prof. Dr. Helga Grebing, Nikolausberger Weg 9 c, D–37073 Göttingen; Tel. 0551/394657
- 2.1 CHRISTMANN, Gottfried; c/o DGB-Kreis Jena
- 4 Abgeschlossen
- 5 Beginn: 9/86, Abschluß: 6/93
- 7 Gewerkschaft Holz und Kunststoff, Hauptvorstand, Sonnenstr. 14, D–40227 Düsseldorf
- 9 **Geschichte der Holzarbeitergewerkschaften**
- 10.1 1868–1990
- 10.2 Deutschland
- 12 **Das HolzArbeiterBuch. Die Geschichte der Holzarbeiter und ihrer Gewerkschaften.** („Holzarbeiter, schließt die Reihen“). Hrsg. von Helga Grebing, Hans-Otto Hemmer und Gottfried Christmann. Köln: Bund-Verlag 1993. 310 S. (3/93)

0 88-084

1 Univ. Freiburg/Br., Historisches Seminar, LS Neue und Neueste Geschichte, Werthmannplatz, D-79098 Freiburg/Br.; Tel. 0761/203-2376

2.1 WEICHLIN, Siegfried, Dr.; Windscheidstr. 5, D-10627 Berlin; Tel. 030/3236416

2.2 Prof. Dr. Heinrich August Winkler
4 Abgeschlossen

5 Beginn: 1/89, Abschluß: 3/92

6 Diss.

8 Bearb.; Stipendium des Cusanuswerkes

9 **Sozialmilieu und politische Kultur in Weimar. Eine vergleichende Studie anhand ausgewählter hessischer Kreise**

10.1 1918-1933

10.2 Kurhessen, Nordhessen

11 Erosion und Stabilisierung der Sozialmilieus; Milieuvergleich; Einfluß auf die politische Kultur; Verhältnis von Organisationskultur und Partei; unterschiedliche Radikalisierungspotentiale

12 **Weichlein, S.: Politische Kultur und Wählerverhalten. Das Beispiel nordhessischer Kreise**, in: Sozialwissenschaft 1991

13 **Weichlein, S.: Sozialmilieus und Politische Kultur in Weimar. Hessische Kreise im Vergleich.** Diss., Univ. Freiburg/Br. 1992

14 Modernisierungstheorie; politische Kultur-Forschung; Wahlforschung

16 Ae in Marburg, Kassel, Fulda, Merseburg, IfGA/Berlin; Zeitungen, Verbandspresse, Protokolle, Ortschroniken (3/93)

0 89-074

1 Univ. Bamberg, LS für mittelalterliche Geschichte unter Einbeziehung der Landesgeschichte, Postfach 1549, D-96047 Bamberg

2.1 UNGER, Ludwig, Dr.; Bonifatiusstr. 37, D-36039 Fulda; Tel. 0661/58204 oder 0661/87467

2.2 Prof. Dr. Gerd Zimmermann
4 Abgeschlossen

5 Beginn: 10/87, Abschluß: 5/92

6 Eigenprojekt des Bearb.; Diss.

8 Bearb.; Erzdiözese Bamberg; KAB der Erzdiözese Bamberg

9 **Das Wiederaufleben des Verbandskatholizismus in der Erzdiözese Bamberg nach 1945 am Beispiel des Katholischen Werkvolks (heute KAB)**

10.1 1945-1963

10.2 Erzdiözese Bamberg und Süddeutschland

11 Die Genese des Katholischen Werkvolks und sein Beitrag am politischen, sozialen, kulturellen und religiösen Wiederaufbau in der Erzdiözese Bamberg und in Süddeutschland

12 **Unger, L.: Die Katholische Arbeiterbewegung auf neuen Wegen. Das Katholische Werkvolk in der Erzdiözese Bamberg von 1946-1963** (= Berichte des Historischen Vereins Bamberg, Beih. 29). Bamberg: Verlag H.O. Schulze 1993. — Unger, L.: **Gott und dem Nächsten dienen — das Katholische Werkvolk der Erzdiözese Bamberg von 1947 bis 1971**, in: Rechenschaftsbericht zum Diözesan-tag, 12. Oktober, Samstag, 13. Oktober 1990 in

Vierzehnheiligen. Aufbruch zu neuer Solidarität. Hrsg. von der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Diözesanverband Bamberg. O.O.: o.J. (n.Vorw. Bamberg 1990), S. 91-103. — Unger, L.: **Die Verehrung des hl. Joseph in der katholischen Arbeitnehmerschaft am Beispiel des Katholischen Arbeitervereins und des Katholischen Werkvolks Bamberg**, in: Festgabe Gerd Zimmermann zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Horst Bielmeier und Klaus Rupprecht (= Sonderveröffentlichungen des Historischen Vereins Bamberg, Beih. 23). Bamberg: Verlag H. O. Schulze 1989, S. 209-236

13 **Unger, L.: Die Katholische Arbeiterbewegung auf neuen Wegen. Das Katholische Werkvolk in der Erzdiözese Bamberg von 1946-1963.** Diss., Univ. Bamberg 1992

14 Veri- bzw. Falsifizierung einer Grundhypothese anhand von verschiedenen Forschungsfeldern
16 Kommunale und staatliche Ae sowie des Verbandes und der katholischen Kirche; Zeitzeugen; Zeitschriften; Zeitungen (3/93)

0 89-078

1 Univ. Bochum, Fak. für Geschichtswissenschaft, LS Neuere Geschichte II, Universitätsstr. 150, D-44780 Bochum

2.1 RUDOLPH, Karsten; c/o Univ. Bochum, IGA, Universitätsstr. 150, D-44780 Bochum

2.2 Prof. Dr. Hans Mommsen

4 Abgeschlossen

6 Diss.

8 Bearb.; Stipendium der FES

9 **Vom „Roten Königreich“ zum linksrepublikanischen Projekt. Sozialdemokratische Politik in Sachsen 1903-1923**

10.1 1890-1923

10.2 Sachsen

12 Veröffentlichung geplant

13 **Rudolph, K.: Vom „roten Königreich“ zum linksrepublikanischen Projekt. Die sächsische Sozialdemokratie im Kaiserreich und in der frühen Weimarer Republik.** Diss., Univ. Bochum 1993 (3/93)

0 89-113

1 St. Olaf College, Department of History, Northfield, Minnesota 55057, USA

2.1 WEITZ, Eric D., Prof. Dr.; c/o St. Olaf College; FAX: 507/646-3549

4 Abgeschlossen

6 Monographie

7 National Endowment for the Humanities; American Historical Association through the Bernadotte Schmitt grant

8 Bearb.; National Endowment for the Humanities; American Historical Association

9 **Popular Communism: National Traditions and Political Strategies in the Formation of German, French and Italian Communist Parties, 1919-1946**

10.1 1919-1948

10.2 Deutschland, Frankreich, Italien

- 12 **Weitz, E. D.: Popular Communism: Political Strategies and Social Histories in the Formation of German, French and Italian Communist Parties, 1919-1948** (= Western Societies Program Occasional Paper, Nr. 31). Ithaca, N.Y.: Cornell University Center for International Studies 1992. 84 S. (3/93)
- 0 **89-115**
1 St. Olaf College, Department of History, Northfield, Minnesota 55057, USA
2.1 WEITZ, Eric D., Prof. Dr.; c/o St. Olaf College; FAX: 507/646-3549
4 Abgeschlossen
6 Aufsatz (Übersetzung auf Deutsch)
8 Bearb.
9 **Reflection on the Origins of the „Third Period“: Bukharin, the Comintern, and the Political Economy of Weimar Germany**
10.1 1919-1943
10.2 International
12 **Weitz, Eric D. und Nicholas N. Kozlov: Reflections on the Origins of the „Third Period“: Bukharin, the Comintern and the Political Economy of Weimar Germany**, in: Journal of Contemporary History, Jg. 24 (1989), H. 3 (July 1989). — **Weitz, Eric D. und Nicholas N. Kozlov: Betrachtungen über die Ursprünge der „Dritten Periode“: Bucharin, die Komintern und die politische Ökonomie der Weimarer Republik**, in: Aufstieg und Zerfall der Komintern: Studien zur Geschichte ihrer Transformation (1919-1943). Hrsg. von Theodor Bergmann und Mario Keßler (= Podium Progressiv, Nr. 11). Mainz und München: Diskurs e.V. und Förderkreis demokratischer Volks- und Hochschulbildung e.V. 1992. 264 S. (3/93)
- 0 **90-116**
1 FU Berlin, FB 13, FMI, Habelschwerdter Allee 45, D-14195 Berlin
2.1 RÖHL, Klaus Rainer, Dr.; Oberländer Ufer 190 A, D-50968 Köln
2.2 Prof. Dr. Ernst Nolte
4 Abgeschlossen
5 Beginn: 88, Abschluß: 94
6 Eigenprojekt des Bearb.; Diss.; Monographie
8 Bearb.
9 **Nähe zum Gegner. Die Zusammenarbeit von Nationalsozialisten und Kommunisten beim BVG-Streik in Berlin 1932**
10.1 1932 (z.T. 1929-1934)
10.2 Berlin, Deutschland
11 Umfang und Bedeutung der Zusammenarbeit von NSDAP (NSBO) und KPD (RGO) während des BVG-Streiks im November 1932; ihre Auswirkungen auf die Machtübergabe an Hitler im Januar 1933; die Ziele der beiden Parteien beim BVG-Streik und das Ergebnis der gemeinsamen Aktion
12 **Röhl, K. R.: Nähe zum Gegner. Kommunisten und Nationalsozialisten im Berliner BVG-Streik von 1932**. Frankfurt a.M.: Campus Verlag 1994
- 13 Diss.; Mikrofiches FU Berlin [o.J.]
16 Ae; Archivalien; statistische Materialien; Zeitungen (3/93)
- 0 **91-100**
2.1 HUG, Heinz, Dr.; Rigrstr. 27 a, CH-8006 Zürich; Tel. 01/3619917
4 Laufend
6 Eigenprojekt des Bearb.
8 Bearb.
9 **Peter-Kropotkin-Bibliographie**
11 (Auswahl-) Bibliographie der Arbeiten Peter Kropotkins; Übersetzungen; Neupublikationen in deutscher Sprache; Sekundärliteratur; Beispiele zur Rezeptionsgeschichte
12 **Peter Kropotkin: Der Anarchismus. Ursprung, Ideal und Philosophie**. Neu übersetzt, eingeleitet und hrsg. von Heinz Hug. Grafenau/Württ. und Wien: Trotzdem Verlag und Monte Verita Verlag 1993. 180 S. (3/93)
- 0 **92-022**
1 TU Berlin, FB 1, Kommunikations- und Gesellschaftswissenschaft, Ernst-Reuter-Platz 7, D-10587 Berlin
2.1 KÜCHENMEISTER, Daniel; Gaudystr. 3, D-10437 Berlin
2.2 Prof. Dr. Wolfgang Benz
4 Laufend
5 Beginn: 11/91, Abschluß: 11/93
6 Geförderte Forschung; Eigenprojekt des Bearb.; Diss.
8 Bearb.
9 **Reform- und Korrekturbestrebungen der etablierten politischen Kräfte in der DDR am Ende der achtziger Jahre**
10.1 1984/85-1989
10.2 DDR
12 **Honecker — Gorbatschow, Vieraugengespräche**. Hrsg. und eingeleitet von Daniel Küchenmeister unter Mitarbeit von Gerd-Rüdiger Stephan. Berlin: Dietz Verlag 1993. 271 S. (3/93)
- 0 **92-095**
2.1 BEIER, Gerhard, Dr. habil.; Wendelinsweg 2, D-61476 Kronberg/T.; Tel. 06173/640566, FAX: 06173/68834
4 Abgeschlossen
5 Beginn: 6/92, Abschluß: 6/93
6 Auftragsforschung
7 Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden, Hauptvorstand, Frankfurt a.M.
9 **Der 17. Juni 1953 mit besonderer Berücksichtigung der Bauarbeiter**
10.1 1953
10.2 Berlin
11 Darstellung, Chronologie und Dokumentation mit Nachweis des spontanen proletarischen Charakters der Erhebung

- 12 **Beier, G.: Wir wollen freie Menschen sein. Der 17. Juni 1953: Bauleute gingen voran.** Hrsg. von Bruno Köbele, Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden. Frankfurt a.M. und Wien: Büchergilde Gutenberg; Köln: Bund-Verlag 1993. 384 S. (3/93)
- 0 **93-002**
- 1 Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, Godesberger Allee 149, D-53175 Bonn
- 2.1 STAMM, Christoph, Dr.; c/o FES
- 4 Abgeschlossen
- 5 Beginn: 10/86, Abschluß: 6/92
- 6 Eigenprojekt der FES; Edition
- 8 FES
- 10.1 1947-1949
- 10.2 US- und Britische Besatzungszone Deutschlands (Bi-Zone)
- 12 **Stamm, Chr.: Die SPD-Fraktion im Frankfurter Wirtschaftsrat, 1947-1949. Protokolle, Aufzeichnungen, Rundschreiben** (= Archiv für Sozialgeschichte, Beih. 13; Veröffentlichungen aus dem Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, H. 1). Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. 1993. LIV, 394 S. (3/93)
- 0 **93-003**
- 1 TH Darmstadt, Institut für Philosophie
- 2.1 FLEISCHER, Helmut, Prof. Dr.; Stetteritzring 61, D-64380 Roßdorf; Tel. 06071/4633
- 4 Abgeschlossen
- 6 Eigenprojekt des Bearb.; Monographie; Aufsätze
- 8 Bearb.
- 9 **Epochenphänomen Marxismus**
- 12 **Fleischer, H.: Karl Marx und der Ausgang der proletarischen Revolution. Eine philosophische Geschichtsbetrachtung**, in: Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Klaus Schönhoven und Dietrich Staritz. Köln: Bund-Verlag 1993, S. 13-38 (3/93)
- 0 **93-004**
- 2.1 FLECHTHEIM, Ossip K., Prof. Dr. Dr.; Rohlfstr. 18, D-14195 Berlin; Tel. 030/8232051
- 4 Abgeschlossen
- 6 Aufsatz
- 11 Darstellung des „dritten Weges“
- 12 **Flechthheim, O. K.: Ist der Sozialismus bereits tot?**, in: Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Klaus Schönhoven und Dietrich Staritz. Köln: Bund-Verlag 1993, S. 91-97 (3/93)
- 0 **93-005**
- 1 TH Darmstadt, FB 2, Institut für Politikwissenschaft, Residenzschloß, D-64283 Darmstadt; Tel. 06151/16-0
- 2.1 TYCH, Feliks, Prof. Dr.; ul. Chopina 5 b m.22, PL-00-559 Warszawa
- 4 Abgeschlossen
- 6 Referat auf der Rosa-Luxemburg-Tagung, Potsdam 6.3.1993
- 9 **Rosa Luxemburg und die nationale Frage**
- 12 **Tych, F.: Rosa Luxemburg und die nationale Frage. Motivation und politische Vorschläge**, in: Rosa Luxemburg und die nationale Frage. Materialien einer Tagung. Hrsg. vom Brandenburger Verein für politische Bildung „Rosa Luxemburg“ e.V. (Gregor-Mendel-Str. 3, D-14469 Potsdam). Zusammengestellt und redigiert von Edith Lingner. Potsdam: [o.V.] 1993, S. 5-12 (3/93)
- 0 **93-013**
- 1 Univ. Bochum, Institut zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung, Universitätsstr. 150, D-44801 Bochum
- 2.1 GREBING, Helga, Prof. Dr.; c/o Univ. Bochum
- 4 Abgeschlossen
- 6 Aufsatz; Beitrag im Rahmen einer Festschrift Vor und nach 1945
- 10.1 Deutschland
- 10.2 Deutschland
- 12 **Grebing, H.: Sozialdemokratie und Nation. Zur Geschichte der Diskussion der „nationalen Frage“ in der SPD vor und nach 1945**, in: Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Klaus Schönhoven und Dietrich Staritz. Köln: Bund-Verlag 1993, S. 69-90 (3/93)
- 0 **93-015**
- 1 Univ. Mannheim, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES), AB IV — DDR-Geschichte, Steubenstr. 46, D-68163 Mannheim
- 2.1 FOITZIK, Jan, Dr.; c/o Univ. Mannheim, MZES
- 4 Abgeschlossen
- 6 Aufsatz
- 8 Bearb.
- 10.1 1945-1949
- 10.2 Sowjetische Besatzungszone Deutschlands
- 12 **Foitzik, J.: Befehls- und Kommunikationsstruktur der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD)**, in: Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Klaus Schönhoven und Dietrich Staritz. Köln: Bund-Verlag 1993, S. 324-351 (3/93)
- 0 **93-017**
- 2.1 RUFFMANN, Karl-Heinz, Prof.em. Dr. (Univ. Erlangen/Nürnberg); Rommerskircher Str. 12, D-50739 Köln; Tel. 0221/5992443
- 4 Abgeschlossen

- 6 Aufsatz
8 Bearb.
10.1 Seit 1989/90
10.2 Ehemalige DDR und BRD
12 **Ruffmann, K.-H.: Vaterland — woher, wohin? Die Deutschen auf der Suche nach einem neuen Selbstverständnis**, in: Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Klaus Schönhoven und Dietrich Staritz. Köln: Bund-Verlag 1993, S. 500–508 (3/93)
- 0 **93-018**
2.1 **SCHÖNHOFEN, Klaus**, Prof. Dr.; c/o Univ. Mannheim, A 5, Postfach, D-68159 Mannheim
4 Abgeschlossen
6 Eigenprojekt des Bearb.; Aufsatz
8 Bearb.
10.1 1945–1955
10.2 BRD
12 **Schönhoven, K.: Kalter Krieg in den Gewerkschaften. Zur Gewerkschaftspolitik von KPD und SPD nach 1945**, in: Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Klaus Schönhoven und Dietrich Staritz. Köln: Bund-Verlag 1993, S. 261–280 (3/93)
- 0 **93-019**
2.1 **SCHROEDER, Wolfgang**, Dr.; Damaschkeanger 162, D-60488 Frankfurt a.M.
4 Abgeschlossen
5 Beginn: 9/92, Abschluß: 10/92
6 Eigenprojekt des Bearb.; Aufsatz
8 Bearb.
10.1 1950–1960
10.2 Westdeutschland
12 **Schroeder, W.: Facetten der deutschlandpolitischen Diskussion des DGB in der Adenauer-Ära**, in: Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Klaus Schönhoven und Dietrich Staritz. Köln: Bund-Verlag 1993, S. 281–300 (3/93)
- 0 **93-020**
1 Univ. Mannheim, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES), AB IV — DDR-Geschichte, Steubenstr. 46, D-68163 Mannheim
2.1 **STARITZ, Dietrich**, Prof. Dr.; c/o Univ. Mannheim
4 Abgeschlossen
5 Beginn: 92, Abschluß: 92
6 Eigenprojekt des Bearb.; Aufsatz
8 Univ. Mannheim
10.1 1945–1957
10.2 SBZ/DDR
12 **Staritz, D.: Partei, Intellektuelle, Parteiintellektuelle. Die Intellektuellen im Kalkül der frühen SED**, in: Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Klaus Schönhoven und Dietrich Staritz. Köln: Bund-Verlag 1993, S. 378–398 (3/93)
- 0 **93-023**
1 Univ. Mannheim, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES), AB IV — DDR-Geschichte, Steubenstr. 46, D-68163 Mannheim
2.1 **DÄHN, Horst**, Prof. Dr.; c/o Univ. Mannheim; privat: Rosenweg 32, D-73765 Neuhausen a.d.F.; Tel. 07158/8113
4 Abgeschlossen
6 Aufsatz
8 Bearb.
10.1 1961–1971
10.2 DDR
12 **Dähn, H.: Die LDPD — Schein und Wirklichkeit einer Partei in den 60er Jahren. Empirische Befunde zur Mitgliederstruktur und zu parteiinternen Konflikten**, in: Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Klaus Schönhoven und Dietrich Staritz. Köln: Bund-Verlag 1993, S. 436–450 (3/93)
- 0 **93-024**
2.1 **HOFFEND, Andrea**; c/o Univ. Mannheim, LS für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte, Prof. Dr. Hermann Weber, A 5, D-68159 Mannheim; Tel. 0621/292–5246
4 Abgeschlossen
6 Aufsatz
8 Bearb.
10.1 1860er Jahre
10.2 Baden, Schwerpunkt Mannheim
12 **Hoffend, A.: Verhinderte Sozialdemokraten. Die Rolle des Mannheimer Linksliberalismus im Emanzipationsprozeß der deutschen Arbeiterbewegung nach 1860**, in: Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Klaus Schönhoven und Dietrich Staritz. Köln: Bund-Verlag 1993, S. 111–135 (3/93)
- 0 **93-030**
2.1 **LIEDKE, Karl**, Dr.; Erlenkamp 27, D-38126 Braunschweig; Tel. 0531/65620
2.2 **Prof. Dr. Zbigniew Kwaśny**, Univ. Wrocław (Breslau), Historisches Seminar
4 Abgeschlossen
5 Abschluß: 6/93
6 Eigenprojekt des Bearb.; Diss.
8 Bearb.
9 **Polnische Arbeiter im Herzogtum und Freistaat Braunschweig 1880 bis 1939**
10.1 1880–1939
10.2 Herzogtum (bis 1918) und Freistaat Braunschweig (1918–1939)
12 **Liedke, K.: Die polnischen Steinbrucharbeiter in Velpke/Braunschweig und ihre Ausweisung 1931/32**, in: „Geschichtswerkstatt“ Nr. 28, Bonn und Garbsen, 1992, S. 17–31. — **Liedke, K.: Katholische Seelsorge für die polnischen Arbeiter im Herzogtum Braunschweig 1891 bis 1918**, in: „Die Diözese Hildesheim in Vergangenheit und Gegenwart“, Jahrbuch 61/1993, Hildesheim 1993 (Ms. 25 S.).

- Liedke, K.: Die Zuwanderer aus Osteuropa im Land Braunschweig: Das Beispiel polnischer Bergleute im Helmstedter Braunkohlenrevier um die Jahrhundertwende, in: „Volkskunde in Niedersachsen“, H. 1/1994, Göttingen 1994
- 13 **Liedke, K.: Polnische Arbeiter im Herzogtum und Freistaat Braunschweig 1880 bis 1939.** Diss., Univ Wroclaw (Breslau) 1993 (3/93)
- 0 **93-042**
- 1 Univ. Wien, Institut für Geschichte; Internationale Tagung der Historikerinnen und Historiker der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung (ITH), Wien
- 2.1 STEINER, Herbert, Univ.Do. Dr.; c/o Universität Wien
- 4 Abgeschlossen
- 6 Auftragsforschung; Aufsatz
- 7 Univ. Mannheim
- 8 Bearb.
- 9 **Österreichische Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert**
- 10.1 1867-1914
- 10.2 Österreich
- 12 **Steiner, H.: Die Anfänge der österreichischen Arbeiterbewegung,** in: Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Klaus Schönhoven und Dietrich Staritz. Köln: Bund-Verlag 1993, S. 101-110 (3/93)
- 0 **93-044**
- 1 Univ. — GHS — Essen, FB 1/Geschichte, Postfach, D-45141 Essen
- 2.1 LOTH, Wilfried, Prof. Dr.; c/o Univ. Essen
- 4 Abgeschlossen
- 6 Aufsatz
- 8 Bearb.
- 10.1 1944-1946
- 10.2 Sowjetunion, Deutschland
- 12 **Loth, W.: Ziele sowjetischer Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg,** in: Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Klaus Schönhoven und Dietrich Staritz. Köln: Bund-Verlag 1993, S. 303-323 (3/93)
- 0 **93-048**
- 1 Polnische Akademie der Wissenschaften, Institut für Politische Studien, PKiN 17, PL-00-901 Warszawa
- 2.1 HOLZER, Jerzy, Prof. Dr.; c/o Polnische Akademie der Wissenschaften
- 4 Abgeschlossen
- 6 Aufsatz
- 8 Polnische Akademie der Wissenschaften
- 10.1 1945-1989
- 10.2 Polen, Deutschland
- 12 **Holzer, J.: Nationalismus, Ressentiment und Manipulation. Die deutsche Frage im kommunistischen Polen,** in: Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Klaus Schönhoven und Dietrich Staritz. Köln: Bund-Verlag 1993, S. 535-548 (3/93)
- 0 **93-049**
- 1 TH Darmstadt, FB 2, Institut für Politikwissenschaft, Residenzschloß, D-64283 Darmstadt; Tel. 06151/16-0
- 2.1 TYCH, Feliks, Prof. Dr.; ul. Chopina 5 b m.22, PL-00-559 Warszawa
- 4 Abgeschlossen
- 6 Aufsatz
- 10.1 1968
- 10.2 ČSSR, Polen
- 12 **Tych, F.: Prag und Warschau 1968,** in: Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Klaus Schönhoven und Dietrich Staritz. Köln: Bund-Verlag 1993, S. 567-581 (3/93)
- 0 **93-055**
- 1 Univ. Mannheim, Gewerkschaftsprojekt, D-68131 Mannheim
- 2.1 RUCK, Michael, Dr.
- 4 Abgeschlossen
- 6 Aufsatz
- 8 Univ. Mannheim
- 10.1 1919-1923
- 10.2 Deutschland
- 12 **Ruck, M.: Vom Scheitern der Sozialpartnerschaft nach dem Ersten Weltkrieg. Die deutsche Außenhandelskontrolle 1919-1923,** in: Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Klaus Schönhoven und Dietrich Staritz. Köln: Bund-Verlag 1993, S. 153-173 (3/93)
- 0 **93-062**
- 1 Szkoła Główna Handlowa (Warsaw School of Economics), Katedra Socjologii, ul. wiśniowa 41 p. 47, 48, PL-02-520 Warszawa; Tel. 495307, 492117 w. 16
- 2.1 POLAKOWSKA-KUJAWA, Jolanta, Prof. Dr.; ul. Czerniakowska 99/101 m.34, PL-00-718 Warszawa; Tel. 418464
- 4 Laufend
- 5 Beginn: 90, Abschluß: 94
- 6 Geförderte Forschung; Eigenprojekt der Szkoła Główna Handlowa; Festschriftbeitrag
- 7 Szkoła Główna Handlowa
- 8 Bearb.; Szkoła Główna Handlowa
- 10.1 1989-1993
- 10.2 Polen
- 12 **Polakowska-Kujawa, J.: Politische Perspektiven der polnischen Sozialdemokratie im Spiegel des ökonomischen und politischen Bewußtseins der Bevölkerung,** in: Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Klaus Schönhoven und Dietrich Staritz. Köln: Bund-Verlag 1993, S. 582-593 (3/93)

0 93-066

1 Humboldt-Univ. Berlin, Institut für Geschichtswissenschaften, Bereich Allgemeine Geschichte, Unter den Linden 6, D-10099 Berlin; Tel. 030/2093-2223

2.1 WERNICKE, Günter, Dr.; Lindenstr. 71, D-16727 Marwitz

2.2 Prof. Dr. Hella Kaeseltz; Doz. Dr.sc. Norbert Madloch

4 Laufend

5 Beginn: 8/82, Abschluß (der Diss.): 6/86

6 Diss.; Monographie

8 Humboldt-Univ. Berlin; Bearb.

9 **Einfluß und Wirken trotzkistischer Gruppierungen in der Arbeiterbewegung Großbritanniens und der USA vom Ende der sechziger bis zur Mitte der achtziger Jahre**

10.1 Ca. 1965-1985

10.2 USA, Großbritannien

16 Trotzkistische Primärquellen in der BRD, den USA und Großbritannien (Periodika); Sekundärliteratur; nach 1989: Akten des ehemaligen ZPA der SED, des IISG Amsterdam, Literatur der Bibliotheken in Berlin-West (3/93)

III. BISHER NICHT GEMELDETE, UNPUBLIZIERTE ARBEITEN, DIE VERFÜGBAR SIND

Entfällt

NEUE LITERATUR

ALY, Götz und Susanne HEIM: **Das Zentrale Staatsarchiv in Moskau („Sonderarchiv“). Rekonstruktion und Bestandsverzeichnis verschollen geglaubten Schriftguts aus der NS-Zeit.** — Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung 1992. 58 S.

Nach einer Schätzung des Komitees für Archivangelegenheiten bei der Regierung der Russischen Föderation befinden sich etwa eine Million Akteneinheiten deutscher Herkunft in Archiven von sechs Nachfolgestaaten der früheren UdSSR, vor allem in den Militärarchiven in Moskau und Podolsk, im Zentralen Staatsarchiv in Moskau (früher: Archiv der Oktoberrevolution), im „Russischen Zentrum zur Bewahrung zeitgeschichtlicher Überlieferungen“ in Moskau (früher: Parteiarchiv der KPdSU), im Archiv des Außenministeriums in Moskau, im Historischen Archiv des Geheimdienstes KGB in Moskau, in Archiven in St. Petersburg und Wolgograd; weitere werden in Vilnius, Riga, Tallin, Kiew, Minsk und Brest aufbewahrt. Das „Sonderarchiv“ des Zentralen Staatsarchivs, das seit Juli 1992 den offiziellen Namen „Zentrum für die Aufbewahrung historisch dokumentarischer Sammlungen“ trägt, besitzt allein 174 000 deutsche Akteneinheiten in 421 Fonds mit einer Gesamtlänge von mehr als drei Kilometern.

Jahrzehntlang gab es keine Informationen über das „Sonderarchiv“. Erste Berichte in der Moskauer Tageszeitung „Iswestija“ im Februar 1990, in „Sowjetunion heute“ im August 1990 und dann Mitteilungen deutscher Benutzer in wissenschaftlichen Zeitschriften der Bundesrepublik¹ fanden große Beachtung. Nun haben Götz Aly und Susanne Heim aus Berlin nach viermonatigen Recherchen im Moskauer „Sonderarchiv“ eine Broschüre erarbeitet, die über Herkunft, Verwendungszweck, Inhalt und Bedeutung der Bestände informiert.

Ein bedeutender Kern der deutschen Archivalien wurde 1945 von der Roten Armee in zwei Schlössern Niederschlesiens erbeutet (S.56/57). Auch die Bestände aus anderen Ländern wurden 1945 von Kommandos der Roten Armee sichergestellt, so z.B. 1,3 Millionen Akten der französischen Sicherheitspolizei, zumeist Personendossiers aus den 30er Jahren, die der deutschen Wehrmacht bei der Besetzung Frankreichs in die Hände gefallen waren. Bedeutsam sind ferner österreichische Aktenbestände in 67 Fonds; es gibt außerdem von deutschen Truppen in den besetzten Ländern Frankreich, Griechenland, Jugoslawien, den Niederlanden und der Tschechoslowakei beschlagnahmte Akten in weiteren 21 Fonds; Dokumente von Verlagen, Organisationen und Einzelpersonlichkeiten im französischen Exil in 63 Fonds, eine größere Sammlung von Schriftgut jüdischer Organisationen und Persönlichkeiten mehrerer europäischer Länder in mehr als 40 Fonds und schließlich Dokumente von Freimaurerlogen und -vereinigungen in 64 Fonds. In den drei zuletzt erwähnten Beständen stellen deutsche Dokumente die Mehrheit.

1 Bernd Wegner, Deutsche Aktenbestände im Moskauer Zentralen Staatsarchiv, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg.40 (1992) S.311-319; Kai von Jena und Wilhelm Lenz, Die deutschen Bestände im Sonderarchiv in Moskau, in: Der Archivar, Jg.45 (1992) S.458-468 (hier ist von insgesamt 174 000 deutschen Akteneinheiten die Rede).

Aly und Heim haben erfreulicherweise in ihren Bestandsangaben auch vermerkt, welche Akten vom „Sonderarchiv“ an andere russische Archive (Außenministerium, KGB) oder an die DDR abgegeben wurden.

Von besonderer Bedeutung sind die Fonds zentraler deutscher Reichsbehörden und -institutionen, Verbände und Personen. Geordnet nach der Anzahl der Akteneinheiten stehen hier auf den ersten Plätzen bei der Auflistung: Reichsministerium des Innern (14 544 Akteneinheiten), Reichsgericht und Reichsanwaltschaft (14 355), Reichswirtschaftsministerium (13 355), Justizeinrichtungen in Deutschland (Sammlung Volksgerichtshof und Einzelfallakten = 11 632), IG Farbenindustrie AG (6 923), Zentralbauleitung der Waffen-SS und der Polizei in Auschwitz (mit Arbeits- und Todesbüchern = 7 310), Militärische und Militärbauliche Einrichtungen Deutschlands (5 681), Reichssicherheitshauptamt der SS (3 009), Gestapo Weimar (2 711), Sammlung SA (1 311), Nachlaß Joseph Goebbels (1 140),² Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete (1 086). Daneben gibt es weitere Fonds bestimmter Einrichtungen, die mitunter beträchtliche Größenordnungen besitzen: Von Fürsorge- und Versorgungsdienststellen der SS und der Waffen-SS liegen allein 22 873 Personalakten vor, für den Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (Berlin) sind 4 371 Akten ausgewiesen und für Dolmetscher der Wehrmacht gibt es 3 960 Personalakten.

Es muß mit Nachdruck hervorgehoben werden, daß selbst kleinste Bestände Dokumente mit hoher Aussagekraft enthalten können. Zu beachten sind u.a. die Nachlässe von Max Braun, Paul Löbe, Franz von Papen, Ludwig Quidde, Walther Rathenau, Hjalmar Schacht, August Thyssen, Joseph Wirth; dazu die Fonds für Organisationen, Kirchen, Juden, Freimaurer und die als Anhang ausgewiesenen Bestände für den Metallarbeiterverband im Archiv der Oktoberrevolution (S.56).

In der vorliegenden Broschüre von Aly und Heim gibt es zu den anderen Bestandsübersichten einige Abweichungen über die Anzahl der Akteneinheiten in bestimmten Fonds. Hier ist wegen der Abgaben an andere Archive der letzte Stand bei einer Benutzung zu ergründen. Meine eigenen Erfahrungen im „Sonderarchiv“ stimmen nicht überein mit den Bemerkungen in der Broschüre, es dürfe kein Labtop im Lesesaal benutzt werden (S.9) und es gäbe kein Schriftgut der Deutschen Arbeitsfront (S.10). Da die Broschüre als Hauptziel erstrebte, Schriftgut der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung aufzulisten, ist sie in diesem Fall ergänzungsbedürftig.³

Neben dem Zugang über die Findbücher in russischer Sprache gibt es die zusätzliche Chance, auch über eine Namenskartei mit drei Millionen Personennamen und über eine Sachkartei den Zugang zu den Akten zu erschließen. Die Bestände sind für die weitere Erforschung der Weimarer Republik und der NS-Zeit, seit 1933 insbesondere für Terror und Widerstand, eine große Fundgrube für noch unbekannte Materialien. Die Broschüre ist als eine Informationsquelle unentbehrlich, sie sollte allerdings im Vergleich mit den anderen Auflistungen benutzt werden. Der ersten aus dem Bestand des „Sonderarchivs“ in deutscher Sprache erschienenen Edition werden mit Sicherheit viele weitere folgen.⁴

Klaus Scheel

2 Aus diesem Fonds stammen die Kopien verschiedener Ausgaben der Goebbels-Tagebücher; zuletzt: Joseph Goebbels. Tagebücher, Bd.1–5. Hrsg. von Ralf Georg Reuth, München und Zürich 1992.

3 Vgl. Fonds 1521 mit den Akten Nr.9ff zur DAF; ebenso Fonds 1363 mit Einzelakten über die DAF 1939/42.

4 Als erste deutsch-russische Gemeinschaftsdition erschien: „Ich will raus aus diesem Wahnsinn“. Deutsche Briefe von der Ostfront 1941–1945. Hrsg. von Anatoly Golovchansky, Valentin Osipov, Anatoly Prokopenko, Ute Daniel und Jürgen Reulecke, Wuppertal 1991 (bereits in 2. Aufl. vorliegend).

Der Kampf um die Ätherwellen. Feindpropaganda im Zweiten Weltkrieg. Hrsg. von Hans SARKOWSKI und Michael CRONE unter Mitarbeit des Deutschen Rundfunkarchivs (= Sammlung Historica — Tondokumente). — Frankfurt a.M.: Eichborn Verlag 1990. 6 Tonkassetten (420 Minuten) und Begleitbuch (96 Seiten) in Archiv-Kassette.

Wer sich einmal die Mühe machte, den antifaschistischen Widerstand zwischen 1933 und 1945 anhand von audiovisuellen Quellen nachzuverfolgen, wird rasch an Grenzen gestoßen sein. Während es zwar mühelos möglich ist, die gesamte NS-Zeit ohne große Lücken in Film- und Tondokumenten nacherlebbar zu machen, trifft dies für die Opposition gegen Hitler in keiner Weise zu. Lediglich von den Volksgerichtshofprozessen des Herbstes 1944 sind hinreichend akustische Quellen vorhanden. Sie wurden bereits Anfang der 60er Jahre veröffentlicht.¹

Dabei blieb es lange Zeit. Da die illegalen Kämpfer gegen den NS-Staat selbstredend keinerlei Spuren ihrer lebensgefährlichen Tätigkeit zu hinterlassen suchten, war die einzige Quelle, wo die Stimme der Opposition, die sich Gehör verschaffen konnte, zu finden war, das freie Ausland und hier neben der deutschsprachigen Presse vor allem der Rundfunk, der seit Ende der 30er Jahre in vielfältiger Weise Emigranten — erinnert sei nur an Thomas Mann — zu Worte kommen ließ. Wer jedoch glaubte, daß derartige Dokumente der Forschung und Lehre zugänglich gewesen wären, wurde rasch eines Besseren belehrt. Selbst in der 1974 vom S.-Fischer-Verlag publizierten Thomas-Mann-Discographie, die ansonsten akribisch jedes Räuspern des Nobelpreisträgers verzeichnete, mußte eingestanden werden, daß es nicht lohne, die unter dem Titel „Deutsche Hörer!“ entstandenen 55 Rundfunksendungen einzeln aufzuführen, da sie ohnehin bis auf eine einzige verschollen seien.

Es dauerte drei weitere Jahre bis der Westdeutsche Rundfunk mit einer kleinen Sensation aufwarten konnte: In mühevoller Sucharbeit in Londoner Archiven war es Walter Andreas Schwarz gelungen, zahlreiche Aufnahmen aus der Zeit von 1938–1945 auszugraben. 1978 folgte eine weitere abendfüllende Sendung zum gleichen Thema, 1979/80 schließlich eine sechsteilige Sendereihe „Für eine bessere Welt“ über den Widerstand gegen Hitler mit Tondokumenten aus aller Herren Länder. Ende 1980 wurde schließlich eine abendfüllende Sendung „The Belsen Recordings“ ausgestrahlt, die erstmalig die erschütternden Aufnahmen des BBC-Reporters Patrick Gordon Walker zugänglich machte, die dieser während der Befreiung des KZ Bergen-Belsen mitgeschnitten hatte.

Seitdem waren kaum nennenswerte Bemühungen auf dem Gebiet der Quellenforschung zu diesem Thema erkennbar. Schwarz hatte zwar 1987 die Thomas-Mann-Aufnahmen auf einer Schallplatte herausgegeben, die allerdings in der Schweiz und hierzulande nur über die Büchergilde Gutenberg erhältlich war.² Wer sich privat ans Deutsche Rundfunkarchiv (DRA) wandte, erhielt stets dieselbe nichtsagende Antwort, daß Aufnahmen grundsätzlich nur zu „wissenschaftlichen Zwecken“ abgegeben würden (Antworten 1978 und 1992 an mich). Wie diese „wissenschaftlichen“ Zwecke aussahen, belegen zahlreiche sogen. Dokumentarschallplatten, die in Blättern wie der „National-Zeitung“ angeboten wurden und auf denen der einzige verbindende Kommentar zwischen zwei Hitlerreden im „Triumph-Marsch der NSDAP“ bestand, gespielt von einer SA-Kapelle.

Von daher stellt die vorliegende umfangreiche Tondokumentation eine höchst verdienstvolle verlegerische Leistung dar, die nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Dieses Urteil kann auch nicht durch die folgenden kritischen Anmerkungen geschmälert werden, die vor allem die Auswahl und die ungenügende Aufarbeitung der vorgestellten Tondokumente betreffen.

Die Dokumentation beginnt mit einem Mitschnitt des legendären „Deutschen Freiheitssenders 29,8“ vom März 1937, dem jeweils eine Sendung des „Deutschen Freiheitssenders“ (Frankreich) und von Radio Strasbourg folgen. Danach beenden zwölf [!] Aufnahmen der BBC die erste Kassette.

Die zweite Seite bringt neben weiteren elf BBC-Aufnahmen immerhin noch den „Britischen Mittelmeersender“ und den Kurzwellensender „WRUL“. Die Kassetten 3 und 4 stellen Ausnahmen dar. Sie enthalten immerhin sechs Mitschnitte der „Stimme aus Amerika“, vier von „Radio Moskau“, sieben des „Senders Freies Deutschland“ (NKFD) sowie je einen von Radio Luxemburg und der amerikanischen Radiostation in Europa „ABSiE“. Bei dieser Station sind u.a. zwei Ansprachen von Golo Mann von Interesse, die an die großen Reden seines Vaters erinnern, der selbst siebenmal vertreten ist.

1 Eine Dokumentation von Tonbandfunden (transkribiert durch das Deutsche Rundfunkarchiv und publiziert in einer Auflage von 250 hektografierten Exemplaren) kann direkt beim DRA angefordert werden: 60320 Frankfurt a.M., Bertramstr. 8. — Auf Schallplatte waren Ausschnitte zu hören in der Dokumentation von Heinrich Uhlig „Aufstand des Gewissens“ (Ariola-Athena 71 116 EW).

2 Die Schallplatte „Thomas Mann: Deutsche Hörer! Radiosendungen aus dem Exil 1940–45“. Hrsg. von W. A. Schwarz ist erschienen in der „Leuberg Edition“, CH-8615 Wermatswil/Zürich (L&M LLP 18 601).

Diese knappe Aufzählung macht schon deutlich, daß ein absolutes Übergewicht des Londoner Senders gegenüber den anderen Stationen besteht. Warum wurde von den drei vorhandenen Mitschnitten des „Freiheitssenders 29,8“ nicht wenigstens eine weitere zugänglich gemacht, warum nicht vom französischen Freiheitssender, an dem auch Willi Münzenberg mitgearbeitet haben soll? Gibt es von ihm selbst Aufnahmen? Zu hören ist auf Kassette 1 ein Aufruf von Hermann Rauschning und ein weiterer der Deutschen Freiheitspartei. Sie liegen seit Mitte der 80er Jahre vor — auch im zentralen Frankfurter Rundfunkarchiv. Diese Information sucht man allerdings vergeblich im Begleitbuch — sie findet sich im Jahrbuch 1990 für Exilforschung (Edition Text und Kritik, München) in einem Beitrag über den „Freiheitssender 29,8“ . . .

Bei manchen anderen Sendungen, die Historiker der Arbeiterbewegung besonders interessiert hätten — Radio Moskau oder des Senders Freies Deutschland etwa —, ist die Auswahl gelinde gesagt etwas merkwürdig. Da wird eine reine Nachrichtensendung über ein Treffen Churchills mit Roosevelt wiedergegeben, die von einem sehr starken Störsignal überlagert ist, das das Hören zur Tortur macht. Warum diese Aufnahme? Der „Kommentar“ schweigt sich aus. Auch wer etwas über die Herkunft mancher Tondokumente wissen will, wird enttäuscht. Ob diese vollständig oder auszugsweise wiedergegeben wurden — ebenfalls Fehlanzeige! Allenfalls der offizielle Katalog des Deutschen Rundfunkarchivs könnte hier Aufschluß geben. Der betreffende Band für die Jahre 1939–1945 stammt allerdings von 1975 und nennt nur einen Bruchteil der heute vorliegenden Aufnahmen. Immerhin ist dort zu erfahren, daß eine der Moskauer Sendungen erheblich gekürzt wurde. Bei manch anderer Aufnahme, die stellenweise völlig unvermittelt, fast mitten im Text abbricht, bleibt der verblüffte Hörer auf Vermutungen angewiesen. Hilfreich ist hier das im Begleitbuch immerhin erwähnte Standardwerk von Conrad Pütter [siehe Kurzanzeige von Ursula Langkau-Alex in: *IWK*, Jg.26 (1990), H.3, S.471]. Dieses Buch kostet allerdings 120 Mark, das „Exil-Jahrbuch“ über 30, die Kataloge des DRA etwas mehr — was sich bei einem Preis für 148 Mark allein für die Tondokumentation zu einem hübschen Sümmchen addiert.

Im DRA-Katalog von 1975 ist eine Rede von Wilhelm Pieck mit der Jahreszahl 1944 angegeben. Woher diese Angabe stammt, die die vorliegende Dokumentation völlig unkritisch übernimmt, bleibt schleierhaft. Es handelt sich nämlich um die Rede „Was ist zu tun“, die Pieck am 7.2.1942 im Sender Kuibyschew hielt — abgedruckt im 1979 erschienenen Band 6 von Piecks „Gesammelten Reden und Schriften“ (Dietz Verlag Berlin). Seit über einem Jahrzehnt also dürfte das richtige Datum bekannt sein — in Frankfurt nimmt man DDR-Veröffentlichungen aber kaum zur Kenntnis.³ Auch bei dort lagerndem Archivmaterial wird eine kaum noch zu überbietende Ignoranz an den Tag gelegt, die zumindest nach 1989 (die Dokumentation erschien Mitte 1990) kaum noch verständlich ist. Pütter vermerkte lakonisch bei seinen Angaben zu sowjetischen Sendern, daß es praktisch unmöglich sei, von den im damaligen Institut für Marxismus-Leninismus Berlin lagernden Aufnahmen (des Nationalkomitees Freies Deutschland etwa) Kopien zu bekommen. Unterstellt man, daß diese Angaben der Wahrheit entsprechen,⁴ so stellt sich die Frage, warum man nicht nach der Wende diesem Übel abgeholfen hat.

Völlig unverständlich wird es aber, wenn der Leiter der Frankfurter Sammlung, Walter Roller, im Begleitbuch unter dem Titel „Vom Winde verweht“ Folgendes von sich gibt: „Rundfunksendungen können prinzipiell von zwei Seiten mitgeschnitten werden, vom Sender selbst und/oder vom Empfänger.“ Wer derartige Plattitüden vom Stapel läßt, darf sich nicht wundern, wenn er selbst daran gemessen wird. Und da fällt auf, daß der DDR-Rundfunk seit Jahrzehnten die Mitschnitte des Nationalkomitees Freies Deutschland nicht nur besaß, sondern auch ausstrahlte. Nicht nur die Rede Wilhelm Piecks, die nur bruchstückhaft wiedergegeben wird, wurde wiederholt genutzt, auch das von Erich Weinert verlesene „Manifest des NKFD“ wurde immer wieder zitiert.⁵

3 Bereits im Januar 1976 brachte der WDR eine Sendung zum 100. Geburtstag von W. Pieck, in der der Anfang der Rede zitiert wurde — mit dem richtigen Datum 7.2.1942. Warum sollte diese Recherche der betreffenden Autorin nicht auch den Berufsarchivaren in Frankfurt möglich gewesen sein?

4 Ich erhielt 1989 (ein halbes Jahr vor der Wende) eine Rede des „Renegaten“ Münzenberg vom IML auf Kassette überspielt, ohne daß mir gegenüber irgendwelche „Bauchschmerzen“ geäußert worden wären. Ich konnte sie ohne weiteres abdrucken lassen und habe sie beim Münzenberg-Treffen in Zürich im September 1989 einem internationalen Publikum vorspielen können. (Münzenberg wurde erst im Mai 1990 durch die PDS rehabilitiert . . .).

5 So brachte etwa „Stimme der DDR“ während des ganzen Jahres 1983 in unregelmäßigen Abständen „Lehren der Geschichte“ mit Ausschnitten aus Reden von Pieck und Weinert. Im Juli 1983 und 1988 waren Kurzdokumentationen zum 35. bzw. 40. Jahrestag der NKFD-Gründung zu hören. Allein durch diese Ausschnitte hätte das DRA seine vorhandenen Ausschnitte mehr als verdoppeln können.

Da die DDR-Sendungen von diversen „Monitordiensten“ bundesdeutscher Sender abgekupfert wurden, erscheint es schon merkwürdig, daß gerade von solch wichtigen Dokumenten nur die Schlußsätze vorhanden sein sollen. Hier scheinen die letzten 30 Jahre tatsächlich verschlafen worden zu sein.⁶

Die abschließende Kassette Nr. 6 bestätigt endgültig den Eindruck, daß es sich um eine BBC-Dokumentation handelt, bei der andere Sender lediglich als Kuriosa mit aufgenommen wurden. Während die bisherigen Dokumente chronologisch angeordnet waren, sind hier die „absonderlichen“ Stationen zu hören, worunter man/frau sich neben dem legendären „Soldatensender Calais“ auch solche britischen Tarnstationen wie etwa „Christus König“, „Gustav Siegfried Eins“ usw. vorzustellen hat. Den Anfang bildet allerdings ein sogen. „Sender Geisterstimme“. Ich weiß nicht, welcher Geist da mit wem in Frankfurt durchgegangen ist — es handelt sich hierbei um eine sowjetische Sendeanlage, die das deutsche Reichsprogramm mit Zwischenrufen und Kommentaren überlagerte. Anton Ackermann (auf Kassette 3 mit einem Kommentar vertreten) hat bereits Mitte der 60er Jahre in einem Beitrag in der Zeitschrift des DDR-Journalistenverbandes und an anderer Stelle über diese Art des „Wellenreitens“ berichtet, die er selbst eine Zeitlang ausgeübt hat. Also auch hier ein seit langem bekannter Vorgang, der allerdings von den Herausgebern, die ansonsten das Begleitmaterial recht ausführlich — auch mit Bildmaterial — illustrierten, nicht zur Kenntnis genommen wurde. Man fragt sich warum.

Insgesamt bleibt der etwas unbefriedigende Eindruck zurück, daß es auch den Herausgebern (zwei Mitarbeitern des Hessischen Rundfunks) nicht gelang, dem zentralen Hörfunkarchiv Informationen über die Herkunft ihrer Dokumente zu entlocken. Bei keiner Angabe wird die Quelle genannt, z.B. ob es sich um eine Aufnahme des betreffenden Senders handelt oder um einen fremden Mitschnitt. Desweiteren sind zu viele reine Nachrichtensendungen aufgenommen worden, was nicht immer nachvollziehbar ist. Einige Forscher über Heinrich Vogeler haben Ende der 80er Jahre in Großbritannien einen Mitschnitt der Sendung des Moskauer Rundfunks entdeckt, in der der bekannte Worpsweder Maler zum Kampf gegen Hitler aufrief. Solche Aufnahmen hätte ich mir eher gewünscht, als die Kriegslage an allen Fronten vorgekaut zu bekommen.

Trotz all dieser Mängel bleibt immer noch eine beachtliche Leistung, die durch eine möglichst weite Verbreitung der Dokumentation — gerade im Unterricht an Schulen — gewürdigt werden sollte. Hiergegen spricht leider der hohe Preis, so daß es wohl den großen Bibliotheken vorbehalten bleiben dürfte, diese wichtige Neuerscheinung nicht der Vergessenheit anheim fallen zu lassen.

Peter Mönnikes

- 6 1961 brachte der „Deutschlandsender“ eine Steilige Sendereihe von Raimund Schnabel und Dieter Arnhold „Quo vadis, Germania“, die einen Bogen von der Machterschleichung Hitlers bis zum Bau der Mauer zog. In dieser auch auf Schallplatten edierten Tondokumentation (Eterna 7 60 019-23) wurden sowohl Pieck als auch Weinert zitiert. (Erwähnenswert hier noch ein Augenzeugenbericht von Zensl Mühsam!) Es erscheint unbegreiflich, daß sich die ARD-Sender nicht um die vollständigen Aufnahmen bemüht haben sollen. In Sendungen des WDR (Reihe „ZeitZeichen“) wurden immer die gleichen Ausschnitte zitiert. Das Weinert-Dokument ist zuletzt auf der LP „Entartete Musik“ 1988 bei „2001“ erschienen.

James P. Cannon and the Early Years of American Communism. Selected Writings and Speeches. 1920–1928. — New York: Prometheus Research Library (Published by the Spartacist Publishing Company) 1992. 624 S.

Die erstmals in Buchform vorliegende Sammlung von Artikeln, Aufsätzen und Reden von James P. Cannon dokumentiert den international wie national widerspruchsimmanen Prozeß der Bolschewisierung nationaler Sektionen und ihrer Stalinisierung und umreißt die Wurzeln und ideellen Grundlagen der trotzkistischen Strömung in den USA in den zwanziger Jahren. Sie ergänzt wesentlich seine 1962 publizierte Monographie „The First Ten Years of American Communism“.

In über 60 Dokumenten, die teilweise erstmals veröffentlicht und geschlossenen Archivbeständen in den USA entnommen wurden, läßt sich detailliert und mit großer Authentizität die Debatte über prinzipielle Differenzierungsachsen innerhalb der amerikanischen KP nachvollziehen, insbesondere in der zentralen Frage der unabhängigen Labor Party, der Einheitsfrontpolitik und -organisation, der Durchsetzung der Bolschewisierungskonzeption, des Organisationsprinzips in den Gewerkschaften, der konkreten Haltung gegenüber den Arbeitskämpfen in jener an Streiks und Ausständen reichen Zeit sowie gegenüber der Organisation des Verteidigungskampfes gegen die staatliche Repression und die Willkür der Unternehmen. Die den historischen Fakten und Entwicklungen der zwanziger Jahre weitestgehend

gerechtwerdende, umfangreiche Einführung in die Dokumentensammlung erhellt mit den jeweils vorangestellten kurzen einleitenden Texten zu den Dokumenten den historischen Hintergrund jener komplizierten Prozesse und an Widersprüchen reichen bewegungsinternen Auseinandersetzungen entsprechend dem historisch-chronologischen Prinzip.

James P. Cannon zählte zweifellos zu den Ausnahmeerscheinungen und führenden Persönlichkeiten der kommunistischen Bewegung in den USA, der nach seinem Ausschluß aus der Kommunistischen Partei 1928 bis zu seinem Tode im Jahre 1974 an der Spitze der amerikanischen trotzkistischen Partei, der Socialist Workers Party stehend, den sozialistischen Visionen seine Treue bewahrte. Geboren 1890 in Rosdale/Kansas in einem sozialistisch orientierten Elternhaus irischer Provenienz, schloß er sich bereits als Achtzehnjähriger der Socialist Party of America an und fand als „authentischer Rebell“ seinen Weg zu den syndikalistischen Industrial Workers of the World, für die er als Agitator, Organisator und Journalist im Mittleren Westen wirkte, bis er unter dem Eindruck der russischen Revolution 1917 seinen Weg über den linken Flügel der SPA zu der 1919 gegründeten Communist Labor Party fand, die nur einen Teil der organisatorisch zersplitterten kommunistischen Bewegung jener Zeit in den USA repräsentierte und für deren Zusammenschluß Cannon sich engagierte, wobei er seine Führungsfunktionen zu nutzen versuchte.

Den kämpferischen Geist jener Periode atmen seine leidenschaftlichen Artikel für die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen, sein Engagement in den harten und opferreichen Arbeitskämpfen wie dem Streik der Textilarbeiter von Passaic/New Jersey 1926. Deutlich belegen die ausgewählten Schriften und Reden Cannons die für die damalige kommunistische Bewegung symptomatischen Fraktionskämpfe, die mitunter abrupten Positionswechsel in konkreten strategisch-taktischen Fragen wie der Beurteilung und Ausnutzung existenter Klassenkräftekonstellationen und politischer Parteistrukturen sowie der Versuche von Emissären der Komintern wie Joseph Pogany (Pepper), Führungs- und damit Kurswechsel laut gültiger Komintern-Doktrin vorzunehmen. Cannon war, das zeigen die hier z.T. erstmals veröffentlichten Reden und Anmerkungen auf Sitzungen der Amerikanischen Kommission des EKKI von 1925 bis 1927 und als Delegierter zu den Kongressen der Komintern 1924 und 1928, ein couragierter Kämpfer gegen die permanenten Fraktionskämpfe. Wie einer der führenden theoretischen Köpfe der Socialist Workers Party, Joseph Hansen, 1974 konstatierte, ließen die Dschungelkämpfe der zwanziger Jahre in der Kommunistischen Partei und der Komintern Cannon zu einem der besten Dschungelkämpfer werden. Das betraf auch wechselnde Bündnisse in der linken Fraktion innerhalb der amerikanischen Sektion der KI, die er im Rahmen der Durchsetzung des von ihm als richtig anerkannten Bolschewisierungskurses der Workers (Communist) Party of America als notwendig erachtete. Gleiches galt für die Gewerkschaftsorientierung und für die Tätigkeit der von Cannon geführten wichtigsten Einheitsfrontorganisation unter kommunistischer Führung, der in praxi sich bewährenden International Labor Defense, die in über 100 Fällen politische Gefangene unterstützte und freizukämpfen bemüht war, u.a. Sacco und Vanzetti.

Die Gruppe um Cannon in der W(C)PA-Führung verkörperte ab Anfang 1928, wie seine Artikel und Reden beweisen, die amerikanische Variante der russischen Opposition um Trotzki. Obwohl er wiederholt die Ausmerzung der Fraktionstätigkeit auf den Plenartagungen der Exekutive der W(C)PA verlangt hatte, weigerte er sich beispielsweise auf dem Plenum des Zentralen Exekutivkomitees am 5.2.1928, das Vorgehen der russischen Partei gegen Trotzki zu befürworten. Der VI. Weltkongreß der Komintern 1928 wurde für Cannon der entscheidende Wendepunkt in seiner politischen Tätigkeit. Mehr oder minder per Zufall mit Trotzki's Programmwurf für die Komintern in der Programmkommission konfrontiert, konvertierte Cannon endgültig zum Trotzkiismus, dessen bolschewistisches Strukturverständnis mit seinem impliziten Elitismus und expliziten Doktrinarismus ihn unnachgiebig werden ließ trotz aller partieller Flexibilität und graduellen Pragmatismus. Die rigorose Ausschlußpraxis aller der stalinistischen Diktion zuwiderlaufenden Oppositionsströmungen und Alternativkonzepte seitens der Kominternführung führte letztendlich im Oktober 1928 auch zum Ausschluß der Cannon-Gruppe wegen „trotzkistischen Abweichlertums“.

Im Anhang der hier besprochenen Dokumentensammlung sind begrüßenswerterweise auch Kurzbiographien der wichtigsten erwähnten Personen und eine Bibliographie der Schriften und Reden Cannons von 1912 bis 1928 aufgenommen worden. Insgesamt bietet das Buch eine wertvolle Quellensammlung für die weitere Schließung von Lücken im Rahmen einer den realen Sachverhalten folgende Analyse und Darstellung der Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert.

Günter Wernicke

GRAMSCI, Antonio: **Gefängnishefte. Bd. 1.** Hrsg. von Klaus BOCHMANN. Mit Vorwörtern von Wolfgang Fritz HAUG und Valentino GERRATANA. Heft 1. — Hamburg: Argument Verlag 1991. 194 S., 94 S. Anh.

GRAMSCI, Antonio: **Gefängnishefte. Bd. 2.** Hrsg. von Wolfgang Fritz HAUG. Hefte 2–3. — Hamburg und Berlin: Argument Verlag 1991. S. 201–448, Anh. S. 97–207.

GRAMSCI, Antonio: **Gefängnishefte. Bd. 3.** Hrsg. von Klaus BOCHMANN und Fritz HAUG. Hefte 4–5. — Hamburg und Berlin: Argument Verlag 1992. S. 457–703, Anh. S. 211–317.

In den fünfziger Jahren scheiterte in der DDR der erste Versuch einer deutschen Übersetzung von Antonio Gramscis (1891–1937) Gefängnisheften, weil sie sich nicht in das Dogmengebäude des Marxismus-Leninismus einfügen ließen. In den siebziger Jahren schloß ein Übersetzerteam in der BRD die Arbeit fast ab, die dann aber doch nicht publiziert wurde: Die Gramsci-Mode schien vorbei, der potentielle Interessentenkreis kommerziell nicht groß genug. Gramsci wurde in Deutschland nur durch Auswahlbände bekannt, blieb aber Geheimtip der nichtstalinistischen Linken. Zu seinem 100. Geburtstag wagte es der kleine Argument-Verlag, mit der Edition der zwischen 1929 und 1935 in faschistischer Haft verfaßten 29 Gefängnishefte zu beginnen. ÜbersetzerInnen und Herausgeber kommen aus beiden Teilen Deutschlands. Grundlage ist die 1975 von Valentino Gerratana herausgegebene Kritische Gesamtausgabe, deren umfangreicher Anmerkungsapparat übernommen und für den deutschen Leser geringfügig ergänzt wird. Das Übersetzerteam steht in Konsultationen mit der zur Zeit ebenfalls erscheinenden amerikanischen Gesamtausgabe, zieht aber leider nicht die bereits vorliegende französische Fassung zu Rate, die Verdienste bei der Hervorhebung der antistalinistischen Aspekte hat.

Die chronologisch getreue Wiedergabe der Gefängnishefte bedingt, daß die ersten Hefte für viele Leser enttäuschend und besonders schwer zugänglich sind. Der Gefangene tastete sich hier an die nur schwer errungenen Schreibmöglichkeiten heran und mußte den Rahmen der Gefängniszensur erst austesten. Er stellte dem 1. Heft folgenden Themenplan voran:

1. Theorie der Geschichte und der Geschichtsschreibung.
2. Entwicklung der italienischen Bourgeoisie bis 1870.
3. Herausbildung der italienischen Intellektuellengruppen: Entwicklung, Haltungen.
4. Die Volksliteratur des 'Feuilletonromans' und die Ursachen ihres anhaltenden Erfolges.
5. Cavallante Cavalcanti: seine Stellung in der Struktur und in Kunst der Göttlichen Komödie.
6. Ursprünge und Entwicklung der Katholischen Aktion in Italien und Europa.
7. Der Folklorebegriff.
8. Erfahrungen des Gefängnislebens.
9. Die 'Südfrage' und die Frage der Inseln.
10. Betrachtungen über die italienische Bevölkerung: ihre Zusammensetzung, Funktion der Auswanderung.
11. Amerikanismus und Fordismus.
12. Die Sprachenfrage in Italien: Manzoni und G. I. Ascoli.
13. Der 'Alltagsverstand'.
14. Typen von Zeitschriften: theoretische, historisch-kritische, der Allgemeinbildung (Popularisierung).
15. Jungdramatiker und Neolinguisten ('dieser runde Tisch ist viereckig').
16. Die Enkelchen des Pater Bresciani. [Populäre Literatur mit antiaufklärerischer Tendenz]

Für das heutige Publikum sind aber sicher gerade die hier verschwiegenen Themen der Gefängnishefte wichtig: eine in Tarnsprache verfaßte Faschismusanalyse, die Teil von Gramscis Untersuchung des Scheiterns der Arbeiterbewegung nach dem Ersten Weltkrieg ist. Des weiteren unternimmt er eine bis heute aktuelle, außerordentlich kritische Bestandsaufnahme des marxistischen Denkens, die explizit freilich erst im 4. Heft (Bd.3) beginnt, nachdem er eine gewisse Oberflächlichkeit der Gefängniszensur konstatieren kann. Die ersten Hefte enthalten vor allem Annotationen und Rezensionen von Artikeln und Büchern mit langen Zitaten, eine Art Archiv, das Gramsci für spätere Ausarbeitungen anlegte. Ein beträchtlicher Teil der Texte taucht ausführlicher als B-Fassungen in späteren Heften wieder auf. Bedauerlicherweise wird nicht — wie in der italienischen Ausgabe — auf die Hefte und Paragraphennummern der B-Fassungen hingewiesen.

Eine tückische Besonderheit des Autors Gramsci: Die Zitate sind oft nicht gekennzeichnet, während seine eigenen Bemerkungen in Klammern oder Anführungszeichen stehen. Da es sich zudem bei den von ihm besprochenen Texten oft um faschistische Literatur handelte, die nur sehr höflich kritisiert werden konnte, muß zu einem Höchstmaß an skrupulösem Lesen geraten werden.

Schon die offizielle Themenliste und die alle damaligen Gebiete der Gesellschaftswissenschaften betreffenden Exzerpte Gramscis zeigen, daß er sich nicht in marxistische Dogmen einigelte, um von daher die Welt zu interpretieren. Er stellte sich auch den Herausforderungen der Gegner, angefangen bei dem zum Faschismus übergegangenen Giovanni Gentile bis zu dem Liberalen Benedetto Croce: Er nahm sie ernst, versuchte den Impakt zu erkennen, den sie für die tatsächliche und für die angestrebte gesellschaftliche Praxis darstellten. Und hier liegt auch die Überlegenheit, die Gramsci *historische Methode* gegenüber dem offiziösen Historischen Materialismus hatte: Er schreitet erst zur Synthese, wenn ein Maximum an empirischen Daten gesammelt ist. Er knüpfte an das Methodenreservoir des in der Tradition der Aufklärung stehenden deutschen und italienischen Historismus an und bezeichnete auch den von ihm geforderten Marxismus als ‚storicismo‘, Marx als ‚storicista‘ (S.471). Daher scheint mir der über Karl Popper ins Deutsche gekommene Begriff des ‚Historizismus‘ irreführend, den die Übersetzung statt ‚Historismus‘ für ‚storicismo‘ setzt.

Fraglich ist auch, ob die aus dem spanisch-lateinamerikanischen Sprachgebrauch übernommene Übersetzung von ‚popular‘ für ‚popolare‘ in kultur- und literaturtheoretisch relevanten Texten günstig ist. Der Bekanntheitsgrad der in der Tat ähnlichen Konnotationen des spanischen Begriffs dürfte nicht größer sein als der des italienischen. Gramscis Behauptung, daß „in vielen Sprachen ‚national‘ und ‚popular‘ fast Synonyme“ (S.383) seien, gibt dem deutschen Leser statt Klarheit eher ein Rätsel auf. Hier lag bei den Übersetzern sicher Berührungsangst mit dem faschistisch und realsozialistisch belasteten Begriff ‚volkstümlich‘ vor, den Bertolt Brecht jedoch in seinem Streit mit Georg Lukács und im ‚Me-Ti‘ rehabilitiert und ganz in Gramscis Sinne zur Nutzung vorgeschlagen hat.

Während die auf der Themenliste verzeichneten Sujets im ersten Band eigentlich nur angeschnitten werden, enthält er doch einige wichtige Texte zum Verhältnis von Kirche und Staat und zum Problemkomplex der Zivilgesellschaft. Fraglich ist, ob das Problem des ‚assoziazionismo‘ bei Hegel mit ‚Vereinswesen‘ (S.117) gut übersetzt ist. ‚Verein‘ steht heute nicht für die ganze Bandbreite der zivilgesellschaftlichen Organisationen, die Gramsci bereits anspricht. Besser wäre es gewesen, sich an den Marxschen Begriff der Assoziationen (‚Assoziationswesen‘) anzuschließen — der historisch zwischen Hegel und Gramsci steht.

Den Problemkomplex der Zivilgesellschaft rollt Gramsci in diesem 1. Heft historisch, über die französischen Revolutionen von 1789, 1830, 1848 und 1871 auf. Er untersucht besonders die sich wandelnde Funktion des allgemeinen Wahlrechts. Die französische Entwicklung dient als Hintergrund für die Analyse der Situation in Italien, die vom Fehlen eines entschieden jakobinischen Elements und dem Ausbleiben der Agrarreform geprägt war.

Die als ‚Miszellen‘ bezeichneten Texte des 2. Bandes offenbaren Interessengebiete Gramscis, die bisherige Interpretationen oft vernachlässigt haben. Es sei vor allem auf die umfangreiche Sammlung ökonomischer Daten verwiesen, deren Umfang und Spezifik allein die bislang verbreitete Auffassung ad absurdum führt, daß sich Gramsci über den amerikanischen Fordismus hinaus kaum für Ökonomie interessiert habe. Er analysierte hier ausführlich Kommentare zu Haushalts- und Steuerproblemen Italiens und verglich diese auch mit anderen Ländern, um die Folgen der Kriegsanleihen zu ergründen. Die Mahlsteuer, der Schiffsbau, Erdöl, Erbpacht, — kein ökonomisches Problem scheint zu speziell, um nicht als Baustein späterer Theoriebildung brauchbar zu sein.

Auch bei den historischen und politischen Interessen Gramscis zeigen sich Überraschungen: Bislang sind seine umfangreichen Dokumentationsversuche über die islamischen Zivilisationen nicht zur Kenntnis genommen worden, die sicher von den damaligen italienischen Kolonisierungsversuchen in Nordafrika inspiriert waren. Gramsci, der selbst aus dem vom Norden quasi als Kolonie betrachteten Sardinien stammte, hatte sie von Jugend an abgelehnt. Dies war nicht selbstverständlich im sozialistischen Milieu — Mussolini stammte aus dem interventionistisch-imperialistischen Flügel der Sozialistischen Partei. Gramscis Ablehnung der italienischen Nordafrika-Politik kommt vor allem dadurch zum Ausdruck, daß er seine Untersuchungen mit dem Ziel führt, Argumente für die innere Entwicklungsfähigkeit der islamischen Zivilisationen zu definieren. So sind diese Texte von eigenartiger Aktualität. In ihnen findet sich selbst Material zur Entstehung des islamischen Fundamentalismus. Gramsci sieht ihn bereits als Phänomen der Moderne, als quasi unausbleibliche Folge der überstürzten Herausforderung des Westens an die traditionellen islamischen Gesellschaften.

Freilich klingen in den Miszellen auch wichtige, bereits bekannte Hauptthemen Gramscis an, wie die Geschichte des Risorgimento und die Geschichte der italienischen Intellektuellen im Spannungsfeld zwischen dem aus der Antike und der Renaissance ererbten kosmopolitischen Anspruch und der faktischen Losgelöstheit von den Problemen des nationalen Lebens. Im Gegensatz zur unvollkommenen Modernisierung Italiens tritt auch hier schon, wie auch in den anderen Gefängnisheften, das Paradigma

Frankreich immer wieder hervor, das — so Gramscis Beobachtung — offiziell stets geschmäht wird, in der realen Entwicklung aber einen enormen Einfluß bis hin zu staatlichen Organisationsformen in Italien hatte.

Der dritte Band, der die Fortsetzung der Beschäftigung mit allen Themengebieten dokumentiert (Schwerpunkte sind das Verhältnis der Katholischen Kirche zu anderen gesellschaftlichen Organisationen, die Katholische Aktion, der Rotary Club), bietet nun aber auch den politologisch besonders interessierten Lesern eine große Anzahl wichtiger Texte über die Intellektuellen, zum Ideologiebegriff und zu dem — nach Gramscis Erkenntnis — nicht einseitig determinierten Verhältnis von Struktur und Superstrukturen. In Abstoßung vom ökonomistischen Marxismus untersucht Gramsci ausführlich die Beziehung von Ökonomie und Geschichte und schließt auf die relative Autonomie des Politischen — in deren Wahrnehmung er übrigens die einzige wirkliche Chance der Arbeiterbewegung sah (ergänzt um die Wahrnehmung kultureller Freiräume).

Gramsci beginnt im 4. Heft auch die Abrechnung mit dem Ökonomismus in Nikolai Bucharins ‚Gemeinverständlichem Lehrbuch der marxistischen Soziologie‘, das für Schulungskurse der Arbeiterbewegung in viele europäische Sprachen übersetzt worden war. Neben Bucharins mechanisch-materialistischer Darstellung der Beziehung zwischen Denken und Materie kritisiert er vor allem, daß das Lehrbuch von der Kritik der Geschichte der Philosophie ausgeht, die doch für den Interessentenkreis kaum Bedeutung habe. Er meint, daß ein solches Lehrbuch von der Alltagserfahrung der Lernenden ausgehen und erst in einem zweiten Schritt zur Kritik der Philosophiegeschichte übergehen solle. Von hier aus entwickelt er — als seinerzeit originellen Beitrag zum Marxismus — eine ganze Theorie des Alltagsverständnisses als umkämpftes Zentrum der Zivilgesellschaft.

Der Alltagsverstand steht auch im Mittelpunkt der Texte zur Volksliteratur. Hervorgehoben sei der rezeptionsästhetisch argumentierende Text über die Frage, was interessant in der Literatur sei (S.618). Schließlich findet sich am Ende des 4. Heftes die berühmte Analyse eines Verses des 10. Gesangs der Göttlichen Komödie, in der Gramsci — im Vorgriff auf die Methoden des Strukturalismus — allein in der Vergangenheitsform eines einzigen Verbs eine Fülle semantischer Informationen nachwies (S.556-567). Von besonderem Interesse in diesem Band sind wohl auch Texte zur allgemeinen Wissenschaftstheorie sowie zur — historistisch inspirierten — Methode der Geschichtsbetrachtung. Das fünfte Heft enthält u.a. erstaunliche Materialsammlungen und Kommentare zur chinesischen, japanischen, indischen und islamischen Kultur.

Sabine Kebir

RÜDIGER, Helmut: **Der Sozialismus wird frei sein.** Hrsg. und mit einem Nachwort versehen von Hans-Jürgen DEGEN. — Berlin: OPPO-Verlag 1991. 93 S.

In der vorliegenden Textsammlung werden Beiträge des deutschen Anarchosyndikalisten Helmut Rüdiger aus den Jahren 1949 bis 1955 wiederveröffentlicht. Rüdiger, vor 1933 verantwortlicher Redakteur des „Syndikalist“ und ab 1932 in das Leitungsgremium der Freien Arbeiter Union (FAUD), die Geschäftskommission, gewählt, kann als eine der tragenden Persönlichkeiten der deutschen anarchosyndikalistischen Bewegung eingestuft werden. In dem schmalen Textbändchen werden jedoch nicht sein Wirken in der Weimarer Republik oder seine Tätigkeit als Sekretär der anarchosyndikalistischen Internationale (IAA) in Barcelona und Stockholm dokumentiert. Die Absicht des Herausgebers richtet sich statt dessen ausschließlich auf den historisch wenig einflußreichen sogenannten „Reformismus“ innerhalb der anarchistischen Bewegung, den Rüdiger aufgrund der Niederlage des Anarchosyndikalismus in Spanien und in Abgrenzung zum staatskommunistischen Osten zu entwickeln versuchte. Der erste Beitrag gibt die Richtung vor: In „Der Anarchosyndikalismus als freiheitlicher Sozialismus“ versucht Rüdiger an die Tradition Proudhons und Gustav Landauers anzuknüpfen und erklärt dagegen den Einfluß Kropotkins auf die anarchistischen Bewegungen diverser Länder und die Verbindung von Anarchismus über den Syndikalismus mit der Arbeiterbewegung als veraltet. Seine Texte richteten sich an eine desillusionierte internationale anarchistische Bewegung, die hier versammelten jedoch speziell an die Reste der von Tod, Verfolgung, Emigration und deutscher Teilung dezimierten (west-)deutschen Bewegung, die sich um die Zeitschrift „Die Freie Gesellschaft“ gesammelt hatte. An eine herkömmliche anarchosyndikalistische Organisation konnten diese wenigen Hundert nicht mehr denken, zumal in der Arbeiterschaft verankerte Persönlichkeiten auf lokaler Ebene im Westen häufig der SPD, im Osten ebenso häufig der SED beitraten, um am Wiederaufbau der Gesellschaft tatkräftig mitzuarbeiten.

Mit diesen Einschränkungen fielen Rüdigers theoretische Versuche, den „anarchistischen“ Impuls vor allem in die Form eines „freiheitlich-humanistischen Sozialismus“ zu kleiden, der sich vom autoritären und doktrinären Osten deutlich absetzte, in seinem Exilland Schweden und speziell in Westdeutschland auf fruchtbaren Boden. In seinem Buch „Föderalismus“ (1947 auf Schwedisch erschienen, erst 1979 ins Deutsche übersetzt) versucht er, in Anlehnung an die Theorien Proudhons zu zeigen, daß eine freiheitliche Gesellschaftsform nur möglich ist, wenn dem Aufbau der Gesellschaft das föderalistische Prinzip zugrundegelegt wird. Seine grundsätzliche Bereitschaft auf dem Weg zu einer freiheitlich-sozialistischen Gesellschaft mit anderen demokratischen politischen Kräften zusammenzuarbeiten und herkömmliche Bedenken als „sektierisch“ abzutun, brachte Rüdiger die Ablehnung vieler Anarchisten ein. Rüdigers Ansatz eines „modernisierten“ Anarchismus brachte die schwedischen Syndikalisten (SAC), als deren Theoretiker er zeitweise gelten konnte, in Gegensatz zu dem Gros der verbliebenen anarcho-syndikalistischen Organisationen. In Deutschland blieb er folgenlos, weil es ihm nicht gelang, mit diesen neuen Konzepten Zugang zur jüngeren Generation zu finden. Rüdigers Tod im Juni 1966 (ein Herzanfall auf einer Reise nach Madrid, wo er mit der illegalen Inlands-CNT Kontakt pflegte) markiert gleichsam symbolisch das endgültige Aus für den traditionellen Anarchismus in Deutschland, der keinerlei Geburtshelferfunktion für die anarchisch geprägte Revolte der 68er spielen konnte.

Erst diese neue gesellschaftlich wirksame Bewegung weckte hierzulande erneut das Interesse am Anarchismus und seinen alten Theoretikern. Deshalb ist dem Herausgeber zu widersprechen, wenn er die Verbindung von Marx und Bakunin in der Studentenbewegung als „hilflose Ideenkonstruktion“ denunziert. Eine „Ideenkonstruktion“ mag unausgegoren sein, wenn sie jedoch mit einer konkreten Praxis verbunden wird, erweist sie sich einer Theorie überlegen, der die gesellschaftliche Brisanz abhanden gekommen ist. Zudem reizt „Unausgegorenes“ vermehrt zu eigenem Nachdenken als dies ausformulierte „Wahrheiten“ und „Erkenntnisse“ vermögen. Wenn es hierzulande eine „libertäre Bewegung“ gibt — und das Interesse von ca. 3000 BesucherInnen auf den „Libertären Tagen“ in Frankfurt (Ostern 1993) scheint dies zu belegen —, dann nur, weil jüngere Generationen seit den 70er Jahren bis heute einen neuen, eigenen Zugang zur Theorie und Praxis des Anarchismus gefunden haben und weiter finden.

Wolfgang Haug

MOSSE, George L.: **Die völkische Revolution. Über die geistigen Wurzeln des Nationalsozialismus.** Aus dem Amerikanischen von Renate Becker. Sonderausgabe. — Frankfurt a.M.: Hain 1991. X, 368 S.

„Warum folgten Millionen dem völkischen Ruf?“ (S.333) George L. Mosse versuchte 1964 in seinem hier wieder aufgelegten Buch, diese Frage zu beantworten. Dazu hat er sich durch den Wust völkischer und antisemitischer Literatur durchgearbeitet, angefangen bei W. H. Riehl über Lagarde und H. S. Chamberlain bis zu Moeller van den Bruck. Auf dieser Basis vermittelt er uns ein Bild vom Denken der Meinungsbildner ganzer Generationen. Er versucht nachzuweisen — damals eine Pionierarbeit — daß die wesentlichen Elemente der nationalsozialistischen Ideologie 1933 eine fast hundertjährige Entwicklungsgeschichte hinter sich hatten und in weiten Teilen von Klein- und Bildungsbürgertum schon quasi Gemeinplatzcharakter besaßen.

Es begann mit der antimodernen romantischen Wahrnehmung von Volk, Landschaft, Natur und Kosmos, und mit ihr beginnt auch der erste von drei Hauptabschnitten in Mosses Werk, der den Grundlagen völkischen Denkens gewidmet ist. Die ersten völkischen Programmatiker Lagarde (1878) und Langbehn (1890) fügten dieser Weltauffassung einen germanischen Glauben und eine ständestaatliche Idealgesellschaft mit elitärem Führer hinzu. Die Bauerntum und germanische Sagen verherrlichende Neuromantik nahm diese Gedanken auf und verbreiterte ihre Basis. Bald wurde dieses völkische Gebräu angereichert durch dem Darwinismus und der jungen Anthropologie auf eigenwillige Weise entnommene Rassentheorien. Der sich daraus entwickelnde Antisemitismus basierte auf dem stereotypen Bild vom „Ghettosjude“ und war schon früh verschwörungstheoretisch angelegt; selbst Deportation und Völkermord waren hier schon in Gedanken vorweggenommen. „Der Feldzug gegen die Modernität hatte seinen idealen Ausdruck gefunden“ (S.144).

Im zweiten Abschnitt beschreibt Mosse die Verfestigung der Ideologie. Entscheidend hierfür waren Pädagogen — sei es in völkischen Reformschulen, in Gymnasien oder die antisemitischen Mandarine an den Universitäten. Die Jugendbewegung mit ihrem Körperideal und Elitarismus war ein anderer Multiplikator völkischen Denkens. Und die Burschenschaften rühmten sich schon 1920 „judenrein“ zu sein.

„Die bürgerliche Jugend war für die Weimarer Republik bereits zu einem Zeitpunkt verloren, als die Republik noch nicht aus der Taufe gehoben worden war“ (S.208).

Nach diesem traurigen Resümee wendet sich Mosse den politischen Organisationen zu, die er, wie den „Alldeutschen Verband“ und (im dritten Abschnitt über die Entwicklung in der Weimarer Republik) die DNVP und den „Stahlhelm“, zu wichtigen Verbreitern völkischer Ideologeme, vor allem des Antisemitismus zählt. Besonders aufschlußreich sind die Kapitel über die deutsche und die antijüdische Revolution, in denen aufgezeigt wird, wie die Suche nach einem „Dritten Weg“ von den Nazis instrumentalisiert wurde für eine „rein geistige“ und nur gegen jüdisches Kapital und jüdischen Liberalismus gerichtete „Revolution“. — „Warum folgten Millionen dem völkischen Ruf?“ Diese Frage kann als beantwortet gelten.

Das verdienstvolle Buch belasten die für ideologiegeschichtliche Monographien üblichen Probleme: Der Autor hat sich derart intensiv in sein Thema eingearbeitet, daß in seiner Darstellung Ideologie als ein erst sich selbst und dann die Gesellschaft Bewegendes erscheint, die Analyse geistesgeschichtlicher Zusammenhänge tritt hinter ihre Schilderung zurück. Zudem fehlen — methodisch schwer beizubringende — Angaben über die Massenwirksamkeit der verarbeiteten Schriften, die aber vorausgesetzt wird. Inhaltlich besteht das Hauptproblem darin, daß Mosse deutschnationale, imperialistische und/oder monarchistische Altkonservative mit germanentümelnden und führerverherrlichenden Völkischen über ihren gemeinsamen Antisemitismus, den er als „Gradmesser“ für „Wirkung und Festigkeit der völkischen Ideologie“ (S.282) betrachtet, miteinander verquickt. Eine so weitreichende These von einem besonderen deutschen Denken, das den Nationalsozialismus erst möglich gemacht hat, sollte im Vergleich mit anderen europäischen Nationen begründet werden: So behauptet Mosse z.B., daß französische Studenten, anders als ihre deutschen Kommilitonen, auf der Seite der Demokratie gestanden hätten (S.167 und S.208), aber den Beleg dafür sucht man vergeblich.

Ulrich Eumann

BUTTERWEGGE, Christoph: Austromarxismus und Staat. Politiktheorie und Praxis der österreichischen Sozialdemokratie zwischen den beiden Weltkriegen. Mit einem Geleitwort von Bruno Kreisky (= Schriftenreihe der Studiengesellschaft für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung, Bd. 82). — Marburg: Verlag Arbeit und Gesellschaft 1991. 729 S.

Die umfangreiche Studie Butterwegges entstand aus einer 1988 fertiggestellten Habilitationsschrift, die am Fachbereich Human- und Sozialwissenschaften der Universität Bremen approbiert wurde. Das Interesse des Verfassers an dem Thema des Austromarxismus erwuchs offensichtlich durch seine Verwicklung in die im Zusammenhang mit der „Otto-Bauer-Renaissance“ entstandenen Kontroversen. Da Dogmatisierungstendenzen und die Vorliebe einiger Diskutanten für „überzogene Polemik statt überzeugender Kritik“ diese Kontroversen prägten, unternahm der Verfasser den Versuch, in einer umfassenden „historisch-materialistischen“ Analyse den Bezug zwischen dem Werk Bauers und anderer Austromarxisten der Zeit, in der sie lebten, und ihrer Wirkung auf die Politik ihrer Partei herzustellen. Als Unterlage für die Analyse dienten vorwiegend die zahlreichen tagespolitischen und theoretischen Schriften der führenden Vertreter des Austromarxismus — Viktor Adler, Karl Renner, Otto Bauer, Max Adler, Wilhelm Ellenbogen u.a.

Überzeugt von der unverminderten Relevanz der großen Debatte über den österreichischen Weg zum Sozialismus, bearbeitet und kommentiert der Verfasser das durch sein Ausmaß und seinen Inhalt gar nicht leicht zu bewältigende Material mit erstaunlicher Gründlichkeit und Ausdauer. Der Leser wird zu einer Art Führung durch die politische und theoretische Literatur der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) Österreichs eingeladen, die bei den Auseinandersetzungen um das Hainfelder Programm von 1888/89 anfängt und mit den unterschiedlichen Stellungnahmen innerhalb der illegalen Nachfolgeorganisation der Revolutionären Sozialisten (RS) zum Verhandlungsangebot Schuschniggs Anfang 1938 endet.

Es lohnt sich, der Einladung Folge zu leisten und sich dieser langen und konzentrierte Aufmerksamkeit erfordernden Führung anzuschließen. Obwohl die politische Praxis selten dem hohen Niveau der theoretischen Auseinandersetzung entsprach und die theoretischen Aussagen selbst von eklatanten Widersprüchen nicht frei waren, widerspiegelt die Debatte eine Diskussionskultur, wie man sie heute in keinem Lande mehr finden können. Der rote Faden, den man durch alle Debatten von Hainfeld bis zum Versuch, die Zerschlagung der Demokratie 1933/34 theoretisch zu bewältigen, kontinuierlich

verfolgen kann, war das Verhältnis von Demokratie und Sozialismus sowie die durch die politische Entwicklung der Sowjetunion emotionalisierte Frage der Rolle der Diktatur im Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Der Führer der Linken, Max Adler, war vor allem um eine Erläuterung des Marx'schen Begriffes der Diktatur des Proletariats und seine Aufnahme in das Parteiprogramm bemüht. Otto Bauer hingegen verwendete den Begriff häufig eigenwillig und mit unterschiedlicher Bedeutung. Bekannt ist der Platz, den Bauer der Diktatur im Linzer Programm (1926) verschaffte: als angedrohte Notwehr der Arbeiterklasse gegen einen möglichen Verfassungsbruch von Seiten des Bürgertums.

Zehn Jahre später gab Bauer dem Begriff eine ganz andere Bedeutung: „Die Überführung der kapitalistischen Produktionsweise in die sozialistische erfordert eine lange Reihe von Jahren. Soll sie nicht [. . .] gestört werden, so muß die Staatsgewalt, die diese Überführung zu vollziehen hat, dauerhaft genug sein, um sich nicht [. . .] während dieses [. . .] Umwandlungsprozesses in einer Phase dem Urteil des Volkes unterwerfen zu müssen, in der breiten Volksmassen erst die zeitweiligen Opfer, die er erfordert, fühlbar, aber noch nicht die dauernden Errungenschaften, zu denen er führt, erkennbar sind, sondern erst dann, wenn die Früchte der sozialistischen Umwälzung reifen. Um die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische durchzuführen, bedarf das Proletariat also einer Regierungsgewalt, die stark und dauerhaft genug ist, alle Widerstände, die dieser Umwandlung entgegenstehen, zu brechen. Eine solche Regierungsgewalt nennen wir Diktatur des Proletariats.“

Ging Bauer mit dieser Perspektive nicht hinter Marx zurück, zu den Ideen von Blanqui und Babeuf von einer Diktatur von Volksfreunden im Interesse eines Proletariats, das noch zu unreif war, um seine eigenen Interessen zu erkennen? Denn wer waren Bauers „breite Volksmassen“, wenn nicht das Proletariat? Damit sei nur auf ein Beispiel der interessanten Entdeckungen hingewiesen, mit denen der Teilnehmer an Butterwegges Führung durch die austromarxistischen Debatten belohnt wird. Gleichwohl mag ihn einiges an der Art der Führung irritieren. Der Versuch des Verfassers, seine Analyse „historisch-materialistisch“ auszurichten, kommt u.a. darin zum Ausdruck, daß die Politik der SDAP in ihrer Entwicklung an einigen willkürlich konstruierten Kriterien beurteilt wird. So dient ihm z.B. die These Lenins vom Eintritt der kapitalistischen Wirtschaft um 1900 in eine monopolistisch-imperialistische Phase zur Begründung der Behauptung, daß sich in der Partei seit dem Wiener Programm (1901) eine systemkonforme, ausschließlich an Reformen orientierte Politik durchsetzte. Die Mitarbeit der Gewerkschaften an einigen halbstaatlichen Gremien wird als Klassenkollaboration und Hineinwachsen der Arbeiterbewegung in den bürgerlichen Staat gedeutet, obwohl gerade Viktor Adler und Otto Bauer bemüht waren, die Erfahrungen der Arbeiter bei Reformbestrebungen zur Verstärkung ihres sozialistischen Bewußtseins auszuwerten. Hier und an einigen anderen Stellen scheinen mir Butterwegges Aussagen nicht ganz eindeutig und mißverständlich zu sein. Die Ursache dafür ist, daß er oft seine Aussage mit Zitaten aus der Sekundärliteratur verknüpft, Zitate, in denen seine These nicht immer mit jener Ausgewogenheit zum Ausdruck gebracht wird, um die er selbst meistens bemüht ist.

Das Geleitwort, von Bruno Kreisky kurz vor seinem Tod verfaßt, kann daher als eine Art politisches Vermächtnis betrachtet werden. Man verspürt darin den unvergeßlichen Eindruck, den die große austromarxistische Debatte auf die damals junge Generation von Sozialdemokraten gemacht hat. Das hier besprochene Buch macht es dem Leser möglich, diesen Eindruck zu einem gewissen Grad nachzuvollziehen. Jedenfalls kann man dem von Kreisky geäußerten Wunsch beipflichten, daß derartige Gedankengut nicht aus modischem Opportunismus über Bord geworfen werde.

Ernst Wangermann

Berija. Henker in Stalins Diensten. Ende einer Karriere. Hrsg. von Vladimir F. NEKRASSOW. Aus dem Russischen von Barbara und Lothar Lehnhardt. — Berlin: Edition q 1992. 511 S.

In den Erinnerungen des sowjetischen Außenministers Gromyko ist eine Episode überliefert, die sich im Zusammenhang mit der Konferenz von Jalta ereignete. Bei einem Essen, das die sowjetische Delegation in Jalta zu Ehren der Amerikaner und Briten gab, erkundigte sich Präsident Roosevelt bei Stalin über die Person des ebenfalls anwesenden Volkskommissars des Inneren der UdSSR, Berija. Stalins Antwort auf die Frage lautete: „Ach, das ist unser Himmeler. Das ist Berija“. Diese Bemerkung, die bei den seinerzeit Beteiligten Irritation und Betroffenheit auslöste, enthielt in ihrem Zynismus zugleich eine treffende Darstellung der Lawrenti Berija zugeordneten Rolle im System der stalinistischen Massenrepression. Noch weit stärker als dessen Vorgänger Jeschow und Jagoda, die Opfer des eigenen Systems

wurden, personifiziert der 1938 an die Spitze des NKWD aufgestiegene Berija die Funktionsmechanismen eines staatlichen Unterdrückungsapparates, zu dessen Schreckensbilanz mehr als sechs Millionen Opfer gehören.

Der 1991 in Moskau veröffentlichte und jetzt in deutscher Übersetzung vorliegende Sammelband versucht auf der Grundlage von bislang unbekanntem Quellenmaterial, „das Leben und die Ära des Lawrenti Pawlowitsch Berija“ bis zu dessen Sturz im Jahre 1953 nachzuzeichnen. In über zwanzig Beiträgen liefern Historiker, Zeitzeugen und Opfer ein vielschichtiges Psychogramm des Mannes, unter dessen Leitung sich die Straforgane der Sowjetunion „nicht nur zu einem gigantischen, allgegenwärtigen Repressionsapparat“ entwickelten, „dem Hunderttausende unschuldiger Menschen zum Opfer fielen, sondern zugleich in riesige Industrie- und Bauunternehmungen, wo die unentgeltliche Zwangsarbeit von Millionen Insassen des GULAG-Systems gnadenlos ausgebeutet wurde“.

Im ersten Teil des Bandes unternimmt Alexej Antonow-Owsejenko in einer materialreichen biographischen Skizze den Versuch, den Weg Berijas von der Spitze der GPU Georgiens in den engsten Führungskreis um Stalin nachzuzeichnen. Erstmals werden ausführlich die zwielichtigen Umstände von Berijas Parteieintritt 1919, seiner Kontakte zum Geheimdienst Mussawat und seine Anfänge in der Tschechoslowakei quellenkritisch rekonstruiert. Berijas „Weg nach oben“ offenbart bereits all jene Persönlichkeitsmerkmale, die seine Eignung für ein zunehmend kriminelles System staatlicher Unterdrückung ausmachten. Zugleich dokumentieren Owsejenko wie auch weitere Autoren des Sammelbandes anschaulich die neue Qualität, die Berija den Organen des NKWD ab 1938 verleiht. Neben den Funktionen der Beseitigung politischer Gegner, der Disziplinierung und Einschüchterung übernimmt der Repressionsapparat unter Berija zunehmend wirtschaftliche Schlüsselaufgaben, bei denen die Arbeitskraft von Millionen Lagerinsassen und Häftlingen zur entscheidenden Ressource für die Realisierung von industriellen Großprojekten wird.

Ergänzt wird die umfangreiche biographische Darstellung im zweiten und dritten Teil des Buches durch zahlreiche Artikel von Historikern und Zeitzeugen, die einzelnen Phasen bzw. Aspekten der Tätigkeit Berijas an der Spitze des NKWD gewidmet sind. Das Verhältnis zwischen Stalin und Berija beleuchtet Dimitri Wolkogonow, Berijas Beteiligung an der Ermordung Trotzkis ist ein Aufsatz Louis Mercadors gewidmet, Juri Sorja belegt anhand neuen Quellenmaterials Berijas Federführung bei der Ermordung polnischer Offiziere bei Katyn. In zahlreichen Erinnerungsbeiträgen dokumentieren prominente Opfer des NKWD, wie Anja Larina Bucharina, die menschenverachtende Praxis der Verhaftungen und Verhöre und den Alltag in dem unter Berija ständig ausgebauten System der Zwangslager.

Der vierte und fünfte Teil des Sammelbandes dokumentiert die dramatischen Umstände der Verhaftung Berijas im Juli 1953 und den sich anschließenden Prozeß im Dezember 1953 vor einem Sondergericht. Berijas Ambitionen, das nach dem Tod von Stalin entstandene Machtvakuum auszunutzen, wurden seinerzeit in einer beherzten Verhaftungsaktion unter der Leitung Nikita Chruschtschows und Marshall Shukows durchkreuzt.

Umfangreiche Belege aus den Gerichtsakten vervollständigen das Bild vom Ende der Karriere Berijas, der am 23. Dezember 1953 zum Tode verurteilt wurde. Wie Vladimir F. Nekrassow in seinem Blick auf das „Finale der Macht“ belegt, wird Berija dabei zum Opfer der von ihm selbst praktizierten Szenarien politischer Justiz. Wie auch seinen unzähligen Opfern wurden dem ehemaligen NKWD-Oberhaupt im Urteil u.a. die „Bildung einer antisowjetischen Verschwörung“, „die Zusammenarbeit mit ausländischen Geheimdiensten“ und der Versuch, „die kapitalistische Ordnung zu restaurieren“, vorgeworfen.

Mit den Mitteln der Täterbiographie und auf der Basis neuer archivalischer Quellen liefert der Band weitergehende Einsichten in die Strukturen des stalinistischen Unterdrückungsapparates und seines gesellschaftlichen Umfeldes, wobei allerdings zahlreiche Beiträge hinsichtlich der Charakterisierung Berijas nicht ganz frei von einer Tendenz zur Dämonisierung des „Henkers in Stalins Diensten“ sind.

Jürgen Danyel

ABMAYR, Hermann G.: **Wir brauchen kein Denkmal. Willi Bleicher: Der Arbeiterführer und seine Erben.** — Stuttgart: Silberburg-Verlag 1992. 144 S.

Abmayr dokumentiert kurz Anspruch die Biographie Willi Bleichers (1907–1981), der zu den herausragenden Persönlichkeiten der jüngsten deutschen Gewerkschaftsgeschichte gehört. Wie Abmayr zeigt, waren zwei Schlüsselerfahrungen grundlegend für Bleichers gewerkschaftliches Wirken in der Bundesrepublik: ein konfliktreiches Verhältnis zur KPD und die Verfolgung durch die Nationalsozialisten.

Bleicher, aufgewachsen in der Arbeiterkolonie „Luginsland“ im Stuttgarter Untertürkheim und gelernter Bäcker, schloß sich bereits früh der Kommunistischen Partei an. Im Zuge der Stalinisierung der Partei brach er mit der KPD und trat nach seinem Ausschluß im Juni 1929 zur Kommunistischen Partei-Opposition über, die ihm jedoch nie zur politischen Heimat wurde. Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung floh Bleicher in die Schweiz, kehrte jedoch 1934 wieder nach Stuttgart zurück, wo er sich an den Aktivitäten der KPD-dominierten Widerstandsgruppe „Neckarland“ beteiligte. 1936 verhaftet und später wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt, war Bleicher bis 1945 in den Konzentrationslagern Welzheim und Buchenwald in Haft.

In Konsequenz seiner Erfahrungen im KZ wurde Bleicher unmittelbar nach seiner Rückkehr nach Stuttgart wieder politisch aktiv. In der Überzeugung, daß die KPD die richtigen Lehren aus der Vergangenheit gezogen habe, trat er der Partei erneut bei. 1946 wurde er Jugendsekretär der KPD, 1947 rückte er in den Vorstand der Metallgewerkschaft von Württemberg-Baden auf. Auf dem Lüdenscheider Gewerkschaftstag von 1948 wurde er als einer von drei Kommunisten in den Vorstand der IG Metall gewählt. Bleicher stand den USA, der Adenauer-Regierung, aber auch der Sozialdemokratie äußerst kritisch gegenüber und offenbarte Sympathien für die Entwicklung in der SBZ. Mit der erneuten Wende in der Gewerkschaftspolitik der KPD und der Sowjetisierung der DDR geriet Bleicher jedoch zunehmend in Konflikt mit der Partei. Ohne seine kommunistischen Ideale aufzugeben, trat Bleicher schließlich im April 1950 aus der KPD aus. Mangels politischen Rückhalts scheiterte seine Kandidatur für den Vorstand auf dem ersten ordentlichen Gewerkschaftstag des DGB in Hamburg (1950). Dem Sturz folgte eine zweite Karriere in der Gewerkschaftshierarchie: vom einfachen Gewerkschaftsangestellten und Ortsbevollmächtigten der IG Metall in Göppingen (1954) bis zum Bezirksleiter der IG Metall für Baden-Württemberg (1959).

In den sechziger Jahren hatte Bleicher so entscheidenden Anteil an der Austragung und Beilegung der Tarifauseinandersetzungen im Metallbereich. Bleicher, dessen Führungsstil im Gewerkschaftsapparat der Südwest-Metaller nach den Prinzipien des „demokratischen Zentralismus“ nicht unumstritten blieb, war ein Anhänger der Agartzschen These von der „expansiven Lohnpolitik“. Er wurde zum Mentor zahlreicher späterer Gewerkschaftsführer, u.a. Eugen Loderers und Franz Steinkühlers. — Die reichbebilderte Biographie stützt sich auf über fünfzig Interviews mit Zeitzeugen, dringt aber angesichts fehlender Auseinandersetzung mit der Forschungsliteratur kaum zu Grundfragen deutscher Gewerkschaftsgeschichte vor. Abmayr geht über eine Zusammenstellung biographischer Daten nicht hinaus und hat somit in der Tat nicht mehr und nicht weniger als ein „Denkmal“ geschaffen.

Christian F. Ostermann

SHAPIRA, Anita: **Berl Katznelson. Ein sozialistischer Zionist.** Aus dem Hebräischen von Leo und Marianne Koppel. — Frankfurt a.M.: Jüdischer Verlag im Suhrkamp Verlag 1988. 451 S.

Obwohl flüssig geschrieben und übersetzt, macht die Lektüre von Anita Shapiras Biographie Berl Katznelsons anfangs etwas Mühe, weil etliche der erwähnten spontanen Zusammenschlüsse der jüdischen Arbeiter in Palästina mal beim hebräischen Namen genannt werden, mal nicht, mal übersetzt werden, mal nicht, und auch das Glossar nicht weiter hilft. Was mag mit einer „Legion der Arbeit“ vor dem Ersten Weltkrieg gemeint sein? Die „Gdud Avoda“ der Nachkriegszeit, die gewöhnlich so genannt wird, heißt hier „Arbeitsbataillon“. Sollte sich hinter der „landwirtschaftlichen Genossenschaft“, mal groß, mal klein geschrieben, „Hakoresch“ verbergen, ein Zusammenschluß von Landarbeitern, der die Übernahme von Arbeiten bei den Kolonisten zu organisieren versuchte? Hat man indes beschlossen, sich mit solchen Fragen nicht länger schwerzutun, dann verfällt man leicht der Suggestion einer Darstellung, die das früher übliche propagandistische Pathos ausdrücklich der Quellenkritik aussetzt und dennoch nicht ohne Sympathie jene höchst eigenartige proletarische, oftmals verwahrloste Bohème lebendig werden läßt, aus der die jüdische Arbeiterbewegung Palästinas erwuchs. Wie aus dem anarchisch brodelnden Gemenge Hunderter herumstreunender Einzelner und Dutzender loser Gruppen innerhalb weniger Jahre disziplinierende Führer hochkamen und disziplinierte Organisationen schufen, kommt gut heraus, besonders eindrucksvoll bei der Troika Dawid Ben Gurion, Jizchak Tabenkin und eben der neben ihnen hervorragenden Gestalt Berl Katznelson.

Er war es, der im Ersten Weltkrieg die Gründung der landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsgenossenschaft Hamaschbir gegen den Willen der Arbeiter Deganias durchsetzte, wenn man will, ein Sieg der nationalen Verantwortung über den sozialistischen Egoismus der ersten fest angesiedelten Kvuza und

Vorläuferin des Kibbuz. 1919 führte er zusammen mit Tabenkin bisher parteilose Arbeiter den marxistischen Poale Zion unter Ben Gurion zu und ermöglichte so die Gründung der Achdut Haavoda. Leider nur beiläufig erwähnt die Autorin den Anarcho-Syndikalismus dieser „Einheit der Arbeit“, Partei und Gewerkschaft zugleich, sowie die Affinität Katznelsons zum Denken Georges Sorels, wäre es doch eine untersuchenswerte geistes- und sozialgeschichtliche Pikanterie, wenn der Advokat von Mythos und Gewalt nicht nur Lenin beschäftigt und Mussolini beeinflusst, sondern auch den jüdischen Arbeiterführer beeindruckt hätte. Nirgendwo sollte der Arbeiterbewegung schließlich ein solcher Mythos entstehen wie der vom Kibbuz, mochte dessen Realität dem Sinn- und Vorbild einer neuen Gesellschaft auch oft genug Hohn sprechen.

Die Achdut Haavoda rückte vom Klassenkampf ab, der in Palästina weitgehend ins Leere stieß; die Troika vertrat sie auf der zionistischen Jahrestagung im Juli 1920 in London und stieß auf herablassendes Schmunzeln. Das sollte den bürgerlichen Zionisten vergehen. Im Dezember 1920 wurde die die Parteien übergreifende Histadrut gegründet. Während Ben Gurion sich in die ihr überlassene Gewerkschaftsarbeit stürzte, führte Katznelson die Partei; nicht unbedingt ein charismatischer Führer, keineswegs immer ein glänzender Redner und doch ein mitreißender Agitator, dessen Autorität selbstverständlich schien. Gelegentlich konnte er sogar ein guter Organisator sein; so als er 1925 die Zeitung der Histadrut, „Davar“, gründete und 1942 ihren Verlag „Am Oved“. Freilich haftete ihm, wie seine Biographin vermerkt, stets etwas Sprunghaftes an, verfolgte er selten konsequent seine Ziele und scheute auch zu oft vor der Übernahme von Verantwortung zurück, um sich eine Hausmacht zu schaffen, wie es Tabenkin im Kibbuz Hameuchad gelang, dem Auffangbecken des gescheiterten Arbeitsbataillons und einflußreichsten Kibbuzverband.

Katznelson war maßgeblich an der Gründung der Mapai 1930 beteiligt, die 1933 die Macht in der zionistischen Organisation erlangte. Seine Bemühungen um eine Einigung der Kibbuzbewegung schlugen jedoch fehl, schließlich mußte er hilflos und krank mitansehen, wie Fraktionsbildung die Partei zersetzte und sich eine neue Achdut Haavoda, dominiert vom Kibbuz Hameuchad, abgespaltete. Allerdings stieß selbst ein Funktionär wie Ben Gurion immer wieder an die Grenzen seiner Macht, wenn störrische Arbeiter gegen die Parteiherrschaft aufbegehrten oder zu opponieren schienen.

Nachdem man sich als Leser an die hundert Seiten fragen mußte, worum es sachlich bei den ein Jahrzehnt schwelenden Auseinandersetzungen, übergreifend in Histadrut und Hagana, ging, liefert die Autorin schließlich die Argumente dafür nach, daß es sich primär um einen Machtkampf der Funktionäre handelte. Denn das reichhaltige Quellenmaterial belege, daß es bei der Spaltung nur vordergründig um das Biltmore-Programm oder gar um die Sympathien Tabenkins und seiner Anhänger für die Sowjetunion trotz deren Verdikt anarcho-syndikalistischer Abweichungen gegangen sei. Die hatte Katznelson im Gegensatz auch zu Ben Gurion schon Anfang der zwanziger Jahre nicht geteilt, da seinem undogmatischen Sozialismus alle bürokratische Funktionärsherrschaft zuwider war. Jetzt, 1942, hatte sich Ben Gurion zum Sprecher des in einem New Yorker Hotel verabschiedeten Programms amerikanischer Zionisten gemacht, das die Kontrolle der Einwanderung durch die Jewish Agency und ein Jüdisches Commonwealth in Palästina verlangte, ein Gemeinwesen also, unter dem man sich einen souveränen Staat vorstellen konnte, aber keineswegs mußte, wie bis heute durchgängig unterstellt wird. Ein jüdischer Staat war nämlich, und das macht Shapiras Buch erfreulich klar, unlösbar mit einer Teilung Palästinas verbunden, mit der sich längst nicht alle Zionisten und viele Sozialisten schon gar nicht abfinden mochten.

Die Autorin legt viel vom Innenleben der jüdischen Arbeiterbewegung frei, indem sie die Irrungen und Wirrungen Katznelsons gerade bei diesem Problem verfolgt. Katznelson, ein in der Wolle gefärbter Nationalist, der — gelinde gesagt — Nichtjuden ganz einfach nicht mochte, war, ohne dem bis heute nicht gelösten Kernproblem besondere Aufmerksamkeit zu schenken, nie den marxistischen Träumen vom gemeinsamen jüdisch-arabischen Klassenkampf erlegen, vielmehr schon früh zu der Überzeugung gelangt, daß die Juden ihren Wunsch nicht verbergen könnten, nicht länger eine Minderheit sein zu wollen. Die Lösung sah er zunächst in der unabhängig von der zahlenmäßigen Stärke paritätischen, separaten Autonomie beider Völker auf lokaler Ebene. Da eine Kantonisierung bis zum letzten Dorf jedoch unmöglich ist, nimmt es nicht Wunder, daß Katznelson, der sich ansonsten nie mit dem „Wo gehobelt wird, da fallen Späne“ befreunden konnte, mit einem Bevölkerungstransfer liebäugelte, für den er schließlich die Deportation der Wolgadeutschen als Exempel heranzog. Als die Briten unter Berufung auf das türkisch-griechische Beispiel einen Bevölkerungsaustausch und die Teilung des Landes vorschlugen, Ben Gurion wie Weizmann und Goldmann zugreifen wollten, war Katznelson bereits von der Paritätsidee abgerückt, gehörte jedoch zur Opposition derer, die sich aufs Lavieren verlegten und so die Chance für einen jüdischen Staat verpaßten. Das hinderte ihn nicht, ein Jahr vor der Verabschiedung

des Biltmore-Programms den Staat als Ziel des Zionismus zu bezeichnen. Er unterstütze Ben Gurion in dessen Kampf um die Durchsetzung des Programms in der Histadrut, suchte allerdings zu verschleiern, daß seine Verwirklichung die Teilung Palästinas implizierte. Daß Ben Gurion und Katznelson nur eine knappe Mehrheit erlangten und die Partei sich spaltete, illustriert trefflich, daß der Judenstaat keineswegs das unangefochtene Ziel des Zionismus und der ihn seit einem Jahrzehnt dominierenden Arbeiterbewegung war. Primäres Ziel war die freie Einwanderung. Selbst von ihr aber waren die für einen bi-nationalen Staat eintretenden konsequenteren Sozialisten bereit, Abstriche zu machen — mit zumindest im Nachhinein beschämenden Implikationen. Kümmerten sich die jüdischen Führer Palästinas, und Katznelson machte da keine Ausnahme, kaum um das Schicksal der von Vernichtung bedrohten Juden Europas, so hielten linke Kibbuznikim zu seinem Entsetzen sogar an ihrem Konzept der selektiven Einwanderung fest, d.h. vor allem der für den sozialistischen Aufbau des Landes Tauglichen. Berl Katznelson, der antiintellektuelle Intellektuelle, der soviel von irrationalen, verborgenen Instinkten hielt, erkannte die Kraft des scheuklappenbewehrten Aktivismus in der Politik, konnte sie sich aber nicht zu eigen machen. Seine höchst lesenswerte Biographie, die Elegie eines jüdischen Arbeiterführers, wird ungewollt zur Eloge auf Ben Gurion, den Staatsmann. Im privaten Leben von Unbill begleitet, starb Berl Katznelson, vereinsamt, menschliche Wärme nur noch im Heim Gershom Scholems findend, 1944 als Siebenundfünfzigjähriger.

Hermann Meier-Cronemeyer

Frauengeschichte — Geschlechtergeschichte. Hrsg. von Karin HAUSEN und Heide WUNDER (= Reihe Geschichte und Geschlechter, Bd. 1). — Frankfurt a.M. und New York: Campus Verlag 1992. 183 S.

„Diese Sequenz von Fallstudien informiert über das, was Frauen-, Männer- und Geschlechtergeschichte über Menschen in ihren kulturellen Ordnungen ans Licht bringt. Das mag eine Ahnung vom attraktiven Glanz einer zukünftigen Geschichtsschreibung geben, die sich aus der Erstarrung in Strukturen und Prozesse löst und den auch in vergangenen Zeiten handelnden Frauen und Männern genauer auf die Spur zu kommen sucht.“

So formulieren die Herausgeberinnen in ihrer Einleitung (S.16) den Anspruch des vorgelegten Buches, das in der Tat faszinierende Mikrostudien enthält und höchst anregende Fragen stellt. Die scharfe Kritik an der Strukturgeschichte — eine Auseinandersetzung, die ja auch auf dem Historikertag in Hannover 1992 ausgetragen wurde — wird nicht theoretisch ausgeführt. Eher zeigen die einzelnen Beiträge in ihrer unmittelbaren Konkretheit den Ansatz der Autorinnen. Die mittlerweile z.B. bei Schulbuchautoren und kulturministeriellen Kommissionen beliebt gewordene Praxis, „jedem Schulbuch, jedem Handbuch, jeder Monographie nun auch noch einen Abschnitt zum Thema ‚Frauengeschichte‘ hinzuzufügen“, lehnen Karin Hausen und Heide Wunder deutlich — und zu Recht — ab. Es gehe vielmehr darum, „wie die für alle Gesellschaften grundlegende Differenzierung der Menschen nach Frauen und Männern historisch wirkungsmächtig gewesen ist“ (S.13). Auch die vielleicht als „vulgärfeministisch“ zu bezeichnende Deutung aller Geschichte als Dominanz von Männern über unterdrückte Frauen weist Karin Hausen in ihrem Aufsatz „Frauenräume“ zurück: Das Interpretationsmuster „Patriarchat“ übertrage „allzu leichtfertig die Vorstellungen der bürgerlichen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts auf völlig anders geartete Gesellschaften“ und erweise sich so als die „wirkungsvollste Sichtblende gegen eine differenzierende Wahrnehmung von Geschlechterverhältnissen in der Geschichte“ (S.23).

Bei den hier veröffentlichten Fallstudien handelt es sich um Vorträge, die auf den Historikertagen von 1984, 1986 und 1990 gehalten wurden. 1984 lautete das Sektionsthema „Frauenräume“, 1986 „Privatheit und Öffentlichkeit“ und 1990 „Geschlechtsidentitäten“. Die erste Sektion wird von Karin Hausen eingeleitet; anschließend untersucht Gisela Bock unter dem Titel „Frauenräume und Frauenehre“ die Armenfürsorge in italienischen Städten der frühen Neuzeit. Heide Wunder präsentiert eine Auswertung von Leichenpredigten aus dem 17. Jahrhundert, deren erstaunliche Breitenwirkung vorstellbar wird, wenn man liest, daß eine siebzigjährige Frau aus Schwäbisch-Hall 1177 solcher Predigten gehört hat. Monika Richarz schreibt über den Wandel des Lebensraumes jüdischer Frauen im 19. Jahrhundert in Deutschland, und Regina Schulte zeigt anhand von Gerichtsakten aus Oberbayern im 19. Jahrhundert, daß „Gerede“ unter Frauen als „Faktor sozialer Kontrolle“ eine Form der Machtausübung sein konnte. Die diese Sektion abschließende Studie von Karin Hausen zum „Arbeitsort Fabrik“ stellt die Frage nach „diskriminierenden Ursachen und Folgen der sogenannten Frauenschutzgesetzgebung“.

Die vier Beiträge zum Thema „Privatheit und Öffentlichkeit“ betreffen die Zeit des späten 18. und des frühen 19. Jahrhunderts. Sie stammen von Karin Hausen, Ute Daniel, Carola Lipp und Barbara Duden. Gemeinsam ist ihnen, daß sie die „dichotomische Gegenüberstellung“ dieser zwei Bereiche kritisch sehen. Hausen problematisiert die Begriffe „öffentlich“ und „privat“, indem sie den Wandel ihrer Begriffsinhalte verfolgt. Sie bezweifelt, daß man den überwiegend Männern vorbehaltenen Zugang zur öffentlichen Sphäre mit Macht gleichsetzen kann. Daniel beschäftigt sich mit dem utopischen Entwurf Charles Fouriers, der den Menschen als „Gefühlswesen“ in den Mittelpunkt stellt und eine Gesellschaft ohne den Gegensatz von öffentlich und privat erdachte. In dieser „Radikalität“ und in diesem „Optimismus“ unterscheidet er sich — so Daniels These — von allen seinen Zeitgenossen. Carola Lipps Beitrag „Das Private im Öffentlichen“ über die „Geschlechterbeziehung im symbolischen Diskurs der Revolution 1848/49“ konzentriert sich auf die „trivialisierende Seite“ dieses Diskurses, die sich in populären Bildern, Artikeln, Festreden oder Gedichten manifestiert. Sie diagnostiziert eine „öffentliche Inszenierung der Geschlechterbeziehung“: Liebe und Vaterlandsiebe werden parallel gesetzt, Freiheit wird als Braut dargestellt, Patriotismus auf einer „Allianz der Geschlechter“ aufgebaut und die „politische Gefährtin“ als neues Ideal propagiert. Lipp äußert die Vermutung, daß in Restaurationszeiten die Frau in den Hintergrund gestellt wird, während Demokratisierungsphasen auch die Frau oder das Paar als Leitbild präsentieren. Dudens Aufsatz zeigt die Öffentlichkeit des Privaten am Beispiel der Schwangerschaft, die seit 1800 zunehmend medizinisch, wissenschaftlich, polizeilich und juristisch zu einer Sache öffentlichen Interesses gemacht wird.

Der dritte Teil des Buches, „Geschlechtsidentitäten“, konzentriert sich auf das Mittelalter und die frühe Neuzeit. Heide Wunder betont in ihrer Einleitung, daß „die Berufung auf angeblich naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern bis heute die allgemeinste Form gesellschaftlicher Ungleichheit legitimiert“ (S.132). Claudia Opitz' Artikel über „Mutterschaft und Vaterschaft im 14. und 15. Jahrhundert“ zeigt, wie stark gesellschaftlich geprägt die vermeintlich naturgegebenen Rollen sind: „Eine ‚natürliche‘ Berufung der Frau für Mutterschaft und Kinderpflege wäre den meisten Menschen des späten Mittelalters wohl unverständlich und — vor allem aus wirtschaftlichen Gründen — inakzeptabel erschienen“ (S.148). Lyndal Roper und Susanne Burghartz untersuchen abschließend unter den Überschriften „Männlichkeit und männliche Ehre“ bzw. „Rechte Jungfrauen oder unverschämte Töchter?“ Ehrbegriffe im 16. Jahrhundert. Roper zeigt, daß der Männlichkeitsbegriff für die Gesellschaft nicht nur funktional war, sondern auch ein Gefährdungspotential enthielt, wenn man z.B. an die Bedeutung des Kampfes oder des Trinkens denkt. Burghartz untersucht am Beispiel Baseler Gerichtsverfahren über Eheversprechen den Zusammenhang zwischen weiblicher Ehre und Sexualität und zeigt auf, daß „Jungfräulichkeit“ keineswegs medizinisch-physiologisch, sondern sozial, und daß „Ehre“ nicht losgelöst von den beteiligten Personen und der konkreten Situation definiert wurden.

Es ist noch ein weiter Weg, bis die „künftige Geschichtsschreibung“ umfassende Gesamtdarstellungen vorlegen kann, und vielleicht wird sie dazu doch auf Kategorien wie „Struktur“ und „Prozeß“ zurückgreifen müssen; doch dieser Sammelband zeigt tatsächlich, wie faszinierend Studien sein können, die das konkrete Handeln und Denken von Frauen und Männern in den Mittelpunkt stellen.

Heinz Niggemann

ROTHENBACHER, Franz: Soziale Ungleichheit im Modernisierungsprozeß des 19. und 20. Jahrhunderts (= Sonderforschungsbereich 3 der Universitäten Frankfurt und Mannheim „Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik“). — Frankfurt a.M. und New York: Campus Verlag 1989. 395 S.

Ziel dieser sozialwissenschaftlichen Studie ist es, wichtige Dimensionen und langfristige Entwicklungstrends sozialer Ungleichheit zu beschreiben, zu analysieren und die Veränderungen nach Möglichkeit zu erklären. Nach wie vor ist umstritten, ob die sozialen Disparitäten seit Beginn der Industrialisierung abgenommen oder aber sich lediglich verlagert und ihren Ausdruck verändert haben. Die Arbeit entstand als Dissertation bei Wolfgang Zapf im Sonderforschungsbereich 3 („Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik“) der Universitäten Frankfurt und Mannheim. Sie ist — wie eine Reihe ähnlicher Untersuchungen — ein Beitrag zur „Historischen Sozialberichterstattung“, die das für die Gegenwart entwickelte Konzept der Sozialberichterstattung und damit sozialwissenschaftliche Fragen und Methoden auf historische Gegenstände überträgt. Die Untersuchung sozialer Ungleichheit, gemeinhin der „Königsweg“ der Soziologie, wird hier auf dem Feld der Historie mit Hilfe einer Sekundäranalyse vornehmlich der amtlichen Statistik (Publikationen, kein Archivmaterial) und von Literatur angegangen.

Eingangs skizziert der Verf. theoretische Ansätze zur Erklärung sozialer Ungleichheit, die er als ungleiche Verteilung von Ressourcen auf soziale Einheiten (Positionen, Haushalte etc.) definiert. Sodann untersucht er sechs Dimensionen sozialer Ungleichheit seit dem 19. Jahrhundert: die Bevölkerungsentwicklung — generatives Verhalten, Heirat und Scheidung; die Zusammensetzung und funktionalen Strukturen von Familie und Haushalt; die Wohnverhältnisse — Größe, Ausstattung, Kosten, Wohnsicherheit; Gesundheit — Lebenserwartung, Krankheit und Krankenversicherungsschutz, Unfall; Einkommens- und Vermögensdisparitäten; schließlich die Teilhabe an Bildungseinrichtungen, gemessen an der sozialen Herkunft von Schülern und Studenten. Ferner beschreibt der Autor qualifizierende und quantifizierende Schichtungsmodelle (u.a. Lorenz von Stein, Schmoller) und setzt sie in Beziehung zueinander. Schließlich ordnet er die ermittelten empirischen Resultate unterschiedlichen sozialen Lagen, Sozialmilieus und Entwicklungsphasen zu und interpretiert die Hauptveränderungen. Den größten Einfluß mißt er dem Wohlstandsniveau zu, insbesondere dem Einkommen. Die Hauptresultate lauten: Die soziale Ungleichheit entwickelte sich im 19./20. Jahrhundert nach dem Muster einer sich öffnenden und wieder schließenden Schere; Sozialmilieus glichen sich aneinander an. Ungleichheit der Lebensbedingungen reduzierte sich nach 1945 deutlich, sie wurde zugleich komplizierter, multidimensional — gesamtgesellschaftlich sichtbare Unterschiede wurden nivelliert, „feine“ Unterschiede gewannen an Bedeutung.

Es erfordert schier übermenschliche Kräfte, zentrale Dimensionen der sozialen Schichtung seit dem 19. Jahrhundert (auf jeweils knapp dreißig Seiten) fundiert zu untersuchen sowie heterogene Datenreihen und unterschiedliche theoretische Konzepte stringent zu analysieren und zu verknüpfen. Es ist ein Wagnis, „Daten unterschiedlicher regionaler Herkunft, unterschiedlicher Gebietseinheit und unterschiedlicher Aggregation“ zusammenzufassen, um Strukturmuster herauszuarbeiten (S.21f.). Manche Datenreihe und Interpretation ist diskussionsbedürftig (den Beginn der Hochindustrialisierung auf 1860 zu datieren, überzeugt nicht). Die Daten massieren sich im späten 19. Jahrhundert, andere Zeiträume sind weniger gut erhellt. Der empirische Teil ist mit Details überladen; dies macht die Lektüre ebenso wenig zu einem Vergnügen wie die zahlreichen, auch sinnverfälschenden Druckfehler und die ungelenke Sprache („Küchenlosigkeit trat damit in zwei Erscheinungsformen auf“; S.131). Ein Vorzug der Studie ist die Fülle der herangezogenen Literatur und des abgedruckten Tabellenmaterials. Gleichwohl vermißt man wichtige historische Untersuchungen (Wischermann über Hamburg; Kockas Arbeiten über die Angestellten).

Günther Schulz

GROH, Dieter und Peter BRANDT: „Waterlandslose Gesellen“. Sozialdemokratie und Nation 1860 bis 1990. — München: Verlag C. H. Beck 1992. 469 S.

Der Topos von den „waterlandslosen Gesellen“, der dieser Untersuchung zu einem griffigen Titel verhilft, zählt zu den die Sozialdemokratie am stärksten stigmatisierenden Parolen. Er war und ist zum Teil immer noch Ausdruck der weit verbreiteten Meinung, daß die Sozialdemokratie niemals in ihrer Geschichte ein enges Verhältnis zur Nation gefunden habe. Diese Annahme wird mit diesem Buch endgültig zur Legende, denn die Autoren Dieter Groh, Professor für Neuere Geschichte an der Universität Konstanz, und Peter Brandt, Professor für Neuere Geschichte an der Fernuniversität Hagen, führen den eindrucksvollen Nachweis einer intensiven und ständigen Auseinandersetzung der Sozialdemokratie mit dem Stellenwert der deutschen Nation.

Die SPD hat in den 130 Jahren ihrer Geschichte die nationale Frage durchaus nicht ignoriert oder unterschätzt. Beide Autoren belegen eindringlich, daß dieser Themenkomplex zeitweilig im Zentrum sozialdemokratischer Politik (Erster Weltkrieg; Beschwörung des anderen, des antifaschistischen Deutschlands; Wiedervereinigungsentwurf nach 1945) stand. Dabei wird dieses immer wiederkehrende Problem in der Form eines historischen Längsschnitts rekonstruiert. Der dabei sich entfaltende Gesamtüberblick beschränkt sich allerdings nur auf die Äußerungen der Parteigremien und führenden Funktionäre. Die Einstellungen und Entwicklungen der Parteibasis zur nationalen Frage wären, wie auch die Autoren in der Einleitung betonen, von großer Bedeutung, ihnen kann aber wegen der unzureichenden Quellenlage nicht nachgegangen werden.

Die Gesamtdarstellung zerfällt in zwei Teile. Im ersten Teil, der den relativ einheitlichen Abschnitt von 1860 bis 1914 umfaßt und von Dieter Groh verantwortet wird, werden die Entstehung des spezifisch sozialdemokratischen Patriotismus dargestellt und der Unterschied zum bürgerlichen Nationalismus verdeutlicht. Das sozialdemokratische Verständnis von nationaler Identität, von Patriotismus und deutscher

Einheit entwickelt sich dabei aus dem Kontext der sozialdemokratischen Bewegung, als der zweiten, der anderen politischen Kultur in Deutschland. Mit dem kontinuierlichen Anwachsen der Arbeiterbewegung und den sich immer stärker ausformenden proletarischen Kulturorganisationen stabilisierten sich auch die komplementären gesellschaftlichen Gegenbilder: die herrschenden staatstragenden Kräfte gegen das internationalistische, klassenkämpferische Proletariat. Groh nimmt an dieser Stelle zu Recht das wesentliche Strukturelement des wilhelminischen Reiches auf, die mangelnde Integrationsbereitschaft der konservativen Herrschaftseliten gegenüber den unteren Klassen und die Abschottung der Arbeiterbewegung gegenüber der Restgesellschaft in ihren eigenen, sinnstiftenden Lebenswelten. Dieser Antagonismus führte nicht nur zur Spaltung der deutschen Gesellschaft, sondern ermöglichte erst die Installation und Instrumentalisierung des inneren Feindbildes durch die politische Rechte. Diese erhöhte nicht nur ihre eigene Mobilisierungsfähigkeit, sondern zentrierte die Sozialdemokratie im Spannungsfeld der doppelten Loyalität zwischen Patriotismus und Internationalismus.

Wesentlich für den Internationalismus der SPD, der allerdings verbunden war mit einer extremen Geringschätzung der Sozialistischen Internationale durch die SPD-Führung, ist die Freundschaft mit Frankreich als Maxime der sozialdemokratischen Außenpolitik und dem Postulat des Verteidigungskrieges. Aus der doppelten Loyalität und dem ohnehin vorhandenen Revolutionsattentismus entwickelte sich nach 1870/71 ein sozialdemokratischer Vaterlandsbegriff, der von einem Konzept des Verteidigungskrieges und einer revolutionsstrategischen Erwägung im internationalen Rahmen getragen wurde. Dies führte in den 90er Jahren zur Verschmelzung von Nation, Revolution und Krieg und insgesamt zur Verfestigung von Strukturmerkmalen, die sich schließlich insgesamt zu einem politischen Defizit auswuchsen. Der Attentismus in Bezug auf die sozialistische Revolution wurde verstärkt durch eine fatalistische Haltung gegenüber der Kriegsgefahr. „Wenn selbst ein Krieg letztlich am Sieg des Sozialismus nichts ändern wird und wenn [...] der Krieg als notwendige Folge des Imperialismus und der Kolonialpolitik an die Wand gemalt wird, dann müssen sich die sozialdemokratischen Arbeiter allmählich an den Gedanken eines Krieges gewöhnen“ (S.78). Die Identifikation der SPD mit der außenpolitischen Linie der Reichsregierung und damit mit den Interessen des Deutschen Reiches (der deutschen Nation) nahm bis zum Kriegsausbruch von 1914 beständig zu. Damit verdeutlichte sich allerdings auch das Dilemma der Sozialdemokratie: Kriegsverhinderungspolitik im Rahmen der Interessen des internationalen Proletariats contra Krieg als Hervorbringung der sozialistischen Revolution. Aus diesem Dilemma resultierten letztendlich auch die parteiinternen Differenzen (Parteitag in Jena 1911), die dann auch in die Spaltung der Partei mündeten. Aber der Traditionsbruch der SPD, und dies betont Groh zu Recht, lag nicht in der Bewilligung der Kriegskredite, sondern in der Politik des „Burgfriedens“. „Burgfrieden“ bedeutet nicht nur, allen Revolutionserwartungen abzuschwören, sondern faktisch auch darauf zu verzichten, die eigenen, [...] Reformbestrebungen aktiv voranzutreiben. [...] Zugleich überließ die SPD mit der Burgfriedenslinie der Führung des Reiches widerspruchsfrei die Definition der nationalen Interessen, [...]“ (S.162).

Im Mittelpunkt des zweiten Teils, der, von Peter Brandt bearbeitet, vier grundsätzlich voneinander unterschiedene Perioden umfaßt, steht die Evolution des sozialdemokratischen Vaterlandsbegriffs seit dem Ersten Weltkrieg. Ausgangspunkt ist dabei die für Sozialdemokraten wesentliche Verbindung zwischen der Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit und dem Bewußtsein, die wirklichen nationalen Interessen zu formulieren und zu vertreten. Dies war und ist bis in unsere Zeit die Vision sozialdemokratischer Politiker. Daraus definiert sich die Position der verschiedenen Parteiströmungen zum Weimarer Staat, dies bestimmte die Handlungen und Überlegungen im nationalsozialistischen Deutschland wie im Exil und auch die Politik der SPD im Nachkriegsdeutschland, als die SPD zu einem wichtigen Element der gesamtdeutschen Bewegung wurde. Daß die nationale Frage für die Nachkriegssozialdemokratie im Zentrum des politischen Handelns stand, belegt Brandt an zahlreichen Segmenten, die schließlich zur neuen Ostpolitik führten. Die Geschichte der Sozialdemokratie bildete schließlich selbst das notwendige Potential zur Gewinnung „nationaler Tradition“, die nicht nur als Gegenstrategie zum Nationenbegriff der Konservativen zu verstehen ist, sondern als ein bedeutendes Element der internationalen Friedenspolitik innerhalb des Ost-West-Konflikts. Unübersehbar ist dabei allerdings die Tatsache, und Brandt geht auf diese Problematik dezidiert ein, daß sich die SPD gerade in den 70er und 80er Jahren von einer gesamtdeutschen zu einer saturierten „bundesrepublikanischen“ Partei wandelte, die ihre Politik einseitig auf die Kontaktpflege und Zusammenarbeit mit sozialistischen Regierungen und Regierungsparteien abstellte und die unabhängigen Oppositions- und Basisgruppen übergab. Deshalb zeigte sich die SPD nicht nur vom Systemwechsel überrascht und reagierte desorientiert, sondern stand in dieser Zeit im Widerspruch zu ihrer eigenen patriotischen Tradition.

Ob sich diese Einschätzung dann allerdings als richtig herausstellt, wird erst der Blick in die entsprechenden Archive erweisen. Bis dahin muß man sich mit diesem äußerst materialreichen und interessanten Buch begnügen, das eine glänzende Darstellung der sozialdemokratischen Außenpolitik der letzten 130 Jahre liefert.

Andreas Wolf

Illustrierte Geschichte der Deutschen Turnerjugend. Hrsg. von Lorenz PEIFFER im Auftrag der deutschen Turnerjugend. — Essen: Klartext-Verlag 1992. 313 S.

Der Hauptausschuß der Deutschen Turnerschaft wählte auf dem 17. Deutschen Turntag, der Anfang Oktober 1921 in Kassel stattfand, mit Edmund Neuendorff, dem damaligen Vorsitzenden des DT-Turnkreises „Rheinland“, zum ersten Mal einen Jugendwart. Neuendorff wurde beauftragt, einen besonderen Ausschuß einzurichten, um die Jugendarbeit im Gesamtverband zu organisieren. Mit dieser Entscheidung begann die Geschichte der „Deutschen Turnerjugend“ als einer besonderen Kraft innerhalb der Deutschen Turnerschaft. Heute, mehr als 70 Jahre später, ist die Deutsche Turnerjugend eine weitgehend autonome Organisation innerhalb des Deutschen Turnbundes, der Nachfolgeorganisation der Deutschen Turnerschaft, mit einem eigenen Parlament und einem eigenen Vorstand.

Aus Anlaß ihrer 70jährigen Geschichte hat Lorenz Peiffer mit dem vorliegenden Band ein Buch über die Turnerjugendbewegung herausgegeben, das die Entwicklung dieser Bewegung von ihren ersten Anfängen bis zur Gegenwart zum Gegenstand hat. Das Buch umfaßt über fünfzig Beiträge, die ein außerordentlich breites Themenspektrum abdecken. Es beginnt mit einem Aufsatz des Siegerner Historikers Jürgen Reulecke über die „Jugend in Deutschland um die Jahrhundertwende“, der unter sozialgeschichtlichen Aspekten die Ursachen und Konsequenzen des sich um diese Zeit rasch ausbreitenden Jugendkults thematisiert. Da die Deutsche Turnerjugend insbesondere über die Person Neuendorffs ganz im Banne der Ideale und Lebensformen der bürgerlichen Jugendbewegung stand, schließt sich folgerichtig hieran ein ebenso gediegener Beitrag von Winfried Rogge an, der unter dem Titel „Gemeinsame Wurzeln“ die Bedeutung der bürgerlichen Jugendbewegung für die Anfänge der Deutschen Turnerjugend beschreibt. Nach diesen beiden einführenden Aufsätzen, die die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen erörtern, aus denen die Turnerjugendbewegung entstand, konzentrieren sich die folgenden Beiträge auf diese Bewegung selbst und ihre engere Geschichte.

Dies geschieht unter sechs thematischen Schwerpunkten. Sie tragen die Titel „Organisationsgeschichtliche Aspekte“, „Turnerjugend und Politik“, „Turnerjugend und Erwachsenenverband“, „Gesellschaftsformen der Turnerjugend“, „Festkultur der Turnerjugend“ und „Die Vielseitigkeit der Turnerjugend“. Was dabei auf den ersten Blick auffällt, ist eine gewisse quantitative Ungleichgewichtigkeit. So umfaßt beispielsweise das erste Kapitel — „Organisationsgeschichtliche Aspekte“ — achtzehn Einzelbeiträge, während der dritte Abschnitt — „Turnerjugend und Erwachsenenverband“ — nur aus einem einzigen Beitrag (Hans Warlimont, „Turnerjugend im Gesamtverband zwischen Gegensätzen und Gemeinsamkeiten“) besteht. Es ist natürlich in diesem Rahmen ausgeschlossen, auf jeden Autor im einzelnen einzugehen. Die Beiträge differieren stark nach Umfang und Niveau. Positiv hervorzuheben sind in der Beziehung Lorenz Peiffer mit seiner Erörterung einiger „Aspekte einer Organisationsgeschichte der Deutschen Turnerjugend“, Claus Tiedemann und Giselher Spitzer mit ihren biographischen Skizzen zu Edmund Neuendorff und Nikolaus Bernett, Hermann Bach mit einem Beitrag über „Formen und Stile der Festkultur in der Turnerjugend“ und Hajo Bernett und Gertrud Pfister, die „Das Wandern in der Turnerjugend“ bzw. die Bedeutung der „Mädchen in der Turnerjugend (1921–1934)“ thematisieren. Sehr informativ, weil mit aufschlußreichem statistischen Material angereichert, ist auch Eike Stillers historische Skizze zur Sportjugend des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, der den größten proletarischen Jugendverband in der Zeit der Weimarer Republik besaß. Der Band schließt mit einer vom Herausgeber erstellten „Chronik der Deutschen Turnerjugend“, die auf mehreren Seiten die wichtigsten Stationen ihrer wechselvollen Organisationsgeschichte zu einem guten Überblick zusammenfaßt.

Die „Illustrierte Geschichte der Deutschen Turnerjugend“ ist ein durchweg gut lesbares Buch. Fast alle Beiträge sind in einer klaren und verständlichen Sprache geschrieben. Zu dem positiven Gesamteindruck trägt nicht zuletzt ein reiches Bildmaterial bei, das offenbar zum großen Teil zum ersten Mal publiziert wurde.

Siegfried Gehrmann

Aufbruch und Entsagung. Vormärz 1815–1848 in Baden und Württemberg. Hrsg. von Otto BORST (= Stuttgarter Symposion, Bd. 2). — Stuttgart: Konrad Theiss Verlag 1992. 511 S.

Zweck des Bandes ist es, dem Leser eine „Besichtigung“ der Vormärzperiode in Baden und Württemberg“ zu ermöglichen und dem einschlägig interessierten Historiker zugleich eine Übersicht über den aktuellen Forschungsstand zu verschaffen. Das kann nur eine Zwischenbilanz sein, denn „die Akten über den württembergischen (und badischen) Vormärz sind noch längst nicht geschlossen“. Doch was ist eigentlich unter ‚Vormärz‘ zu verstehen? Vom zeitlichen Ende her eindeutig definiert, ist umstritten, wann diese wichtige Epoche des 19. Jahrhunderts eigentlich beginnt. Im allgemeinen wird das Anfangsdatum auf das Jahr 1815 gesetzt, d.h. auch die Periode der auf den Wiener Kongreß folgenden ‚Restauration‘ eingeschlossen. In mehreren Aufsätzen des vorliegenden Bandes finden sich jedoch nach meinem Eindruck überzeugende Überlegungen, das Jahr 1830 zur „Epochengrenze“ zu machen und erst mit diesem „historischen Stichjahr“ den eigentlichen Vormärz beginnen zu lassen (z.B. Otto Borst, S.34). Denn die Pariser Julirevolution hallte nicht nur in allen deutschen Staaten nach; sie machte zudem unmißverständlich deutlich, daß die französische Revolution von 1789 ff. keineswegs ein einmaliger ‚Betriebsunfall‘ war, sondern vergleichbare politische Umbrüche auch künftig zu erwarten waren. Allein deshalb wirkte die Julirevolution in beträchtlichem Maße mentalitätsbildend. Der Band trägt diesen Überlegungen insofern Rechnung, als das zeitliche Schwergewicht deutlich auf die Jahre zwischen 1830 und 1848 gelegt wird. Ein weiteres Problem: ‚Vormärz‘ wird häufig auf die Vorgeschichte der Revolution 1848 reduziert. „Die Entwicklungen der Jahre zwischen 1815/30 und 1848/49 verliefen (jedoch) weder eindimensional noch bilden sie eine reine ‚Vorgeschichte‘ ohne Eigengewicht, der Vormärz hat erheblich mehr zu bieten“ (Klaus-Peter Becht, S.46).

Diesem Anspruch suchen die in dem Band vereinigten, insgesamt 19 Beiträge südwestdeutscher Regionalhistoriker — mit Erfolg — gerecht zu werden, indem deren Autoren dem Leser die vielfältigen Entwicklungen in Gesellschaft, Kultur und Wissenschaft in Baden und Württemberg während des Vormärz nahe bringen, ohne diese nur auf den ‚Endpunkt‘ 1848 zuzuspitzen. Wir erfahren beispielsweise, daß neben dem Frankfurter Wachensturm vom 3. April 1833 in Württemberg bürgerliche Militär- und Zivilpersonen von Stuttgart aus eine weit verzweigte Verschwörung einfädelten, die dann freilich vorzeitig verraten wurde (Gad Arnsberg, S.66ff). Nicht nur für bürgerlich-gebildete Kreise, auch für Handwerksgehilfen und -meister sowie Teile des „Landvolks“ waren Pariser Julirevolution und polnischer Novemberaufstand von 1830 Anlaß, die eigenen Forderungen mit Nachdruck vorzutragen (vgl. z.B. Borst, S.15ff). In anderen Beiträgen werden der südwestdeutsche Philhellenismus der zwanziger Jahre (eher eine kleine, kommentierte Quellenedition: Lampos Mygdalis, S.106ff) oder einzelne (bürgerliche), „schwäbische Frühsozialisten“ vorgestellt. Allein vier Aufsätze informieren ausführlich über die Entwicklungen der ‚schöngeistigen‘ und politischen Literatur, weitere Beiträge über die Tendenzen in der Malerei, der Musik, der Theologie und nicht zuletzt den Naturwissenschaften des Vormärz.

Vor allem drei Aufsätze verdienen, gesondert hervorgehoben zu werden: Wolfram Fischer skizziert, unter Rückgriff auf eigene, ältere Forschungen, die südwestdeutsche ‚Industrialisierung und ihre Probleme‘. Bereits um die Jahreswende 1847/48 (so schildert Fischer u.a. ausführlich) verhandelten württembergisches Finanzministerium und Landtag über Formen und Dimensionen staatlicher Subventionen bzw. „Liquidationshilfen“ für drei große Industrieunternehmen, die infolge der Ende 1847 einsetzenden gewerblichen Krise in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten waren. Im Grunde handelte es sich hier in Ansätzen um Formen staatlicher Intervention, wie sie in den letzten Jahren im Zusammenhang mit der Krise von ARBED-Saarstahl, der AEG oder der Werftindustrie diskutiert und teilweise realisiert wurden. 1848 brauchte dann freilich nur eines der drei Unternehmen auf die staatlicherseits angebotene Zinsgarantie zurückzugreifen (S.136ff).

Obwohl Carola Lipp gleichfalls ältere, eigene Forschungen zusammenfaßt, sind ihre Ergebnisse und Überlegungen deshalb keine ‚Ladenhüter‘: z.B. ihre resümierenden Feststellungen, daß viele bürgerliche Frauen in Württemberg weit vor 1848 eine längere „politische Sozialisation hinter sich“ hatten, indem sie bereits im Vormärz „in zahlreichen Wohltätigkeitsvereinen“ aktiv geworden waren, oder daß „das politische Auftreten der Frauen in der Revolution“ ziemlich regelmäßig „antifeministische Reaktionen“ seitens der männlich dominierten Öffentlichkeit auslöste. Indessen stand, nicht nur in Württemberg, sondern in allen deutschen Staaten, auch das Jahr 1848 (wie Lipp auf den verschiedenen Ebenen politischer Artikulationsmöglichkeiten nachweist) „unter dem Vorzeichen einer spezifischen Geschlechterrollenzuweisung, die Frauen vornehmlich in bezug auf Männer definierte, als Gattin, Mutter und Braut“. Zugleich jedoch eröffneten sich den Frauen „mit der Übernahme einer ‚sozialen Mutter-schaft‘ für die Gesamtgesellschaft neue Handlungsspielräume“ (S.188, S.192, S.205, S.207).

Besonders anregend ist schließlich der Aufsatz über die ‚Wege zur Revolution‘ von Dieter Langewiesche, der ebenso wenig wie die beiden vorgenannten Aufsätze nur von regionalhistorischem Interesse ist, sondern (wie viele andere Arbeiten Langewiesches zuvor) der 48er Forschung allgemein Anstöße geben dürfte. Seine Überlegungen provozieren zum ‚Abarbeiten‘; nur ein Aspekt kann hier herausgegriffen werden: „Das oppositionelle Bürgertum besetzte gewissermaßen den Knotenpunkt, an dem die Reformziele der gesellschaftlichen Hauptgruppen zumindest ein Stück weit zusammenfielen, Reformverlangen in Revolution umschlagen“ konnte, behauptet Langewiesche (S.437). Aber gab es diesen Knotenpunkt, also zumindest partielle und zeitweilige Interessenidentitäten der die Revolution tragenden Strömungen überhaupt? Zumindest für große Städte wie Berlin und Wien würde ich diese These in Zweifel ziehen; nach meinem Eindruck gab es nur einen bzw. mehrere gemeinsame *Gegner* — die tragenden Säulen des Vormärz-Systems —, also eine Art Negativ-Koalition, dagegen kaum Gemeinsamkeiten, „Knotenpunkte“. Überhaupt wird man bei näherer Betrachtung nur eine Minorität des in sich zudem äußerst heterogenen Bürgertums als der pro-revolutionären Strömung zugehörig bezeichnen dürfen. Die zitierte Bemerkung Langewiesches scheint mir — implizit — ein Versuch zu sein, das traditionelle Etikett ‚bürgerliche Revolution‘ für die politischen Bewegungen und Umbrüche des Jahres 1848 zu ‚retten‘. Auch die Bemerkung: „Die politischen und sozialen Leitvorstellungen der Revolutionsbewegungen wurden aus dem Bürgertum heraus formuliert“ (S.434), weist in diese Richtung. Hier ist ebenso einzuwenden: Wenn Angehörige der gebildeten Stände und Schichten die vielfältigen, widersprüchlichen und mitunter entgegengesetzten, ‚revolutionären‘ Forderungen und Leitvorstellungen formulierten — sind deshalb die revolutionären Vorgänge des Jahres 1848 ‚bürgerlich‘ zu nennen (auch ungeachtet der Tatsache, daß Angehörige der unterbürgerlichen Schichten häufig nicht über die sprachlichen Voraussetzungen verfügten, ihre „Leitvorstellungen“ in die angemessenen Worte zu kleiden, also Bürger „einspringen“ mußten)?

Was unterschied nun Baden und Württemberg während des Vormärz von anderen deutschen Staaten und Regionen? Abgesehen davon, daß die Vormärz-Forschung für die anderen Gebiete des Deutschen Bundes im Regelfall nicht so weit gediehen ist wie für den Südwesten Deutschlands, Vergleiche deswegen mitunter schwer zu ziehen sind, und abgesehen davon, daß Baden und Württemberg (im Gegensatz insbesondere zu Preußen und Österreich) bereits Verfassungen und von Anbeginn kräftige, freilich noch ständisch geprägte Parlamente besaßen (während in Preußen ein ‚Vereinigter Landtag‘ erst 1847 zusammengerufen wurde), offenbar grundsätzlich wenig: Wie auch eine Reihe weiterer, deutscher Länder besaßen die beiden südwestdeutschen Staaten „eine beträchtliche Textilindustrie, kleine, aber leistungsfähige Hüttenwerke, Metallwarenbetriebe und Tabakmanufakturen“; „wie fast überall begann die Mechanisierung mit der Baumwollspinnerei“ und bildete dann schließlich der Eisenbahnbau für die eigentliche Industrialisierung seit den vierziger Jahren den entscheidenden Faktor (Fischer, S.130ff; dagegen allerdings, in gewissem Widerspruch zu Fischer: Borst, S.150). Darüber hinaus „dürfte die Stimmung im Vormärz hier nicht wesentlich anders gewesen sein als in anderen deutschen Bundesstaaten“; „das Gefühl des Provisorischen“, „das Gefühl, mitten in permanenter Beschleunigung zu leben“, war breiten Bevölkerungsschichten in allen Regionen Deutschlands im „Vormärz durchgehend eigen“ (Borst, S.23, S.36).

Rüdiger Hachtmann

FALTER, Jürgen W.: **Hitlers Wähler**. — München: Verlag C. H. Beck 1991. 443 S.

Zwischen 1928 und 1933 entwickelte sich die NSDAP von einer Splitterpartei zur, zumindest in Bezug auf die Wählerstimmen, erfolgreichsten Partei Deutschlands im 20. Jahrhundert. Zwölf Jahre lang widmete sich der Berliner Politologe Jürgen W. Falter mit zahlreichen Mitarbeitern der Frage nach der sozialen und politischen Herkunft der zuletzt 17 Millionen NSDAP-Wähler. Als Abschluß dieses Mammutprojektes liegt mit „Hitlers Wähler“ nunmehr die Zusammenfassung der bereits in mittlerweile dreißig Artikeln und Beiträgen veröffentlichten Forschungsergebnisse vor. Die auf breitester Datengrundlage und unter Zuhilfenahme komplexer statistischer Methoden beruhende Untersuchung erhärtet oder modifiziert bisherige Annahmen, bringt aber auch „manche als gesicherte Wahrheit gehandelte Hypothese“ zur NS-Wählerschaft ins Wanken (S.12f.).

In einer — und das ist bei einem solchen Thema besonders hervorzuheben — beinahe durchgängig klaren und verständlichen Form analysiert Falter zunächst die Wählerwanderungen zur NSDAP innerhalb des Parteiensystems und der Nichtwählerschaft. Im nächsten Abschnitt werden demographische

Aspekte wie Geschlecht und Alter sowie Konfession mit dem NS-Aufstieg in einen statistischen Zusammenhang gebracht. Am ausführlichsten geht Falter auf die sozialen Trägerschichten der braunen Wahlerfolge ein. Weitere Untersuchungsaspekte bilden die Faktoren Arbeitslosigkeit und Verschuldung sowie der Einfluß von Presseklima und Parteiorganisation auf das Wachstum der NSDAP.

Die Analyse basiert zum einen auf der Methode des Kontrastgruppenvergleichs, die lediglich Aussagen bezüglich der Tendenz des Abstimmungsverhaltens der Wählerschaft in bestimmten, z.B. konfessionell gleichstrukturierten Gebietseinheiten erlaubt, und der weitaus komplexeren „ökologischen Regressionsanalyse“, die, so Falter, Aussagen zum individuellen Wahlverhalten ermögliche. Durchgängig ist der Versuch spürbar, bisherige wissenschaftliche Erklärungsversuche der NS-Wählerschaft zu überprüfen und zu widerlegen. Falter konzentriert sich dabei auf die klassen- oder schichttheoretische Betrachtungsweise, deren Hauptvertreter Seymour Martin Lipset ist, die massentheoretische Position Reinhard Bendix und die Theorie des „politischen Konfessionalismus“ Walter Dean Burnhams. Lipset und Bendix sehen — allerdings unterschiedlich gewichtet — ehemalige Wähler der liberalen Mittelschichtparteien und Nichtwähler als Quell des nationalsozialistischen Wahlerfolges. Burnham verweist auf die Stabilität der drei bereits aus dem Kaiserreich stammenden politischen Lager. Während das linke und das katholische Lager bis 1932 kaum Auflösungserscheinungen zeigen, hätten ca. 80 % des bürgerlich-protestantischen Blocks 1933 für die NSDAP gestimmt.

In seinem Fazit muß Falter konstatieren, daß „weder die massen- noch die klassentheoretische Position [...] vollständig getragen oder total widerlegt“ werden. Burnhams Theorie der „Immunisierung durch politischen Konfessionalismus“ spricht er eine „etwas größere Realitätsnähe“ zu (S.370). Falters Rechenergebnisse sprechen eine noch deutlichere Sprache: So habe sich der „Nettogewinn der NSDAP“ zwischen 1928 und 1933 aus zwei Millionen ehemaligen SPD-, 350 000 KPD-Wählern und 600 000 Stimmen aus dem katholischen Lager auf der einen Seite und rund 7,5 Millionen Wählern liberaler, konservativer und interessenorientierter Parteien sowie 6 Millionen ehemaliger Nichtwähler auf der anderen Seite zusammengesetzt (S.116).

Solange man sich der Gefahr, „an die Stelle der soviel gescholtenen historischen Wahlfolklore eine unkritische Genauigkeitsmythologie treten zu lassen“, ¹ bewußt ist, kann man „Hitlers Wähler“ getrost als ein Standardwerk der historischen Wahlforschung bezeichnen.

Ulrich Mählert

1 Friedrich Lenger, *Mittelstand und Nationalsozialismus?*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Jg.29 (1989), S.173–198, hier: S.194.

HANSEN, Eckhard: **Wohlfahrtspolitik im NS-Staat. Motivationen, Konflikte und Machtstrukturen im „Sozialismus der Tat“ des Dritten Reiches** (= Beiträge zur Sozialpolitik-Forschung, Bd.6). — Augsburg: Maro-Verlag 1991. X, 495 S.

Diese 1989 abgeschlossene Dissertation entstand im Arbeitszusammenhang des Bremer Forschungsschwerpunktes „Reproduktionsrisiken, soziale Bewegungen und Sozialpolitik“. Sie nimmt den Politikbereich der Wohlfahrtspflege als Beispiel, um die Funktionsweise und das Überzeugungsvermögen nationalsozialistischer Politik zu untersuchen. Insbesondere zielt sie auf eine Analyse des „inneren Zustandes der nationalsozialistischen Polykratie“ (S.4), in dem der „Erfolgshintergrund der NS-Wohlfahrtsorganisation“ (S.4) vermutet wird. Der Ansatz wird in der Einleitung nur kurz umrissen. These ist, daß die politische Form der Polykratie für die Anwendung sozialdarwinistischer Prinzipien in der Politik gestanden und zu einer fortgesetzten und zunehmenden Radikalisierung geführt habe. Diese politische Form habe zudem jede fachpolitische Programmatik ersetzt.

Großen Raum widmet der Verf. den wohlfahrtspolitischen Auseinandersetzungen bis zu Beginn des Zweiten Weltkrieges (S.69–196). In das Zentrum seiner Ausführungen stellt er das Bemühen der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV), ihre Kompetenzen auf Kosten der weiterhin tätigen christlichen Wohlfahrtsverbände und insbesondere auf Kosten der öffentlichen Wohlfahrtspflege beständig zu erweitern. Während dem Annexionsverlangen der NSV gegenüber den christlichen Verbänden aus kirchenpolitischem Kalkül von der Regimespitze bisweilen ein Riegel vorgeschoben wurde (S.107 und S.230), erwies sich der Konflikt über Zuständigkeiten, Weisungsbefugnisse und Finanzierungsmodelle zwischen der kommunalen Wohlfahrtspflege und der NSV als ein Dauerbrenner. Sehr detailliert wird der Verlauf dieses Konfliktes beschrieben, werden einerseits das Engagement des Deutschen Gemeindetages auf Seiten der nationalsozialistischen Kommunalpolitiker und die fortdauernde Einflußlosigkeit

der Kommunalpolitiker innerhalb der NSDAP, andererseits die wechselnden Bündnispartner der NSV in der Partei- und Regimespitze analysiert. In dem Bemühen, die NSV als herausragende Vertreterin der sozialdarwinistischen Politikform zu kennzeichnen, gerät leider aus dem Blick, daß der Konflikt zwischen Wohlfahrtsverbänden und kommunaler Wohlfahrtspflege auch ein struktureller ist, der sich spätestens in der Weimarer Republik aufweisen läßt und mit der Machtübernahme der NSDAP keineswegs verschwand. Inwiefern in den Auseinandersetzungen zwischen kommunaler Wohlfahrtspflege und Wohlfahrtsverband im Nationalsozialismus ein wesentlich neues Moment zum Tragen kommt, ist daher unklar; das Abgrenzungsproblem für sich genommen stellt jedenfalls keines dar.

Ein weiterer Einwand gilt der These, daß die politische Form der Polykratie jede fachpolitische Programmatik ersetzt habe. Im Widerspruch hierzu stehen die Ausführungen des Verf. über die weltanschaulichen Grundlagen der NSV (S.48–68). Demzufolge formulierte die NSV sehr wohl eine „fachpolitische“ Programmatik, die auf der Rassenhygiene basierte und ihre Arbeit der „Volkspflege“ als Beitrag zur „biologischen Aufrüstung“ (S.68) legitimierte. Hiermit wurde begründet, daß die NSV allein für die „vollwertigen“ Menschen zuständig sei und ihren Zugang in die Familien zur „Auslese“ nutzte. Insgesamt ist zu bedenken, daß die Programmatik einer Wohlfahrtsorganisation nicht so sehr aus dem vergleichsweise festgefügt Kanon der angebotenen Maßnahmen, wie z.B. der Kinderbetreuung oder Beratung, abzulesen ist als aus dem Kriterienkatalog, mit welchen Maßnahmen wer und zu welchem zweck *gepflegt* werden soll. Möglicherweise hat die Konzentration des Verf. auf die „Positivmaßnahmen“ (S.5) der NSV dazu beigetragen, die Konflikte auf programmatischer Ebene innerhalb der NSV und in den Auseinandersetzungen der NSV mit den christlichen Wohlfahrtsverbänden unterzubewerten.

Statt dessen wird die Politik der NSV als aus den einzelnen Gauen und Städten forcierte, auf den Machtgelüsten der regionalen und lokalen Partei- und Staatsvertreter beruhende und nur geringfügig von der zentralen Leitung gesteuerte erläutert. Es wird weiter ausgeführt, wie die *Radikalisierung von unten* als Strukturprinzip des nationalsozialistischen Maßnahmenstaates inzwischen als Instrument genutzt wurde, gewünschte politische Ziele durchzusetzen. Allerdings enthüllt das Beispiel der 1940/41 durchgeführten Enteignungen katholischer und evangelischer Kindergärten zugunsten der NSV eben auch, daß es nicht allein um einen Macht- und damit verbundenen Prestigezuwachs ging, sondern um die „Entchristlichung“ der Kindererziehung und den Zugriff auf Kinder (und deren Familien) im Rahmen der angestrebten „Aufartung“ (S.273f.). Die grundsätzliche Übereinstimmung in der Rassenpolitik bot selbst den *eigenmächtig* handelnden Gauleitern die Gewähr, keine Maßregelung seitens übergeordneter Partei- und Staatsinstanzen zu riskieren.

Der weitestgehende gesellschaftliche Grundkonsens über Rassenhygiene trug wohl nicht unerheblich zur Akzeptanz der NSV bei. Die auf ihrer „Volkspflege“ basierenden politischen Integrationsleistungen der NSV fanden innerhalb der Partei wachsende Anerkennung, was sich nicht zuletzt in der zunehmenden Unterstützung des parteieigenen Wohlfahrtsverbandes gegenüber konkurrierenden Organisationen wie z.B. den parteigenössischen Kommunalpolitikern niederschlug.

Sehr bedauerlich ist, daß der Arbeit ein resümierendes Schlußkapitel fehlt. Wünschenswert wäre zudem eine eindeutige Trennung zwischen „gedruckten Quellen“ und „Literatur“ im entsprechenden Verzeichnis gewesen, das z.B. zeitgenössische Zeitschriftenbeiträge durchweg als „Literatur“ aufführt.

Christiane Eifert

SACHSSE, Christoph und Florian TENNSTEDT: **Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland.** Bd. 3: **Der Wohlfahrtsstaat im Nationalsozialismus.** — Stuttgart, Berlin und Köln: Kohlhammer Verlag 1992. 356 S.

Dieser Band komplettiert eine Trilogie: Band 1 („Vom Spätmittelalter bis zum Ersten Weltkrieg“, 1980) stellte den Aspekt der Disziplinierung in den Mittelpunkt; Band 2 („Fürsorge und Wohlfahrtspflege 1871 bis 1929“, 1988) untersuchte die Ausweitung der Armenpflege zur umfassenden öffentlichen Wohlfahrt und demonstrierte, daß sich die Techniken der Betreuung veränderten und der Handlungsspielraum der Betreuten ausweitete (siehe die Rezensionen in IWK, Jg.20 (1984), H.3, S.377f. und Jg.25 (1989) H.4, S.569f.). Band 3 nun zeigt wiederum eine Erweiterung: die Modernisierung der Armenpflege und ihr Aufgehen im Gesamtsystem der sozialstaatlichen Sicherung unter dem Nationalsozialismus. Dessen Leitbild war nicht die Integration der Schwachen, sondern deren Ausgrenzung, bis hin zur Vernichtung, und die Förderung der „Wertvollen“.

Der erste Teil der Untersuchung behandelt die Durchsetzung des autoritären Wohlfahrtsstaates von der Weltwirtschaftskrise, in der die Wohlfahrtspflege bedeutend an Gewicht gewann, bis 1938. Die Autoren skizzieren die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen und beschreiben das neue Leitbild der „Volksgemeinschaft“, das den Abbau individueller und gesellschaftlicher demokratischer Rechte umschloß. Sie stellen sodann die staatliche Politik auf den Feldern Arbeitsverfassung, Sozialversicherung und Arbeitsbeschaffung/-vermittlung dar sowie — dies ist das zentrale Kapitel der Studie — die Gebiete der Wohlfahrtspflege und öffentlichen Fürsorge im engeren Sinn: Gesundheitsdienst, die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV), Jugendhilfe, die Betreuung der Sozialrentner, Kriegsbeschädigten, -hinterbliebenen und die Entwicklung der Sozialarbeit als Beruf. Der zweite Teil ist ähnlich aufgebaut: Nach den politischen und wirtschaftlich-gesellschaftlichen Grundlinien werden die fortschreitende planwirtschaftliche Lenkung der Menschen und Güter sowie die Schwerpunkte der Wohlfahrtspflege im Kriege behandelt. Hier stehen, als Hauptkennzeichen des „völkischen“ Wohlfahrtsstaates, die zunehmende Überlagerung der Sozialpolitik durch rassenbiologische Gedanken sowie die Ausbreitung und Intensivierung des Machtapparates und der Befehlsstrukturen im Vordergrund.

Die Studie ist ein wichtiger Beitrag zur Untersuchung der NS-Sozialpolitik. Sie zeigt die Aufwertung und Umdeutung der Wohlfahrtspflege. Die Neuerungen lagerten sich zunächst an das überkommene System an, intensivierten sich jedoch ab 1938 entscheidend. Nun wurden die nationalsozialistischen Eingriffe auf allen Gebieten dominant. Die Ideologie und die Aufgaben bei der Kriegsvorbereitung grenzten die Wohlfahrtspflege des Nationalsozialismus deutlich von der Kriegsfolgenbewältigung der Weimarer Republik ab. Der Band — leider hat er keine Register — teilt die Kennzeichen seiner Vorgänger: Die Verf. behandeln die Thematik informationsreich und umfassend. Sie beziehen mit einem weiten sozialpolitischen Ansatz die wichtigsten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Dimensionen und politik- bzw. verwaltungsgeschichtlichen Aspekte unter Einschluß arbeitsrechtlicher Fragen ein. Hingegen werden die Themen Sozialversicherung, betriebliche Sozialpolitik und Freizeit (DAF) weitgehend ausgeklammert. Die Untersuchung stützt sich auf die Auswertung von Archivalien (u.a. Bundesarchiv Koblenz, Potsdam, Freiburg, Wohlfahrtsverbände) und von umfangreichen, auch entlegenen amtlichen und Verbandsmaterialien sowie der Literatur.

Man darf gespannt sein, ob die Verfasser einen vierten Band folgen lassen, der mit Blick auf den dringend erwünschten deutsch-deutschen Nachkriegsvergleich auf besonders großes Interesse rechnen könnte.

Günther Schulz

BECKER, Jens: **Der Widerstand der KPD-O im Faschismus** (= Podium Progressiv, Nr. 8). — Mainz: Podium Progressiv 1992. 109 S.

Zur Geschichte der KPD-O gibt es zwei Gesamtdarstellungen. Die eine aus der Feder von K. H. Tjaden, die andere von Theodor Bergmann. Zur Widerstandstätigkeit der KPD-O gibt es mindestens zwei Arbeiten: eine unveröffentlichte Magisterarbeit von Rüdiger Griepenburg und eine Publikation von Jan Foitzik. Obendrein gehen sowohl Bergmann als auch Tjaden in extenso auf den Widerstand der KPD-O und ihre Faschismuskonzeption ein. Damit, so könnte man meinen, ist nun alles über die KPD-O gesagt.

Jens Becker beschreibt den Zweck seiner Darstellung so: „Diese Arbeit soll dazu beitragen, den vorhandenen Forschungsstand zur Funktion, Struktur und Historie der KPD-O zu komprimieren und einige Aspekte hervorzuheben, die in der bisherigen Forschung nicht so stark berücksichtigt wurden. Das gilt insbesondere für den innerorganisatorischen Bereich: für die Verbindungslinien zwischen Auslandsleitung und Inlandsleitung, Kommunikationsstrukturen, ausgewählten Beispielen der Widerstandsarbeit, dem Umgang der NS-Justiz in den gerichts förmigen Verfahren gegen KPDO-Mitglieder und der direkten Umsetzung von illegaler Arbeit.“ (S.9) Man reibt sich verwundert die Augen. All das soll in der bisherigen Forschung „nicht so stark berücksichtigt“ worden sein?

Nun gut, man beginnt zu lesen. „Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus“, lautet die erste Kapitelüberschrift. Dem folgen 12 Seiten allgemeiner Natur über dergleichen Dinge wie „Pluralisierung des Widerstandsbegriffs“ (S.15), „Definitionsansätze zum Widerstandsbegriff“ und „Widerstand im Kontext des NS-Herrschaftsystems“ (S.22ff). Dem folgen noch einmal drei Seiten zur Entstehungs- und Organisationsgeschichte, bis man, im Rahmen des zweiten Kapitels über die Rolle der KPD-O gegen Ende der Weimarer Republik, bei der Faschismusanalyse und der Einheitsfrontkonzeption der KPD-O gelandet ist.

Das dritte Kapitel, „Organisierter Widerstand“, beschreibt noch einmal die Folgen der kampflosen Niederlage, bis man dann endlich zum Kern der Sache vorgedrungen ist, der „Widerstandspraxis der KPD-O gegen das dritte Reich“ (S.47ff). Man erinnert sich an die Eingangsbemerkung des Autors. Aspekte sollten hervorgehoben werden, die in der bisherigen Forschung nicht so stark berücksichtigt worden seien. Tatsächlich wird nur noch einmal rekapituliert, nacherzählt, was man ohnehin schon weiß. Der Versuch, den vorhandenen Forschungsstand „zu komprimieren“, führt bisweilen zu eher bizarren Resultaten. So im Kapitel über Exil und Widerstand (S.55ff). Dort heißt es: „KPD-O Vertreter arbeiteten, wenn auch nicht direkt, bei den vielen Gesprächskreisen unter deutschen Exilkreisen (SPD, Gewerkschaften, KPD, SAP, ISK, bürgerliche und linke Schriftsteller) mit, die auch den berühmten Lutetia-Kreis bildeten.“ Eine Mitarbeit, freilich nicht direkt? Der Literaturverweis des Autors, die Publikation von Ursula Langkau-Alex „Volksfront in Deutschland“, gibt zur Auflösung nichts her, auf den angegebenen Seiten kann man nichts finden, das auf eine „nicht direkte“ Mitarbeit der KPD-O hindeuten würde. Daß nicht *die* SPD und *die* Gewerkschaften den Lutetia-Kreis gebildet haben, sei nur am Rande vermerkt.

Dergleichen bizarre Aussagen finden sich häufiger. So wird z.B. behauptet, mit Ausnahme „der Trotzkisten“ hätten „alle anderen Arbeiterorganisationen mit der KPD eine antifaschistische Volksfront unter Einschluß der Bourgeoisie zu bilden“ versucht (S.82), was nun wahrlich nicht stimmt. Weder für die SPD, noch die SAP und erst recht nicht für die Gewerkschaften. Das Kapitel über „Anatomie der nationalsozialistischen Verfolgungspraxis“ gipfelt in dieser Schlußfolgerung: „In der Weiterentwicklung einer kontinuierlichen Verschärfung des Terrors waren Mitglieder der KPD-O der faschistischen Justiz ausgesetzt.“ (S.72). Schlußfolgerung: Wer sich in der KPD-O Geschichte auskennt, wird diesem Buch wenig bis nichts abgewinnen können, wer sich in der KPD-O Geschichte nicht auskennt, wird zu oft in die Irre geführt.

Willy Buschak

SCHROEDER, Wolfgang: **Katholizismus und Einheitsgewerkschaft. Der Streit um den DGB und der Niedergang des Sozialkatholizismus in der Bundesrepublik bis 1960** (= Reihe: Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 30). — Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf. 1992. 451 S.

Schroeders Gießener Dissertation führt an einem zentralen und aufschlußreichen Konfliktfeld der fünfziger Jahre eindrucksvoll vor Augen, wie die weltanschauliche Lagermentalität der Weimarer Jahre auch nach 1945 noch nachwirkte und wie der stabile politische Grundkonsens der sechziger Jahre auf erbitterte Richtungskämpfe folgte. Die katholischen Gewerkschaftskontroversen der fünfziger Jahre stellt er als Fokus der allgemeinen gesellschaftlich-politischen Entwicklung in der Bundesrepublik dar, einer Entwicklung, die letztendlich zu einem Bedeutungsverlust weltanschaulicher Politikfundierung, einer „Godesbergisierung“ der Politik führte. Die Geschichte der Auseinandersetzungen um die Einheitsgewerkschaft ist solch ein Brennspeigel, weil der DGB „die einzige wichtige politische Organisation“ war, „in der Mitglieder verschiedener Parteien und Konfessionen eng zusammenarbeiteten“ (S.15). Die Formen dieser Zusammenarbeit und auch diese selbst waren jedoch innerhalb des Sozialkatholizismus heftig umstritten; der Katholizismus war keineswegs „ein von bischöflicher Willkür geleiteter monolithischer Block“ (S.14). Ursachen dieser Konflikte lagen in den jeweils eigenen, historisch gewachsenen Traditionen, Orientierungen und Verhaltensweisen der verschiedenen sozialkatholischen Organisationen und Akteure, die sie auf die neuen politischen Konstellationen und organisatorischen Traditionsbrüche nach 1945, oder, wie Schroeder schreibt, auf die „gesellschaftliche Modernisierung“ der Bundesrepublik (S.29) unterschiedlich, ja gegensätzlich reagieren ließen.

Von den ehemaligen christlichen Gewerkschaftsführern engagierten sich nach 1945 nur wenige wieder in der Gewerkschaftsarbeit; sie befanden sich innerhalb der Einheitsgewerkschaft von Anfang an in einer Minderheitsposition. Innerhalb des Sozialkatholizismus stand ihnen die Gruppe der mehr auf die Parteiarbeit in der CDU orientierten Arbeiterführer gegenüber. Anfang der fünfziger Jahre profilierte sich zunehmend die Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB) als Sprecherin der katholischen Kritik am DGB. Der Bundestagswahlkampf 1953 führte dann zu einer Eskalation der Auseinandersetzungen um die Einheitsgewerkschaft. Oswald von Nell-Breunings Angriffe gegen Viktor Agartz trugen 1955 zu dessen Ausschaltung, zur Schwächung sozialistischer Positionen im DGB und zur Konsolidierung der Einheitsgewerkschaft bei. Die Gründung der Christlichen Gewerkschaften im selben Jahr fand keine größere Resonanz; die Parteinahme der Bischöfe zu ihren Gunsten vor der Bundestagswahl 1957 machte im Ergebnis nur deutlich, „daß die überwältigende Mehrheit innerhalb der katholischen Arbeiterschaft

nicht mehr bereit war, den DGB zur Disposition zu stellen“ (S.227). Der Mißerfolg der Christlichen Gewerkschaften trug zur Erosion des traditionellen Sozialkatholizismus bei. Schroeder vermutet, daß mit diesen Entwicklungen auch die „Sozialdemokratisierung“ des Ruhrgebiets in einem Zusammenhang steht (S.410).

Die Darstellung verbindet die detaillierte Schilderung der einzelnen Konflikte regelmäßig mit analysierenden, die wesentlichen Punkte herausarbeitenden Resümees. Im Unterschied zur bisherigen Forschungsliteratur, die vielfach selbst noch vom weltanschaulichen Blockdenken der fünfziger Jahre geprägt war, versucht Schroeder, die Konflikte aus der Unterschiedlichkeit historischer Erfahrungen verständlich zu machen und in die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Zeit einzubetten. Den Verlauf der Konflikte beschreibt er, unterteilt in fünf Phasen, in einem ersten Teil, immer eingeleitet durch Überblicke über die gesellschaftspolitische und gewerkschaftliche Entwicklung der jeweiligen Phase. In einem zweiten Teil werden die wichtigsten der konkurrierenden Organisationen und Führungspersonlichkeiten einander gegenübergestellt; unter den Einzelpersonlichkeiten finden sich Goetz Briefs, Oswald von Nell-Breuning, Matthias Föcher, Jakob Kaiser, Johannes Even und Herbert Reichel. Teilweise sind diese Männer hier erstmals im Zusammenhang porträtiert. Durch den gleichartigen Aufbau der einzelnen Kapitel werden die sie prägenden Erfahrungen und politischen Perspektiven vergleichbar und aufeinander beziehbar. Ein Ergebnis des Buches ist auch die Herausarbeitung der Bedeutung des Generationsunterschiedes zwischen den ehemaligen christlichen Gewerkschaftlern der Weimarer Republik, für die die Einheitsgewerkschaft eine Errungenschaft gegenüber den Reibungsverlusten zwischen den Richtungsgewerkschaften bedeutete, und den jüngeren Arbeiterführern, die im „verkirchlichten Katholizismus“ der NS-Zeit aufgewachsen waren und sich für eine „Revitalisierung katholischer Politik“ (S.408) einsetzten.

Die Arbeit beruht auf einer Fülle von Quellen, die der Autor teilweise als erster auswerten konnte. Dazu zählen u.a. auch private Materialien von Hans Katzer und Herbert Reichel, die Registratur des Erzbischöflichen Generalvikariats Köln und mehrere Archive der Gesellschaft Jesu. Verweigert wurde ihm die Benutzung des Nachlasses von Bernhard Winkelheide im Gottfried-Könzgen-Haus. Neben Presseberichten, Verbandsarchiven und Nachlässen hat Schroeder auch die Erinnerung und das Selbstverständnis beteiligter Akteure in Zeitzeugengesprächen zu fassen versucht; diese sind separat veröffentlicht.¹ Die analytische Durchdringung dieser Materialfülle stellt allein schon eine beachtliche Leistung dar.

Albert Eßer

- 1 Wolfgang Schroeder, *Gewerkschaftspolitik zwischen DGB, Katholizismus und CDU 1945 bis 1960. Katholische Arbeiterführer als Zeitzeugen in Interviews*, Köln 1990.

KLOTZ, Ernst-E.: **So nah der Heimat. Gefangen in Buchenwald 1945–1948**. — Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf. 1992. 168 S.

Nach dem Zusammenbruch der SED-Diktatur kann bei der historischen Aufarbeitung der in der sowjetischen Besatzungszone errichteten NKWD/MWD-Speziallager verstärkt auf Erlebnisberichte von nunmehr an die Öffentlichkeit tretenden ostdeutschen Zeitzeugen zurückgegriffen werden, denen insgesamt eine große Bedeutung zukommt. Diese seit 1990 nach weit über vierzig Jahren zusammengetragene „erinnerte Geschichte“ ergibt aufgrund der zumeist ausschnitthaften und unscharfen Erinnerung der Betroffenen jedoch gewöhnlich nur als großes Mosaik ein komplexes und weithin widerspruchsfreies Bild.

In dieser Hinsicht ist der Erinnerungsbericht des Jenaer Geschichtslehrers Ernst-E. Klotz ein nicht allzu häufiger „Glücksfall“. Denn — nach einer Denunziation — von Oktober 1945 bis Juli 1948 in dem sowjetischen Speziellager Nr. 2 auf dem Ettersberg unweit der Stadt Weimar interniert, verband Klotz nach seiner Übersiedlung nach West-Berlin bereits 1951/52 mit einer umfassenden Niederschrift seiner Buchenwalder Erlebnisse die Hoffnung, eine individuelle Vergangenheitsbewältigung leisten zu können. So liefert denn auch sein Bericht einen detaillierten und lebendigen Einblick in das Lagerleben, das durch dumpfe Beschäftigungslosigkeit, hermetische Abriegelung von der Außenwelt, willkürliche Schikanen, auszehrenden Hunger, bedrückende Enge, katastrophale hygienische Verhältnisse und der ständigen Ungewißheit über das weitere Schicksal geprägt war, aber auch durch ein strenges „Selbstverwaltungsregime“ der deutschen „Funktionshäftlinge“ sowie durch fortwährendes gegenseitiges Anschwärzen. Sein Fazit: „Durch den beispiellosen Zusammenbruch von Vaterland und Heimat belastet,

von schwerem Leid im eigenen Kreise bedrückt, ständig auf Beschäftigung mit sich selbst angewiesen, ständig durch zu enges Zusammenleben vieler gehemmt und gereizt, ohne Zusammenhang mit der weiteren Umwelt und ohne die geringste Möglichkeit, das Kommende zu ertasten, sahen wir unserem eigenen Verfall zu und maßen die Stationen, die uns noch bevorstanden, an dem Bild derer, die dem Ende schon näher waren“ (S.78f.).

Es ist kaum verwunderlich, daß Klotz in seinem in der Hochphase des Kalten Krieges abgefaßten Bericht, auch verbittert über seine als unverhältnismäßig groß angesehene „Sühne“ seiner Mitläuferrolle im Dritten Reich, zwischen Buchenwald vor und nach 1945 kaum irgendwelche Unterschiede ausmachen kann, wovon in der Einleitung dankenswerterweise gewarnt wird. Denn die Speziallager müssen zuvörderst mit der Doppelrolle der sowjetischen Besatzungsmacht konnotiert werden, die eben nicht nur dem erklärten Ziel der personellen Entnazifizierung verpflichtet war, sondern auch einer kommunistischen Herrschaft in Deutschland den Weg mitebnete und insbesondere Opponenten der „antifaschistischen“ Strukturveränderungen in der SBZ, so beispielsweise zahlreiche Sozialdemokraten in bezug auf die SED-Gründung, unter anderem durch „Internierung“ frühzeitig ausschaltete. Neben stark und minder belasteten Nationalsozialisten wurden vor diesem Hintergrund auch NS-Mitläufer und gänzlich „Unschuldige“ festgehalten. Allein im Speziallager Buchenwald starben von den insgesamt etwa 30.000 zwischen 1945 und 1950 Internierten nach den neuesten — sehr vorsichtigen Schätzungen — 6.000 bis 8.000 Menschen.

Es ist der Verdienst von Günther Klotz, den gesamten Erinnerungsbericht seines Vaters einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht zu haben, nachdem bislang nur einzelne Passagen veröffentlicht wurden, so erstmals 1952 von der Berliner „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (vgl. auch Karl Wilhelm Fricke, „Politik und Justiz in der DDR“, Köln 1979, S.88ff, 1990 neu aufgelegt). Dennoch gerieten die Dokumentenauszüge rasch in Vergessenheit. Für die DDR-Geschichtswissenschaft ohnehin ein absolutes Tabuthema, waren die sowjetischen Speziallager auch in Westdeutschland im Zeichen der Entspannung und deutsch-deutschen Annäherung ein nicht im Vordergrund stehendes Erkenntnisobjekt. Es bleibt nur zu hoffen, daß bei der nunmehr anstehenden und möglichen umfassenden Aufarbeitung der DDR-(Vor-)Geschichte, insbesondere bei der historiographischen Einordnung der sowjetischen Speziallager, weder einseitige Interessen der Geschichts-„entsorgung“ noch eine zu starke Akzentuierung totalitärer SED-Herrschaft den Ausschlag geben und sowohl verharmlosende Vergleiche mit den Internierungslagern in den Westzonen als auch unzulässige Gleichsetzungen mit den nationalsozialistischen Konzentrationslagern und dem sowjetischen GULAG-System unterbleiben.

Gunter Ehnert

BENDER, Klaus: Deutschland, einig Vaterland? Die Volkskongreßbewegung für deutsche Einheit und einen gerechten Frieden in der Deutschlandpolitik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (= Europäische Hochschulschriften; Reihe 3: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 509). — Frankfurt a.M., Bern, New York und Paris: Verlag Peter Lang 1992. III, 291 S.

Die Volkskongreßbewegung für deutsche Einheit und einen gerechten Frieden manifestierte sich 1947 bis 1949 in drei sogenannten Deutschen Volkskongressen und einem Volksbegehren „über die Einheit Deutschlands“ und durchmaß binnen anderthalb Jahren die Strecke von einer so kühn wie anmaßend improvisierten „Nationalen Repräsentation“ Gesamtdeutschlands zum Gründungsorgan eines kommunistischen Separatstaates. Die Machtsicherungspolitik der SED und der Prozeß der deutschen Teilung sind die Hauptkoordinaten einer Analyse; angelagert finden sich die Probleme der sowjetischen Reparationsinteressen, der Politikverzerrungen des Kalten Krieges und der Verwandlung bürgerlicher Parteien der SBZ in unselbständige „Blockflöten“. Die bisherige Bearbeitung dieses an sich faszinierenden Themas ist freilich höchst unglücklich zu nennen. Während die DDR-Historiker für dieses Kapitel der Vorgeschichte ihres Staates auf eine affirmative Sicht festgelegt waren, wurde die Volkskongreßbewegung auf westlicher Seite entweder ignoriert oder allzu schnell als Propagandainstrument in der Deutschlandpolitik der Sowjetunion bzw. der SED abgetan.

Um so erwartungsvoller greift man zu der Kölner Dissertation von Bender, die das Thema monographisch aufzuarbeiten verspricht. Sie entwirft in der Tat ein Panorama jener Bewegung und zeigt ihre verschiedenen Funktionen im Rahmen der Deutschlandpolitik der Sowjetunion und des Staatswerdungsprozesses der DDR, die mit wechselnden Motivationen der Akteure einhergehen. Zum chronologischen

Hauptstrang der Untersuchung kommen systematische Darstellungen der Positionen der Volkskongreßbewegung gegenüber den Siegermächten, ihrer Wirtschaftspolitik und ihrer Haltung zur Oder-Neiße-Grenze. Insoweit steht die Nützlichkeit dieser Studie, die viele Informationen enthält, außer Frage. Andererseits führt kein Weg an der Feststellung vorbei, daß Bender das selbstgesteckte Ziel, eine „fundierte Gesamtdarstellung der Volkskongreßbewegung und ihrer Vorgeschichte“ vorzulegen (S.5), nicht erreicht hat — in erster Linie wegen einer eklatanten forschungsstrategischen Fehlleistung: Der Verfasser promovierte 1991 und publizierte 1992, ohne die Ost-Archivalien heranzuziehen; angeblich sei der Zugang zu Archiven in der ehemaligen DDR „auf absehbare Zeit weitgehend verschlossen“, vor allem das relevante Schriftgut im Zentralen Parteiarchiv der früheren SED stehe „noch nicht zur wissenschaftlichen Auswertung zur Verfügung“ (S.16). Dies entspricht nicht den Tatsachen: Der Rezensent hat im Frühjahr 1990 die einschlägigen Unterlagen sowohl im „Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung“ als auch im Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, anstandslos einsehen können. Daß Bender auch noch das Wochenblatt „Deutschlands Stimme“ — das publizistische Sprachrohr der Volkskongreßbewegung — „nicht zugänglich“ war (S.173), fügt sich ins Bild.

Benders Studie basiert also auf den veröffentlichten Materialien der Volkskongreßbewegung, auf in den Westen gelangtem vertraulichem Material, auf den zeitgenössischen Zeitungen und auf der Literatur sozusagen „bis Suckut“. Nicht nötig hervorzuheben, daß erstere Quellen sorgfältig alle Brüche und Widersprüche zu glätten oder zu verbergen sich bemühten, daß die Aussagekraft der Quellen der zweiten Kategorie durch das Zufallsprinzip beeinträchtigt wird, dem ihre Sammlung unterlag, und daß die dritte Quellenart — die Zeitungen — den Gesetzen des Kalten Krieges gehorchte; Bender ist da keineswegs unkritisch (S.19), aber liegt die Wahrheit für 1948 einfach in der arithmetischen Mitte zwischen „Neuem Deutschland“ und dem „sozialdemokratischen Pressedienst“? Bis 1989 mag eine solche Forschungssituation für DDR-Studien „normal“ gewesen sein; seitdem muß, wenn in der alten Manier weitergearbeitet wird, zumindest eine vergebene Chance beklagt werden.

Angefertigt hat Bender auf dieser Grundlage eine durchaus ordentliche Arbeit. Seine Ausführungen treffen im großen und ganzen zu — auf der Vorderbühne, für die seine Quellen etwas ergeben. Manches gerät dabei freilich arg flach, namentlich das Kapitel über das Volksbegehren „über die Einheit Deutschlands“. Wenn den Ländern danach „ähnliche Rechte“ zustehen sollten, wie sie die Weimarer Reichsverfassung enthielt, kann man der SED schlecht vorwerfen, sie habe einen „zentralen Einheitsstaat“ errichten wollen (S.135). Drei Wiedergabefehler in den zwei Sätzen des Volksbegehren-Textes (S.234) deuten zudem auf mangelnde Sorgfalt hin.

Richtig ist Benders Generaleinschätzung. Gegen einseitige Deutungen interpretiert er die Volkskongreßbewegung als multifunktionale und flexible politische Kreation und zeigt sich sensibel insbesondere gegen retrospektive Sichtweisen (S.108). Die Volkskongreßbewegung war demnach — jeweils zu ihrer Zeit — sowohl Forum für Verhandlungen über die deutsche Einheit als auch Gründungsorgan des separaten Oststaates (S.263), sowohl Instrument der SED-Propaganda nach Westen als auch Mittel, um — „Einheitsfront von unten“ — die bürgerliche Opposition in der SBZ über die Blockdisziplin hinaus zu neutralisieren (S.183). Zu kurz kommt innerhalb dieser Polyvalenz das sowjetische Interesse daran, mittelbar das ganze besiegte Deutschland für Reparationen zur Verfügung zu haben.

Daß Politiker ihr Handeln gern als zwingend folgerichtig und alternativlos hinstellen, ist bekannt und aus ihren Legitimationszwängen heraus verständlich. Um so mehr ist freilich der von solchen Zwängen freie Historiker aufgerufen, derartige Begründungsstrukturen kritisch zu hinterfragen — und darf sie nicht einfach wiederholen. Aber hier, wenn er historische Alternativen durchdenkt, versagt Benders analytischer Sinn auffällig: Er meint, die SED hätte sich in einer „Nationalen Repräsentation“ durch Einbeziehung von ihr kontrollierter Massenorganisationen ein Übergewicht gegenüber den anderen Parteien verschaffen können (S.75, S.91). Doch wenn die westliche Seite hier überhaupt nachgegeben hätte und vom Parteienprinzip abgewichen wäre, hätte sie natürlich darauf bestanden, daß nicht nur der FDGB, sondern auch die Westgewerkschaften, nicht nur die VdGB, sondern auch die landwirtschaftlichen Verbände des Westens etc. Vertreter entsand hätten, so daß das Ganze vermutlich als Nullsummenspiel geendet hätte. Ferner: Hätten die westdeutschen Parteien am 1. Deutschen Volkskongreß teilgenommen, hätte dieser nach Bender wahrscheinlich auch keinen anderen Verlauf genommen, denn jene wären „von vornherein durch die geplante unrepräsentative Aufteilung der Delegiertensitze nach Besatzungszonen — zwei Drittel Ostzone, ein Drittel Westzonen — zahlenmäßig in der Minderheit gewesen, ohne Möglichkeit, das Ergebnis der Abstimmungen in ihrem Sinne mitbeeinflussen zu können“ (S.146). Aber jene eigenwillige Sitzverteilung war natürlich nur unter der Voraussetzung weitgehenden westlichen Boykotts möglich; in dem von Bender angenommenen Fall hätten die westdeutschen Parteiführer — weit entfernt davon, sich überstimmen zu lassen — eine Aufteilung angeprangert, die der

Bevölkerung der SBZ und Berlins, die weniger als ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachte, mehr als das fünffache politische Gewicht beilegte, und hätten eine Änderung zur Voraussetzung jeder Sachdebatte erklärt.

Wenig bringt Bender auch in rechtlicher Hinsicht. Die vorgebliche Legitimation aller Aktionen der Volkskongreßbewegung mit der Figur der „nationalen Selbsthilfe“, die geradezu nach völker- und staatsrechtlicher Problematisierung ruft, wird schlicht nach der offiziellen Propaganda wiedergegeben. Ulbrichts Idee, ein nicht demokratisch *gewähltes* Gremium wie den Deutschen Volksrat durch das Ergebnis eines Volksbegehrens — Vorbereitung eines punktuellen *Sachentscheids* — legitimieren zu können (S.246), wird nicht als das analysiert, was es war: eine Verwilderung staatsrechtlichen Denkens. Im Ergebnis hat Bender eine gute Zwischenarbeit vorgelegt. Sie zu konsultieren, ist genau so unerlässlich wie weiter an diesem Thema zu forschen.

Leider notwendige Nachbemerkung: Der Autor mag ein Opfer seiner Lektüre sein, aber er hätte wirklich — parodistisch formuliert — der ständigen Weiterführung des entschlossenen Kampfes gegen die in jener Zeit begonnene neue Etappe der Verhunjung der deutschen Sprache durch Schablonen im Nominalstil erhöhte Aufmerksamkeit widmen sollen.

Otmар Jung

DIEDRICH, Torsten: **Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk.** — Berlin: Dietz Verlag 1991. 309 S.

Beiden deutschen Staaten diente der 17. Juni 1953 zur Legitimation der eigenen *raison d'être*. Was im Westen als erster Arbeiteraufstand innerhalb einer Volksdemokratie gefeiert wurde, bekam in der DDR als „Tag X“ legitimatorische Kraft für einen Staat, der für sich in Anspruch nahm, gegen Faschismus, Imperialismus und Kapitalismus gleichermaßen zu kämpfen. Der Potsdamer Militärhistoriker Torsten Diedrich erzählt die Geschichte des 17. Juni an Hand von nun zugänglichen Quellen nach. Ihm gelingt es, eine Darstellung der Ereignisse zu geben, die sich spannend liest, auch weil sie die Balance zwischen der theoretischen Einordnung des historischen Geschehens und der Vielzahl von Einzelerlebnissen aus Quellen wie aus Augenzeugenberichten hält. Für seine Darstellung hat Diedrich Akten des Innenministeriums, des Militärarchivs und des Zentralen Parteiarchivs der SED ausgewertet. Die Darstellung wird ergänzt durch einen Dokumentenanhang. Besonders hervorzuheben sind hier die Interviews mit Zeitzeugen.

Diedrich stellt die Ereignisse in den nationalen und internationalen Kontext der Zeit. Den internationalen Rahmen bildet der verschärfte Ost-West-Gegensatz, den nationalen Rahmen die 2. Parteikonferenz mit der Verkündung des Aufbaus des Sozialismus einhergehend mit einer massiven Aufrüstung. Dies führte nicht nur zur Formierung der Kasernierten Volkspolizei (KVP), der späteren NVA, sondern zog die Militarisierung der gesamten Gesellschaft nach sich. Für den von der Sowjetunion geforderten Aufbau der Streitkräfte mußten allein 1953 1,5 Milliarden Mark aufgebracht werden. Dies war nur möglich durch drastische Sparmaßnahmen, unter anderem bei der Sozialversicherung. Betroffen von diesen Kürzungen waren vor allem die ärmsten Schichten der Bevölkerung. Die ohnehin prekäre Versorgungslage wurde durch Kollektivierung und eine hohe Besteuerung des noch relativ großen privaten Sektors weiter verschärft. Der wachsenden Fluchtwelle wurde mit verstärkter Grenzsicherung begegnet. Bereits im Frühjahr 1953 kam es zu kurzen Warnstreiks, auch MfS-Berichte bestätigen Unruhe in der Bevölkerung. Vor diesem Hintergrund scheint es geradezu ein Rätsel, daß die Führung weiter unbeirrt an ihrem Kurs festhielt, ja ihn sogar verschärfte. Denn der Beschluß zur „Arbeitsnormenerhöhung“ auf dem 13. Plenum des ZK der SED im Mai 1953 bedeutete für viele Arbeiter eine reale Lohnsenkung von 25 bis 30 Prozent. Er traf die unteren Lohngruppen besonders hart. Ende Mai bis Anfang Juni häuften sich kurze Streiks und Arbeitsniederlegungen. Fanal der Aktion war der Protest der Berliner Bauarbeiter am 16. Juni. Bereits an diesem Tag zog man vor das Haus der Ministerien, um der Regierung Forderungen nach Zurücknahme der Beschlüsse vorzutragen. Das Untätigsein der politischen Führung an diesem und noch am Beginn des nächsten Tages bestärkte die Bewegung in ihrem Handeln.

Die Ereignisse des 17. Juni teilt Diedrich in zwei Phasen: Die Phase am Vormittag, in der die SED-Führung vom Ausmaß der Bewegung völlig überrascht wurde, und die Phase am Nachmittag nach dem Eingreifen der sowjetischen Streitkräfte. War die Bewegung am Vormittag noch stark auf soziale Anliegen hin orientiert und rekrutierte sie sich im wesentlichen aus der gleichen Gruppe wie am Vortage, so brachte der Nachmittag einen qualitativen Sprung. Verbittert über das Durchgreifen der sowjetischen

Truppen, von denen man sich vielfach Solidarität versprochen hatte, bekam die Bewegung politischen Charakter.

Das Abwarten der Partei am Vormittag erklärt sich durch das Zögern der Parteispitze. Zwar wurde ein Einsatzstab um Stoph und Ulbricht gebildet, aber trotz laufender Berichte über die Zuspitzung der Lage wartete man erst die Stellungnahme der sowjetischen Militärführung in Karlshorst ab. Gegen den Einsatz der eigenen Truppen herrschten große Bedenken, da man deren Solidarisierung mit der Bevölkerung fürchtete. Aber auch das Eingreifen der KVP bei inneren Unruhen war vorher weder geplant noch geprobt. Zur zögerlichen Haltung des Krisenstabes kam auch die Tatsache, daß zunächst keine stabile Nachrichtenvermittlung zwischen dem Stab und den Einsatzstäben der KVP bestand. Dazu kam außerdem die Verwirrung um das Unterstellungsverhältnis der KVP. Eindeutige Weisungen fehlten, Direktiven wurden widersprüchlich und in Unkenntnis der tatsächlichen Situation ausgegeben.

Das gewaltsame Vorgehen gegen die Streikenden brachte die Menge erst richtig gegen das Regime auf und führte dazu, daß die zweite Welle der Erhebung am Nachmittag weit heftiger ausfiel. Politische Forderungen wurden jetzt verstärkt vorgebracht, Betriebsbelegschaften, die vorher unbeteiligt waren, solidarisierten sich. Während die Träger der Bewegung anfangs vorwiegend Arbeiter, Jugendliche und Hausfrauen waren, verstärkte sich ab dem 18. Juni die Präsenz der Mittelschichten spürbar. Wie sich die Mittelschichten und die Intelligenz überhaupt verhielten, bleibt allerdings weiter zu untersuchen. Die KVP erwies sich indessen entgegen allen Befürchtungen als zuverlässiges Instrument der Staatsmacht. Solidarisierungen und Befehlsverweigerungen blieben marginal. Nachdem sie am 17. Juni noch im Hintergrund gehalten wurde und die sowjetischen Truppen die grobe Arbeit leisteten, verkehrte sich diese Arbeitsteilung ab dem 18. Juni. Die sowjetische Armee hielt sich jetzt zurück. Dieses loyale Verhalten der KVP hing damit zusammen, daß sie relativ isoliert von der Bevölkerung lebte. Hohe Gehälter und ideologische Schulung dienten als Mittel, sich ihrer positiven Einstellung zum Staate zu versichern. Diedrich stellt stark den sozialen Charakter der Bewegung heraus. In seiner Bewertung schließt er sich somit der These an, daß der Aufstand bereits gebrochen war, bevor die Sowjetunion einschritt. Seine Kraft reichte über eine spontane Erhebung nicht hinaus, da er sich nicht auf die Veränderung der politischen Machtverhältnisse richtete. Allerdings weist der Autor auch darauf hin, daß die Zeit fehlte, um eine zielgerichtete politische Bewegung zu formieren. Dies ist besonders hinsichtlich des wachsenden Einflusses der Mittelschichten auf die Streikbewegung wichtig zu vermerken.

Bedeutungsvoll sind die Auswirkungen dieses Ereignisses auf die weitere Politik der SED. Nicht nur geisterte dieses Datum bis zuletzt in den Kaderakten der Partei herum, die gesamte Politik der SED ist ohne das Dilemma zwischen Normenfrage und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, also der Mobilisierung individueller Leistung für gesamtgesellschaftliche Zwecke, nicht zu verstehen.

Agnes Tandler

Forschungen zur Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Finnland. Mit Beiträgen von Pertti HAAPALA u.a. Hrsg. von Marjaliisa HENTILÄ und Seppo HENTILÄ (= Mitteilungsblatt des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung [IGA], H. 12). — Bochum: IGA/Universität Bochum 1992. 110 S.

Mit der vorliegenden Publikation setzt das Bochumer Institut zur Erforschung der Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung eine Reihe fort, die den deutschen Leser mit dem Forschungsstand zur Geschichte der Arbeiterschaft und der Arbeiterbewegung in Ländern vertraut machen will, über die man hierzulande, häufig schon aufgrund der Sprachbarriere, relativ wenig weiß. Nach Heften zu Schweden und (wenn man es hier mit einordnen will) zu Großbritannien folgt nun also Finnland.

Elf, vorwiegend der jüngeren Generation angehörende, finnische Historiker geben einen Überblick über relevante Forschungsthemen und zum Teil tiefgreifende Lücken in der Erforschung der finnischen Arbeitergeschichte. Mit einem einführenden Artikel zur Geschichte der finnischen Arbeiterbewegung wird auch dem in der Materie unbewanderten Leser der Einstieg in die Problematik erleichtert. Beigefügte Hinweise zu den relevanten Archiven und zu Beständen zur finnischen Arbeitergeschichte in deutschen Bibliotheken liefern dem Interessenten zweifellos nützliche Orientierungen. Allerdings fehlt eine repräsentative Literaturauswahl. Der bloße Verweis auf eine einschlägige Spezialbibliographie ist zwar akzeptabel, schmälert aber dennoch etwas den eigenständigen Nutzwert des Heftes.

Die Beiträge decken das gesamte einschlägige finnische Forschungsspektrum ab: von der relativ gut erforschten Geschichte der „alten“ Arbeiterbewegung über die organisationsgeschichtlich orientierten

Forschungen zu Gewerkschaftsbewegung, kommunistischer und sozialdemokratischer Partei seit 1917/18 bis zur Sozialgeschichte. Dabei tragen vor allem die Artikel zum Stand der sozial- und alltagsgeschichtlichen Forschung stark programmatisch-orientierenden Charakter für die künftige Arbeit. Dieser Forschungszweig, mit dem der Anschluß an internationale Trends gesucht und gefunden wurde, ist in Finnland noch relativ jung. Die hier behandelten Themen Arbeiterkultur, Wirtschaftstätigkeit der Arbeiterbewegung, Arbeiterinnen, Arbeitermemoiren und Traditionsforschung weisen auf noch empfindliche Lücken hin.

Wichtig für das generelle Verständnis der finnischen Forschungssituation sind die Beiträge von Pertti Haapala und Seppo Hentilä, die auf den komplizierten Übergang der finnischen Arbeitergeschichtsschreibung von der politisch-legitimierenden zur sachlich-modernen Forschung eingehen. Das in Finnland früher meist politisch motivierte wissenschaftliche Interesse an der Beschäftigung mit der Geschichte der Arbeiterbewegung ist infolge der Entwicklungen der letzten Jahre geschwunden. Mit den Umbrüchen in Osteuropa, auf dessen politische Entwicklung man in Finnland immer besonders sensibel zu reagieren mußte und/oder hatte, wurde auch das — schon zuvor durch die Entwicklung der Arbeiterbewegung selbst in Frage gestellte — Prinzip der legitimierenden Geschichtsschreibung endgültig der vernichtenden Kritik zugunsten umfassenderer Forschungsansätze unterworfen. Auch hier brachen alte Wertesysteme völlig zusammen. „Wozu noch Arbeitergeschichte?“ — fragt Hentilä fast resignierend. Die Antwort darauf, die sich durch alle Beiträge des Heftes zieht, scheint ein sehr desillusioniertes, nüchtern-distanziertes, aber wohl gerade deshalb produktives „Nun erst recht“ zu sein. Wenn die Arbeiterbewegung denn tatsächlich ihre Zukunft verloren hat — für die Zukunft der Arbeitergeschichtsschreibung gibt die jüngere finnische Historikergeneration offenbar jedenfalls eine andere Antwort.

Ralf Kessler

FREI, Alfred Georg: Die Arbeiterbewegung und die „Graswurzeln“ am Beispiel der Wiener Wohnungspolitik 1919–1934 (= Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte der Neuzeit, Bd. 7). — Wien 1991: Braumüller Verlag. IX, 293 S.

Mit dem Titel dieser Studie wird der selektive Fragehorizont im Hinblick auf die behandelte Thematik deutlich gekennzeichnet: Der Autor wollte nicht in erster Linie eine weitere Untersuchung zur vielbeachteten Wiener Wohnbaupolitik der Zwischenkriegszeit vorlegen, sondern verfolgt ein politisch-systematisches Erkenntnisinteresse exemplarisch anhand darauf bezogener Einzelaspekte des historischen Materials. Entsprechend wurden die Prioritäten gesetzt, indem „Einleitung“, „Ausgangspunkte“ und „Voraussetzungen“ (S.3–128) weitläufiger als die Fallstudie zur Wohnungspolitik selbst (S.129–238) ausgefallen sind. Insofern liegen die thematischen Schwerpunkte in einer Vielzahl der an den Gegenstand herangetragenen Gesichtspunkte für eine Interpretation, die erklärtermaßen „von aktuellen Problemstellungen ausgeht“ und sich einer kontextgebundenen Analyse eher sekundär als einer „historischen Exkursion“ widmet (S.15f.).

Bereits die plakative Titelschöpfung der „Graswurzeln“ muß sich die Befragung auf ihre Angemessenheit gefallen lassen. Was nämlich ursprünglich in den USA als „grass-roots movements“ abgehandelt worden ist und hierzulande mit den „neuen sozialen Bewegungen“ in den Blick geriet, trägt nur mühsam die Übersetzung in einen gänzlich andersartigen politisch-kulturellen Kontext der führenden europäischen Metropole des klassischen Organisationspatriotismus: Mit bis zum Jahresende 1929 nicht weniger als 418.000 sozialdemokratischen Parteimitgliedern (von max. 700.000 Wählerinnen und Wählern der SDAP und 1,3 Mio. Wahlberechtigten) gerieten die von Frei herausgegriffenen Konflikte zwischen der Wiener Stadt- und Landesregierung und Teilen ihrer Mehrheitsklientel in historisch singulärer Weise auch zur quasi internen Angelegenheit einer Massenorganisation; mit einer aktuelleren „grass-roots“-Problematik, die ihre Dynamik umgekehrt aus traditioneller Organisationsschwäche von Arbeiterparteien (in den USA) oder deren allmählichem Integrationsprozeß zu „Volksparteien“ gewinnt, ist eine solche Konstellation schwerlich fruchtbringend zu vergleichen.

Folglich gerät die eingangs noch zur klärungsbedürftigen „Hypothese“ erklärte Annahme: „Ein Grund für die Niederlage der austromarxistischen Sozialdemokratie am Ende der 1. Republik war ihr Verhalten gegenüber den gesellschaftlichen Basisbewegungen, den ‚Graswurzeln‘“ (S.15), im Verlauf der Darstellung zusehends in die Nähe eines vorgefaßten Urteils zugunsten einer „Basismilitanz“ (S.47) in Richtung von „alternativen Strukturen (Räte usw.)“ (S.71), für das nach 1919 kaum überzeugende zeitgenössische Belege gefunden werden können. Ganz im Gegenteil dementiert der Autor unfreiwillig seine

zentralen Thesen durch eine immerhin redliche Konzessionierung von konträren Faktoren: Entgegen seinem Verdikt, die Konzentration auf Gemeindebauten sei „die wohnungspolitische Wende gegen die ‚Graswurzeln‘“ (S.136) geworden, muß letztlich eingeräumt werden, daß der von ihm favorisierte Siedlungs-Flachbau teurer gekommen wäre (S.237), gerade in Krisenzeiten weniger Sicherheit für schwächere Genossenschaftsmitglieder bot (S.202) und von dort, anders als in Gemeindebauten, kein Widerstand gegen die Etablierung der austrofaschistischen Diktatur ausging (S.207). Statt in der historisch zutreffenden Diagnose, daß die Siedlungsideologie „an ländlichen Lebensformen anzuknüpfen“ und „Elemente der kleinbäuerlichen Subsistenzwirtschaft“ aufzugreifen bestrebt war, den entscheidenden Hinweis auf fehlende Übertragbarkeit auf Lebensbedingungen einer Millionenstadt zu erblicken, möchte er daran ein besonderes „Hegemoniepotential“ in Richtung eines Abbaus der „Polarisierung zwischen Arbeiterbewegung und Bauern“ festmachen (S.236, S.233). Mit seinem aus Einzelphänomenen abstrahierten Pauschalurteil: „Die klassenkämpferisch orientierte Arbeiterbewegung war aus Protest gegen die ‚Rationalisierung‘ der vorindustriellen Lebens- und Arbeitsverhältnisse entstanden“ (S.48), zeigt der Autor eine Befangenheit gegenüber der urbanisierten Moderne, die sich einem angemessenen Verständnis der Wiener Verhältnisse kaum förderlich erweist.

Dabei sei nur am Rande auf vermutlich produktionsbedingte Datierungsfehler [Geburtsjahr O. Bauers war 1881 (S.64), Straßenbahnerstreik fand 1922 statt (S.103), der Bürgerkrieg im Februar 1934 (S.116)] verwiesen. Eine mangelnde Sorgfalt der Recherche tritt freilich gravierend zutage, wenn als ein Kronzeuge für lediglich „defensive“ Toleranz der Sozialdemokratien gegenüber Experimenten mit dem „Einküchenhaus“ (immerhin die zweite Fallstudie nach dem Siedlungswesen) ausgerechnet ein „SDAP-Gemeinderat Biber“ herbeizitiert wird (S.213) — der aber zum Leidwesen dieser Beweisführung der Wohnbauexperte (Kommerzialrat Ing. Ludwig B.) der konservativ-antisemitischen Christlich-sozialen war! Allzu leichtfertig werden auch wenig einschlägige Literaturhinweise z.B. auf Vorkriegsrenditen für „Arbeiterhäuser bis zu 25 % des eingesetzten Kapitals“ (S.121) wiederholt, die abgesehen von jeder ökonomischen Rationalität (bei zeittypisch 4–5 % Zinsen auf Staatsanleihen wäre Kapital rasant in den Wohnbau abgefließen und hätte damit in einer Überproduktionskrise die Rendite wiederum näherungsweise „normalisiert“) sich der statistischen Präzision entledigen: Sind vielleicht extreme Einzelfälle günstigsten Einkaufes in früherer Zeit gemeint, die Jahrzehnte später als Brutto-Rohertrag vor Betriebs- und Instandsetzungskosten sowie (im Vorkriegs-Wien besonders hohen) Mietzinssteuern eine solch „phantastische“ Ziffer ausnahmsweise ergeben könnten?

Indem archivalische Quellen sich als „für unsere Fragestellungen dünn“ erwiesen, ist es um so weniger einleuchtend, vornehmlich nur Material aus zweiter Hand über die Zeitungsausschnitts-Sammlung im „Tagblatt-Archiv“ verwendet zu haben (S.13). Das Bedauern darüber, es werde „schwer fallen, die Geschichte der Mietervereinigung noch zu schreiben“ mit einer Briefaufkunft aus dem Jahre 1985 zu untermauern (S.220, Anm.2), mutet einigermaßen befremdlich an — weil dem Autor offenkundig die (bibliothekarisch überlieferte!) Zeitschrift „Der Mieter“ (ab Mai 1922) entgangen ist, deren Verband immerhin bis zu 200.000 Mitgliedshaushalte in Wien umfaßte und entgegen anderweitiger Mythologisierung eine reale, wenn auch weithin gemeindeloyle „Basisorganisation“ im Wohnungssektor war. Selbst mit den stets anschaulich berichteten Konflikten hat Frei letztlich wenig Glück: Die „wild-ten“ Siedler vom „Brettdorf“ am Donaustande traten im Streit mit dem „roten“ Wien 1928 „dem Zentralverband der Hausbesitzer als eigene Ortsgruppe bei, weil sie hofften, so ihre Interessen besser vertreten zu können“ (S.156); indem die Gemeindeverwaltung umgekehrt solche „Basis-Initiativen“ wie die eigenmächtige Beschlagnahme „fehlgenutzter Wohnung“ und deren Vergabe durch Räteorgane (S.186) oder die Verwendung der öffentlichen Straßenbeleuchtung für Zwecke politischer Demonstration (S.106–108) nicht aufgriff, zeigte sie wohl mehr Unterscheidungsvermögen zwischen einer pluralistischen Demokratie und halbdiktatorischen Visionen als mangelnde „Graswurzeln“-Verbundenheit. Kurzum: So lesenswert die Studie vielfach als gedankenreiche, problemorientierte Überblicksdarstellung ist, bleiben Urteilshorizonte und Quellengrundlage doch allzu selektiv, als daß sie mehr als einige zusätzliche Mosaiksteine zu einem historiographisch differenzierten Gesamtbild der Wiener Arbeiterbewegung und Wohnungspolitik beisteuern könnte.

Detlef Lehnert

FLECK, Robert: **Gleichheit auf den Barrikaden. Die Revolutionen von 1848 in Europa. Versuch über die Demokratie** (= Passagen Politik). — Wien: Passagen-Verlag 1991. 211 S.

Der Titel verspricht zwar mehr, als das Buch hält: Es geht z.B. nicht um die agrarischen Revolutionen; der Schweizer Sonderbundskrieg von Ende 1847, die einzige erfolgreiche ‚Revolution 1848‘ wird ebenso ausgeklammert wie die revolutionären Bewegungen in Polen, Ungarn oder den deutschen Kleinstaaten. Aber das nimmt man dem Verfasser nicht weiter krumm, versucht er sich doch in einem immer noch anspruchsvollen Vorhaben, das — systematisch durchgeführt — außerordentlich spannende und aufschlußreiche Ergebnisse zu erbringen verspricht: dem Vergleich der Revolutionen auf den drei Hauptschauplätzen der großstädtischen, europäischen Revolution 1848 Paris, Wien und Berlin (Mailand wird auf den Seiten 157–166 kurz gestreift). Um so größer ist dann die Enttäuschung: Die Darstellung bleibt oberflächlich und bringt keine neuen Erkenntnisse, jedenfalls keine fundierten.

Man könnte dem entgegenhalten, daß der Autor vielleicht gar nicht beabsichtigt, ‚wissenschaftlichen‘ Ansprüchen im engeren Sinne zu genügen, sondern literarische Ambitionen hat und ein größeres Publikum ansprechen will. (Eine Einleitung, in der dies formuliert wäre, sucht man freilich vergeblich.) In dieser Hinsicht finden sich in der Tat einige positive Ansätze: Der Versuch, aus der Perspektive einzelner Personen (für Paris: Charles Baudelaire und Charles Toubin, für Wien: Hans Kudlich, und für Berlin: Theodor Fontane) wichtige revolutionäre Ereignisse und Entwicklungen in den Blick zu nehmen. Oder politische Konstellationen und Symboliken über einzelne Bilder (das berühmte, nicht vollendete Gemälde von Adolf Menzel, ‚Aufbahrung der Märzgefallenen‘, sowie einen Holzschnitt von Gustav Courbet) aufzuschlüsseln. Aber über einzelne interessante Ansätze kommt der Verfasser nicht hinaus. Besonders ärgerlich ist, daß die Darstellung vor Fehlern im Detail nur so wimmelt. Insbesondere die Darstellung der Verhältnisse im vormärzlichen und revolutionären Berlin ist von genauerer Kenntnis der Institutionen, Ereignisse und Entwicklungen nicht getrübt. Ein Beispiel: Otto v. Bismarck war 1848 noch kein ‚Graf‘ (in den Grafen- und schließlich Fürstenstand wurde er erst Jahrzehnte später erhoben), sondern ein biederer, konservativer Landjunker, der 1847 eher zufällig als Nachrücker in den ‚Vereinigten Landtag‘ gelangt war. 1848 spielte er politisch nur eine periphere Rolle; im Revolutionsjahr war er keineswegs der Mittelpunkt der ‚adligen Großgrundbesitzer‘, wie Fleck suggeriert (S.17, S.143, S.182). Bismarck hat sich in seiner Autobiographie später zwar zum gegenrevolutionären, konservativen Draufgänger stilisiert, aber seine Aktivitäten zwischen dem 20. und 25. März als ‚Putschversuch‘ zu deklarieren, übertreibt selbst die in ‚Erinnerung und Gedanke‘ künstlich aufgebauchte Selbstdarstellung Bismarcks. Daß die Berliner Bürgerwehr, von konservativen Bürgern gegen die Ansprüche des Unterschichten-‚Pöbels‘ auf Volksbewaffnung ins Leben gerufen, am 20. März gar die vorher abgebauten Barrikaden wieder errichtet habe, um einem putschenden Bismarck den Weg zu versperren, ist ein recht originelles Hirngespinnst eines ausgesprochen phantasievollen Historikers, hat mit den historischen Sachverhalten jedoch nicht das geringste zu tun. Weder verstand sich die Bürgerwehr der preußischen Hauptstadt als revolutionäres Bollwerk, noch gediehen Bismarcks ultrakonservative Aktivitäten zu einem regelrechten Putschversuch (S.143). Frei assoziiert sind weiter die mit Blick auf Berlin formulierten Behauptungen, der ‚Sozialstaat‘ und ‚Sozialstaats-Gedanke‘ seien 1848 von der Linken lanciert worden, die *Buchbinder* der Preußenmetropole hätten über eine Streikdrohung ‚die Einrichtung einer Sozialhilfe und eines Mitspracherechts gewählter Belegschaftsvertreter in Lohn- und Arbeitsfragen‘, ferner ‚die ersten bindenden Arbeitsgesetze‘, angeblich von neugeschaffenen ‚Fabrikinspektoren‘ kontrolliert, durchsetzen können. ‚Der neue Handelsminister‘ habe schließlich die ersten ‚staatlich gestützten Kranken- und Rentenversicherungen‘ geschaffen (S.148). Nichts von alledem stimmt: ‚Sozialstaat‘ als Begriff wird von den Zeitgenossen nicht benutzt. Nicht die (randständigen) Buchbinder, sondern die (materiell vergleichsweise gut gestellten) Buchdrucker und Schriftsetzer führten zwei Streiks, die weit über die Grenzen Berlins hinaus Aufsehen erregten. ‚Bindende Arbeitsgesetze‘ konnten allerdings weder sie noch andere Berufsgruppen mit ihren Streiks durchsetzen. Eine gesetzliche Beschränkung der Kinderarbeit galt in Preußen (nominell) schon lange vor 1848. Weitreichendere gesetzliche Regulierungen der Arbeitsverhältnisse sind ebenso ein Phänomen späterer Jahrzehnte wie der Aufbau einer förmlichen Sozialversicherung und die Einrichtung von Gewerberäten bzw. der Gewerbeaufsicht (= Fabrikinspektoren). Den späteren Arbeitsausschüssen vergleichbare Institutionen durchzusetzen, gelang 1848 nur den Maschinenbauern (und auch das nur vorübergehend). Entgegen der Behauptung Flecks wurde ferner 1848 staatlicherseits kein formalisiertes ‚Streikrecht‘ erlassen (vgl. S.148). Angesichts solcher und anderer haarsträubender Fehler, die schon nach einer eingehenden Lektüre der bekannten ‚Berliner Revolutionschronik‘ von Adolf Wolff zu vermeiden gewesen wären, mag man dem Autor falsche Datierungen noch am ehesten verzeihen. (S.143: Die Bestattung der Märzgefallenen z.B. fand nicht am 23., sondern am 22. März statt.)

Die Teile über Paris und Wien weisen nicht die gleiche Schiefe auf (obgleich es ziemlich verwegen ist, die Herrschaft Napoleons III. als „totalitäre Demokratie“ zu bezeichnen; vgl. S.193–196); sie werden auch insofern auf das Interesse mancher Leser stoßen, als es an ausführlicheren Darstellungen der Pariser Februarrevolution — jedenfalls an deutschsprachigen — bisher mangelt. (Die Pariser Junischlacht, die große Wende der europäischen Revolution 1848, wird von Fleck nur kurz angesprochen; vgl. S.173.) Dennoch muß man es so hart formulieren: Mit seinem Vorhaben, einen Vergleich der Revolutionen in Paris, Wien und Berlin zu versuchen, hat sich der Autor verhoben. Zudem ist zeitlich ein zu großer Bogen gespannt. Die ereignisvollen Jahre zwischen 1847 und 1855 lassen sich nun einmal nicht im Überflug auf zweihundert Seiten abhandeln. Die Vergleichenheit des Bemühens von Fleck, seinen selbst gestellten Ansprüchen gerecht zu werden, sollte Historiker künftig jedoch keineswegs davon abhalten, das Projekt eines Vergleichs (sinnvollerweise: ausgewählter Aspekte) der städtischen Hauptschauplätze der Revolution 1848 in Angriff zu nehmen. Ein solcher Vergleich systematisch durchgeführt — das wäre vielmehr ein höchst verdienstvolles Unternehmen.

Rüdiger Hachtmann

MÜHLEN, Patrik von zur: Fluchtweg Spanien-Portugal. Die deutsche Emigration und der Exodus aus Europa 1933–1945. (= Reihe: Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 28). — Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf. 1992. 223 S.

Zu einer Zeit, in der in Deutschland intensiv über die Asylfrage und (im historischen Rückblick) über die Bedeutung des Grundrechts auf Asyl für die Deutschen während der nationalsozialistischen Diktatur debattiert wird, kommt die Studie Patrik von zur Mühlens gerade recht. Im Unterschied zu vielen anderen Arbeiten der Exilforschung geht es in der vorliegenden Untersuchung allerdings nicht um ein bestimmtes Land, sondern um einen durch mehrere Länder (Frankreich-Spanien-Portugal) führenden Fluchtweg, so daß „Fragen von Asyl und Exil, Lebensbedingungen und wechselseitigen Einflüssen von Flüchtlingen und ihren (vorübergehenden) Aufnahmeländern [. . .] einen kurzfristigen und provisorischen Charakter tragen“ (S.7). Der untersuchte Personenkreis setzt sich aus den verschiedenartigsten Gruppen zusammen; der Autor nimmt bewußt keine Trennung nach Staatsbürgerschaft und Volkszugehörigkeit vor, spricht vielmehr von einer durch Bedrohung und Verfolgung entstandenen „Schicksalsgemeinschaft“.

Der erste Teil der Studie ist dem „Ausgangsland Frankreich“ gewidmet: der französischen Exilpolitik, den Fluchtwegen, der Geographie und Organisation der Flucht, der Technik und Praxis der Fluchthilfe. Im westlichen Nachbarland Deutschlands hatten die Emigranten bis zum Zweiten Weltkrieg die günstigsten Voraussetzungen für ihre publizistischen und künstlerischen Aktivitäten; nach der Besetzung Frankreichs durch deutsche Truppen verblieben den Exilanten nur zwei Fluchtwege: über die Pyrenäengrenze in das semi-faschistische Spanien oder über Marseille und das Mittelmeer nach Übersee.

Das zweite Kapitel behandelt das Transitland Spanien. Auch auf der Grundlage von Archivalien aus dem Archiv des Madrider Außenministeriums geht es um die Entführung und Verschleppung von Emigranten, um Zusammensetzung und Umfang der Transit-Emigration, um die Transit-Praxis und den illegalen Grenzverkehr, um Verhaftung und Internierung von Flüchtlingen, schließlich auch — was bisher weitgehend unbekannt war — um Spanien als Exilland. Offensichtlich wurden Flüchtlinge in Spanien keineswegs undifferenziert deutschen Dienststellen ausgeliefert; insgesamt fällt das Urteil über Spanien als Transit- und Exilland quantitativ und qualitativ nicht schlechter als über andere Länder aus.

Das dritte Kapitel stellt das „Etappenziel Portugal“ dar, dem sich die Flüchtlinge erst relativ spät zuwandten. Bis 1938 gab es für sie kaum Schwierigkeiten, sich in Portugal niederzulassen, danach verführten die portugiesischen Behörden restriktiver; allerdings wurde Portugal auch nie zu einem Vasallen des Dritten Reiches, die Regierung Salazar setzte sich stets für die portugiesischen Juden im Machtbereich Hitlers ein.

Das letzte Kapitel schildert Fluchtwege, Fluchthelfer und Fluchtziele; es stellt die verschiedenen (häufig jüdischen) Hilfsorganisationen vor, schildert ihre Probleme und Mittel. Der Autor kann mit viel neuem Material aufwarten, das er in verschiedenen Archiven gefunden hat. Es liegt wohl am Thema und an der Notwendigkeit, das Material erst einmal zu präsentieren, daß das Analytische gegenüber dem Deskriptiven etwas zu kurz kommt. Deutlich herausgearbeitet werden die unterschiedlichen Interessen der Transitländer und der Zielländer (besonders Großbritannien und die Aufnahmeländer in der Neuen

Welt): die verschiedenen Phasen der französischen Asylpolitik, die bürokratischen Praktiken der iberischen Staaten, die restriktiven Praktiken der Aufnahmeländer (vor allem Großbritanniens, der USA, der lateinamerikanischen Staaten). Die iberische Fluchtroute stellte sich somit als „Weg der verpaßten Chancen“ (S.208) dar, da die beteiligten und betroffenen Staaten ihr Verhalten nicht abstimmten und somit Tausende von Verfolgten dazu verurteilten, in Konzentrations- oder Vernichtungslagern zu enden. Positiv hervorzuheben sind demgegenüber die Leistungen zahlreicher Hilfsorganisationen und einzelner Personen, deren Einsatz erst die Hilfsaktionen zustandebrachte. Ein gerade in unserer Zeit wichtiges Buch; Parallelen zu heute sind deutlich erkennbar.

Walther L. Bernecker

WISSENSCHAFTLICHE MITTEILUNGEN UND BRIEFE AN DIE REDAKTION

Jakov S. Reich (1886–1956) — Einige Ergänzungen zum „Genossen Thomas“*

Nach seinem Ausscheiden aus dem Dienst in der Kommunistischen Internationale und seinem Rückzug aus der Arbeit eines kommunistischen Untergrundfunktionärs im Sommer 1925 lebte Jakov S. Reich (der „Genosse Thomas“), aus der Sowjetunion zurückgekehrt, legal in einem Berliner Vorort unter dem Namen Rubinstein, den er offiziell in Österreich angenommen hatte. — Reich schloß sich der im Dezember 1928 gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands-Opposition (KPDO) an, die nach dem ultralinken Kurs der Kommunistischen Internationale als „Parteirechte“ aus der KPD ausgeschlossen worden war.¹

In Berlin arbeitete er seit 1926 an zwei Büchern über die Russische Revolution, die er 1928 und 1929 im Neuen Deutschen Verlag von Willi Münzenberg unter seinem Pseudonym J. Thomas vorlegte. Babette Gross, die Frau Münzenbergs, berichtet, daß sie in den sowjetischen Archiven für Reich Foto- und Dokumentenmaterial besorgt hatte.² Beide Bände zeigen mit einer Vielfalt von Dokumenten die Geschichte der Sowjetunion in ihren Anfangsjahren, in der vor allem die Rolle Trockijs und anderer Bolschewiken, die später von Stalin ausgeschaltet wurden, objektiv dargestellt wird.

1932 spaltete sich die KPDO, eine Minderheit hielt die KPD für nicht mehr reformierbar. Die Leitung der KPDO schloß am 12. Januar 1932 in einer Sitzung der Erweiterten Reichsleitung nach einer Anhörung der acht führenden Vertreter der KPDO-Minderheit, darunter auch Reich, aus.³ Reich wechselte mit der sogen. KPDO-Minderheit zu der im Oktober 1931 gegründeten Sozialistischen Arbeiterpartei (SAPD)⁴ über. Anfang März 1932 orientierten sich die etwa 1.000 ehemaligen KPDO-Mitglieder zur SAPD hin; in einer „Eintrittserklärung“ bezeichneten sie sich als Schüler von Luxemburg und Lenin, bekannten sich zu den Prinzipien des Kommunismus und bestimmten als Ziel der SAPD, an der Schaffung einer einheitlichen kommunistischen Partei mitzuwirken, um so die noch existierenden reformistischen Auffassungen zu überwinden. Wörtlich hieß es: „Wir sind Kommunisten. Die kommunistischen Grundsätze, wie sie in den Beschlüssen der ersten drei Kongresse der Kommunistischen Internationale festgelegt sind, die taktischen Grundregeln, die Lenin gegeben hat, werden uns auch weiterhin leiten.“⁵ Unterzeichner waren neben Reich, der hier mit J. Thomas aufgeführt wurde, unter anderem Paul Frölich, Jacob Walcher, August Enderle, Karl Frank und Rose Wolfstein.

* Vgl. Markus Wehner und Aleksandr Vatin, „Genosse Thomas“ und die Geheimtätigkeit der Komintern in Deutschland 1919–1925, in: IWK, Jg. 29 (1993), H.1, S.1–19.

1 Vgl. zur KPDO: Karl-Hermann Tjaden, Struktur und Funktion der KPD-Opposition, Meisenheim a.G. 1964, und Theodor Bergmann, Gegen den Strom. Die Geschichte der Kommunistischen Partei Opposition, Hamburg 1987.

2 Illustrierte Geschichte der Russischen Revolution. Hrsg. von J. Thomas u.a., Berlin 1928 [Nachdruck: Frankfurt a.M. 1970, Verlag Neue Kritik] — Illustrierte Geschichte des Bürgerkrieges in Rußland 1917–1921. Hrsg. von J. Thomas, Berlin 1929. Babette Gross, Willi Münzenberg. Eine politische Biographie, Stuttgart 1967, S.191.

3 Gegen den Strom vom 16. Januar 1932, S.14.

4 Vgl. zur SAPD: Hanno Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei in Deutschland (SAPD), Meisenheim a.G. 1965, und Jörg Bremer, Die Sozialistische Arbeiterpartei in Deutschland (SAP), Frankfurt a.M. 1978.

5 Sozialistische Arbeiter Zeitung vom 13. März 1932.

Der erste Parteitag der SAPD vom 25. bis 28. März 1932 in Berlin wurde bereits durch die innerparteilichen Kontroversen der verschiedenen Richtungen und Strömungen gelähmt, so daß man sich nicht auf ein Parteiprogramm einigen konnte. Als Parteivorsitzende wurden Kurt Rosenfeld und Max Seydewitz bestätigt, Reich wurde als Beisitzer mit 65 Stimmen an zehnter Stelle neben Walcher, Frölich und Frank in den Parteivorstand gewählt.⁶ Reich war ebenfalls in eine neu geschaffene siebzehnköpfige Programmkommission berufen worden, die die Aufgabe hatte, aus mehreren vorgelegten Programmentwürfen für den nächsten Parteitag einen einheitlichen Entwurf zu erarbeiten.⁷

In den innerparteilichen Auseinandersetzungen der SAPD konnte sich die Gruppe der ehemaligen KPDO-Minderheit zusammen mit den SAPD-Linken durchsetzen. Auf dem am 11. und 12. März 1933 in Dresden stattfindenden Parteitag wurde Reich erneut als Beisitzer in die neue Reichsleitung gewählt, neben den ehemaligen KPDO-Funktionären Walcher, Frölich, August Enderle sowie den Vertretern der SAPD-Linken Klaus Zweiling, Fritz Sternberg und Walter Fabian.⁸

Zunächst hatte die SAPD die Notwendigkeit einer Auslandsvertretung wahrscheinlich nicht gesehen, denn Paul Frölich sollte nur „zur Berichterstattung“ ins Ausland geschickt werden. Erst im April 1933 beauftragte der Parteivorstand Jacob Walcher und Reich mit dem Aufbau einer Auslandsvertretung.⁹ Reich, der bereits seit März in Prag war, baute dort gemäß einem Beschluß des Parteivorstandes zusammen mit Walcher die Auslandsvertretung der SAPD auf,¹⁰ gleichzeitig leitete er die Landesgruppe der SAPD in der Tschechoslowakei. Diese war 1933 die zweitstärkste SAPD-Exilgruppe. Walcher hielt sich nur kurz in Prag auf und ging im Sommer nach Paris. Ursache dafür waren Rivalitäten und Differenzen zwischen Walcher und Reich. Walcher gelang es, im August 1933 den Sitz der Auslandsvertretung der SAPD nach Paris zu verlegen. Im September 1933 entzog die Auslandsleitung Reich das Vertrauen und setzte Ernst Fröhllich als neuen Leiter in Prag ein.¹¹

Eine Strategiekonferenz der SAPD im März 1934 in Paris sprach sich für eine Annäherung an die Sozialdemokratie aus und wollte eine Linkswendung der Sozialistischen Arbeiter Internationale (SAI) erreichen.¹² Daraus zog insbesondere ein Teil der Prager SAPD-Gruppe organisatorische Konsequenzen. Im April 1934 erklärten zehn Mitglieder (Beuthner, Schäfer, Pollak, Helmuth, Kühnberg, Winkler, Litsche, Nelke, Thomas und Rut Rubinstein) ihren Austritt aus der SAPD und den Übertritt zur Sopade.¹³ Sie begründeten ihren Entschluß damit, daß der angestrebte „Kristallisationspunkt“ der SAPD illusorisch wäre und im Gegenteil eine Sammlung eher von „den aus den Reihen der dem Sozialismus treu gebliebenen Anhänger der SPD“ — namentlich der Gruppe „Neu Beginnen“ — geleistet werden könnte.

Die SAPD kommentierte den versuchten Übertritt zur SPD mit dem Hinweis, daß Reich bereits lange zur Gruppe „Neu Beginnen“ gehöre und forderte ihn auf, sich „der Parteidisziplin unterzuordnen, wenn er organisatorische Konsequenzen“ nicht erwarten wollte.¹⁴ Die Sopade nahm die Antragsteller nicht auf, Reich wurde innerhalb der Sopade, wahrscheinlich durch den SPD-Linken Siegfried Aufhäuser, als Kominternagent diffamiert.

Reichs Kontakte zu „Neu Beginnen“ könnte Karl Frank vermittelt haben. Reich kannte Frank noch aus seiner Berliner Zeit als Leiter des Westeuropäischen Sekretariats der Komintern zu Beginn der 20er Jahre, Frank gehörte damals zu seinem Mitarbeiterstab. Bereits 1933 gehörte Frank zur Leitungsebene der 1929 von Walter Loewenheim gegründeten konspirativen Gruppe, die intern „O“, „Org“ oder

6 A.a.O., vom 31. März 1932.

7 Kampfsignal vom 1. April 1932.

8 Hanno Drechsler, a.a.O., S.330.

9 Auslandsvertretung der SAPD-Prag, 28. April 1933, in: Archiv der sozialen Demokratie (AsD), SAPD-Archiv, Mappe 10.

10 A.a.O.

11 Auslandszentralstelle der SAPD, Rundschreiben Nr.2 vom 2. September 1933, in: AsD, SAPD-Archiv, Mappe 10. Auslandszentrale der SAPD: Rundschreiben Nr.3 vom 24. September 1933, in: AsD, Willy-Brandt-Archiv, Mappe 410.

12 Protokoll der Konferenz der SAPD vom 4.–9. März 1934, in: AsD, SAPD-Archiv, Mappe 2.

13 Beuthner u.a.: An den Vorstand der SAPD, April 1934, in: AsD, SAPD-Archiv, Mappe 11 — Vgl. auch: An den PV der SPD, April 1934, in: AsD, Bestand Emigration Sopade, Mappe 128. Dort Namen (Originalunterschriften) z.T. nicht lesbar. Handschriftlich unterzeichneten: Ullrich Beuthner, Hans [], Hans [], Walter K., Grete W., Rut, J. Thomas, Günter N., Herbert L. — Rut Rubinstein ist Ruth Oesterreich, die als Sekretärin im Westeuropäischen Büro der Komintern bei Reich arbeitete und mit der er verheiratet war.

14 Auslandszentrale der SAPD, Rundschreiben Nr.17 vom 11. April 1934 in: AsD, SAPD-Archiv, Mappe 11 — Vgl. auch: Willi Müller [= K. Frank], Sopade vom 30. Mai 1934 in: AsD, Bestand Emigration Sopade, Mappe 76.

„LO“ für Leninistische Organisation genannt wurde und aus der heraus sich später die Gruppe „Neu Beginnen“¹⁵ entwickelte. Reich galt in der Exilzeit als „geheimes“ Mitglied der Gruppe. Frank wurde Ende 1932 aus der SAPD ausgeschlossen, weil er den Anschluß an die SPD propagierte, danach fungierte er als Auslandsleiter der Gruppe „Neu Beginnen“.¹⁶ In einem Brief des Auslandsbüros von „Neu Beginnen“ vom September 1935 wurde Reich als Mitglied von „Neu Beginnen“ auch offiziell bestätigt.¹⁷

Jakov S. Reich flüchtete im Frühjahr 1938 von Prag in die USA weiter, dort lebte er in New York wahrscheinlich unter dem Namen Thomas Rubinstein. Reich heiratete in den vierziger Jahren die Psychoanalytikerin Annie Reich, die geschiedene Frau Wilhelm Reichs, die bis 1938 auch in Prag lebte. In den USA scheint Reich politisch nicht mehr aktiv gewesen zu sein, er firmierte als Historiker und arbeitete dort an einer Geschichte der Komintern.

Udo Vorholt

15 Vgl.: Kurt Kliem, *Der sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich, dargestellt an der Gruppe „Neu Beginnen“*, Phil. Diss. Marburg 1957, und Jan Foitzik, *Zwischen den Fronten*, Bonn 1986, S.26–28, S.70–85 und S.130–140.

16 Sozialistische Arbeiter Zeitung vom 9. November 1932.

17 Auslandsbüro „Neu Beginnen“: „Liste von im In- und Ausland für uns arbeitende Funktionäre und Mitglieder, die SAI oder PV-Prag oder Sekretariat des IGB bereits als unsere Mitglieder bekannt sind.“ — Reich wurde hier als „Thomas II“ mit dem Zusatz „Mitglied der SAPD, stellte Anfang 1934 Aufnahmeantrag [für die Sopade]“ bezeichnet. In: IISG, Amsterdam, Bestand „Neu Beginnen“, Mappe 3. Auch der Gestapo blieb die NB-Mitgliedschaft nicht verborgen, vgl.: Stapo-Stelle Breslau an Gestapo vom 17.7.1935, in: Bundesarchiv, Koblenz, Bestand Reichssicherheitshauptamt, Mappe 2.

Die Herbert und Elsbeth Weichmann Stiftung

Die 1989 gegründete Herbert und Elsbeth Weichmann Stiftung hat sich zum Ziel gesetzt, das Wirken der demokratischen Opposition im Exil gegen die totalitäre Herrschaft Hitlers sowie die Folgen dieses Wirkens für Deutschland nach dem Kriege in Erinnerung zu rufen und diese Erinnerung für künftige Generationen zu bewahren. Als erstes Förderungsvorhaben wird die Stiftung Ende 1993 ein Inventar von Quellen zur Geschichte des deutschen politischen Exils in deutschen Archiven herausgeben. Als nächstes Projekt hat sie eine Doppelbiographie des früheren Ersten Bürgermeisters der Freien und Hansestadt Hamburg, Herbert Weichmann, und seiner Ehefrau Elsbeth in Auftrag gegeben, deren Vermächtnis die nach ihnen benannte Stiftung erfüllen will.

Überdies unterstützt die Stiftung Forschungsvorhaben über das Exil im Sinne des oben genannten Stiftungszweckes. Gefördert werden in der Regel Dissertationen oder Habilitationsschriften sowie Arbeiten ausgewiesener Wissenschaftler. Als förderungswürdig gelten nur Arbeiten, die so weit fortgeschritten sind, daß ihre Qualität bereits erkennbar ist. Stipendien sollen nur ausnahmsweise und dann nur in Form begrenzter Überbrückungshilfen gezahlt werden. Dem Antrag auf Förderung sind beizufügen: eine ausführliche Projektbeschreibung, ein Zeit- und Kostenplan, im Falle von Dissertationen oder Habilitationsschriften das Gutachten eines Betreuers, ggf. ein Verzeichnis von Veröffentlichungen des Antragstellers. Anträge sind zu richten an den Vorstand der Herbert und Elsbeth Weichmann Stiftung, Düpenautal 6 d, D-22589 Hamburg.

Patrik von zur Mühlen

Stichwort drei Pfeile

Erst jetzt habe ich den Tagungsbericht über „Berlin 1932“ in der IWK, H.4/92 gelesen.¹ Der darin enthaltene Satz (S.553):

„Die von Sergej Tschachotin und Carlo Mierendorff formulierte Konzeption eines aktiven propagandistischen Abwehrkampfes gegen den Nationalsozialismus [. . .] scheiterte einmal mehr an der Passivität und Phantasielosigkeit des Parteivorstandes.“ ist eine sehr grobe Verfälschung der Fakten. Carlo Mierendorff und Tschachotin kamen damals zu mir (ich war mit der Propaganda der zentralen SPD-Arbeit beauftragt) und schlugen mir vor, das Drei-Pfeile-Symbol groß in der Parteiwerbung einzuführen. Mir sagte die Idee sehr zu (sie war bereits von der österreichischen Sozialdemokratie in kleinerem Maße benutzt worden).

Ich habe dann, *mit Zustimmung des Parteivorstandes*, in millionenfachem Umfang das Drei-Pfeile-Symbol allein und für zahlreiche Flugblätter und Plakate usw. verwendet. Das Symbol ist dann auch vom Reichsbanner übernommen worden und von Tausenden von sozialdemokratischen Werbern auf vielfältige Weise (auch zur Übermalung des Hakenkreuzes) verwendet worden. Es hat darum viele Handgreiflichkeiten zwischen Nazis und unseren Werbern gegeben und Wirkung gezeigt. Im Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung sind genügend Belege darüber (über die Benutzung des Symbols) vorhanden.

Tschachotin wollte freilich (auch im Gegensatz zu Mierendorff) das Symbol zum *ausschließlichen* Mittel unserer Propaganda machen. (Er war fast manisch.) Das war natürlich unmöglich und wäre auch von niemand akzeptiert worden.

Fritz Heine

1 Vgl. Berthold Grzywatz, Berlin 1932 — Das letzte Jahr der ersten deutschen Republik. Anmerkungen zu einer Tagung in der Akademie der Künste, Berlin-Tiergarten, in: IWK, Jg.28 (1992), H.4, S.537–554.

Berichtigung

Im Beitrag von Wladislaw Hedeler und Ruth Stoljarowa, Ein unbekannter Brief Nikolai Bucharins an Josef Stalin vom 10. Dezember 1937, in: IWK, Jg.29 (1993), H.1, S.20–25, muß der auf S.25, Zeile 3f.v.o. in Klammern stehende Satz richtig lauten: „(und ich sehe doch, alles läuft darauf hinaus, daß der Prozeß in allernächster Zeit stattfinden wird).“ Das sinnentstellende „nicht“ ist also zu streichen.

Die Redaktion



Im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Henryk Skrzypczak

Anschrift: Historische Kommission zu Berlin, IWK Redaktion, Kirchweg 33, D-14129 Berlin;
Telefon (030) 81 60 01 41, Telefax (030) 81 60 01 34

MITTEILUNG ÜBER EIN PROJEKT

ÜBER DEN STAND EINES BEREITS ANGEZEIGTEN PROJEKTS
Titelverzeichnis Nr.

- 1 **Institution(en)**, in deren Rahmen die Forschungsarbeit durchgeführt wird (z.B. Institut, Referat, Fachbereich
Lehrstuhl)*

___ Bezeichnung/Name, Anschrift, Tel.-Nr.:

* Bei Forschungsarbeiten ohne Verbindung mit einer Institution Name des durchführenden Forschers. Bei Arbeiten zur
Erlangung eines akademischen Grades außerdem Bezeichnung der Institution des Betreuers.

- 2.1 **Bearbeiter.** Vor- und Zuname, Anschrift, Tel.-Nr. (Leiter bitte unterstreichen):

- 2.2 Bei Arbeiten zur Erlangung eines akademischen Grades: Vor- und Zuname des Betreuers (Doktorvater o.ä.):

- 4 **Stand der Forschungsarbeit** ☐ laufend ☐ geplant ☐ abgeschlossen
☐ eingestellt ☐ sonstiges

- 5 **Laufzeit** von bis ungefährer Zeitpunkt der schrift-
(Monat/Jahr) (Monat/Jahr) lichen Fixierung des Ergebnisses

- 6 **Art** (Mehrfachankreuzen möglich)

Auftragsforschung	☐	Gutachten	☐	Edition	☐
geförderte Forschung	☐	Habilitationsschrift ..	☐	Monographie	☐
Eigenprojekt von 1.	☐	Dissertation	☐	Aufsatz	☐
Eigenprojekt von 2.1	☐	Diplomarbeit	☐	sonstiges	
Staatsexamensarbeit	☐	Magisterarbeit	☐		

- 7 Hat die Forschungsarbeit einen **Auftraggeber** ? ja ☐ nein ☐
Wenn ja, bitte genaue Bezeichnung und Anschrift angeben:

- 8 Wer trägt die **Kosten** der Forschungsarbeit ? (Mehrfachankreuzen möglich)

Die in Frage 1 genannte Institution	☐	andere Geldgeber ...	☐	 Bitte Bezeichnung und Anschrift
Bearbeiter	☐			
Auftraggeber	☐			
Deutsche Forschungsgemeinschaft	☐	Stipendium	☐	 Bezeichnung und ggf. Anschrift
bzw. Sonderforschungsbereich der DFG	☐			
Stiftung Volkswagenwerk	☐			

9 (Arbeits-) **Titel** der Forschungsarbeit (ggf. Untertitel):

☐ Thema geändert, neuer (Arbeits-) Titel:

10.1 ggf. **Zeitraum** (z.B. 1933 bis 1945), auf den sich die Forschungsarbeit bezieht:

10.2 ggf. **Geographischer Raum** (z.B. Köln, Bayern, Österreich), auf den sich die Forschungsarbeit bezieht:

11 **Inhaltliche Ziele** (spezielle Fragestellungen, Hypothesen, Zwischenergebnisse):

12 Liegen aktuelle (Teil-) **Veröffentlichungen** der Arbeit vor (z.B. Buch, Aufsatz) oder sind sie geplant? ja ☐ nein ☐
Wenn ja, bitte bibliographische Angaben (Verfasser, Titel, Ort, Verlag, Jahr):

13 Liegen nichtveröffentlichte (Zwischen-) **Berichte**, Manuskripte, Arbeitspapiere vor? ja ☐ nein ☐
Wenn ja, bitte bibliographische Angaben (Verfasser, Titel, Ort, Jahr):
(Hier auch Hochschul- und Staatsexamensarbeit, Dissertation, Habilitationsarbeit angeben)

14 **Methodische Anlage** (Vorgehensweise, Untersuchungsart, theoretischer Ansatz, Interview, schriftliche Befragung, Auswertung von Massendaten)

16 **Benutzte Unterlagen** (Quellenbasis: Archive, Archivalien, statistische Materialien, Zeitungen)

Mit der Speicherung, Weitergabe und Veröffentlichung der in dem Fragebogen enthaltenen Angaben für wissenschaftliche Zwecke bin ich einverstanden.

.....
(Ort, Datum)

.....
(Unterschrift)

PROKLA

Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft

Die PROKLA ist eine der wichtigsten theoretischen Zeitschriften der parteiunabhängigen Linken, deren Beiträge noch nach Jahren lesenswert sind. Keine Tageskommentare, kein Organ einer Partei, kein journalistisches Feuilleton; eher eine Anregung zum gründlichen Nachdenken über den eigenen Tellerrand hinaus.

Die PROKLA erscheint viermal im Jahr und kostet im Abo jährlich 58,- DM (plus Porto). Das Einzelheft kostet 18,- DM. Unverbindliches Probeheft 9,- DM.

PROKLA 91

"Neues Deutschland"

Mit Beiträgen von:

Heiner Ganßmann:	Einigung als Angleichung?
Thomas Herz:	Politische Kultur im neuen Staat
Birgit Müller:	Der Mythos vom faulen Ossi



Elmar Altvater / Birgit Mahnkopf

Gewerkschaften vor der europäischen Herausforderung.

Tarifpolitik nach Mauer und Maastricht

1993 - 300 S. - DM 38,00 - ISBN 3-924550-79-4

Wahre Wunder soll die Herstellung des Gemeinsamen Marktes bringen: mehr Wachstum, weniger Inflation, mehr Beschäftigung, mehr Wettbewerb, bessere Versorgung, mehr Wohlstand. Die Idee Europa ist faszinierend... Für die Gewerkschaften ergibt sich daraus eine historische Herausforderung.

Boy Lühje / Christoph Scherrer (Hrsg.)

Jenseits des Sozialpakts

Neue Unternehmensstrategien, Gewerkschaften und Arbeitskämpfe in den USA

1992 - 205 S. - DM 29,80 - ISBN 3-924550-69-7

Wenig bekannt ist über die Konflikte und Kämpfe, die in vielen Bereichen der US-Wirtschaft in den letzten Jahren um die Einführung neuer Technologien und Japanische Modelle der Arbeitsorganisation geführt wurden. Über Erfahrungen in diesen Auseinandersetzungen berichten kritische US-KollegInnen aus Automobilindustrie, Bergbau, Häfen, Luftverkehr, Telekommunikations- und Computerindustrie.

Holm-Detlev Köhler

Spaniens Gewerkschaftsbewegung.

Demokratischer Übergang - Regionalismus - ökonomische Modernisierung

1993 - 350 S. - DM 39,80 - ISBN 3-924550-75-1

Der vorliegende Band ist nicht nur eine detaillierte, materialreiche Entwicklungsgeschichte der spanischen Gewerkschaftsbewegung vom Kampf gegen die Franco-Diktatur bis zum Beginn der 90er Jahre. Er liefert darüber hinaus eine theoretisch fundierte Analyse des ökonomischen, sozialen und politisch-ideologischen Modernisierungsprozesses der spanischen Gesellschaft, in den die ArbeitnehmerInnen eingeordnet werden.

Abo-Bestellformulare
und Gesamtverzeichnisse beim Verlag:

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster · Tel. 02 51 / 6 08 60 80

**Postvertriebsstück
Zeitungsdrucksache
Imprimé à taxe réduite
Entgelt bezahlt**

Historische Kommission zu Berlin, IWK-Redaktion, Kirchweg 33, D-14129 Berlin

Karin Hausen (Hg.)



Geschlechterhierarchie und Arbeitsteilung

Zur Geschichte ungleicher
Erwerbschancen von Männern
und Frauen

Sammlung Vandenhoeck

Neun Beiträge. 1993. Sammlung
Vandenhoeck. 240 Seiten,
Paperback DM 39,- / öS 304,- /
SFr 40,30. ISBN 3-525-01353-1

Karin Hausen (Hg.) Geschlechterhierarchie und Arbeitsteilung

Zur Geschichte ungleicher Erwerbs-
chancen von Männern und Frauen

Frauen sind im Berufsleben benachteiligt. Auf dem Arbeitsmarkt haben sie häufig schlechtere Aussichten, und sie verdienen weniger. Trotz Gleichberechtigung sind die Erwerbschancen von Männern und Frauen ungleich. Entscheidender Grund dafür ist die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, bestimmt von der herkömmlichen Hierarchie der Geschlechter. Es gibt Arbeitsfunktionen und Arbeitsplätze, die entweder nur von Frauen oder nur von Männern besetzt werden. Welche Auswirkungen hat das? Und wie ist es dazu gekommen? Systematisch argumentierend und konkret beschreibend arbeiten die Autorinnen für verschiedene historische Situationen heraus, mit welchen Strategien und Wirkungen sich die arbeitsteilige Geschlechterhierarchie auch in den modernen Erwerbsverhältnissen behauptet hat. Der zeitliche Schwerpunkt ist das 19. und frühe 20. Jahrhundert.

V&R

Vandenhoeck & Ruprecht · Göttingen und Zürich